





Ch. Wink. del.

Söcklen sc. 1779.

The background is a traditional marbled paper pattern, often called a 'stone' or 'shell' pattern. It features large, irregular, light blue-grey spots or 'cells' that are separated by a network of dark brown and reddish-brown veins. The overall effect is organic and textured. A white rectangular label is pasted onto the lower-left portion of the image.

<36632884240012

<36632884240012

Bayer. Staatsbibliothek

Ins. 23004. ff.

12

1. down 20

Rs

J. germ. 50



FRIEDRICH WILHELM II,
*König von Preussen, Churfürst von Brandenburg,
Marggraf von Anspach und Bayreuth.*

Handbuch
des
Preussischbrandenburgischen
Civilrechts

Enthaltend

die Verordnungen des allgemeinen Gesetzbuchs über die
gewöhnlichsten Geschäfte und Verhältnisse des bürgerlichen
Lebens, in so weit solche vom gemeinen in Deutschland
geltenden Rechte abweichen.

Herausgegeben und mit einer Vorrede versehen

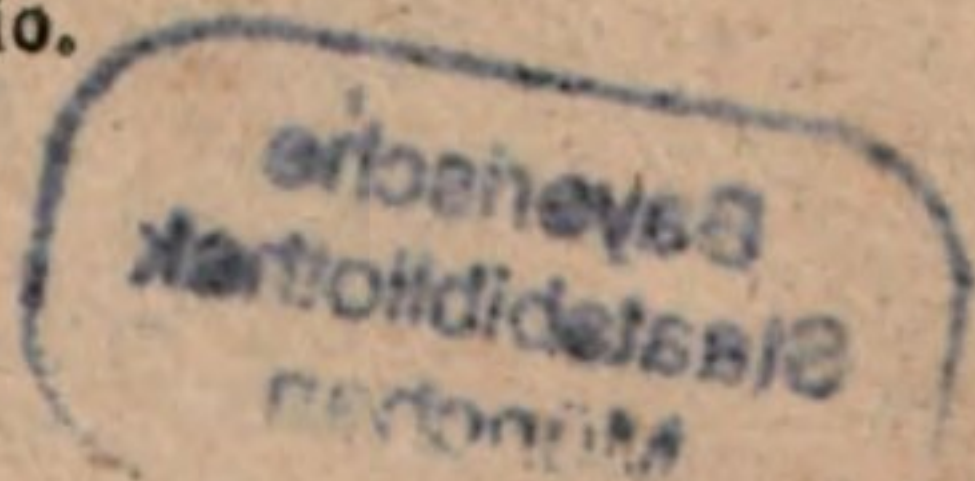
von

D. Christian Daniel Erhard.

Mit dem Bildniss Friedrich Willhelm II.

Leipzig 1793,
im Verlage der Baumgärtnerischen Buchhandlung.

Mit Churfürstl. Sächsischem Privilegio.



Handbuch

des

Preussisch-brandenburgischen

Civilrechts

Erste Band

die Bestimmungen des allgemeinen bürgerlichen Rechts, die
gewöhnlichen Gesetze und Verordnungen des Reichs, sowie
das, in so weit solche vom gemeinen in Deutschland
geltenden Rechte abweichen.

herausgegeben und mit einer Vorrede versehen

von

D. Christian Daniel Erhard.

Die dem Kaiser, Könige, Kurfürsten, etc.

Leipzig: 1797.

im Verlage der Baumgarten'schen Buchhandlung.

Die Königl. Preussische Privilegien.

Bayerische
Staatsbibliothek
München

V o r r e d e.

Der Herr Verleger des gegenwärtigen Handbuchs hat bey dieser Unternehmung eine sehr gemeinnützige Absicht, deren Darstellung und Empfehlung ich mit Vergnügen übernehme.

Es ist dies Handbuch vorzüglich für Geschäftsleute bestimmt, die ausser den Königlich Preussischen Landen leben, aber doch von Zeit zu Zeit solche Geschäfte daselbst treiben, bey denen die Kenntniß der Abweichung der dasigen Rechte von den gemeinen unentbehrlich ist.

Bey den Nachtheilen, welche die Ignoranz des Rechts in bürgerlichen Geschäften hat, bey der Gefahr, die besonders aus der Unkunde der besondern Bestimmungen entstehen kann, welche die Form der Verträge, letzten Willensverordnungen u. s. w. erhalten hat, scheint mir jede Art, die Kenntniß jener Abweichungen zu verbreiten, verdienstlich zu seyn.

Ich glaube daher, mit gutem Gewissen selbst den Preussischen Unterthanen gegenwärtiges Handbuch als ein Mittel empfehlen zu können, für einen mässigen Preis eine kurze Uebersicht derjenigen rechtlichen Grundsätze in die Hände zu bekommen, welche ihm in den alltäglichen bürgerlichen Geschäften und Verhandlungen zur Richtschnur dienen müssen.

Das Lehnrecht, die Lehre vom Erbpachte, von den Rechten der Grundstücke u. s. w. ingleichen die Rechte der besondern Stände, das See-Handlungs- und Wechselrecht, das Kirchenrecht, ingleichen die Lehre von den Rechten des Staats und besonders des Fiskus, das Vormundschaftsrecht u. s. f. ist hier, so wie das peinliche Recht, ganz weggelassen, weil man die Absicht hatte, hauptsächlich solche Grundsätze zu liefern, welche die Norm der in jedem Stände möglichen bürgerlichen Geschäfte und Rechtsverhältnisse enthalten. Sollte gegenwärtiger Versuch guten Absatz finden: so ist der Herr Verleger entschlossen, auf eine noch wohlfeilere Art, das Kirchenrecht, Criminalrecht,

recht, Handlungs- und Seerecht, die Lehre vom Rechte der Grundstücken und den damit verwandten Materien u. s. w. jedes besonders herauszugeben.

Das Ehe- und Familienrecht, das vorzüglich mit hierher gehört hätte, ist deshalb, weil, wie verlautet, die Lehre von der Ehe zur linken Hand beträchtliche Abänderungen erleiden soll, hier weggelassen worden; so wie auch die Lehre von der Intestaterbfolge und den Rechten der Eheleute in Beziehung auf ihre Güter um deswillen nicht aufgenommen werden konnte, weil gerade in diesen Punkten die Provinzialrechte unglaublich viele Abweichungen und Verschiedenheiten enthalten, und also hier mit den Grundsätzen des gemeinen Preussischen Rechts Niemanden etwas geholfen ist, vielmehr dieselben, besonders den Ausländer, zu nachtheiligen Irrthümern verleiten dürften, sobald er die Provinzialgesetzbücher nicht in Händen hat, um dieselben mit den Grundsätzen des allgemeinen Gesetzbuches vergleichen zu können.

Soviel die Art der Behandlung betrifft: so glaube ich, daß die Herren Verfasser wohl gethan haben, die Worte des Gesetzbuchs möglichst beyzubehalten.

Ich bin beym Durchlesen freylich hie und da auf Grundsätze des gemeinen Rechts gestossen, welche sich mit in dies Handbuch eingeschlichen haben; ich halte aber dafür, daß die meisten derselben darum da stehen müssen, weil sie mit den Abweichungen in zu genauer Verbindung stehen, und also, ohne Undeutlichkeit und Unbestimmtheit zu veranlassen, nicht wohl wegbleiben konnten. Oft hat man auch einen Grundsatz, der übrigens ganz gemeinen Rechts war, stehen lassen, weil er im Gesetzbuche in Ansehung der Zeit eine besondere Bestimmung erhalten hatte.

Die Beybehaltung der Ordnung des Gesetzbuches hat in so fern meinen Beyfall, als das Buch nicht bloß für Gelehrte, sondern auch für Ungelehrte geschrieben ist, die durch eine compendienmäßige Behandlung offenbar verlohren haben würden. Der Rechtsgelehrte weis selbst am besten, welchen Platz er jeder Materie in
fei-

seinem Systeme anzuweisen und unter welchem Titel er ein Gesetz aufzufuchen hat, und wüßte er es nicht: so ist für die Erleichterung des Aufsuchens durch ein bequemes Register gesorgt. Durch die Marginalcitaten der Paragraphen des Gesetzbuchs, wobey die erste römische Nummer den Theil, die zweyte den Titel, die dritte die Paragraphe und die vierte die Seitenzahl der mit lateinischen Lettern gedruckten Auflage des Gesetzbuchs anzeigt, ist der Leser in den Stand gesetzt, jede Stelle sogleich im Gesetzbuche selbst aufzuschlagen, und aus den angeführten Paragraphen zu schliessen, wo und daß er sich in Ansehung der Anordnungen des gemeinen Rechts im Gesetzbuche selbst, bedürfenden Falls, Rath zu erhalten habe; daher hat man auch die Titel in der Reihe stehen lassen, in welcher sie folgen, und selbst bey den ganz weggelassenen wenigstens die Ueberschriften hingesezt.

Soviel zu Empfehlung einer Schrift, die ich um so mehr für gemeinnützig halte, je gewisser es ist, daß jedes Mittel, die Kenntniß der Gesetze unter einer Nation zu verbreiten, dem

Gefetzgeber, so wie jedem Freunde der Ordnung und Gerechtigkeit, unmöglich gleichgültig seyn könne. Wie ich dann überzeugt bin, daß mancher, der gegenwärtiges Handbuch der größern Wohlfeilheit halber sich eher, als das Gefetzbuch, angeschafft haben wird, durch die Proben gesetzgeberischer Weisheit und durch die Präcision und Zweckmäßigkeit der hier mitgetheilten Gesetze gereizt werden wird, sich das Gefetzbuch selbst auch dann anzuschaffen, wenn er es nicht als Gefetzbuch, sondern bloß als Grundlage eines vollständigen Systems des bürgerlichen Rechts und als einen Schatz so mancher wichtiger Grundsätze betrachtet, welche jedem Rechtsschaffenen heilig seyn müssen, weil sie auf Gründen beruhen, die nur für den keine Gültigkeit haben, der sich, mit eiserner Stirn über Vernunft, Wahrheit und Gerechtigkeit zu erheben, erfrecht.

Leipzig, am 1. Julius 1792.

Christian Daniel Erhard.

Inhalt.

Inhalt.

ERSTER THEIL.

Erster Titel.

Von Personen und deren Rechten überhaupt. S. 1.

Zweyter Titel.

Von Sachen und deren Rechten überhaupt. 2.

Dritter Titel.

Von Handlungen und den daraus entstehenden Rechten. 3.

Vierter Titel.

Von Willenserklärungen. 3.

Fünfter Titel.

Von Verträgen. 6.

Sechster Titel.

Von den Pflichten und Rechten, die aus unerlaubten Handlungen entstehen. 21.

Siebenter Titel.

Von Gewahrfam und Besitz. 31.

Achter Titel.

Vom Eigenthume. 33.

Neunter Titel.

Von der Erwerbung des Eigenthums überhaupt und
den unmittelbaren Arten derselben insonderheit. S. 38.

Erster Abschnitt.

Von der ursprünglichen Besitznehmung. 38.

Zweyter Abschnitt.

Von der Besitznehmung verlassner und verlornen
Sachen. 38.

Dritter Abschnitt.

Von gefundenen Schätzen. 44.

Vierter Abschnitt.

Vom Thierfange. 49.

Fünfter Abschnitt.

Von der Beute. 52.

Sechster Abschnitt.

Von der Erwerbung der An- und Zuwüchse. 52.

Siebenter Abschnitt.

Von Preisgegebenen Geldern oder Sachen. 65.

Achter Abschnitt.

Von Erwerbung der Erbschaften. 56.

Neunter Abschnitt.

Von der Verjährung. 75.

Zehenter Titel.

Von der mittelbaren Erwerbung des Eigenthums. 85.

Eilfter Titel.

Von den Titeln zur Erwerbung des Eigenthums welche
sich in Verträgen unter lebendigen Gründen. 86.

Erster Abschnitt.

Von Kaufs- und Verkaufsgeschäften. 86.

Zweyter Abschnitt.

Von Tauschverträge. 96.

Dritter

Dritter Abschnitt.

Von Abtretung der Rechte. S. 96.

Vierter Abschnitt.

Vom Erbschaftskäufe. 99.

Fünfter Abschnitt.

Vom Trödelvertrage. 100.

Sechster Abschnitt.

Von gewagten Geschäften und ungewissen Erwartungen. 100.

Siebenter Abschnitt.

Vom Darlehnsvertrage. 106.

Achter Abschnitt.

Von Verträgen, wodurch Sachen gegen Handlungen oder Handlungen gegen Handlungen versprochen werden. 124.

Neunter Abschnitt.

Von Schenkungen. 133.

Zwölfter Titel.

Von den Titeln zur Erwerbung des Eigenthums welche aus Verordnungen von Todeswegen entstehen. 145.

Erster Abschnitt.

Von Testamenten und Codicillen. 145.

Zweyter Abschnitt.

Von Erbverträgen. 189.

Dreyzehnter Titel.

Von Erwerbung des Eigenthums der Sachen und Rechte durch einen Dritten. 191.

Erster Abschnitt.

Von Vollmachtsaufträgen. 191.

Zweyter Abschnitt.

Von Uebernehmung Fremder Geschäfte ohne vorhergegangenen Auftrag. 207.

Dritter Abschnitt.

Von nützlichen Verwendungen. 209.

Vier-

Vierzehnter Titel.

Von Erhaltung des Eigenthums und der Rechte. S. 211.

Erster Abschnitt.

Vom Verwahrungsvertrage. 211.

Zweyter Abschnitt.

Von Verwaltung fremder Sachen und Güter. 218.

Dritter Abschnitt.

Von Cautionen und Bürgschaften. 224.

Vierter Abschnitt.

Von Pfändungen. 242.

Fünfter Abschnitt.

Von Protestationen. 246.

Fünfzehnter Titel.

Von Verfolgung des Eigenthums. 248.

Sechszehnter Titel.

Von den Arten, wie Rechte und Verbindlichkeiten auf-
hören. 248.

Zweyter Abschnitt.

Von der Zahlung. 248.

Dritter Abschnitt.

Von der Deposition. 261.

Vierter Abschnitt.

Von der Angabe an Zahlungsstatt. 262.

Fünfter Abschnitt.

Von Anweisungen. 263.

Sechster Abschnitt.

Von der Compensation. 265.

Siebenter Abschnitt.

Von Entfagung der Rechte. 267.

AUS DEM ZWEYTEN THEILE

achten Titels

achtem Abschnitte.

Von der Wechselfähigkeit. 269.

H a n d b u c h

des

Preussisch brandenburgischen

C i v i l r e c h t s.

ERSTER

Handbuch

des

Preussische brandenburgischen

Civilrecht

ERSTER

ERSTER THEIL.

ERSTER TITEL.

Von Personen und deren Rechten überhaupt.

Rechte der Zwitter.

Bey der Geburt eines Zwitter's bestimmen I. Th. 1.
die Eltern, zu welchem Geschlecht er erzogen §. 19 - 23.
werden solle; er selbst aber kann nach seinem S. 19.
18ten Jahre ein ander Geschlecht erwählen.
Es müßte denn seyn, daß die Rechte eines
Dritten von seinem Geschlecht abhiengen;
denn sodann kann dieser auf Untersuchung der
Sachverständigen dringen, deren Gutach-
ten, in Ansehung der Rechte des Dritten, auch
gegen die Wahl des Zwitter's und der Eltern
entscheidet.

Unterschied des Alters.

Wenn von den Rechten der Menschen in I. 1.
Beziehung auf ihr Alter die Rede ist, so heis- §. 25. 26.
sen Kinder diejenigen, welche das 7te, und S. 19.
Unmündige die, welche das 14te Jahr noch
nicht zurückgelegt haben. Die Minderjährigkeit

A

aber

aber dauert ohne Unterschied bis nach vollendetem 24sten Jahre.

Leben und Tod.

I. 1.
§. 35. 36.
38. S. 20.
21.

Zum Beweise des Todes ist hinreichend, wenn Iemand eine schwere Wunde im Kriege erhalten hat, und innerhalb eines Jahres nach geschlossenem Frieden von seinem Leben und Aufenthalte keine Nachricht eingegangen ist. Dergleichen, wenn ein Mensch sich auf einem untergegangenen Schiffe befunden hat, und nach 3 Jahren von seinem Leben und Aufenthalte nichts bekannt geworden ist. Kommt es aber darauf an, ob ein Verschollener einen gewissen Erb- oder andern Anfall erlebt habe, so wird vermuthet, daß er nur 70 Jahr alt geworden sey.

ZWEYTER TITEL.

Von Sachen und deren Rechten überhaupt.

Dieser Titel enthält Sach- und Worterklärungen, und andre Sätze, die schon in den allgemeinen Vernunftgesetzen, im Sprachgebrauche und dem gemeinen bürgerlichen Rechte liegen und also nicht zum Zwecke des gegenwärtigen Handbuchs gehören.

DRITTER TITEL.

Von Handlungen und den daraus entstehenden Rechten.

Zeitbestimmung bey Handlungen.

Bey gesetzlichen Zeitbestimmungen wird der Tag von Mitternacht bis zu Mitternacht gerechnet. I. 1.
§. 45. S.
41.

Trift die Erfüllung einer Pflicht auf einen Tag, an welchem nach allgemeinen Policeyverordnungen oder nach den Religionsgrundsätzen dessen, der etwas zu leisten verpflichtet ist, dergleichen Handlungen nicht vorgenommen werden dürfen, so ist derselbe in der Regel an dem nächstfolgenden Tage zur Leistung verbunden. I. 3.
§. 48. S.
41.

Unter dem Ausdrücke: Jahr und Tag wird Ein Jahr und dreyßig Tage verstanden. I. 3.
§. 49. S.
41.

VIERTER TITEL.

Von Willenserklärungen.

Gewissensfreyheit kann durch keine Willenserklärung eingeschränkt werden *). I. 4.
§. 9. S.
42.

Zufagen, wodurch eine Mannsperson bis über das 30ste, und eine Frauensperson bis über das 25ste Jahr hinaus, zum ehelichen

A 2 Stande

*) Es ist dieß zwar ein allgemeiner Grundsatz und gehört eigentlich nicht hieher, ich konnte mich aber nicht enthalten, ihn herzusetzen, weil er nicht genug gesagt werden kann. E.

Stande verpflichtet werden, sind ungültig. Auch ist Niemand an eine Willenserklärung gebunden, wodurch er, seinen Witwenstand nicht zu ändern, angelobt hat.

I. 4.
§. 13. S.
43.

Zur Slaverey oder Privatgefangenschaft kann Niemand durch Willenserklärungen verpflichtet werden.

I. 4.
§. 20 - 22.
S. 43 u. f.

Alle Willensäußerungen der Kinder, die das 7te Jahr noch nicht zurückgelegt haben, sind nichtig. Willenserklärungen der Unmündigen aber, die das 14te Jahr noch nicht zurückgelegt haben, sind nur in so fern gültig, als sie sich einen Vorthail dadurch erworben haben. Sind aber in diesem Falle mit dem Vorthteile zugleich Pflichten und Lasten verbunden, so muß die Einwilligung des Vorgesetzten *) hinzu kommen, wenn die Erklärung eine rechtliche Wirkung haben soll.

I. 4.
§. 23 - 25.
S. 44.

Rasende und Wahnsinnige sind den Kindern unter 7 Jahren gleich zu rechnen. So lange solchen Personen noch kein Vormund bestellt ist, gilt die Vermuthung, daß sie ihren Willen bey völliger Verstandeskraft, und nicht während eines Anfalls ihrer Krankheit geäußert haben. Sind sie aber unter Vormundschaft gesetzt, so kann, so lange diese dauert, auf das Vorgeben, daß die Erklärung in einer solchen Zwischenzeit, da der völlige Vernunftgebrauch eingetreten, (*in lucido Intervallo*) erfolgt sey, keine Rücksicht genommen werden.

Von

*) Wer heist hier Vorgesetzter?

Von Willenserklärungen der Blödsinnigen, I. 4.
§. 26. 27.
S. 44.
die unter Vormundschaft genommen worden, gilt das, was von Unmündigen verordnet ist. Wenn aber der Blödsinnige noch nicht unter Vormundschaft gesetzt ist, so gilt doch die Vermuthung, daß derjenige betrügerisch gehandelt habe, der durch dessen Willenserklärung mit dem Schaden desselben sich zu bereichern sucht.

So lange ein Mensch des Gebrauchs seiner Vernunft durch Trunkenheit beraubt ist, ist er I. 4.
§. 28 - 30.
S. 44 u. f. den Wahnsinnigen gleich zu achten. Ein Gleiches gilt von denjenigen, die durch Schrecken, Furcht, Zorn oder eine andre heftige Leidenschaft, in einen Zustand versetzt worden sind, worinn sie ihrer Vernunft nicht mächtig waren. Doch wird dieser Grad der Trunkenheit oder Leidenschaft nicht vermuthet, (präsumirt) sondern muß, wenn darauf rechtliche Rücksicht genommen werden soll, erwiesen werden.

Bey Drohungen, die nicht unmittelbar Leben, Gesundheit, Freyheit oder I. 4.
§. 36, 37.
S. 45. Ehre betreffen, muß der Richter nach Beschaffenheit des angedroheten Uebels an sich, und nach dem Verhältnisse desselben zum Gegenstande der Erklärung vernünftig beurtheilen, ob dadurch die Willensäußerung wirklich erzwungen worden sey. Auch ist bey Bestimmung des Einflusses der Drohung auf den Willen des Bedroheten, zugleich auf desselben Leibes- und Gemüthsbeschaffenheit Rücksicht zu nehmen.

FÜNFTER TITEL.

Von Verträgen.

I. 5.

§. 11 - 13.
§. 62.*h) Persönliche Fähigkeit, Verträge zu schließen.*

Soll eine Person, welche durch Willenserklärung nur Vortheile zu erwerben fähig ist, durch einen von ihr geschlossenen Vertrag zugleich Lasten übernehmen, so hängt die Gültigkeit des ganzen Vertrags von der vormundschaftlichen Genehmigung ab. So lange der Vormund sich noch nicht erklärt hat, kann der andere Theil von dem Vertrage nicht zurücktreten. Doch steht demselben zu allen Zeiten frey, dem Vormund eine Frist zu bestimmen, binnen welcher er sich über die Ertheilung oder Verfassung seiner Genehmigung erklären müsse.

I. 5.

§. 15 - 17.
§. 63.

Die Unfähigkeit eines Verschwenders, sich durch Verträge zu verpflichten, nimmt mit der Mittagsstunde des Tages ihren Anfang, an welchem das Blatt der öffentlichen Anzeige, dem die gerichtliche Bekanntmachung einverleibt ist, ausgegeben worden. Doch kann der, welcher weis, daß ein Mensch wegen Verschwendung bereits gerichtlich angeklagt sey, aus einem mit demselben auch noch vor der öffentlichen Bekanntmachung geschlossenen Vertrage kein Recht erlangen. Die Unfähigkeit des Verschwenders dauert aber fort bis zur Mittagsstunde des Tages, an welchem die Wiederaufhebung der Vormundschaft verfügt worden ist.

Bey

Bey Minderjährigen endiget sich die Unfähigkeit, lästige Verträge zu schliessen, mit dem Anfange desjenigen Tages, an welchem sie die Volljährigkeit erreichen. I. 5.
§. 18. S.
63.

Pflegbefohlene, die unter vormundschaftlicher Genehmigung eine eigne Wirthschaft angestellt haben, werden, auch ohne Beytritt des Vormundes, durch solche Verträge verpflichtet, welche zur Führung dieser eignen Wirthschaft unmittelbar gehören. I. 5.
§. 20. S.
63.

Pflegbefohlene, die unter vormundschaftlicher Genehmigung sich zu einem gewissen Zweck oder Geschäfte bestimmt haben, sind fähig, alle Verträge zu schliessen, ohne welche sie diese Bestimmung nicht erfüllen können. I. 5.
§. 21. S.
64.

Oeffentliche Cassen können nur unter Genehmigung des vorgesetzten Departements durch Verträge verpflichtet werden. Ist nach der Verfassung der Cassé die unmittelbare Genehmigung des Landesherrn nothwendig, so muß das vorgesetzte Departement den, der mit der Cassé sich einlassen will, vor, oder doch gleich bey Abschließung des Vertrags, bey eigener Vertretung, davon benachrichtigen. I. 5.
§. 29. 30.
S. 64. 65.

Jeder Contrahent ist schuldig, sich nach den Eigenschaften des Andern, welche auf dessen Fähigkeit, Verträge zu schliessen, Einfluss haben können, gehörig zu erkundigen. Wer aber, nach gehörig angestellter Erkundigung, dennoch von einem Unfähigen zur Schließung eines Vertrags ist verleitet worden, der kann I. 5.
§. 31. 33.
S. 65.

aus dem Vermögen desselben Schadloshaltung fordern.

I. 5.
§. 34-36.
S. 65.

Wer mit einer Person unter 18 Jahren Verträge schließt, oder eine unfähige Person, bloß auf deren Versicherung, auch wenn dieselbe eidlich bestärkt würde, für fähig angenommen hat, der kann sich mit der Unwissenheit ihres minderjährigen Alters niemals schützen. Wer aber, seiner Unfähigkeit bewußt, einen andern zur Schließung eines Vertrags verleitet hat, soll als ein Betrüger gestraft werden.

I. 5.
§. 50. S.
67.

Lag bey dem Vertrage über die Sache oder das Recht eines Dritten eine unerlaubte Handlung von Seiten beyder Theile zum Grunde, so fällt der von einem oder dem andern Theile schon daraus gezogene Gewinn dem Fiscus anheim.

II) Von nutzlosen und unbestimmten Verträgen.

I. 5.
§. 70. 71.
S. 69.

Verträge, deren Erfüllung Niemanden einen Nutzen oder Vortheil gewähren kann, müssen auf den Antrag dessen, dem sie zur Last fallen, von dem Richter aufgehoben werden; und Verträge, deren Gegenstand sich gar nicht bestimmen läßt, oder deren Bestimmung oder Erfüllung der Willkühr des Verpflichteten lediglich überlassen ist, sind unverbindlich.

III) Bestimmung der Zeit der Annahme.

I. 5.
§. 90-92.
94-101.
S. 71. u. f.

Die Annahme eines Versprechens muß, wenn sie gegen den Versprechenden verbindlich

lich seyn soll, zu gehöriger Zeit geschehen. Hat nun der Antragende einen gewissen Zeitraum zur Erklärung über den Antrag selbst bestimmt, so ist der Andre bis zum völligen Ablauf dieses Zeitraums zur Annahme berechtigt. Hat aber der Antragende die Zeit zur Erklärung über den Antrag dem Gutfinden des Andern überlassen, so kann er dennoch, wenn der Andere zögert, demselben eine Frist zur Annahme bestimmen. Ist bey dem Antrage wegen der Zeit zur Annahme gar nichts bestimmt worden, so muß die Erklärung über einen mündlichen Antrag, sogleich als derselbe geschehen ist, abgegeben werden. Ist aber unter Personen, die an einem Orte sich aufhalten, der Antrag schriftlich geschehen, so muß die Erklärung darüber binnen 24 Stunden erfolgen. Ist der Antrag unter Abwesenden schriftlich geschehen, so kommt es auf den Zeitpunkt an, da der Brief an dem Orte, wo der Andere sich aufhält, nach dem gewöhnlichen Laufe der Posten hat eintreffen können. Mit der nächsten fahrenden oder reitenden Post, die nach diesem Zeitraum abgehen, muß der Antrag beantwortet werden. Doch ist, wenn mit der ersten Post keine Antwort erfolgt, der Antragende schuldig, noch den nächst folgenden Posttag, wegen möglicher Zwischenfälle abzuwarten. Ist der schriftliche Antrag durch einen eignen Boten geschehen, so muß der Antragende den

längsten Zeitraum, binnen welchem ein solcher Bote ohne ungewöhnliche Zwischenfälle zurückkommen konnte, abwarten. Kommt der Bote in diesem Zeitraum nicht zurück, so muß der Antragende den Andern davon benachrichtigen und ihm zugleich eröffnen, ob er noch ferner an den Antrag gebunden seyn wolle. Geschieht der Antrag einer Corporation oder Gemeinde, so muß der Antragende auf die Erklärung derselben so lange Zeit warten, als erforderlich ist, daß über den Antrag ein verfassungsmäßiger Entschluß genommen und ihm bekannt gemacht werden könne.

I. 5.
§. 102.
S. 73.

In allen Fällen, wo nicht ein Andres ausdrücklich bestimmt ist, wird dafür gehalten, daß die Annahme in dem Zeitpuncte geschehen sey, wo der Annehmende Alles gethan hatte, was von seiner Seite zur Bekanntmachung seiner Erklärung an den Antragenden erforderlich war.

I. 3.
§. 103-
105. S.
73.

Sobald aber die bestimmten Fristen zur Erklärung fruchtlos verlaufen sind, kann der Antragende zurücktreten. Er muß jedoch demjenigen, welchem der Antrag geschehen ist, unter Gegenwärtigen sofort, unter Abwesenden aber mit der nächsten Post Nachricht geben, daß er den Antrag zurück nehme; denn sonst muß er, wenn sich in der Folge findet, daß der Andere seine Annahme wirklich zu rechter Zeit erklärt habe, demselben für den Schaden, welcher aus den zur Erfüllung des Ver-

Vertrags gemachten Anstalten in der Zwischenzeit erwachsen ist, gerecht werden.

Wenn nach geschehenem Antrage und vor dem Ablaufe der bestimmten Fristen, der eine oder der andere Theil verstirbt, so wird durch diesen Tod in den Rechten und Pflichten wegen der Annahme nichts geändert, es müßte denn der Antrag ausdrücklich nur zur persönlichen Begünstigung dessen abzielen, dem er gemacht wurde.

I. 5.
§. 106.
107. S.
73.

IV) Form der Verträge.

Wenn der Vertrag unter Abwesenden bloß durch Briefwechsel, ohne ein besonderes Instrument zu errichten, geschlossen ist und die Wohnorte der Contrahenten in Ansehung der Form verschiedene Rechte haben, so ist die Gültigkeit der Form nach den Gesetzen des Orts zu beurtheilen, nach welchen das Geschäft am besten bestehen kann.

I. 5.
§. 113.
S. 74.

Gesetzliche Nothwendigkeit schriftlicher Verträge, und in wie fern die schriftliche Abfassung bey andern Willenserklärungen nothwendig sey.

Ein jeder Vertrag, dessen Gegenstand sich über 30 Rthlr. in Silber Courant beläuft, muß schriftlich errichtet werden. Ist der Vertrag auf Gold geschlossen, so werden 3 Rthlr. Silber Courant einem Ducaten und 5 und $\frac{1}{4}$ Rthlr. einer Goldmünze von 5 Rthlr. gleich gerechnet. Auch andre bloß einseitige Willenserklärungen müssen bey Gegenständen über 50 Rthlr. so

I. 5.
§. 131-
133. S.
76. u. f.

so bald ihre Folgen sich auf die Zukunft hinaus erstrecken soll, schriftlich abgefaßt werden.

I. 5.
§. 134.
S. 77.

Zu Entfagungen und Verzichtseleistungen, nicht aber zum Beweise der erfolgten Zahlung oder sonstigen Erfüllung einer Verbindlichkeit, sind schriftliche Urkunden erforderlich.

Nähere Bestimmung a) bey Gerechtigkeiten.

I. 5.
§. 135.
S. 77.

Verträge und Erklärungen über Grundgerechtigkeiten, ingleichen über beständige persönliche Lasten und Pflichten, erfordern allemal eine schriftliche Abfassung.

b) Bey terminlichen Leistungen.

I. 5.
§. 136.
137. S.
77.

Bey terminlichen Leistungen, wo entweder die Zahl der Termine unbestimmt ist, oder sämtliche Termine zusammen die Summe von 50 Rthlr. übersteigen, sind schriftliche Contracte nothwendig.

c) Bey gewagten Verträgen.

I. 5.
§. 138.
138. S.
77.

Bey gewagten Verträgen wird nicht auf die Grösse des ungewissen Gewinns, sondern nur auf das gesehen, was dagegen gesetzt oder versprochen worden. Ist aber von beyden Seiten ein gewagtes Geschäft vorhanden, so muß allemal der Vertrag schriftlich abgefaßt werden.

d) Bey Conventionalstrafen.

I. 5.
§. 140.
141. S.
77.

Conventionalstrafen werden nicht zu der Summe oder dem Werthe der Sachen gerechnet,

net, worüber die Hauptverbindlichkeit eingegangen worden. Uebersteigt aber die Conventionalstrafe selbst die Summe von 50 Rthlr. so ist ein schriftlicher Vertrag nothwendig.

Schliessung schriftlicher Verträge durch Briefwechsel. I. 5.

Zwischen Abwesenden vertritt die geführte Correspondenz die Stelle des schriftlichen Vertrags, in so fern die Bedingungen und die wechselseitige Einwilligung der Contrahenten daraus hinlänglich erhellen. §. 142. S. 77.

Ist zu dem Geschäfte, worüber der Vertrag geschlossen worden, die Ausfertigung eines feyerlichen Instruments erforderlich, so vertritt der Briefwechsel die Stelle einer Punction. I. 5. §. 143. S. 78.

Fälle, in denen es keines schriftlichen Vertrags bedarf.

Es bedarf keines schriftlichen Vertrags: I. 5.

a) wenn Jemanden Sachen in Verwahrung gegeben werden. b) Wenn Gastwirthen, Fuhrleuten oder Schiffern, Habseligkeiten von Reisenden anvertraut werden. §. 144. S. 145. S. 78.

c) Wenn ein Vertrag über bewegliche Sachen von beyden Theilen sogleich erfüllt wird, so kann zur Anfechtung des solchergestalt abgemachten Geschäfts der Mangel eines schriftlichen Vertrags nicht vorgeschützt werden. I. 5. §. 146. S. 147. S. 78.

Auch kann keiner von beyden Theilen wegen eines solchen abgemachten Geschäfts, auf den Grund vorgeblicher mündlicher Nebenabreden, den Andern in Anspruch nehmen.

Wenn

I. 5.
§. 148.
S. 78.

d) Wenn über bewegliche körperliche Sachen außerhalb Landes an einem Orte, wo mündliche Verträge ohne Unterschied gültig sind, dergleichen Verträge geschlossen worden, so kann der Mangel der schriftlichen Abfassung auch in den hiesigen Gerichten nicht vorgeschützt werden.

I. 5.
§. 149.
150. S.
78.

e) Kaufhandlungen über Mess- und Marktwaaaren, die von Kaufleuten mit andern Personen während der Messe oder des Markts geschlossen und sogleich erfüllt oder in kaufmännisch geführte Bücher eingetragen worden, erfordern keinen schriftlichen Contract. Außerdem müssen auch solche Kaufhandlungen schriftlich abgefaßt oder von beyden Theilen dem, nach Vorschrift der Proceßordnung, anzuordnenden Mess- oder Marktgerichte mündlich angezeigt werden.

I. 5.
§. 152.
S. 79.

Die von dem Schuldner geschehene Unterschrift einer Rechnung über gelieferte Waaren oder Arbeiten vertritt in allen Fällen die Stelle eines schriftlichen Vertrags.

Rechtliche Folgen, wenn die schriftliche Abfassung unterblieben ist.

I. 5.
§. 155-
168. S.
79 u. f.

Ist in Fällen, wo die Gesetze einen schriftlichen Vertrag fordern, derselbe bloß mündlich geschlossen und noch von keinem Theil erfüllt worden: so findet daraus keine Klage statt. Hat aber A) ein Contrahent von dem Andern die Erfüllung bereits ganz oder zum Theil angenommen, so ist er verpflichtet, ent-

entweder den Vertrag von seiner Seite auch zu erfüllen, oder das Erhaltene zurückzugeben, oder das Geleistete zu vergüten. Wählt er letzteres, so muß er die auf Rechnung des Vertrags erhaltene Sache in dem Stande, worin er sie empfangen hat, zurückgeben. Wegen der Nutzungen, ingleichen wegen der in der Zwischenzeit vorgefallenen Verbesserungen ist er einem unrechtfertigen Besitzer gleich zu achten. Kann er die empfangene Sache in dem Stande, in welchem sie sich zur Zeit der Uebergabe befunden hat, nicht zurückgeben, und will dennoch den mündlichen Vertrag nicht erfüllen, so muß er den mündlich verabredeten Werth ersetzen. Ist kein Werth verabredet worden, so muß der Werth welchen die Sache zur Zeit der Uebergabe gehabt hat, ausgemittelt und ersetzt werden. B) Hat der, welcher den mündlichen Vertrag nicht erfüllen will, dem andern Contrahenten auf Rechnung desselben etwas gegeben, so kann er dasselbe zwar ebenfalls zurückfordern; er muß aber die gegebne Sache in dem Stande wieder annehmen, in welcher sie sich zu der Zeit, da seine Weigerung zur Wissenschaft des Andern gelangt ist, befunden hat.

Ueberhaupt hat derjenige Contrahent, welcher den mündlichen Vertrag zu erfüllen bereit war, in Ansehung der an dem Andern, welcher zurücktritt, zu leistenden Zurückgabe durchgehends die Rechte eines redlichen Besitzers

fitzers. Ist einem oder dem andern Theile auf Abschlag des mündlichen Vertrags etwas bezahlt worden, so muß der, welcher zurücktritt, vom Tage der empfangenen Zahlung; der Andre aber, welcher den Contract zu erfüllen bereit war, vom Tage des ihm angekündigten gegenseitigen Rücktritts, landübliche Zinsen entrichten. Hat der mündliche Vertrag Handlungen zum Hauptgegenstande gehabt, und sind diese sämtlich geleistet worden, so muß die Vergütung nach der mündlichen Abrede erfolgen. Sind die Handlungen nur zum Theil geleistet worden, und der Verpflichtete will durch Leistung der übrigen den Vertrag nicht vollständig erfüllen, so kann der Berechtigte von der mündlich verabredeten Vergütung soviel abziehen, als erforderlich ist, sich die noch rückständigen Leistungen zu verschaffen. Will hingegen der Berechtigte die Leistung der noch rückständigen Handlungen nicht annehmen, so muß der Werth der schon wirklich geleisteten nach den Gesetzen ausgemittelt und vergütet werden. Uebrigens finden aus einem bloß mündlichen Vertrage, wegen der von dem einen oder dem andern Theile verweigerten Erfüllung, keine Forderungen von Entschädigung oder Interesse statt.

Was Rechtens sey, wenn der schriftliche Vertrag nicht mehr vorhanden ist.

I. 5.
§. 169.
S. 81.

Ist ein schriftlich abgefaßter Vertrag verloren gegangen, so sind zur Ausmittlung seines

nes Inhalts alle in den Gesetzen gebilligten Beweismittel zulässig.

Hat einer der Contrahenten den Verlust oder die Vernichtung des Instruments vorsetzlich veranlaßt, so wird die Angabe des Andern von dem Inhalte der Urkunde so lange für richtig angenommen, bis das Gegentheil erwiesen ist.

I. 5.
§. 170.
S. 81.

Von gerichtlichen Verträgen.

Blinde und Taubstumme müssen ihre schriftlichen Verträge gerichtlich aufnehmen lassen. Personen, die des Schreibens und Lesens unkundig oder durch einen Zufall am Schreiben verhindert sind, müssen in Fällen, wo es eines schriftlichen Contracts bedarf, denselben gerichtlich oder vor einem Justizcommissar errichten. Bey gemeinen Landleuten dieser Art ist die Aufnehmung vor den Dorfgerichten mit Zuziehung eines vereydeten Gerichtschreibers hinreichend. Wenn bey außsergerichtlichen auch schriftlichen Verträgen solcher Personen die so eben beschriebene Form nicht beobachtet worden ist, so werden dergleichen Verträge den bloß mündlich geschlossenen gleichgeachtet.

I. 5.
§. 171-
174. S.
81.

Kann ein solcher Contrahent dem Protocol oder Contract auch seine Namensunterschrift nicht eigenhändig beyfügen, so muß er das Instrument an der zur Unterschrift bestimmten Stelle mit Kreutzen oder einem

I. 5.
§. 175-
184. S.
82. 83.

andern gewöhnlichen Handzeichen bemerken. Unter diesem Zeichen muß der Richter oder Justizcommissarius gehörig attestiren, daß und warum sie von dem Contrahenten statt der Unterschrift gebraucht worden. Kann der Contrahent auch keine solchen Zeichen beyfügen, so muß ein von ihm gewählter Beystand die Unterschrift in seinem Namen leisten; und daß dieses geschehen sey, von dem Richter oder Justizcommissario attestirt werden. Wer der Sprache, worin das Instrument abgefaßt werden soll, unkundig ist, wird einem, der nicht schreiben kann, gleich geachtet. Ist der Richter oder Justizcommissarius der Sprache eines solchen Contrahenten nicht kundig, so muß ein vereydeter Dollmetfcher gezogen werden. Vereinigen sich die Partheyen über einen unvereydeten Dollmetfcher, so muß dieses im Protocoll ausdrücklich bemerkt werden. Mit dem Hauptinstrumente zugleich muß der Richter oder Justizcommissarius dem der Sprache unkundigen Contrahenten eine Uebersetzung desselben zur Unterschrift vorlegen. Stimmt die Uebersetzung mit dem Original nicht überein, so gilt erstere zum Vortheile des Unkundigen. Die Unterlassung der in diesem Absatze enthaltenen Vorschriften macht zwar den Vertrag, wenn dessen Richtigkeit sonst nachgewiesen werden kann, nicht ungültig, wohl aber den Richter oder Justiz-

stutzcommissarius wegen dadurch veranlasster Weitläufigkeiten und Kosten verantwortlich.

Von Verstärkung der Verträge durch Anerkenntniss.

Derjenige, welcher sich schriftlich oder zum Protocoll zu einem mündlich geschlossenen Verträge bekannt hat, kann, so weit, als die Verabredungen aus diesem Anerkenntnisse erhellen, den Mangel der schriftlichen Abfassung nicht vorschützen. Durch das Anerkenntniss eines seiner Form nach rechtsbeständigen Vertrags, werden diejenigen Einwendungen gehoben, welche sich auf den Mangel einer freyen oder ernstlichen Einwilligung beziehen. Doch muß das Anerkenntniss zu einer Zeit erfolgt seyn, wo das bey der ersten Schließung des Vertrags entgegen gestandene Hinderniss *) gehoben worden war. Alsdann erstreckt sich aber auch die Wirkung eines ohne Einschränkung erfolgten Anerkenntnisses bis auf die Zeit des geschlossenen Vertrags zurück.

I. 5.
§. 183-
188. S.
83.

Ueber Entsagung der Ausflüchte.

Solchen Einwendungen (Exceptionen), die den Vertrag von Anfang an ungültig machen, und solchen, die sich auf ein verbiethendes Gesetz gründen, kann nicht entsagt werden.

I. 5.
§. 194.
195. S.
84.

B 2

Zeit-

*) Es ist mir durchaus undeutlich, was für ein Hinderniss hier gemeynt sey. Das Hinderniss, das der schriftlichen Abschließung, oder das, was der freyen Einwilligung entgegen stand?

Zeitbestimmung bey Verträgen.

I. 5.
§. 242.
S. 89.

Wer den Vertrag, ohne des Andern Genehmigung, vor der bestimmten Zeit erfüllt, haftet, bis zum Ablaufe des Termins, für alle die Sache treffende Zufälle.

I. 5.
§. 143.
S. 89.

Eine zu früh geleistete Handlung wird für nicht geleistet angesehen, und muß zur bestimmten Zeit wiederholt, oder, wenn dieses nicht geschehen kann, der Berechtigte schadlos gehalten werden.

Aufhebung der Verträge durch wechselseitige Einwilligung.

I. 5.
§. 485-
390. S.
106.

Wenn ein Vertrag durch wechselseitige Einwilligung aufgehoben wird, und a) derselbe noch von keiner Seite erfüllt, auch weiter nichts erfolgt ist, als daß beyde Theile ihre Einwilligung, davon wieder abzugehen, äußern: so ist eine mündliche Erklärung hinreichend. Doch muß die Cassation des über den Vertrag aufgenommenen schriftlichen Instruments hinzukommen. Ist aber b) der Vertrag schon von einer Seite erfüllt, oder werden der Einwilligung in dessen Aufhebung Bedingungen oder Nebenabreden hinzugefügt, so muß, in so weit, als zur Errichtung die schriftliche Abfassung nothwendig ist, auch die Aufhebung desselben schriftlich erklärt werden.

In so fern ein Vertrag gerichtlich geschlossen werden muß, muß auch dessen Aufhebung gerichtlich erfolgen. War der Ver-

Vertrag in seinen wesentlichen Theilen von beyden Seiten schon erfüllt, so ist dessen durch wechselseitigen Consens erfolgende Aufhebung für einen neuen Vertrag zu achten.

SECHSTER TITEL.

Von Pflichten und Rechten, die aus unerlaubten Handlungen entstehen.

I. 6.

Wenn Wahn- und Blödsinnige, oder Kinder unter 7 Jahren jemanden beschädigen, so kann nur der Ersatz des unmittelbaren Schadens aus ihrem Vermögen gefordert werden. Doch haftet das Vermögen solcher Personen nur alsdann, wenn der Beschädigte den Ersatz aus dem Vermögen der Aufseher oder der Aeltern nicht erhalten kann. Auch haftet dasselbe nur soweit, als dadurch dem Beschädiger der nöthige Unterhalt, und, wenn er ein Kind ist, die Mittel zu einer standesmäßigen Erziehung nicht entzogen werden. Hat der Beschädigte dergleichen Personen durch sein eignes, auch nur geringes Versehen zu der schädlichen Handlung veranlaßt, so kann er sich an das Vermögen derselben nicht halten.

§. 41-44.
S. 120.

Wie lange der Schadenersatz gefordert werden könne.

I. 6.

Wer einen (außer dem Falle eines Contracts) erlittenen Schaden innerhalb dreier Jahre, nachdem das Daseyn und der Urheber

§. 54-55.
S. 122.

heber desselben zu seiner Wissenschaft gelangt sind, gerichtlich einzuklagen vernachlässigt, der hat sein Recht verlohren. Sind seit dem Zeitpuncte der Schadenszufügung 30 Jahre verflossen, so kommt es auf den Zeitpunkt der erlangten Wissenschaft nicht mehr an.

Von Schaden, der durch andre Menschen zugefügt wird.

I. 6.
§. 56. 57.
S. 122.

Wer eines Andern unwillkührliche Handlung, wodurch derselbe sich selbst oder einem Dritten schädlich geworden ist, aus Vorsatz, grobem oder mässigem Versehen (*Dolo, culpa lata et leui*) veranlaßt hat, haftet für den dadurch verursachten Schaden. Gleiche Verbindlichkeit hat der, welcher die über Wahn- und Blödsinnige oder über Kinder unter 7 Jahren ihm obliegende Aufsicht gröblich oder auch nur aus einem mässigen Versehen vernachlässigt.

durch Dienstboten.

I. 6.
§. 60. 61.
S. 122.

Für den von Dienstboten zugefügten Schaden ist die Herrschaft in der Regel nicht verantwortlich. Wer aber wissentlich geschehen läßt, daß sein Gesinde einem Andern einen Schaden zufügt, der wird als Theilnehmer an der unerlaubten Handlung angesehen.

I. 6.
§. 62. S.
122.

Wer Gesinde, das durch einen überwiegenden Hang zur groben Lastern, durch einen hohen Grad von Blödsinn oder

Schwer-

Schwerenuth, oder durch ansteckende Krankheiten, andern gefährlich werden kann, wissentlich in Dienste nimmt oder darin behält, der haftet für alle Gefahr.

Für den durch Dienstboten angerichteten Feuerfchaden haftet die Herrschaft auch alsdann, wenn ihr die Unvorsichtigkeit des Gesindes bey dem Gebrauche von Feuer und Licht bekannt gewesen ist, und sie dasselbe dennoch beybehalten hat. I. 6.
§. 63. S.
122.

Wenn Jemand zu einem Geschäfte ein dazu untüchtiges Gesinde wissentlich bestellt, so haftet er für den Schaden, welcher einem Dritten bey der Ausrichtung des Geschäfts, durch die Untüchtigkeit des Gesindes zugefügt worden ist. I. 6.
§. 69. S.
123.

Durch Handwerksgefelln und Lehrlinge.

In Ansehung der Handwerksgefelln und Lehrjungen haben die Meister die den Dienstherrschaften aufgelegten Pflichten. I. 6.
§. 65. S.
123.

Durch Miethsleute.

Wer wissentlich Miethsleute duldet, die mit Feuer und Licht, bey dem Auswerfen oder Ausgießen, oder in Verschließung des Hauses unvorsichtig zu verfahren gewohnt sind, der haftet für allen durch selbige auf dergleichen Art verursachten Schaden. I. 6.
§. 66. S.
123.

In vorstehend bestimmten Fällen haften jedoch die Herrschaft, der Meister oder Haus- I. 6.
§. 67. S.
123.

wirth nur in so weit, als der Schadenersatz aus dem Vermögen des Beschädigers nicht erfolgen kann.

I. 6.
§. 68. S.
123.

Sobald erhellet, daß ein Schade durch Iemandes Gefinde, Handwerksgefallen oder Lehrjungen, oder durch die Bewohner seines Hauses verursacht worden; und die Herrschaft, der Meister oder Hauswirth kann die Person des Beschädigers nicht nachweisen, so ist derselbe dem Beschädigten zur Schadloshaltung hauptsächlich verhaftet.

Wie der Schadenersatz zu leisten sey: A) bey Beschädigungen an Sachen.

I. 6.
§. 82 - 88.
S. 125 f.

Ist eine Sache ganz verlohren gegangen, vernichtet oder unbrauchbar geworden, so muß der Beschädiger deren ganzen durch die Gesetze bestimmten Werth vergüten. Ist der Werth durch Gesetze nicht bestimmt, so muß bey Sachen, die einen gewöhnlichen Gegenstand des Verkehrs auf Messen oder Märkten ausmachen, oder worüber Preis-Courant gehalten werden, derjenige Werth, welchen Sachen derselben Art zur Zeit des Verlusts gehabt haben, ersetzt werden. Bey andern Sachen werden die Beschaffenheiten und Eigenschaften derselben zur Zeit des Verlusts durch Beweis ausgemittelt, und sodann wird der Werth nach dem Gutachten der Sachverständigen bestimmt. Ist der Schade aus Vorsatz oder grobem Versehen gesche-

geschehen, so muß der höchste Werth, welchen die Sache, nach obigen Bestimmungen in dem Zeitraume zwischen der Schadenszufügung und der dem Beschädiger zugestellten Klage gehabt hat, vergütet werden. Auch haftet in einem solchen Falle der Beschädiger für den außerordentlichen Werth. Für den Werth der besondern Vorliebe (*pretium affectionis*) haftet er nur alsdann, wenn die Beschädigung vorsätzlich zugefügt worden ist. Ist der Schade durch ein mäßiges oder geringes Versehen entstanden, so darf nur der zur Zeit der Schadenszufügung vorhanden gewesene gemeine Werth ersetzt werden.

Ist durch den Schaden der Werth der Sache nur vermindert worden, so muß derjenige Werth, welchen die Sache vor der Beschädigung gehabt hat, nach obigen Grundsätzen ausgemittelt und mit dem gegenwärtigen Werthe verglichen werden. Die daraus sich ergebende Verminderung des Werths muß der Beschädiger vergüten. Ist jedoch der Schade an einer beweglichen Sache zugefügt worden, so hat der Beschädigte die Wahl: ob er mit dieser Vergütung sich begnügen, oder von dem Beschädiger den ganzen vormaligen Werth, gegen Ueberlassung der Sache, fordern wolle.

In allen Fällen, wo der vormalige Werth der Sache nicht mit hinlänglicher Zuverlässig-

I. 6.
§. 89-91.
S. 126.

I. 6.
§. 92. S.
126.

Werth, welchen eine Sache von derselben Art, und von mittler Güte, in dem nach obigen Grundsätzen zu bestimmenden Zeitpuncte gehabt hat, durch Sachverständige festgesetzt werden.

I. 6. Ist der Schade nur aus mäßigem oder geringem Versehen zugefügt worden, so muß der Beschädigte mit der Vergütung nach diesem mittlern Werthe sich begnügen. Ist aber der Schade aus Vorsatz oder grobem Versehen verursacht worden, so muß der Beschädigte auch zur eydlichen Bestärkung eines höhern Werths, nach richterlichem Ermessen, zugelassen werden. Doch darf auch dieser höhere Werth den doppelten Betrag des von den Sachverständigen angegebenen mittlern Werths niemals übersteigen. Ist aber von dem Werthe der besondern Vorliebe die Rede, so findet dergleichen Rücksicht auf das Verhältniß zwischen dem von Sachverständigen bestimmten, und dem von dem Beschädigten angegebenen Werthe nicht statt. Vielmehr muß alsdann das richterliche Ermessen den von dem Beschädigten eydlich zu erhärtenden Werth nur nach der besondern Beschaffenheit der Umstände und Verhältnisse, worauf der Beschädigte diese Vorliebe gründet, festsetzen und ermäßigen.

B) *An der Person.* 1) *durch Tödtung.* a) *wenn dieselbe aus Vorsatz oder grobem Versehen erfolgt ist.*

Wer widerrechtlich einen Menschen ums Leben bringt, muß in allen Fällen der hinterlassenen Frau und den Kindern des Entleibten die Kosten der etwanigen Cur; ingleichen die Begräbnis- und Trauerkosten ersetzen. Außerdem ist, wenn die Entleibung aus Vorsatz oder grobem Versehen erfolgt, der Beschädiger verbunden, der Wittwe und den Kindern des Entleibten standesmäßigen Unterhalt, auch den letztern dergleichen Erziehung und Ausstattung, als sie von dem Vater nach dessen Stand und Vermögen erwarten konnten, zu gewähren. Dabey wird auf das von dem Entleibten hinterlassene Vermögen, ingleichen auf die Unterstützungen, welche der Wittwe und den Kindern von dem Staate oder anders woher angedeihen, keine Rücksicht genommen. Diese Verbindlichkeit des Beschädigers dauert so lange, als die Familie des Entleibten eine solche Verpflegung und Unterstützung von demselben, wenn er noch am Leben wäre, fordern könnte. Treten aber Umstände ein, unter welchen die Pflicht des Entleibten, seine Familie aus eignen Mitteln zu ernähren, aufgehört haben würde, so wird auch der Beschädiger von seinen Verbindlichkeiten frey.

I. 6.
§. 97-
102. S.
127.

b) *Wenn*

b) *Wenn sie aus mäßigem Versehen erfolgt ist.*

I. 6.
§. 103.
109. S.
128. f.

Ist die Entleibung nur durch ein mäßiges Versehen verursacht worden, so muß der Beschädiger für eine nach Verhältniß des Standes nothdürftige Verpflegung der Wittwe und Kinder des Entleibten, und für eine dergleichen Erziehung der letztern in so weit sorgen, als die Kosten dazu aus den Einkünften des hinterlassenen Vermögens und den Beyträgen des Staats oder eines Dritten nicht aufgebracht werden können. Auch muß er den unverforhten Kindern, bey Ermangelung eines eignen dazu hinreichenden Vermögens, eine solche Ausstattung gewähren, als dieselben von dem Entleibten nach den Gesetzen zu fordern berechtigt wären. Die Verbindlichkeit zur Erziehung und Verpflegung der Kinder dauert in der Regel so lange, bis dieselben entweder die Volljährigkeit erreicht haben, oder Umstände eintreten, unter welchen die Pflicht des Entleibten, seine Familie aus eignen Mitteln zu ernähren, aufgehört haben würde. Solche Kinder hingegen, welche wegen körperlicher oder Geisteschwächen auch nach erlangter Volljährigkeit, sich selbst ihren Unterhalt zu erwerben, nicht im Stande sind, muß des Beschädiger bis zu ihrem Tode, oder ihrer Wiederherstellung verpflegen. In Ansehung der Witwe des Entleibten dauert die Verpflegungsverbindlichkeit

keit des Beschädigers so lange, bis dieselbe wieder heurathet, oder in Umstände kommt, da sie einer solchen Unterstützung füglich entbehren kann. Ueberhaupt hören die Pflichten eines solchen Beschädigers unter eben den Umständen auf, unter welchen der Entleibte selbst, wenn er noch lebte, davon frey werden würde. Was vorstehend zum Besten der Wittwe und Kinder des Entleibten verordnet ist, gilt auch zum Besten anderer Personen, welche nach den Vorschriften der Gesetze, Unterhalt von dem Entleibten zu fordern, berechtigt seyn würden.

c) Wenn sie nur aus geringem Versehen erfolgt ist.

Ist die Entleibung nur aus geringem Versehen erfolgt, so muß die Familie des Entleibten mit der Ersetzung der Kosten der etwaigen Cur, ingleichen der Trauer und Begräbniskosten sich begnügen.

I. 6.
§. 110.
S. 128 f.

2) Wegen erlittener Schmerzen.

Wegen erlittener Schmerzen können Personen vom Bauer- oder gemeinem Bürgerstande, denen dergleichen Verletzung aus Vorsatz oder grobem Versehen zugefügt worden, ein billiges Schmerzensgeld fordern. Der Betrag dieses Schmerzensgeldes ist nach dem Grade der ausgestandenen Schmerzen, jedoch nicht unter der Hälfte und nicht über den doppelten Betrag der erforderlichen Curkosten richterlich zu be-

I. 6.
§. 112-
114. S.
129.

stim-

stimmen. Bey Personen höhern Standes wird auf die dem Beleidigten durch die Mishandlung verursachten Schmerzen nur bey Bestimmung der gesetzmässigen Strafe Rücksicht genommen.

3) *Wegen der Verunstaltung.*

I. 6.
§. 123-
127. S.
131.

Wird eine unverheurathete Frauensperson durch körperliche Verletzung verunstaltet, und ihr dadurch die Gelegenheit, sich zu verheurathen, erschwert: so kann sie von dem Beschädiger Ausstattung fordern. Diese Ausstattung muß, wenn die Verunstaltung aus Vorsatz oder grobem Versehen erfolgt ist, nach richterlichem Ermessen so bestimmt werden, daß die Beschädigte Hoffnung erhalte, eine ihrem Stande gemäße Heurath zu finden, und unterdessen aus den Einkünften derselben ihren Unterhalt nehmen könne. Ist die Beschädigung nur aus mässigem Versehen zugefügt worden, so muß die Verunstaltete mit einer solchen Ausstattung, als sie von ihrem Vater nach diesem Stande, vermöge der Gesetze zu fordern haben würde, sich begnügen. Besitzt der Beschädiger kein Capitalsvermögen, aus welchem die zu bestimmende Ausstattung genommen werden kann, so muß er der Verletzten die Zinsen davon zu fünf vom Hundert jährlich entrichten. Dieser Beytrag dauert fort, so lange die Verunstaltete lebt, auch wenn sie sich wirklich verheurathet.

4) *An der Freyheit.*

Wer auf irgend eine Art einen Andern seiner persönlichen Freyheit widerrechtlich beraubt, der haftet demselben für das ganze Interesse.

I. 6.
§. 132.
S. 132.

Kann dem Beleidigten die geraubte persönliche Freyheit nicht wieder verschafft werden, so haben die Frau und Kinder desselben gegen den Beleidiger wegen der ihnen zu gewährenden Verpflegungs- und Erziehungskosten eben die Rechte, die ihnen bey einer erfolgten Entleibung beygelegt sind.

I. 6.
§. 136.
S. 137.

SIEBENTER TITEL.

Vom Gewahrsam und Besitz.

Wer des Besitzes einer Sache, welche mit fremden Namen, einzelnen Buchstaben, Wappen, Petttschaften oder andern zur Bezeichnung des Eigenthums gewöhnlichen Merkmalen versehen ist, sich eigenmächtig anmaßt, hat die Vermuthung des unredlichen Besitzes gegen sich. Bloss willkührliche und ungewöhnliche Zeichen können diese Vermuthung nicht begründen.

I. 7.
§. 19-20.
S. 135.

Was Rechtens ist, wenn Mehrere den Besitz erworben haben.

Der, welchem eine Sache körperlich übergeben worden ist, hat, in Ansehung der aus dem Besitz entspringenden Rechte, den Vorzug vor dem, welchem die Uebergabe bloss durch

I. 7.
§. 74-76.
S. 141.

durch Anweisung oder Zeichen geschehen ist. Streiten mehrere, welche die Uebergabe bloß durch Zeichen oder Anweisung erhalten haben, über die Rechte des Besitzes, so kann sich keiner dieser Rechte gegen den Andern anmassen. Vielmehr muß die Sache in gerichtlichen Beschlag genommen werden, bis das Recht zum Besitze entschieden ist.

I. 7.
§. 155-
161. S.
151.

Was Rechtens sey, wenn der Besitz streitig ist.

Ist der letzte ruhige Besitzstand zweifelhaft, so hängt die Entscheidung, wie es mit der streitigen Sache bis zur nähern Erörterung der gegenseitigen Rechte zum Besitze gehalten werden solle, vom richterlichen Ermessen ab; wobey der Richter auf die allgemeinen Grundsätze von der Collision der Rechte Rücksicht zu nehmen hat. Sind die Umstände so beschaffen, daß aus dem einstweiligen Besitze des einen dem andern gar kein Schaden entstehen würde, so muß vorzüglich dieser im Besitz bis zum Austrage der Sache gelassen werden. Außerdem muß der Richter darauf sehen, welcher von den streitenden Theilen dem Andern auf den Fall, wenn derselbe für den rechtmässigen Besitzer erklärt würde, für den aus der Vorenthaltung des Besitzes entstandnen Schaden gerecht zu werden, am besten im Stande sey. Ist für den obliegenden Theil ein unerfetzlicher Schaden zu besorgen, wenn der Andre bis zur endlichen

chen Entschädigung, die Rechte des Besitzers ausüben sollte, so muß die Sache in gerichtliche Verwahrung genommen werden. Ein gleiches kann alsdann geschehen, wenn der Richter findet, daß aus der einstweiligen Einräumung des Besitzes an einen Theil, Gewaltthätigkeiten, welche die öffentliche Ruhe und Sicherheit in Gefahr setzen, entstehen dürften. Gegen den, welcher den Besitz einer Sache oder eines Rechts weder durch Gewalt, noch heimlich, mit List, oder blos bittweise, überkommen hat, kann der vorige Besitzer auf Wiederherstellung des Besitzes nur in sofern klagen, als er ein besseres Recht zum Besitze nachzuweisen hat.

ACHTER TITEL.

Vom Eigenthum.

Gesetzliche Einschränkungen des Eigenthums zum Besten des gemeinen Wesens.

So weit die Erhaltung einer Sache auf die Erhaltung und Beförderung des gemeinen Wohls erheblichen Einfluß hat, so weit ist der Staat, deren Zerstörung und Vernichtung zu unterfagen, berechtigt. Soweit die Benutzung einer Sache zur Erhaltung des gemeinen Wohls erforderlich ist, kann der Staat diese Benutzung befehlen, und die Unterlassung derselben durch Strafgesetze ahnden.

I. 8.

§. 33. 34.
S. 166.

Bey Gebäuden. Pflichten des Eigenthümers wegen deren Unterhaltung und Wiederherstellung.

I. 8. Statuen und Denkmäler, die auf öffentlichen Plätzen errichtet worden, darf Niemand, wer es auch sey, beschädigen oder ohne obrigkeitliche Erlaubniß wegnehmen oder einreißen. Noch weniger dürfen, ohne dergleichen Erlaubniß, Gebäude in den Städten, die an Strassen oder öffentliche Plätze stoßen, zerstört oder zernichtet werden. Dergleichen Gebäude muß der Eigenthümer, so weit es zur Erhaltung der Substanz und Verhütung alles Schadens und Nachtheils für das Publikum nothwendig ist, in baulichem Stande erhalten. Vernachlässigt er diese Pflicht dergestalt, daß der Einsturz des ganzen Gebäudes, oder eine Gefahr für das Publicum zu befürchten ist, so muß die Obrigkeit ihn zur Veranstaltung der nothwendigen Reparatur, innerhalb einer nach den Umständen zu bestimmenden billigen Frist, allenfalls durch Zwangsmittel anhalten. Sind diese fruchtlos, so ist die Obrigkeit den nothwendigen Bau auf seine Kosten zu veranstalten berechtigt. Kann oder will er die Kosten nicht herbeychaffen, so kann die Obrigkeit dergleichen Gebäude zum öffentlichen Verkauf ausbieten. Dem Käufer eines solchen Gebäudes muß allemal die Wiederherstellung desselben zur Bedingung gemacht werden. Das ausserdem erlegte Kaufgeld kommt dem bisherigen Eigenthümer

mer oder dessen Gläubigern zu gute. Doch muß davon dasjenige, was die Obrigkeit etwa schon auf einstweilige Veranstaltung zur Abwendung dringender Gefahr hat wenden müssen, zuvor abgezogen werden. Findet sich kein Käufer, so müssen die auf Grundstücke versicherten Gläubiger über die Mittel zur Erhaltung und Wiederherstellung des Gebäudes vernommen werden. Können diese sich darüber nicht vereinigen, so muß das Gebäude demjenigen unter ihnen, welcher außer der Wiederherstellung desselben, die vortheilhaftesten Bedingungen für seine Mitgläubiger und den Eigenthümer anbietet, zugeschlagen werden. Will auch kein Gläubiger das Gebäude als Meistbietender erstehen, so ist der erste unter ihnen den Zuschlag, gegen die bloße Uebernahme der Wiederherstellung, zu verlangen berechtigt. Will dieser von seinen Rechten keinen Gebrauch machen, so geht dasselbe auf die folgenden, immer nach Ordnung der Priorität, über.

Will keiner von den Gläubigern die Wiederherstellung des Gebäudes übernehmen, so muß dasselbe der Kämmerey des Orts zugeschlagen werden. Der Magistrat ist alsdann berechtigt, dergleichen Gebäude einem jeden, unter der Bedingung des zu vollführenden Baues, als sein freyes Eigenthum zu überlassen. So lange jedoch der wirkliche Zuschlag

an einen solchen dritten Uebernehmer noch nicht erfolgt ist, behält der bisherige Eigenthümer, so wie jeder Gläubiger desselben, das Recht, sich annoch zur Ausführung des Baues zu melden. Doch müssen in einem solchen Falle der Eigenthümer, oder der Gläubiger, welche dem Zuschlage an einen Dritten widersprechen wollen, der Obrigkeit, wegen wirklicher Vollführung des Baues, genugsame Sicherheit sofort nachweisen. Unter übrigens gleichen Umständen hat der Eigenthümer vor dem Gläubiger den Vorzug. Wenn nur einem der Gläubiger das Gebäude zugeschlagen wird, so verlieren die übrigen, und wenn dasselbe der Kämmerey anheim fällt, alle Gläubiger ihr Recht an dergleichen Grundstück. Wenn also bey dem durch den Magistrat veranstalteten Zuschlage, außer der Uebernahme der Wiederherstellung, noch andere Vortheile bewilliget werden, so kommen dieselben der Kämmerey zu statten. Dagegen wird aber auch der bisherige Eigenthümer von der Zeit an, wo er das Gebäude der Kämmerey überlassen, und sich aller fernern Nutzung desselben begeben muß, von der weitem Entrichtung der darauf haftenden dinglichen Lasten frey. Kann auch durch die Veranstaltung des Magistrats dergleichen verfallenes Gebäude nicht wieder hergestellt werden, so ist bey fortdauernder Gefahr für das Publicum die Obrigkeit, selbiges abbrechen, und die Materialien an den Meistbietenden

tenden verkaufen zu lassen, berechtigt. Das daraus gelösete Geld aber kommt der Kämmererey, welche bisher die nothwendigen Unterhaltungskosten hat hergeben müssen, zu statten.

Was von verfallenen städtischen Gebäuden ^{I. 8.} verordnet ist, gilt auch von solchen, die durch ^{58. 59.} Feuer oder anderes Unglück zerstört worden, ^{S. 168. f.} wenn der bisherige Eigenthümer dieselben, innerhalb einer von der Obrigkeit zu bestimmenden Frist, nicht wieder herstellen kann oder will. Die für einen solchen Fall ausgesetzten Feuer-Societäts-Beyträge, und andere dergleichen Vergütungen, kommen alsdann nicht dem bisherigen Eigenthümer oder dessen Concursmasse, sondern dem Uebernehmer des Bauplatzes zu statten.

Was von städtischen Grundstücken verordnet ist, gilt auch von Grundstücken auf dem ^{I. 8.} Lande, die als eigne für sich bestehende Stellen oder Nahrungen in den Steuer- oder Lagerbüchern eingetragen sind. ^{§. 60-64.} Wenn also der Eigenthümer ein solches Grundstück dergestalt in Verfall gerathen läßt, daß davon die öffentlichen Abgaben und Prästationen nicht mehr entrichtet werden können, so ist die Obrigkeit damit eben so, wie bey den städtischen Grundstücken vorgeschrieben worden, zu verfahren berechtigt. ^{S. 169.} Ein gleiches findet statt, wenn der Eigenthümer die zum Gute nothwendig erforderlichen Gebäude, ohne welche dasselbe nicht bewohnt oder nicht bewirthschaftet werden kann,

eingehen läßt. Doch kann auch in diesen Fällen, bey einem erfolgenden Verkaufe dienstpflichtiger Stellen, der Grundherrschaft ein zu Verfehlung der Wirthschaft und Leistung der Dienste untauglicher Besitzer nicht aufgedrungen werden. In allen Fällen, wo städtische Grundstücke der Kämmerey zugeschlagen werden, fallen Rusticalgründe der Obrigkeit des Orts zur anderweitigen Besetzung oder Vertheilung anheim.

NEUNTER TITEL.

Von der Erwerbung des Eigenthums überhaupt und den unmittelbaren Arten derselben infonderheit.

ERSTER ABSCHNITT.

Von der ursprünglichen Besitznehmung.

Enthält allgemeine Rechtsgrundsätze.

ZWEYTER ABSCHNITT.

Von der Besitznehmung verlohrner Sachen.

Pflichten des Finders. Pflichten des Richters.

Wer eine verlohrene Sache findet, ist dieselbe dem Eigenthümer zurückzugeben schuldig. Ist dieser unbekannt: so muß der Finder den Fund der nächsten Obrigkeit anzeigen. Sind an dem Orte, wo der Fund geschehen ist, mehrere Gerichtsbarkeiten, so hängt es von dem Finder ab, die Anzeige, bey welcher Gerichtsobrigkeit er will, zu

zu thun. Der Finder muß bestimmt angeben, wie und wo er zum Besitze der gefundenen Sache gelangt sey. Die gefundene Sache muß zur gerichtlichen Verwahrung angeboten, und von dem Richter in redliche Obacht genommen werden. Ist der Finder eine unverdächtige und redliche Person, so kann der Richter, nach Bewandnis der Umstände und Beschaffenheit des Werths, die Verwahrung der Sache ihm selbst übertragen. Er muß aber in allen Fällen die Beschaffenheit der Sache und deren Merkmale in den Acten verzeichnen, und dem Finder die Art der ihm überlassenen Verwahrung vorschreiben.

Ist die gefundene Sache dem Verderben oder sonst einer beträchtlichen Verminderung des Werths unterworfen, oder es werden zu deren Aufbewahrung bis zur Hälfte des Werths ansteigende Kosten erfordert, so muß dieselbe in einem kurzen Termine zum öffentlichen Verkaufe ausgedoten werden, und es sind dem Finder nach Abzug der etwa gehaltenen Nutzungen die gehaltenen Kosten vom Kaufgelde sogleich zu ersetzen, das übrige aber in gerichtliche Verwahrung zu nehmen.

I. 9.
§. 19-30.
S. 188.

Aufgeboth gefundener Sachen.

Ist binnen acht Tagen nach der geschehenen Anzeige der Verlierer auf andere Art nicht auszuforschen, so muß derselbe öffentlich vorgeladen werden, sich, bey Verlust seines Rechts, binnen einer bestimmten Zeit zu melden.

den. Beträgt der Werth der gefundene Sache nach der Taxe zweyhundert Thaler oder mehr, so muß die Vorladung durch eine förmliche Edictalcitation geschehen.

Bey Sachen von 2000 Thlr. und dar über an Werth, ist der Termin zur Anmeldung auf sechs Monate; bey Sachen von minderm Werthe aber auf drey Monate zu bestimmen. Im ersten Falle muß die Bekanntmachung dreymal in den Zeitungen und sechsmal in den Intelligenznachrichten der Provinz; im zweyten Falle aber in ersteren zweymal, und in letzteren viermal erfolgen.

Bey Sachen, deren Werth unter 200 Thalern beträgt, wird der Termin auf zwey Monate bestimmt, und die Bekanntmachung erfolgt blos durch zweymalige Einrückung in die Zeitungen und dreymalige in die Intelligenznachrichten.

I. 9.
§. 31-39.
S. 189.

Bey Sachen unter funfzig Thaler an Werth ist ein einmal in den Zeitungen und zweymal in den Intelligenznachrichten bekannt zu machender Termin von vier Wochen; und wenn der Werth nur zehn Thlr. oder weniger beträgt, sind vierzehn Tage und eine einmalige, blos in das Intelligenzblatt zu setzende, Auffoderung hinreichend. Auch kann bey Sachen von zehn Thalern oder weniger an Werth die Veranstaltung der Bekanntmachung dem Finder überlassen werden, welcher den Verlierer anweisen kann, daß er sich bey ihm, dem Finder, selbst melde.

melde. Doch muß letzterer, nach Ablauf des Termins, die gehörig geschehene Bekanntmachung dem Richter nachweisen.

Sind Vermuthungen vorhanden, daß ein fremder Reisender, oder sonst ein Abwesender die Sache verloren haben könnte, so sind die gesetzmässigen Fristen zur Anmeldung zu verdoppeln, und die Nachricht, sobald der Werth der Sache nach vorstehenden Regeln die Bekanntmachung in den Zeitungen erheischt, in auswärtige Zeitungsblätter, entweder einer andern königlichen Provinz oder eines fremden Landes, zu setzen, und dabey auf die Wahrscheinlichkeit Rücksicht zu nehmen, wie dem Verlierer die Nachricht am leichtesten in die Hände kommen könne.

I. 9.
§. 40-42.
S. 190.

Zuschlag der gefundenen Sache, wenn der Verlierer sich nicht meldet, an den Finder und an die Armenkasse.

Hat sich der Verlierer weder vor, noch in dem bestimmten Termine gemeldet, so muß der Richter mit dem Zuschlage der Sache verfahren. Dieser Zuschlag geschieht: a) wenn die Sache nur hundert Thaler oder weniger am Werth beträgt, an den Finder allein, b) bey höherm Werthe der Sache an den Finder und an die Armenkasse des Orts; doch erhält der Finder alsdann den Werth von hundert Thalern zum Voraus, und den Ueberrest theilt er mit der Armenkasse nach Abzug der sämmtlichen Kosten in gleiche Theile. Sind an einem Orte meh-

I. 9.
§. 43-48.
S. 191.

mehrere öffentliche Armencaffen, so entscheidet der Bezirk, wo die Sache gefunden worden; und wenn dieser nicht entscheiden kann, die persönliche Eigenschaft des Finders.

I. 9.
§. 49-56.
S. 191. f.

Durch den Zuschlag erlangen der Finder und die Armencaffe das Eigenthum an der Sache. Hierbey ist aber Folgendes zu bemerken: a) Hat der Verlierer seinen Verlust mit einer deutlichen Beschreibung der Sache, noch vor erfolgtem Zuschlage, öffentlich bekannt gemacht, so darf kein Richter derjenigen Provinz, in deren Zeitung diese Bekanntmachung geschehen ist, mit dem Zuschlage verfahren. Vielmehr muß er von Amtswegen, so viel an ihm ist, dafür sorgen, daß die Sache dem Verlierer wieder zugestellt werde. b) Hat der Richter den Zuschlag dessen ungeachtet vorgenommen, so geht das Eigenthum der Sache auf den Finder und die Armencaffe zwar dadurch nicht über; doch erhalten sie dadurch, wenn sie selbst von der Anzeige des Verlierers keine Kenntniß gehabt haben, die Rechte eines vollständigen redlichen Besitzers. Der Richter aber soll, wenn er die eben bestimmte Vorschrift vorsätzlich, oder aus grobem Versehen, übertreten oder vernachlässigt hat, ernstlich dafür bestraft werden. c) Aufserdem ist gegen den richterlichen Zuschlag keine Wiedereinfetzung in vorigen Stand zulässig. Beträgt jedoch die
ver-

verlorne Sache Einhundert Thaler oder mehr am Werthe, und der Verlierer kann nachweisen, daß er ohne alles sein Verschulden von dem ergangenen Aufgebot Wissenschaft zu erhalten, und die angegebene Vorsicht zu brauchen verhindert worden; so kann er sich an den Finder und die Armenkasse in so weit halten, als dieselben in dem Besitze eines Vortheils aus dem Zuschlage sich alsdann noch wirklich befinden.

Was der Verlierer dem Finder zu leisten habe.

Der Verlierer muß in allen Fällen, die auf die gefundene Sache und deren Aufgebot verwendeten Kosten, jedoch nach Abzug der davon etwa gezogenen Nutzungen, ersetzen. Außerdem muß er dem Finder den zehnten Theil des Werthes der Sache, welcher nach Abzug der Kosten übrig bleibt, auf sein Verlangen als eine Belohnung entrichten. Uebersteigt der Werth die Summe von fünf-hundert Thalern, so muß der Finder außer dem zehnten Theil dieser Summe, mit Einem Procent von dem Ueberschusse der 500 Thlr. sich begnügen. Wird der ganze Werth durch die Kosten erschöpft, so kann der Finder keine Belohnung fordern. Wegen Ausmittlung des Werths zum Behuf der festzusetzenden Belohnung, soll es bey der Würderung eines von dem Richter zu ernennenden Sachverständigen lediglich sein Bewenden haben. Wenn zahmes Vieh ausreißt, oder sich verläuft:
so

I. 9.
§. 61-76.
S. 193.

so kann der Finder, ausser der ihm wegen der Fütterungskosten und sonstiger Auslagen etwa zukommenden Entschädigung, nur so viel zur Belohnung fordern, als das Pfandgeld, wenn dergleichen Vieh wäre gepfändet worden, betragen haben würde.

Verlust des Fundrechts.

- I. 9.
§. 70-73.
S. 194.
- a) Wer die Anzeige eines von ihm geschehenen Funds über drey Tage verzögert, macht sich der Belohnung verlustig.
b) Wer den Fund über vier Wochen verschweigt, hat noch ausserdem die Vermuthung gegen sich, daß er unredlicher Besitzer sey.
c) Wer auf auffergerichtliches, von dem Verlierer oder in seinem Namen, an ihn ergangenes Befragen, den Fund ganz oder zum Theil ableugnet, ist ein unredlicher Besitzer.
d) Wer auf Befragen des Richters sich eines solchen Leugnens schuldig macht, ist als ein Dieb zu betrachten.

Von gefundenen Schätzen.

- I. 9.
§. 75-78.
S. 195.
- Wer einen Schatz findet, muß davon der Obrigkeit so fort Nachricht geben. Wegen Aufbewahrung des gefundenen Schatzes, Ausforschung des Eigenthümers, und öffentlicher Vorladung desselben, muß eben so, wie bey andern gefundenen Sachen, verfahren werden. Meldet sich vor dem Aufgebot jemand als Eigenthümer zu dem gefundenen Schätze, oder als dessen Erbe; kann aber sein Recht nicht binnen sechs Wochen vollständig

dig nachweisen: so muß dennoch mit der öffentlichen Vorladung verfahren werden. Inzwischen bleibt dem, der den Schatz in Anspruch nimmt, die weitere Ausführung seines Rechts, auch während der Zeit, da mit der öffentlichen Vorladung verfahren wird, vorbehalten.

Wenn aus der Beschaffenheit des entdeckten Schatzes selbst sich ergibt, daß derselbe schon seit Einem oder mehreren Jahrhunderten verborgen gewesen sey; so bedarf es keines Aufgebots (Edictalcitation). Doch muß der Richter die Umstände, woraus das hundert oder mehrjährige Alterthum erhellen soll, jedesmal genau prüfen, und wenn es ein Unter-richter ist, bey dem Landes-Justitzcollegio der Provinz anfragen: ob mit dem Aufgebote verfahren werden solle oder nicht.

I. 9.
§. 79-80.
S. 195.

Rechte des Finders und des Eigenthümers, auf dessen Grunde ein Schatz gefunden worden.

Es ist hier das römische Recht in der Hauptsache beybehalten, im übrigen aber verordnet, daß, a) wenn jemand, mit Bewilligung des Eigenthümers, auf fremdem Grunde nach einem Schatze gesucht und dergleichen wirklich entdeckt hat, die Hälfte dem Finder, die andre Hälfte dem Eigenthümer des Grundstücks gebührt, in so fern nicht durch besondere Verabredungen unter den Partheyen wegen der Belohnung des Finders ein anderes bestimmt ist.

b) Daß

I. 9.
§. 80-89.
S. 195.

b) Dafs aber der, welcher ohne Bewilligung des Eigenthümers auf fremdem Grunde Schätze fucht und findet, keine Belohnung fordern könne, sondern die ihm sonst gebührende Hälfte dem Fiscus anheim fallen foll. c) Dafs der, welcher zur Nachfuchung von Schätzen vermeintlicher Zaubermittel, durch Geisterbannen, Citiren der Verstorbenen oder anderer dergleichen Gaukeleyen, es sey aus Betrug oder aus Aberglauben, sich bedient, aufser der sonst schon verwirkten Strafe, sein Anrecht auf einen etwa zufälliger Weise gefundenen Schatz verlieren foll. d) Dafs der, welcher bey Nachfuchung eines Schatzes Polizeygesetzen, welche zur Verhütung von Feuersbrünften, oder andern gemeinen Beschädigungen gegeben sind, entgegen handelt, dadurch seines Anrechts auf den Schatz verlustig wird. e) In beyden bey c und d bemerkten Fällen tritt der Fiscus an die Stelle des Uebertreters.

Rechte mehrerer Miteigenthümer und Gränznachbarn.

I. 9.
§. 91-93.
S. 167.

Wird ein Schatz auf der Gränze gefunden, so wird das Eigenthum desselben zwischen den Gränznachbarn gleich getheilt. Es macht dabey keinen Unterschied, wenn auch der Schatz nicht gerade in der Mitte gefunden worden, sondern den Grund eines oder des andern Nachbars mehr oder weniger berührt hätte. Ist einer der Miteigenthümer oder Gränznach-

nachbarn zugleich der Finder, so gebühren ihm außerdem, auf die Antheile der übrigen Interessenten, die Rechte des Finders.

Das Recht des Eigenthümers auf einen Schatz kommt dem nutzbaren Eigenthümer allein zu, und derjenige, welchem bloß ein Antheil an der Proprietät zusteht, kann darauf keinen Anspruch machen. Auch der Fideicommiss-Besitzer und Erbzinsmann haben die Rechte des Eigenthümers an einem Schatze, welcher auf dem von ihnen solchergestalt besessenen Grundstücke gefunden worden. Der auf einem Lehn-Fideicommiss- oder Erbzinsgute gefundene Schatz wird das freye Eigenthum des Besitzers. Doch haben bloße Nießbraucher (*usufructuarii*), ingleichen Erbpächter, an einem solchen Schatze keinen Antheil. Der, welchem bloß das Eigenthum einer Oberfläche oder eines darauferrichteten Gebäudes, nicht aber des Grundes und Bodens, zukommt, kann nur an einem über der Erde gefundenen Schatze der Rechte des Eigenthümers sich anmaßen. So lange ein verkaufte Grundstück dem Käufer noch nicht übergeben ist, hat der Verkäufer das Recht des Eigenthümers auf einen in der Zwischenzeit entdeckten Schatz. Ist jedoch die Gefahr der Sache auf den Käufer bereits übergegangen, so gebührt ihm auch der Nutzen von einem solchen Schatze. Hat der Käufer von dem auf dem Grundstücke verborgenen Schatze

I. 9.
§. 48-
101. S.
197. 198.

Wif-

Wissenschaft gehabt, und es dem Verkäufer nicht angezeigt, so kann er in der Folge bloß als Finder angesehen werden.

Rechtliche Folgen der Uebertretung gesetzlicher Vorschriften in Ansehung der Schätze.

I. 9.
§. 102.
103. S. Wer bey einem auf fremdem Grund und Boden gefundenen Schatze die Vorschriften der Gesetze vernachlässigt; die Anzeige binnen vier Wochen zu thun unterläßt, oder gar den Fund ableugnet, gegen den gilt Alles das, was in gleichem Falle gegen den Finder verlornen Sachen verordnet ist. (S. oben S. 44.) Wer aber in Ansehung eines auf eigenem Grund und Boden gefundenen Schatzes einer gleichen Vernachlässigung der gesetzlichen Vorschriften sich schuldig macht, der soll dafür, nach Verhältniß der Umstände, der Beträchtlichkeit des Schatzes und seiner sich ergebenden unerlaubten Absicht bey der Verheimlichung, mit einer Geldstrafe belegt werden, welche die Hälfte des ihm vom Schatze gebührenden Anthells beträgt.

I. 9.
§. 91.
105. S. Ist der, welcher eine Sache verborgen hatte, gestorben, so kann zwar die Sache (in so fern ihr Eigenthümer nicht zweifelhaft, oder leicht zu entdcken war) nicht als ein Schatz betrachtet werden; allein derjenige, welcher durch seine Anzeige oder Entdeckung den Erben zum Genuße der Sache, den sie sonst wahrscheinlich hätten entbehren müssen, verholfen hat, (in so fern keine besondere Verpflichtung zur unentgelt-

geldlichen Vorforge für das Beste der Erben bey ihm obwaltet), hat die einem Finder ausgesetzte Belohnung zu fordern.

VIERTER ABSCHNITT.

Vom Thierfange.

Vom Thierfange überhaupt.

Tauben, welche jemand hält, ohne ein wirkliches Recht dazu zu haben, sind, wenn sie im Freyen betroffen werden, ein Gegenstand des Thierfangs. I. 9. §. 111. S. 199.

Wo die Provincialgesetze nichts besonderes festsetzen, sind nur diejenigen, welche tragbare Aecker in der Feldflur eigenthümlich besitzen, oder dieselben statt des Eigenthümers benutzen, nach Verhältniß des Ackermaasses, Tauben zu halten berechtigt. I. 9. §. 112. S. 113. S. 199.

Wer in der Absicht, Thiere, die ein Gegenstand des freyen Thierfanges sind, zu fangen, fremden Grund und Boden ohne Vorwissen oder wider Willen des Eigenthümers betreten hat, muß das Gefangene dem Eigenthümer auf dessen Verlangen unentgeltlich ausliefern. I. 9. §. 115. S. 200.

Ein Gleiches findet in Ansehung desjenigen statt, der wilde, oder von dem Eigenthümer verlassene Bienen auf fremdem Grund und Boden einfängt. I. 9. §. 125. S. 200.

Von der Jagdfolge.

Wer die Jagdfolge ausübt, muß das Gewehr auf seinem Reviere zurücklassen. I. 9. §. 133. S. 201.

I. 9.
§. 134.
135. S.
201. 202.

Ist das verfolgte Wild auf dem Jagdreviere eines Andern von diesem schon eingefangen, so muß der Verfolgende sogleich mit eingekoppelten Hunden zurückkehren. Ein Gleiches muß geschehen, so bald die Hunde die Spur des verfolgten Wildes verlassen.

I. 9.
§. 136.
S. 202.

Das bey Ausübung der Jagdfolge gefällte oder gefangene Wild darf nur in Gegenwart des Jagdberechtigten des Orts, oder herbey gerufener unpartheyischer Zeugen, aus dem fremden Reviere weggebracht werden.

I. 9.
§. 139.
140. S.
202.

Ist angeschossenes Wild entkommen, oder hat sonst die Jagdfolge nicht statt gefunden; so ist der Jagende schuldig, dem Inhaber desjenigen Reviers, wohin das Wild auf der Flucht sich gewendet hat, auf des letztern Kosten von dem Anschusse binnen vier und zwanzig Stunden, bey Einem bis Fünf Thalern Strafe, Nachricht zu geben.

Vom Wildschaden und dessen Verhütung.

I. 9.
§. 144.
145. S.
202. 203.

Wer hohes Wild auf seinem Reviere in ungewöhnlicher Menge *) hegen will, ist schuldig, solche Veranstaltungen zu treffen, daß die angränzenden bebauten Ländereyen gegen die Beschädigungen desselben gesichert werden. Sind keine andere

*) Ich finde nirgends eine Bestimmung der gewöhnlichen oder nicht übermäßigen Menge des hohen Wildprets.

re Mittel zur Abwendung solcher Beschädigungen vorhanden; so können die Besitzer der angränzenden Ländereyen darauf antragen, daß der Jagdberechtigte auf seine Kosten tüchtige Wildzäune anlege und unterhalte.

Macht sich der Jagdberechtigte in Anlegung oder Unterhaltung solcher Veranstaltungen einer Nachlässigkeit schuldig; so haftet er für allen, durch das Wild in der Nachbarschaft verursachten Schaden. So lange dagegen der Jagdberechtigte sich eines Mißbrauchs in Hegung des Wildes nicht schuldig macht, sind die Besitzer der angränzenden Ländereyen schuldig und befugt, die nach den Jagd- und Forstordnungen der Provinz zulässigen Mittel zur Abwendung des Wildschadens selbst vorzukehren.

I. 9.
§. 146.
147. S.
203.

Fälle, wo das Wild auch ohne Jagdgerechtigkeit gefangen oder getödtet werden kann.

a) Das Wild, welches sich in Gärten, Höfen, oder andere an die Wohngebäude stossende geschlossene Plätze eingedrungen hat, kann ein jeder fangen oder tödten. Er darf sich aber dazu keines Schießgewehrs bedienen, und muß das gefangene oder erlegte Wild dem Jagdberechtigten abliefern.

I. 9.
§. 149-
151. S.
203.

b) Der Jagdberechtigte hingegen ist schuldig, das gewöhnliche Schießgeld dafür zu bezahlen, oder muß, wenn er dieses nicht will, das Wild dem, welcher es gefangen oder erlegt hat, überlassen.

FÜNFTER ABSCHNITT.

*Von der Beute.**Von der Beute überhaupt.*

I. 9.
§. 199.
200. S.
209.

Bewegliche Sachen, die der Feind weggenommen und veräußert hat, kann der vorige Eigenthümer gegen Erstattung desjenigen, was dafür gezahlt worden ist, oder, wenn der Feind die erbeutete Sache verschenkt hat, unentgeltlich zurückfordern.

I. 9.
§. 201-
203. S.
209.

Die Beute ist erst alsdann für erobert zu achten, wenn sie von den Truppen, welche sie gemacht haben, bis in ihr Lager, Nachtquartier, oder sonst in völlige Sicherheit gebracht worden. So lange aber der Feind noch verfolgt wird, bleibt dem vorigen Eigenthümer der ihm wieder abgenommenen Sachen sein Recht darauf vorbehalten. Doch soll den Truppen, welche dem Feinde die Beute wieder abnehmen, von dem Kriegsgericht eine nach den Umständen billig gefundene Belohnung, welche die Eigenthümer bey der Zurücknahme entrichten müssen, ausgesetzt werden.

SECHSTER ABSCHNITT.

*Von der Erwerbung der An- und Zuwüchse.**Von abgerissenem Lande.*

I. 9.
§. 223.
224. S.
211.

Wird durch die Gewalt des Stroms ein Stück Landes weggerückt, und an ein fremdes Ufer angelegt, oder auf dasselbe geworfen; so ist der vorige Besitzer ein solches Stück

Stück noch innerhalb Jahresfrist wegzunehmen berechtigt. Hat aber der vorige Besitzer ein Jahr, ohne sein Recht geltend zu machen, verstreichen lassen; so ist der Eigenthümer des dadurch erweiterten Ufers, das angelegte Stück durch die Besitzergreifung sich zuzueignen, wohl befugt.

Von der Alluvion.

Das Eigenthumsrecht des Uferbesitzers über die an sein Ufer stoßenden Anspülungen und Erdzungen erstreckt sich nur so weit, als seine Gränze der Länge nach reicht. Wird also dergleichen Anwuchs mit der Zeit über seine Gränze hinaus verlängert: so ist das über seine Gränze hinausgehende Stück des Anwuchses oder der Erdzunge, (auch selbst dann, wann dieses über des Nachbars Gränze sich erstreckende Stück der Erdzunge oder Halbinsel mit des Nachbars Ufer noch nicht zusammenhängt), das Eigenthum des benachbarten Uferbesitzers.

I. 9.
§. 232-
234. S.
212. 213.

Hat jedoch der Nachbar geschehen lassen, daß der, an dessen Ufer der Anwuchs oder die Erdzunge sich zuerst angesetzt hatte, dieselbe, auch über seine Gränze hinaus, durch drey auf einander folgende Jahre ruhig nutzen dürfen; so hat letzterer das Eigenthum eines solchen Stücks erworben.

I. 9.
§. 235.
S. 213.

Von Inseln.

Wenn jemand eine ganze Insel, die mehreren Ufern gegenüber liegt, oder deren über

I. 9.
§. 254-
256. S.
215.

seine Gränze hinausgehenden Theil in Besitz nehmen will; so muß er diesen Voratz seinen Nachbarn bekannt machen, und dieselben zur Erklärung, ob sie sich ihres Rechtes ebenfalls bedienen wollen, auffordern. Weigern sie sich dieser Erklärung, oder zögern sie damit, oder auch mit der Ausübung ihres Rechts selbst; so kann der, welcher die Insel in Besitz nehmen will, auf die Vermittelung des Staats antragen. Findet der Staat, daß die Benutzung der Insel dem gemeinen Wesen zuträglich sey, und wollen, nach wiederholter Aufforderung, die übrigen Interessenten, innerhalb einer ihnen zu bestimmenden Frist, von ihrem Rechte keinen Gebrauch machen; so kann der Staat dem, welcher sich zuerst gemeldet hat, auch die über seine Gränze hinauslaufenden Theile der Insel zueignen.

I. 9.
§. 258-
262. S.
216.

So weit jemand, auch ohne dergleichen ausdrückliche Bestimmung des Staats, eine Insel drey Jahre hinter einander ruhig besessen und benutzt, hat er das Eigenthum der ganzen Insel selbst gegen solche Nachbarn, deren Ufer einem Theile derselben näher liegen, durch Verjährung erworben. Findet der Staat nöthig, daß An- und Zuwüchse der Ufer, oder auch der Inseln, durchgestochen oder weggeräumt werden; so müssen die Privatbesitzer derselben sich dergleichen Verfügung zu allen Zeiten gefallen lassen. In Ansehung der ihnen zu leistenden Entschädigung ist zu

zu unterscheiden: a) ob das Wegräumen oder Durchstechen in einem öffentlichen Flusse zur Beförderung der Schifffahrt, oder zur Wiederherstellung des ordentlichen Laufs des Flusses, geschieht; denn dann können die Privatbesitzer in der Regel keine Entschädigung fordern, ausgenommen wenn eine solche Alluvion oder Insel schon seit länger als funfzig Jahren besessen und genutzt worden ist: b) oder ob die Wegräumung in einem Privatflusse geschieht, um denselben schiffbar zu machen; denn dann müssen die darunter leidenden Besitzer der Alluvionen und Inseln vom Staate allemal vollständig entschädigt werden: oder c) ob der Staat dergleichen Durchstiche oder Wegräumungen zum Besten und Vortheile der Flusssnachbarn, auf derselben Antrag, veranlaßt; denn dann geschieht die Entschädigung von den Flusssnachbarn.

Von zugelandeten und verlassnen Flussbetten.

Soll ein Flussbette oder anderer Graben und Canal, durch Verkrippungen oder andere dergleichen Anstalten, verengt oder zugelandet werden; so haben die angränzenden Uferbesitzer das nächste Recht, sich den solchergestalt gewonnenen Grund und Boden, (jedoch nur gegen verhältnißmäßigen Beytrag zu den Arbeiten und Kosten der Ausführung), durch Besitznehmung zuzueignen. Das Recht eines jeden Uferbesitzers erstreckt sich in solchem Falle der Länge nach so weit, als

I. 9.
§. 263-
266. S.
217.

seine Gränze am Ufer geht, und der Breite nach bis zu der Mitte des vormaligen Flußbettes.

I. 9.
§. 267.
S. 217.

Das Bette abgelassener Landseen verbleibt den Eigenthümern des Sees nach Verhältniß des, einem jeden von ihnen an dem See selbst zugestandenen Eigenthums-Rechts.

I. 9.
§. 268.
269. S.
217.

Sind die Eigenthums-Antheile der mehreren Interessenten an dem See selbst nicht bestimmt gewesen; so wird der abgelassene Grund unter die Uferbesitzer, nach den im vorigen Absatze vorgeschriebenen Grundsätzen, vertheilt. Doch muß von diesen derjenige, welcher, ohne selbst Uferbesitzer zu seyn, nutzbare Rechte in dem See auszuüben hatte, verhältnißmäßig entschädigt werden.

I. 9.
§. 270.
271. S.
217.

So weit die in einem Flusse entstehenden Inseln den benachbarten Uferbesitzern gehören, so weit gehört ihnen zwar auch das von dem Wasser verlassene Flußbette; doch müssen vor allen Dingen diejenigen Unterthanen des Staats, welche durch den neuen Canal des Flusses an ihrem Eigenthume gelitten haben, vorzüglich aus dem verlassenen Flußbette oder dessen Werthe entschädigt werden.

6) Vom Säen und Pflanzen.

I. 9.
§. 277.
278. S.
218.

Ist die Bestellung eines fremden Ackers redlicher Weise geschehen; so müssen dem Bestellenden alle erweislich verwendeten Kosten erstattet werden. Hat aber jemand sich

sich der Bestellung eines fremden Ackers unredlicher Weise angemafst; so kann er den Ersatz der Kosten nur so weit fordern, als dieselben, nach der in jeder Provinz oder Gegend gewöhnlichen Art des Betriebs, wirthschaftlich verwendet worden.

Will der Nutzungsberechtigte von der Bestellung keine Früchte ziehen, sondern den Boden anders nutzen; so kann ihm dergleichen Verfügung nicht gewehrt werden. Alsdann kann der Säende oder Pflanzende blofs den Saamen oder die Pflanzen, so weit es ohne Beschädigung des Grundstücks möglich ist, zurücknehmen.

I. 9.
§. 279.
280. S.
219.

7) *Vom Pflanzen der Bäume.*

Das Eigenthum eines auf der Gränze stehenden Baums gebührt dem, auf dessen Grunde und Boden der Stamm aus der Erde kommt. Steht der Stamm selbst auf der Gränze; so haben beide Nachbarn das Miteigenthum des Baumes.

Niemand ist die unter seinem Grunde und Boden fortlaufenden Wurzeln, oder die über seine Gränze herüberhangenden Zweige eines fremden Baumes zu dulden verpflichtet. Will er aber selbige weghauen; so muß er das Holz dem Eigenthümer des Baumes ausliefern. Duldet er hingegen dieselben; so ist er berechtigt, diejenigen Früchte sich zuzueignen, welche der Eigenthümer nicht einsammeln kann, ohne den Grund

I. 9.
§. 285-
291. S.
219. 220.

des Nachbars zu berühren. Dergleichen Früchte darf der Eigenthümer auch nicht mit Instrumenten herüber langen, oder durch das Herüberbeugen der Aeste an sich ziehen. Dagegen ist der Eigenthümer des Baumes die auf den Grund des Nachbars hinüberhangenden Zweige auf seinem eignen Grunde und Boden wegzuhauen wohl befugt.

8) *Von Verarbeitung fremder Materialien.*

I. 9.
§. 299.
S. 221.

Kann die Absonderung nicht mehr erfolgen, oder sind fremde Materialien ohne Wissen und Willen ihres Eigenthümers verarbeitet worden; so muß der, welcher einer solchen Verfügung über fremde Sachen betrüglicher Weise, und in der Absicht seinen Vortheil mit dem Schaden eines andern zu befördern, sich angemast hat, das Eigenthum des Ganzen dem Andern überlassen.

I. 9.
§. 300.
S. 221.

Dieser ist alsdann das Arbeitslohn, oder den Werth der dem Verfügenden zugestandenen, verbundenen, vermengten oder vermischten Sache, nur nach dem niedrigsten, durch Sachverständige bestimmten Satze zu vergüten schuldig.

I. 9.
§. 301.
S. 221.

Auch diese Vergütung wird dem Betrüger, zur Strafe, durch den Fiskus entrissen.

I. 9.
§. 302.
S. 221.

Will derjenige, über dessen Sache von einem Andern solchergestalt betrüglicher Weise verfügt worden ist, das daraus entstandene Ganze nicht behalten; so muß ihm der Andere den höchsten Werth seiner Sache, so

so wie derselbe zwischen dem Zeitpuncte der widerrechtlichen Anmafsung und der angestellten Klage gewesen ist, erstatten.

Kann derjenige, über dessen Sache solchergestalt verfügt worden, noch ausserdem einen ihm dadurch entstandenen Schaden oder entgangenen Gewinn nachweisen; so mufs ihm auch dieser, nach den Grundsätzen des Sechsten Titels, vergütet werden.

Hat Jemand ohne Betrug fremde Materialien dergestalt verarbeitet, dafs dieselben dadurch ihre bisherige Form verlieren, und eine neue Gestalt angenommen haben; so verbleibt die daraus entstandene neue Sache dem Verarbeitenden.

Dieser aber mufs dem Eigenthümer der Materie, nach dessen eigener Wahl, entweder eben so viel Materialien von gleicher Art und Güte zurückgeben, oder den Werth der Materialien, nach dem höchsten Preise zur Zeit der Verarbeitung, ersetzen.

Ueberdies mufs er, nach Maassgabe des Grades seiner Verschuldung, dem Eigenthümer der Materie für den, durch die eigenmächtige Verarbeitung erlittenen Schaden und entgangenen Gewinn gerecht werden.

Hat jemand, ohne Kunst- oder Handwerksmäfsige Verarbeitung, fremde Materialien mit den feinigen, jedoch nicht betrüglicher Weise verbunden, vermengt oder vermischt, so mufs untersucht werden: wel-

welchem von beiden an dem Werthe des nunmehrigen Ganzen, nach Verhältniß seiner beigetragenen Materialien, der beträchtlichste Antheil zukomme.

I. 9.
§. 308-
310. S.
222. 223.

Hat der, über dessen Sache folcherge-
stalt ohne sein Zuthun verfügt worden, den be-
trächtlichsten Antheil; so steht ihm die
Wahl frey, ob er das nunmehrige Ganze
behalten, oder dasselbe dem Andern überlassen
wolle. Wählt er letzteres; so muß ihm der
Verfügende seine Materialien nach der Bestim-
mung des §. 305 vergüten, und ihm noch auf-
ferdem, für den erlittenen Schaden und ent-
gangenen Gewinn, nach Vorschrift des § 306
gerecht werden. Will er aber das Ganze be-
halten; so muß er dem Verfügenden seinen
Beytrag an Materialien, nach dem zur Zeit
der Verfügung gestandenen gemeinen Werthe,
vergüten.

I. 9.
§. 311.
S. 223.

Uebersteigt der Werth der beygetragenen
Materialien den Werth der an der fremden Sa-
che gemachten Verbesserung; so muß der, wel-
cher die Verfügung traf, sich mit Vergütung
des Werths der Verbesserung begnügen.

I. 9.
§. 312.
313. S.
223.

Hat in dem §. 307 gesetzten Falle der Ver-
fügende den beträchtlichsten Antheil an
dem nunmehrigen Ganzen; so verbleibt ihm
zwar das Ganze: er muß aber dem Andern,
über dessen Materialien er folchergestalt eigen-
mächtig verfügt hat, nach Vorschrift der §§. 305.
306. Ersatz und Vergütung leisten.

Bleibt

Bleibt es in dem §. 307 gesetzten Falle zweifelhaft, welchem von beiden Interessenten der grössere Antheil an dem nunmehrigen Ganzen zukomme; so gebühret demjenigen, über dessen Sache solchergestalt ohne sein Zuthun verfügt worden, die Wahl nach den §. 308-311 festgesetzten Bestimmungen.

I. 9.
§. 314.
S. 223.

Hat jemand Materialien verschiedener Eigenthümer, ohne deren Zuthun, verarbeitet, verbunden, vermengt oder vermischt, so ist die Frage: wem das nunmehrige Ganze verbleibe, zwischen ihm auf der einen, und den mehreren Eigenthümern zusammen genommen auf der andern Seite, nach den bisher vorgetragenen Grundsätzen zu bestimmen. Kommt es dabey auf eine Wahl von Seiten dieser Eigenthümer an; so entscheidet unter ihnen der Entschluß derjenigen, welchem, zusammen genommen, an dem Werthe der Materialien der beträchtlichste Antheil zukommt. Bleibt dieses zweifelhaft; so entscheidet, unter mehreren Eigenthümern, über die von ihnen zu treffende Wahl, das Loos. Behalten nach diesen Grundsätzen die mehreren Eigenthümer der Materialien das Eigenthum des nunmehrigen Ganzen, und sind ihre Materialien gleichartig gewesen; so werden sie Miteigenthümer des Ganzen. Waren die Materialien ungleichartig; so hat derjenige das Vorrecht, dessen Antheil von größerem Werthe gewesen ist. War der Antheil der mehreren Interessenten

I. 9.
§. 315-
323. S.
223-224.

von

von gleichem Werthe; so muß das Loos entscheiden, wer das Ganze, gegen Abfindung der übrigen Interessenten, behalten solle. Die Abfindung wird nach Verhältniß des Werths der, jedem Interessenten gehörig gewesenen Materialien, zu dem Werthe des daraus entstandenen Ganzen, so wie letzterer zur Zeit der Auseinandersetzung beschaffen ist, festgesetzt. Können die Interessenten über den Werth des nunmehrigen Ganzen sich nicht vereinigen; so muß derselbe durch eine unter ihnen anzustellende Licitatiön bestimmt, und die Sache dem Meistbietenden, gegen Abfindung der übrigen Interessenten, überlassen werden.

10) *Vom Bau auf fremdem Boden.*

I. 9.
§. 327-
329. S.
225.

Hat jemand ein für sich selbst bestehendes Gebäude auf fremdem Grunde und Boden A) ohne Vorwissen des Grundeigenthümers errichtet; so hängt es von dem Grundeigenthümer ab, das Gebäude zu erhalten, oder auf dessen Wegschaffung und Abbrechung zu dringen. a) Wählt der Grundeigenthümer das letztere; so muß das Abbrechen und Wegräumen auf Kosten des Bauenden erfolgen: und dieser haftet noch außerdem, nach dem Grade seiner Verschuldung, dem Eigenthümer für den erlittenen Schaden und entgangenen Gewinn. b) Verlangt der Grundeigenthümer die Erhaltung des Gebäudes; so kann er sich dasselbe entweder selbst zueignen, oder es

es mit dem dazu gehörenden Grunde und Boden dem Bauenden überlassen.

α) Will der Grundeigenthümer das Gebäude behalten; so muß er dem Bauenden die verwendeten Baukosten, so weit sie den Werth des Gebäudes, nach der Schätzung der Sachverständigen, nicht übersteigen, erstatten. I. 9.
§. 330.
331. S.
225.

β) Will der Grundeigenthümer das Gebäude dem Bauenden überlassen; so muß dieser ihm dem Werth des Grundes und Bodens vergüten, und noch außerdem denjenigen Schaden erstatten, welchen der Eigenthümer durch Verengung des nöthigen Platzes, oder sonst nach seiner Lage und nach seinem Gewerbe erweislich leidet.

B) Hat der Eigenthümer des Grundes und Bodens um den Bau gewußt, und nicht sogleich, als er davon Nachricht erhalten, der Fortsetzung desselben auf eine solche Art, daß es zur Wissenschaft des Bauenden gelangt ist, widersprochen; so muß er mit der bloßen Entschädigung für Grund und Boden sich begnügen. I. 9.
§. 332.
S. 225.
226.

Vom Bau mit fremden Materialien.

Hat jemand fremde Materialien, auf seinem eignen Grunde und Boden, ohne Vorwissen des Eigenthümers verbauet; so kann zwar letzterer weder die einmal verbaueten Materialien zurückfordern, noch das Eigenthum des Gebäudes verlangen: er muß aber von dem Bauenden, nach Maasgabe der demsel-

selben zur Last fallenden Verschuldung, für den Verlust seiner Materialien entschädiget werden.

Vom Bau auf fremdem Boden und mit fremden Materialien zugleich.

I. 9.
§. 336.
S. 226.

Hat jemand fremde Materialien auf fremdem Grunde und Boden, ohne Vorwissen beider Eigenthümer verbauet; so ist die Frage über das Eigenthum zwischen ihm und dem Grundeigenthümer nach den Grundsätzen zu entscheiden, die bereits vom Bauen auf fremdem Boden (§. 327-332.) überhaupt angegeben worden sind.

Vom Bauen an der Gränze.

I. 9.
§. 340-
342. S.
227.

Will jemand einen Bau auf seiner Gränze führen; so muß er seinen Voratz, und wie weit er das Gebäude vorzurücken gedenke, den Nachbarn anzeigen. Hat er dieses gethan, und ist die angegebene Linie von den Nachbarn genehmigt, gleichwohl aber das Gebäude durch Zufall, geringes oder mäßiges Versehen, über die angegebene Linie vorge-rückt worden; so darf er den Nachbarn nur den Grund und Boden nach einer billigen Taxe vergüten. Hat aber der Bauende die Anzeige ganz unterlassen; oder hat er, des Widerspruchs der Nachbarn ungeachtet, über die wahre Gränzlinie fortgebauet; oder hat er die von ihnen genehmigte Linie aus Voratz oder grobem Versehen überschritten: so ist er schuldig, das Gebäude, auf
seine

seine Kosten, bis innerhalb seiner Gränzen einzuziehn, und noch außerdem die Nachbarn zu entschädigen.

SIEBENTER ABSCHNITT.

Von Preisgegebenen Sachen oder Geldern.

Wer ohne Erlaubniss der Polickeyobrigkeit öffentlich Gelder auswirft oder Sachen Preiss giebt, oder auch nach erhaltner Erlaubnis die von der Polizey vorgeschriebenen Maassregeln nicht beobachtet, haftet für allen bey solcher Gelegenheit entstehenden Schaden.

I. 9.
§. 348.
349. S.
228.

ACHTER ABSCHNITT.

Von Erwerbung der Erbschaften.

I) Von der Ueberlegungsfrist.

Hier ist zu bemerken, a) dass dieselbe auf sechs Wochen, von Zeit der vom Erb-
anfall erlangten Wissenschaft an gerechnet, vestgesetzt; jedoch dem vom letzten Wohnorte des Erblassers über 40 Meilen entfernten Erben eine dreymonatliche Frist verstattet ist.

I. 9.
§. 383.
S. 232.

b) Stirbt der Erbe, ehe die Ueberlegungsfrist verlaufen ist, so haben seine Erben zur Erklärung über den ersten Anfall eben die Frist, welche ihnen in Ansehung des zweyten zu statten kommt.

I. 9.
§. 397. S.
234.

II) Von Entsagungen insonderheit.

Die Entsagung einer Erbschaft muss von dem Entsagenden allemal bey den Gerichten, entwe-

I. 9.
§. 398.
400. S.
234.

entweder in Person, oder durch eine von ihm eigenhändig unterschriebene Vorstellung erklärt werden. Im letztern Falle muß die Unterschrift gerichtlich oder von einem Justizcommissario beglaubigt seyn. Ist diese Form zwar verabfümt, es kann aber nachgewiesen werden, daß die eingekommene Erklärung dem Willen des Entfagenden gemäß sey: so verliert letztere durch die Verabfümung der Form nichts an ihrer Wirksamkeit.

Sobald ein gesetzlicher Erbe der Erbschaft nicht ausdrücklich zu Gunsten des auf ihn folgenden nächsten gesetzlichen Erbens entlagt, sind die Gläubiger des Erblassers auf Eröffnung des Concurfes über den Nachlaß zu dringen, berechtigt.

Die Entfagung der Rechtswohlthat des Inventarii muß ausdrücklich geschehen seyn, wenn sie rechtliche Wirkungen haben soll. Auch muß dabey Alles das, was wegen der Entfagung der Erbschaft überhaupt verordnet ist, (§. 398. 399. h.t.) beobachtet worden.

III) Antretung der Erbschaft a) ohne Vorbehalt.

I. 9.
§. 416.
417. S.
236.

Der Erbe, welcher innerhalb der gesetzlichen Ueberlegungsfrist sich erklärt, die Erbschaft ohne Vorbehalt der Rechtswohlthat des Inventarii annehmen zu wollen, kann (so lange er noch nicht über die Substanz der Erbschaft verfügt hat), diese Erklärung, jedoch nur bis zu Ablauf dieser Frist, und zwar nur gerichtlich, zurücknehmen.

b) Mit

b) Mit Vorbehalt.

Ein Beneficialerbe muß ein vollständiges Inventarium über den Nachlaß aufnehmen und gerichtlich, allenfalls verfielt, niederlegen. Diese Niederlegung muß längstens binnen sechs Monaten nach dem Ablaufe der gesetzmäßigen Erklärungsfrist erfolgen. Doch kann bey weitläufigen Erbschaften der Richter, auf Ansuchen des Erben, nach vorgängiger Prüfung der von demselben angeführten Gründe, die sechsmonatliche Frist verhältnißmäßig verlängern. Auch kann diese Frist auf den Antrag auch nur Eines Erbschaftsgläubigers oder Legatarii nach Bewandniß der Umstände, von dem Richter verkürzt werden. Wer übrigens die vom Gesetze oder vom Richter bestimmte Frist, ohne das Inventarium gehörig beyzubringen, verstreichen läßt, wird der Rechtswohlthat des Inventariums verlustig. Doch muß in dem Falle, wenn der Richter die 6 monatliche Frist verkürzt und der Beneficialerbe diese verkürzte Frist veräuht hat, letzterer wegen der Entschuldigungsgründe rechtlich gehört werden.

I. 9.
§. 423-
428. S.
237.

Vormünder und Curatoren schaden durch ihre Veräuhtung ihrem Principal; sie werden aber nicht nur diesem wegen des daraus entstehenden Nachtheils, sondern auch den Erbschaftsgläubigern, wegen

I. 9.
§. 432.
S. 238.

veranlafster Verdunkelung der Mafse zur Entschädigung verpflichtet.

I. 9.
§. 433.
S. 238.

Ein verfiiegelt eingebrachtes Inventarium darf nicht eher, als bis ſich der Erbe gegen einen der Gläubiger oder Legatarien auf die Rechtswohlthat beruft, geöffnet werden.

Vom Inventario.

I. 9.
§. 435-
441. S.
238 f.

Ein jedes Inventarium muß, auſſer den allgemein dazu erforderlichen Eigenſchaften, die Angabe des Werths der Vermögensſtücke, oder doch eine ſolche Beſchreibung derſelben, woraus der Werth erforderlichen Falls näher beurtheilt werden könne, enthalten. Ob der Erbe das Inventarium gerichtlich aufnehmen laſſen, oder es ſelbſt fertigen wolle, hängt in der Regel von ſeiner Wahl ab. Ein gerichtliches Inventarium iſt nur dann erforderlich, wenn der Nachlaß, auf den Antrag der Gläubiger, zu ihrer Sicherheit gerichtlich verfiiegelt worden iſt; oder Gläubiger ſolche aus gehörig nachgewieſenen Gründen, daß der Nachlaß wahrſcheinlich unzureichend ſeyn werde, ausdrücklich verlangen. Auch Privatinventaria ſind nach dem den Landes-Justizcollegiis vorgeschriebenen Formular einzurichten. Wenn einem Privatinventario die geſetzmäßigen Erforderniſſe dergeltalt mangeln, daß dadurch die Ausmittelung die Beſchaffenheit des Nachlaſſes unmöglich wird; ſo wird der Erbe der Rechts-

Rechtswohlthat des Inventarii verlustig und für einen solchen gehalten, der die Erbschaft ohne Vorbehalt angetreten hat. Ein jedes Privatinventarium muß, auf Erfordern derjenigen, welche ein Interesse dabey haben, von dem, welcher es aufgenommen hat, eydlich bestärkt werden. Auch ein gerichtliches Inventarium muß der Erbe eydlich bestärken, wenn entweder gar keine Verfielung vorher gegangen ist, oder wenn er dieselbe später, als vier und zwanzig Stunden *) nach der Zeit, da der Erblasser verstorben, oder dessen Ableben ihm bekannt geworden ist, nachgesucht hat.

V) Einschränkungen eines Beneficialerben.

Hier ist zu bemerken: a) dafs die Verfügungen desselben über den Nachlaß (so lange ihm in dieser Rücksicht nicht ein auf Antrag der Gläubiger, ertheiltes Verbot entgegen steht,) in Ansehung des Dritten, der sich rechtlicher Weise in Verhandlungen mit ihm eingelassen hat, gültig sind. Jedoch ist in Ansehung der Erbschaftsgrundstücke vorgeschrieben:

E 3

a) Dafs

*) Binnen 24 Stunden kann aus einer Erbschaft viel fortgeschafft werden. Ich sollte also meynen, es wäre gut, wenn hier, statt 24 Stunden, stünde: unmittelbar nach dem Absterben des Erblassers. Es fehlen hier überhaupt noch einige rechtliche Bestimmungen über die Verbindlichkeiten derer, die beym Absterben des Erblassers gegenwärtig sind.

α) Dafs der Beneficialerbe bey Eintragung Titels auf ein solches Grundstück die Einschränkung, dafs er es nur als Beneficialerbe besitze, in dem Hypothekenbuche mit aufzeichnen lassen mufs. β) Dafs er die uneingeschränkte Disposition erst alsdann erlange, wenn er sich entweder ohne Vorbehalt für Erben erklärt; oder eine Präclufionserkenntnifs der unbekannten Erbschaftsgläubiger beybringt, und die Einwilligung oder Befriedigung der bekannten Creditoren nachweist, γ) dafs wenn die bey α bemerkte gesetzliche Regel bey Eintragung des Besitztitels nicht befolgt worden ist, die Verhandlungen, in die ein Dritter, redlicher Weise, auf den guten Glauben des Hypothekenbuchs, sich mit den Erben in gerichtliche Verhandlungen über das Grundstück eingelassen hat, gültig sind; und dagegen der Erbe, welcher dergleichen Verfügungen zum Nachtheile der Erbschaftsgläubiger vorgenommen hat, und bey dessen Unvermögen der Richter, welcher die zu verfügende Eintragung aus grobem Versehen verabfäumt hat, diesen Interessenten verantwortlich bleibt.

I. 9.
§. 443-
455. S.
289.

b) Dafs der Beneficialerbe die Bezahlung der Erbschaftsgläubiger nur in derjenigen Ordnung zu leisten hat, welche die Gesetze nach Beschaffenheit ihrer Forderungen

gen

gen vorschreiben. Erschöpft er den Nachlass durch Zahlung an einige Gläubiger dergestalt, daß selbiger zur Befriedigung derjenigen, denen die Gesetze ein Vorzugsrecht zugestehen, (der privilegirten Gläubiger) unzureichend wird, so kann er sich gegen solche, eines Vorzugsrechts genießende Gläubiger mit der Wohlthat des Inventariums nicht schützen, sondern muß ihnen aus seinem eignen Vermögen so viel bezahlen, als sie erhalten haben würden, wenn der Nachlass unter die Gläubiger überhaupt nach gesetzmäßiger Ordnung vertheilt worden wäre. Will der Erbe sich gegen solche besorgliche Vertretung sicher stellen, so steht ihm frey, auf Eröffnung des erbenschaftlichen Liquidationsprocesses anzutragen.

VI) Von falschen Erben.

Wer ohne Richter und Recht in die Verwaltung einer fremden Erbschaft sich eindrängt, muß sowohl dem Erben, als den Gläubigern, für allen, auch durch das geringste Versehen entstandenen Schaden haften, Hat er bey Führung der Administration sich den Verdacht der Treulosigkeit zugezogen, oder die Masse mit seinem Vermögen dergestalt vermischt, daß der wahre Betrag des Nachlasses nicht mehr zuverlässig ausgemittelt werden kann, so haftet er den Gläubigern und Legatarien als Selbstschuldner. Auch dem wahren Erben muß er den wahrscheinlichen

I. 9.
§. 455-
459. S.
241.

Ueberrest des Nachlasses herausgeben; und der Erbe wird zur eydlichen Erhärtung dieses Betrags, auf eine nach den Umständen von dem Richter zu ermässigende Summe zugelassen.

VII) *Wie es zu halten, a) wenn nur der Aufenthalt des Erben unbekannt ist.*

I. 9.
§. 465.
466. 468.
S. 242. f.

Ist zwar bekannt, wer Erbe sey; der Aufenthalt desselben aber ist innerhalb dreier Monate vom Todestage des Erblassers nicht ausgemittelt worden, so sind der Erbe, und dessen nächste Verwandten, durch öffentliche Bekanntmachung, zur Anmeldung bey dem Gerichte, und zur Wahrnehmung ihrer Gerechtsame aufzufodern. Der Zweck dieser Aufforderung ist blos, daß die Existenz der Erbschaft, und die dem Erben und seiner Familie daran zustehenden Rechte so viel, als möglich, zur Kenntniß derselben gelangen sollen. Uebrigens muß dem abwesenden Erben, wenn es nicht bereits vorher geschehen *), sofort ein Vormund (*curator absentis*) bestellt werden.

b) *Wenn*

*) Es schien mir nicht ganz bestimmt, wenn im Texte hier steht: wenn er nicht schon mit einem Vormunde versehen ist. Denn es kann der abwesende Erbe am Orte seines Aufenthalts einen Vormund haben, und hier dennoch die Bestellung eines Curatoris absentis der Absicht des Gesetzes gemäß nothwendig seyn.

b) Wenn unbekannt ist, wer Erbe sey.

Ist gar nicht bekannt, wer Erbe sey, ^{I. 9. §. 471. 474. 476. S. 243.} so muß der Richter nach Ablauf dreyer Monate vom Todestage des Erblassers, (oder auch nach Befinden der Umstände noch früher), demselben einen Curator bestellen, welcher so viel, als möglich, dahin sehen muß, daß der Nachlaß in derjenigen Lage, in welcher er sich bey dem Ableben des Erblassers befunden hat, erhalten werden. Vornehmlich aber muß er sich die Ausmittlung und Entdeckung des eigentlichen Erben möglichst angelegen seyn lassen.

Sind diese Bemühungen fruchtlos: so müssen nach Verlauf anderweiter drey Monate, ^{I. 9. §. 477. 478. 479. S. 244.} vom Tage der Bestellung des Vormundes an gerechnet, der unbekannte Erbe und dessen Erben, oder nächste Verwandte öffentlich vorgeladen werden. Ist aber noch Hoffnung vorhanden, den Erben auf andere Art auszuforschen, so kann der Richter mit der Vorladung auch noch länger anstehen.

Der angebliche gesetzliche Erbe, ^{I. 9. §. 490. 491. S. 245.} der den Grad seiner Verwandtschaft mit dem Verstorbenen gehörig nachgewiesen hat, kann, (wenn sich bey der richterlichen Prüfung der Legitimation nicht Grund zur Vermuthung findet, daß nähere oder mehrere Verwandte gleichen Grades vorhanden seyn könnten) der Regel nach fordern, daß er in der Zwischenzeit zum Curator des Nachlasses

bestellt, und ihm in dieser Eigenschaft die Verwaltung derselben übertragen werde. Doch bleibt dem Richter frey, wenn dem Anmelder widrige und für hinreichend zu achtende Vermuthungen entgegen stehen, oder wenn derselbe zu denjenigen Personen gehört, die im Prozesse einen Kostenvorstand leisten müssen, die Verwaltung des Nachlasses durch den bisherigen Curator fortsetzen zu lassen, oder Cautionsbestellung zu fordern.

VIII) Von den Wirkungen der Präclusion eines unbekannten Erben.

I. 9.
§. 494-
499. S.
246.

Erben, gegen welche nach erfolgter öffentlicher Vorladung, ein Präclusionsurteil ergangen ist, werden zwar dadurch, so lange die Verjährungsfrist noch nicht verfloßen ist, ihres Erbrechts selbst noch nicht verlustig; sie müssen sich aber alle Verfügungen gefallen lassen, welche der Besitzer des Nachlasses in Ansehung eines Dritten darüber getroffen hat. Nur das, was der Erbschaftsbefitzer von dem Nachlasse aus bloßer Freygebigkeit, es sey unter Lebendigen, oder durch letztwillige Verordnung, an einen Dritten übertragen hat, kann der wahre Erbe zurückfordern, wenn es nämlich noch in den Händen des Empfängers ist, oder dieser dadurch in dem Besitze eines Vortheils sich noch wirklich befindet. Auch der redliche Besitzer der Erbschaft, welcher die Substanz ganz oder zum Theil veräußert hat, muß dem wahren

ren

ren Erben für den daraus gelöseten Werth gerecht werden. Würde aber jener durch diesen Ersatz dergestalt zur Dürftigkeit gebracht, daß er sich nicht mehr standesmäfsig ernähren könnte, so kann er auf die Rechtswohlthat der Competenz Anspruch machen.

NEUNTER ABSCHNITT.

Von der Verjährung.

Hier ist Folgendes zu bemerken: a) gegen den Eigenthümer eines Grundstücks kann, so lange derselbe zum Dienste des Staats, auch nur in einer andern königlichen Provinz sich aufhält, keine, dies Grundstück betreffende Verjährung anfangen. Wenn jedoch ein solcher Abwesender während der Dauer seines auswärtigen Dienstes, auch nur auf eine Zeitlang in seine Heimath, oder in die Provinz, wo das Grundstück gelegen ist, zurückkehrt; so kann während dieser Zeit die Verjährung wider ihn ihren Anfang nehmen.

I. 9.
§. 318
319. 320.
S. 249.

b) Zum Nachtheil eines Gutseigenthümers kann keine Verjährung gegen dessen Pächter; wohl aber gegen den Verwalter, angefangen werden.

I. 9.
§. 321.
S. 249.

c) Ein Pächter, Verwalter oder anderer unvollständiger Besitzer einer Sache kann in Ansehung derselben eine Verjährung gegen den, in dessen Namen er besitzet, zu Gunsten seiner eignen Sache während seiner Besitz-

I. 9.
§. 527-
529. S.
250.

Befitzzeit nicht anfangen. d) Gegen den, welcher durch einen Machtspruch in der Ausübung und Verfolgung seines Rechts verhindert wird, nimmt keine Verjährung ihren Anfang. Auch hindert ein im Laufe der Verjährung ergangener Machtspruch die Fortsetzung derselben so lange, als die Wirkung des Machtspruchs dauert.

I. 9.
§. 530-
534. S.
250.

e) Dagegen wird durch andere Hindernisse, die nach angefangener Verjährung erst eintreten, der Fortlauf derselben nicht gehemmt. Ist jedoch α) die zur Verjährung bestimmte Frist abgelaufen, ehe noch das inzwischen eingetretene Hindernis wieder gehoben worden, so kann der Verhinderte noch innerhalb vier Jahren, von Zeit des gehobenen Hindernisses an, auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand gegen die vollendete Verjährung antragen. β) Wird das Hindernis zwar noch vor Ablauf der Verjährungsfrist, jedoch erst innerhalb der letzten vier Jahre, wieder gehoben, so kommt die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand dem Verhinderten ebenfalls innerhalb vier Jahren nach erfolgter Hebung des Hindernisses zu statuten. γ) Stirbt der, gegen welchen die Verjährung lief, vor gehobenem Hindernisse, oder vor Ablauf der vier Jahre: so geht die Rechtswohlthat der Wiedereinsetzung und die dazu noch rückständige Frist auf den Erben über. Die Wirkung dieser Rechtswohlthat ist, daß

dass dem, welcher davon innerhalb der bestimmten vierjährigen Frist Gebrauch macht, und sein Recht gehörig ausübt, oder verfolgt, die Verjährung nicht entgegen gesetzt werden kann.

Zeitraum.

f) Verjährung durch Nichtgebrauch wird, (wenn die Gesetze nicht ausdrücklich eine andere Frist bestimmen), in einem Zeitraume von dreyßig Jahren vollendet.

I. 9.
§. 546.
S. 252.

Unterbrechung.

g) Mit dem Augenblicke, da Jemand seine Klage bey dem gehörigen Richter anmeldet, wird die Verjährung durch Nichtgebrauch unterbrochen. Ist die Klage vor einem ungehörigen (incompetenten) Richter angebracht worden, so ist zu unterscheiden α) ob der incompetente Richter dieselbe nur abwies, und dann wird die Verjährung nur auf den Fall unterbrochen, wenn die Klage binnen Einem Jahre nach erfolgter Zurückweisung bey dem gehörigen Richter anbringt. Oder β) ob der ungehörige Richter die Klage angenommen, und dadurch den Kläger in seinen Irrthume bestärkt hat; denn dann ist die Verjährung unbedingt für unterbrochen zu achten.

I. 9.
§. 551-
553. S.
253.

h) Auch wenn dem Kläger das eingeklagte Recht durch ein rechtskräftiges Urtheil wirklich ist zuerkannt worden, kann dennoch eine neue Verjährung durch Nichtgebrauch in der Regel vom Tage an, da das Urtheil in seine

I. 9.
§. 558-
560. S.
253.

ne

ne Rechtskraft ergangen ist, wider ihn anfangen. Bey Zahlungen oder Prästationen, die zu einer gewissen Zeit, oder bey einer gewissen Gelegenheit geleistet werden sollen, beginnt die Verjährungsfrist mit dem Tage, wo die Zahlung oder Prästation zum erstenmale fällig war.

Verträge über die Verjährung.

I. 9. §. 565-567. S. 254. i) Verträge, in welchen dem Verjährungsrecht entzogen, oder dazu ein kürzerer oder längerer Zeitraum, als der gesetzliche, bestimmt wird, müssen, wenn diese die Verjährung betreffende Uebereinkunft gültig seyn soll, gerichtlich verlautbart, und wenn der Betrag ein Grundstück oder ein darauf eingetragenes dingliches Recht betrifft, in den gerichtlichen Grund- und Hypothekenbüchern verzeichnet werden. Verträge über die Verjährung, die nicht ein bestimmtes Geschäft, oder einen bestimmten Gegenstand betreffen, sind ohne rechtliche Wirkung *).

I. 9. §. 596-598. S. 255. k) Kann ein Recht auf mancherley Art ausgeübt werden, so wird der Besitzer desselben dadurch, daß er sich bisher nur Einer Art der Ausübung bedient hat, in seinem

*) Das heist: Ich kann z. B. mit Niemanden gültiger Weise den Vertrag schliessen, daß zwischen uns beyden in allen unsern Angelegenheiten keine Verjährungen oder eine kürzere oder längere Verjährungsfrist statt finden solle.

nem Rechte nicht eingeschränkt. Ein Recht in einem fremden Grundstücke geht, in Ansehung des Ganzen, dadurch nicht verloren, daß die Ausübung desselben bisher nur auf einem gewissen Theile geschehen ist. Soll jedoch in beyden Fällen der Berechtigte in der Art der Ausübung, oder in Ansehung des Bezirks, worauf sie statt findet, durch Verjährung eingeschränkt werden, so muß der Verpflichtete oder ein Dritter, den Besitz eines Unterfagungsrechts gegen ihn besonders erlangt, und sich dabey durch die Verjährungsfrist behauptet haben.

l) Soll ein Recht, welches gewöhnlich ausgeübt werden kann, durch die ordentliche Verjährung erworben werden, so muß dessen Ausübung nach der Besitzergreifung jährlich wenigstens einmal erfolgt seyn. Wird ein dergleichen Recht in einem ganzen Jahre gar nicht ausgeübt, so ruht inzwischen die Verjährung. Die Jahre, während welcher das Recht geruht hat, kommen bey Berechnung der Verjährungsfrist nicht mit in Anschlag.

m) Durch Anmeldung der Klage, oder durch Einlegung einer gerichtlichen Protestation, wird die Verjährung durch Besitz in sofern unterbrochen, als darauf eine Bekanntmachung an den Besitzer erfolgt. Daß zwischen dem Zeitpunkte der Anmeldung und der wirklich erfolgten Bekannt-

I. 9.
§. 596.
598. S.
258.

I. 9.
§. 603.
605. S.
259.

ma-

machung die Verjährungsfrist abgelaufen ist, kommt dem Besitzer nicht zu statten. Hat aber der Kläger die Klage zurückgenommen, oder den Betrieb der Sache liegen lassen, dergestalt, daß der Richter nach Vorschrift der Prozeßordnung, mit Reposition der Acten zu verfahren berechtigt gewesen, so ist die Verjährung für nicht unterbrochen zu achten.

I. 9.
§. 608.
S. 260.

In Fällen, wo die Gesetze, statt der gewöhnlichen Vorladung, Edictalcitation zu lassen, vertritt letztere auch hier die Stelle der Bekanntmachung.

I. 9.
§. 611-
612. S.
260.

n) Außergerichtliche Handlungen unterbrechen die Verjährung durch Besitz nur in so fern, als sie den Besitzer von der Unrechtmäßigkeit des Besitzes überführen, oder den vollständigen Besitz selbst aufheben. Bloße Pfändungen also unterbrechen die Verjährung nicht, wenn der Gepfändete dessen ungeachtet die Ausübung des Rechts fortsetzt.

Zeitraum.

I. 9.
§. 620.
621. S.
261.

o) Die gewöhnliche Verjährung wird in einem Zeitraume von zehn Jahren vollendet. Befindet sich aber der, gegen welchen verjährt werden soll, außerhalb der Provinz, so wird jedes Jahr Abwesenheit nur auf die Hälfte oder für sechs Monate gerechnet.

Auf

Auf Abwesenheiten auſſer der Provinz, welche kein volles Jahr hintereinander gedauert haben, wird bey Berechnung der Verjährungsfrist keine Rückſicht genommen. I. 9.
§. 623.
S. 261.

p) Zum Beſten moralifcher Perſonen, welche die Rechte der Corporationen (Gemeinheiten) haben, wird die zehnjährige Friſt immer verdoppelt. I. 9.
§. 624.
S. 261.

q) Wer zwar vollſtändiger redlicher Beſitzer iſt, aber keinen Titel ſeines Beſitzes nachweiſen kann, zu deſſen Gunſten wird die Verjährung erſt in dreyſſig Jahren vollendet. Bey dieſer Verjährung bewirkt die Abweſenheit deſſen, gegen den verjährt wird, keine Verdoppelung der Zeit. I. 9.
§. 125.
S. 626.
262.

r) Der Fiskus, und andere ihm gleichgeachtete Corporationen können ſich auf die ihnen in Rückſicht auf die Verjährung beygelegten Privilegien auch alſdann beziehen, wenn der, welchem die Verjährung wider ſie zu ſtat-ten kommen ſoll, mit gleichen Privilegien verſehen war. Hingegen kann der, auf welchen von einer dergleichen Perſon oder Anſtalt ein Recht gediehen iſt, bey der Verjährung nur ſeiner eignen Befugniſſe ſich bedienen. Ausgenommen, wenn der als Vorfahr zu betrachtende Fiskus, oder eine andre dergleichen Anſtalt, den Nachfolger im Beſitze zu vertreten ſchuldig ſind. Denn dann können ſie gegen den Verjährenden zum

Besten des Nachfolgers, von ihrem eigenen Rechte Gebrauch machen.

Verjährung durch Besitz vom Jahre 1740.

I. 9.
§. 641-
647. S.
264.

s) Der vollständige ruhige Besitz einer Sache oder eines Rechts im Jahre 1740 schützt den Besitzer in allen Fällen, gegen die Ansprüche des Fiscus. Es kann aber von diesem Besitzrechte, zum Nachtheil andrer Mitbürger des Staats, kein Gebrauch gemacht werden. In Ansehung derjenigen Provinzen, wo entweder gar kein dergleichen, oder ein anderes Entscheidungsjahr statt findet, hat es bey den bisherigen Verfassungen sein Bewenden. Auch ein auf den Besitz des Jahres 1740. sich gründendes Recht kann mittelst einer nach diesem Jahre angefangenen Verjährung durch Nichtgebrauch erlöschen. Hat der Fiscus auf eine an sich rechtsgültige Weise im Jahre 1740. anerkannt, daß einem Andern ein Recht wider ihn zustehe, so hat ein solches Anerkenntniß, wenn auch die in diesem Jahre erfolgte wirkliche Ausübung nicht nachgewiesen werden kann, mit dem wirklichen Besitze gleiche Kraft. Dagegen wird in Ansehung desjenigen, der weder ein solches Anerkenntniß für sich, noch im Jahre 1740. das Recht wirklich ausgeübt hat, der Lauf der früher wider ihn angefangenen Verjährung durch Nichtgebrauch, durch die erfolgte Bestimmung dieses Entscheidungsjahrs nicht unterbrochen.

Vierzig-

Vierzigjährige.

t) Zur Verjährung gestohlener oder geraubter Sachen, welche von dem ersten redlichen Besitzer durch die gewöhnliche Verjährung nicht erworben werden können (§. 584.) ist ein Zeitraum von vierzig Jahren erforderlich.

I. 9.
§. 648.
S. 265.

u) Wenn Rechte, welche nicht alljährlich oder gewöhnlich, sondern nur in gewissen Jahren, oder bey gewissen Gelegenheiten benutzt werden können, wenigstens zu drey verschiedenen Malen ausgeübt worden: so werden sie, von dem Tage an, da das Recht zum erstenmale ausgeübt worden, durch vierzigjährigen Besitz erworben. Wird erwiesen, daß eine Gelegenheit zur Ausübung des Rechts vorhanden gewesen, dieselbe aber nicht benutzt worden sey: so ist diese Art der Verjährung für unterbrochen zu achten.

I. 9.
§. 649-
651. S.
265.

Diese Unterbrechung findet jedoch nicht statt, wenn derjenige, welcher des Rechts sich anmaßt, bey der unterlassenen Ausübung ausdrücklich erklärt, daß er dieselbe nicht aus Mangel des Befugnisses, sondern nur aus Gunst und Nachsicht gegen den Verpflichteten unterlasse. Denn dann wird so ein Fall für nicht erfolgt geachtet.

I. 9.
§. 653.
S. 265.

Fünfzigjährige Verjährung.

v) Wenn erhellet, daß jemand zu einer Last oder Abgabe, wozu er nach seinem Stande

und Verhältnisse an sich verpflichtet war, aufgefordert worden sey, sich aber deren Leistung geweigert habe, und seit dieser Zeit fünfzig Jahre hindurch davon frey geblieben sey, so wird vermuthet, daß er die Befreyung auf eine rechtsgültige Weise erlangt habe. Er muß also bey seiner Freyheit so lange geschützt werden, als nicht ausgemittelt ist, daß er sich deren ohne Recht angemast habe.

I. 9.
§. 656-
658. S.
266.

w) Ist das Grundstück oder die Gerechtigkeit, von welcher die Abgabe entrichtet werden soll, im Steuerbuche niemals eingetragen gewesen, so begründet schon der Umstand allein, daß die Abgabe in Fünfzig Jahren nicht erfordert worden, die Vermuthung einer rechtsgültigen Befreyung.

I. 9.
§. 660.
661. S.
266. 267.

x) Wenn die Gränzen einer Sache oder eines Rechts durch Gesetze, oder Verträge oder rechtskräftige Erkenntnisse genau bestimmt sind, so kann das Befugniss, diese Gränzen zu überschreiten, nur durch fünfzigjährige Präscription erworben werden. Ein solcher fünfzigjähriger ruhiger Besitz ist, ohne Rücksicht auf den Titel desselben, zur Verjährung hinreichend.

ZEHNTER TITEL.

Von der mittelbaren Erwerbung des Eigenthums.

Alle Willenserklärungen und Verträge, wodurch über das Eigenthum eines Grundstücks etwas verfügt wird, müssen gerichtlich, oder von einem Justizcommissar aufgenommen werden. Auf den Grund eines bloßen Privatvertrags, wenn er gleich schriftlich abgefaßt ist, findet die Eintragung des Besitztittels in das Hypothekenbuch nicht statt. Doch hat ein solcher Vertrag die Wirkung einer Punctuation, und es kann also daraus auch auf die Errichtung eines förmlichen gerichtlichen Instruments geklagt werden.

Wenn verschiedene Personen einen an sich rechtsgültigen Titel zur Erwerbung des Eigenthums einer unbeweglichen Sache erhalten haben, so geht derjenige, dessen Titel von dem im Hypothekenbuche eingetragenen Eigenthümer herrührt, den übrigen vor.

FIFTER TITEL.

Von den Titeln zur Erwerbung des Eigenthums, welche sich auf Verträge unter Lebendigen gründen.

ERSTER ABSCHNITT.

Von Kaufs- und Verkaufsgeschäften.

I. II. S. Wer fremde Sachen oder Güter verwaltet, darf von denselben oder ihren Nutzungen, so lange sein Auftrag dauert, ohne die besondere Bewilligung des Eigenthümers nichts käuflich an sich bringen.

I. II. S. Der Auctionscommiffarius und der Ausrufer sollen von den Sachen, welche sie versteigern, weder selbst, noch durch oder für andere etwas erstehen.

I. II. S. 22-25. S. 274. Bey gerichtlichen Verkäufen kann diejenige Gerichtsperson, welche die Handlung dirigirt, so wie diejenige, welche dabey das Protocoll führt, nicht mitbieten. Hat eine dergleichen ausgeschlossene Person die Sache dennoch gekauft, so kommt es auf den Entschluß derjenigen, welche ein Interesse dabey haben, an, ob sie das Gebot des an sich unbefugten Käufers genehmigen wollen oder nicht. Genehmigen sie dasselbe nicht, so muß die Sache, auf Gefahr und Kosten des unbefugten Käufers, anderweit zum Verkauf gebracht werden. Hat der unbefugte Käufer die erstandene Sache schon wirklich an sich genommen, so ist er bis zur beygebrachten Genehmigung

gung der Interessenten für einen unredlichen Besitzer zu achten.

Mehr, als der Verkäufer bey Abschließung des Contracts sich ausdrücklich bedungen hat, kann unter dem Namen eines Weinkaufs, Schlüssel- Halfter- oder Trinkgeldes nicht gefordert werden. I. II.
§. 55. S.
278.

Ist die Münzsorte des Kaufpreises nicht bestimmt, so wird sie für Silber-Courant angenommen. Ein Kaufpreis von zehn Thalern und weniger darf nur in Scheidemünze; wenn aber dieselbe zwar über Zehn, doch unter Dreyßig Thaler beträgt, so muß er, im Mangel ausdrücklicher Bestimmung, halb in Courant und halb in Scheidemünze, entrichtet werden. I. II.
§. 56. 57.
S. 278.

Von der Verletzung über die Hälfte.

Der Einwand, daß der Kaufpreis mit dem Werthe der Sache in keinem Verhältnisse stehe, ist für sich allein, den Vertrag zu entkräften, nicht hinreichend. I. II.
§. 58. S.
278.

Der Verkäufer kann den Kauf aus dem Grunde, daß der Werth der Sache den Betrag des Kaufpreises selbst mehr als doppelt übersteige, nicht anfechten. I. II.
§. 69. S.
279.

Form der Kaufverträge.

Von der Form der Kaufverträge gilt Alles das, was von der Form der Verträge überhaupt, und derjenigen, welche über das Eigenthum unbeweglicher Sachen geschlossen wor-

den, insonderheit, Tit. V. §. 109. fqq. Tit. X. §. 15. 16. 17.

I. II.
§. 95 -
100. S.
283.

So lange der Verkäufer dem Käufer die Sache noch nicht übergeben hat, bleibt bey allen freywilligen Verträgen, wenn sie nicht in Pausch und Bogen geschlossen, oder sonst ein Anderes ausdrücklich verabredet worden, Gefahr und Schade dem Verkäufer zur Last. Selbst wenn die Uebergabe durch Schuld des Verkäufers aufgehalten worden, haftet derselbe nicht nur für den an der Sache entstandenen Schaden, sondern auch, wenn Voratz oder grobes Versehen von seiner Seite bey dem Vorzuge zum Grunde liegt, für den dem Käufer entgangenen Vortheil. Hat aber der Käufer den Verzug der Uebergabe verschuldet, so haftet der Verkäufer nur für einen solchen Schaden, der an der Sache durch seinen Voratz oder grobes Versehen entstanden ist. In allen Fällen, wo die Uebergabe ohne Schuld des Verkäufers aufgehalten wird; kann derselbe von aller Verantwortung gegen den Käufer dadurch, daß er die Sache zur gerichtlichen Aufsicht und Verwahrung übergiebt, sich befreyen. Wird die verkaufte Sache noch vor der Uebergabe, durch einen Zufall gänzlich zerstört oder vernichtet; dergestalt, daß gar keine Uebergabe erfolgen kann, so wird der Contract für aufgehoben geachtet.

Ist

*) S. oben S. II. und S. 85.

Ist die Uebergabe durch Schuld des Verkäufers aufgehalten worden, so haftet dieser dem Käufer zur Schadloshaltung, nach Verhältniß des Grades seiner Verschuldung. Hat der Käufer durch seine Schuld die Uebernahme verzögert, so kann der Verkäufer Schadloshaltung fordern. Zu dieser Schadloshaltung gehört auch die Bezahlung des bedungenen Kaufpreises, sobald der Käufer, auch nur durch ein mäßiges Versehen Schuld daran ist, daß die Sache nicht zur gehörigen Zeit von ihm übernommen worden.

Was der Substanz der Sache, nach geschlossenem Vertrage, durch natürliche An- und Zuwüchse noch beytritt; und davon zur Zeit der Uebergabe vermöge des gewöhnlichen Nutzungsrechts noch nicht abgefondert ist, gehört dem Käufer, und muß ihm, mit der Sache zugleich übergeben werden.

Besonders unter Abwesenden.

Doch muß die Uebermachung entweder nach der Anweisung des Käufers geschehen, oder von diesem die Art derselben, dem Gutbefinden des Verkäufers, ausdrücklich oder stillschweigend, überlassen worden seyn. Auch wird, wenn durch eine solche Uebergabe Eigenthum und Gefahr auf den Käufer übergehen soll, vorausgesetzt, daß der Kauf selbst unter den abwesenden Partheyen völlig abgeschlossen worden.

Was bey erfolgter Eviction der Verkäufer dem Käufer zu leisten habe.

I. II.
§. 159.
160. S.
291. Hat der Verkäufer gewußt, daß er eine fremde Sache als seine eigne verkauft, so fällt Alles, was er aus dem Vertrage an Kaufgelde oder sonst erhalten hat, dem Fiscus anheim.

Hat der Käufer gewußt, daß er eine fremde Sache kaufe, und muß er dieselbe als unredlicher Besitzer, dem wahren Eigenthümer unentgeltlich zurückgeben, so kann er dennoch keine Gewährleistung von dem Verkäufer fordern.

Gewährleistung für die auf der Sache haftenden Lasten.

I. II.
§. 175. S.
293. Für die auf einem Grundstücke haftenden gemeinen Lasten darf der Verkäufer nur alsdann Vertretung leisten, wenn er dieselben in Abrede gestellt, oder die Vertretung ausdrücklich übernommen hat.

I. II.
§. 116. S.
293. Ist der Verkauf nach einem Anschlage geschehen: so muß der Verkäufer die darin nicht abgezogenen gemeinen Lasten vertreten.

I. II.
§. 177. S.
293. Hat jedoch der Käufer nicht den ganzen angeschlagenen Werth bezahlt, so kann er die Vergütung nur nach Verhältniß des Kaufpreises gegen den Anschlag fordern.

Wer-

Werden zwischen der Zeit des geschlossenen Kaufs und der erfolgenden Uebergabe einem Grundstücke neue öffentliche fortwährende Lasten oder Abgaben aufgelegt, so kann der Käufer von dem Vertrage zurücktreten. Will er dieses nicht, so muß er die neue Last übernehmen, und kann dafür keinen Nachlaß am Kaufpreise fordern.

I. II.
§. 178.
179. S.
294.

Wegen fehlender Eigenschaften.

Wenn ein Stück Vieh binnen vier und zwanzig Stunden nach der Uebergabe krank befunden wird, so gilt die Vermuthung, daß selbiges schon vor der Uebergabe krank gewesen sey. Doch muß der Käufer bey Verlust seines Rechts, die bemerkte Krankheit dem Verkäufer so zeitig anzeigen, daß noch eine Untersuchung über den Zeitpunkt ihres Entstehens statt finden könne. Ist der Verkäufer nicht am Orte zugegen, so muß die Anzeige den Gerichten des Orts, oder einem Sachverständigen geschehen. Stirbt das Vieh binnen vier und zwanzig Stunden nach der Uebergabe, so ist der Verkäufer zur Vertretung verpflichtet, wenn nicht klar ausgemittelt werden kann, daß die Krankheit erst nach der Uebergabe entstanden sey. Außert sich die Krankheit des Viehes erst nach Verlauf von vier und zwanzig Stunden nach der Uebergabe, so trifft der Schade den Käufer, wenn nicht ausgemittelt werden kann, daß

I. II.
§. 199.
203. S.
296. 297.

dafs der kränkliche Zustand schon zur Zeit der Uebergabe vorhanden gewesen sey.

I. II.
§. 204.
205. S.
297.

Bey Schweinen, welche innerhalb acht Tagen nach der Uebergabe fininig befunden werden, gilt die Vermuthung, dafs sie es schon zuvor gewesen sind. Eine gleiche Vermuthung gilt von Pferden, bey welchen sich Dampfigkeit, Herzschlächtigkeit, Raude, wahre Stättigkeit, schwarzer Staar, Mondblindheit und Rotz innerhalb vier Wochen nach der Uebergabe hervorthun.

Verbindlichkeiten des Käufers.

1) *Wegen Uebernahme der Sache.*

I. II.
§. 218-
220. S.
299.

Ist die Sache dem Verderben unterworfen, oder steht zu beforgen, dafs die Kosten der Aufbewahrung und Verwaltung mehr betragen werden, als die Hälfte des Kaufpreises, so ist, wenn der Käufer die Uebernahme verzögert, der Verkäufer auf gerichtliche Versteigerung derselben anzutragen berechtigt.

I. II.
§. 224.
225. S.
299.

Aus dem dafür gelöseten Preise kann der Verkäufer nur die Kosten und dasjenige fordern, was ihm nach dem Inhalte des Kaufcontrakts gebührt. Reicht die Lösung dazu nicht hin, so mufs der Käufer den Ausfall tragen.

Das Kaufgeld ist für geborgt anzusehen, wenn der Verkäufer wegen der im Contrakte vorbedungenen und bey der Uebergabe nicht geleisteten baaren Zahlung des Kaufgeldes die gerichtliche Klage innerhalb acht Tage nach
der

der Uebergabe nicht anmeldet. Einem abwesenden Verkäufer läuft diese Frist erst von der Zeit an, da er von der nicht erfolgten Zahlung Nachricht erhalten, und sich zur Klage bey dem gehörigen Richter hat angeben können.

I. II.
§. 227.
S. 300.

In allen Fällen, wo der Käufer die bey der Uebergabe baar bedungene Zahlung ohne rechtlichen Grund nicht leistet, ist er Zögerungszinsen vom Tage der Uebergabe an zu entrichten verbunden.

Aufhebung der Kaufverträge.

a) Wegen nicht geleisteter Erfüllung.

I. II.
§. 229.
S. 300.

Bey Käufen über bewegliche Sachen unter Funfzig Thalern ist der Verkäufer vom Vertrage wieder abzugehen berechtigt, sobald die zur Abholung der Waare bestimmte Zeit verflossen ist.

I. II.
§. 245.
246. S.
300.

Wird in dem Falle, in welchem, von einem Kaufvertrage abzugehen, erlaubt ist, der Rücktritt innerhalb Jahresfrist nach erfolgter Uebergabe gerichtlich erklärt, so können die Gerichte nur die gewöhnlichen Ausfertigungs- und Eintragungsgebühren fordern; erfolgt aber die Erklärung des Rücktritts später, so müssen auch die übrigen bey Besitzveränderungen statt findenden Gefälle und Abgaben entrichtet werden.

Vom Vorbehalt eines bessern Käufers.

I. II.
§. 288.
S. 307.

Hat der Käufer entweder bey der Angabe selbst, daß ein besserer Käufer sich gefunden

funden habe, oder bey der Anzeige der von selbigen gebotenen Bedingungen betrüglich gehandelt, so wird er seines vorbehaltenen Rechts verlustig, und muß dem Käufer Schaden und Kosten ersetzen.

I. II.
§. 289. S.
307. 308.

Ueber die Ausübung des Verkaufsrechts muß der erste Käufer, wenn im Vertrage keine Frist bestimmt ist, binnen acht Tagen, nachdem ihm die Anmeldung des bessern Käufers gehörig bekannt gemacht worsten, sich erklären.

c) Vom Wiederkaufe.

Von Erhaltungskosten.

I. II.
§. 306.
307. S.
310.

Für bloße auch außerordentliche Erhaltungskosten der Substanz, oder ihres Werths, kommt dem Besitzer keine Vergütung zu. Hat aber der wiederkäufliche Besitzer zur Wiederherstellung der durch Unglücksfälle beschädigten Substanz der Sache, mehrere Kosten verwendet, als aus den Einkünften des Jahres, in welchem der Unglücksfall sich ereignet, nach Abzug der sonst zur wirthschaftlichen Benutzung der Sache erforderlich gewesenenen Kosten haben bestritten werden können: so muß der Wiederkäufer diesen Ueberschuß erstatten,

Von einem unter dem Wiederkaufe verborgenen Darlehns- und Pfandgeschäfte.

I. II.
§. 321-
325. S.
312.

Ist unter dem vorbehaltenen Wiederkaufe ein wucherliches Geschäft verborgen, so ist der Kauf ungültig, und die Handlung als ein Pfand-

Pfandvertrag zu beurtheilen. Ob das Geschäft ein Darlehn oder ein wirklicher Kauf gewesen sey; muß wenn die Sache nicht vollständig aufgeklärt werden kann, nach der Qualität der Contrahenten; nach der Beschaffenheit der angeblich verkauften Sache, je nachdem dieselbe für den Käufer wirklich von Gebrauch seyn können oder nicht; nach dem zwischen dem Kaufe und Wiederkaufe bedungenen längern oder kürzern Zeitraume; und nach den übrigen bey der Sache vorkommenden Umständen von dem Richter beurtheilt werden. Besonders entsteht die Vermuthung eines wucherlichen Darlehnsgeschäfts, wenn der Kaufs- und Wiederverkaufspreis beträchtlich verschieden sind, und auch alsdann, wann eine Frucht, oder Nutzungen tragende Sache verkauft, und beyde Preise im Verhältnisse gegen den wahren Werth der Sache sehr niedrig bestimmt, zugleich aber ein ungewöhnlich kurzer Zeitraum zum Wiederkaufe festgesetzt worden. Für einen solchen ungewöhnlich kurzen Zeitraum ist bey beweglichen Sachen eine Frist unter Sechs Monaten, und bey unbeweglichen eine Frist unter drey Jahren anzusehen.

Vom Verkaufe auf die Probe.

Ist dem Käufer zur Erklärung: ob er die Sache behalten wolle, eine gewisse Zeit bestimmt, und er läßt dieselbe, ohne sich zu erklären, vorbeystreichen, so kann er von dem Vertrage nicht mehr abgehen. Ist keine Zeit be-

I. II.
§. 336.
337. S.
314.

bestimmt, so steht dem Verkäufer frey, auf Ergänzung dieser Bestimmung durch den Richter, nach Vorschrift Tit. V. §. 230. fqq. anzutragen.

ZWEYTER ABSCHNITT.

Vom Tauschvertrage.

I. II.
§. 370.
S. 319.

Ist einem der Contrahenten nur ein Theil der eingetauschten Sache durch den Anspruch eines Dritten entzogen worden: so müssen beyde verkaufte Sachen abgeschätzt, und sodann der Werth des entzogenen Theils verhältnißmäßig bestimmt werden.

DRITTER ABSCHNITT.

Von Abtretung der Rechte.

Form.

I. II.
§. 399.
S. 322.

Wird von mehreren in Einem Instrumente enthaltenen Forderungen nur Eine cedirt: so muß von dem Instrumente eine beglaubte Abschrift gefertigt, auf diese die Cession gesetzt; auf dem Hauptinstrumente aber, daß und welche der darin enthaltenen Forderungen cedirt sey, bemerkt werden.

Wirkungen der Cession zwischen dem Cessionario und Schuldner.

I. II.
§. 410.
S. 324.

Hat der Schuldner besonderer Umstände wegen Grund, daß er von seinen Einwendungen oder Gegenforderungen wider den Cedenten gegen den Cessionarium nicht werde Gebrauch machen können: so ist er wegen dieser Ein-

Einwendungen und Gegenforderungen, Caution von dem Cedenten zu verlangen, berechtigt.

Jede von dem Cedenten oder von Gerichtswegen erfolgte Bekanntmachung ist hinreichend, den Schuldner zu verpflichten, daß er sich über die abgetretenen Forderungen mit dem Cedenten nicht weiter einlasse.

I. II.
§. 414. S.
324.

Geschieht aber die Bekanntmachung durch den Cessionarius, so muß dieser die Richtigkeit seiner Angabe durch Vorzeigung des cedirten und gehörig überschriebnen Instruments, oder sonst, innerhalb dreier Tage bescheinigen. §. 394. seqq. Wird diese Frist nicht inne gehalten, und der ursprüngliche Inhaber der Forderung läugnet die Richtigkeit der vorgeblichen Cession: so kann der Schuldner gültige Verhandlungen über die Forderung mit letzterm vornehmen.

I. II.
§. 415.
416. S.
325.

Ist die Cession unter einer aufschiebenden oder auflösenden Bedingung geleistet, und dieses dem Schuldner gehörig bekannt gemacht worden, so kann letzterer, vor völlig ausgemachter Sache, weder mit dem Cedenten, noch mit dem Cessionarius, einseitig gültige Verhandlungen vornehmen. Will der Schuldner vor ausgemachter Sache Zahlung leisten; oder wird er dazu wegen des abgelaufenen Termins, von einem oder dem andern Theile aufgefordert: so muß die Zahlung, auf Kosten des Cedenten in das gerichtliche Depositum geschehen.

I. II.
§. 418.
419. S.
325.

Zwischen dem Cedenten und Cessionar.

I. II.
§. 420.
S. 325.

Der Cedent ist dem Cessionar für die Richtigkeit und Rechtsgültigkeit der abgetretenen Forderung zu haften verpflichtet.

In Ansehung der Sicherheit.

I. II.
§. 427.
S. 326.

Ist eine im Hypothekenbuche eingetragene Forderung cedirt worden, so haftet der Cedent für die Sicherheit derselben nur alsdann, wenn er solches ausdrücklich übernommen hat.

I. II.
§. 435-
437. S.
327. u. f.

Forderungen, welche erst nach vorhergegangener Aufkündigung zahlbar sind, muß der Cessionar, bey Verlust seines Regresses, binnen drey Monathen nach erfolgter Cession gerichtlich aufkündigen. Ist der Schuldner bis zum Verfalltage, oder bis zum Ablaufe der Aufkündigungsfrist, in Concurs verfallen, so wird angenommen, daß die Forderung, so weit sie bey dem Concurs leer ausgeht, schon zur Zeit der Cession unsicher gewesen sey. Der Cedent muß also, insofern er nicht überhaupt von der Gewährleistung in Ansehung der Sicherheit, nach obigen Grundsätzen frey ist, Cessionen für das, was derselbe aus den Concurse nicht erlangen kann, vertreten.

Von nothwendigen Cessionen.

I. II.
§. 442-
444. S.
328. 329.

In allen Fällen, wo Jemand durch die für oder statt eines Andern geleistete Zahlung nach Vorschrift der Gesetze, in die Stelle des be-

bezahlten Gläubigers tritt, ist er von diesem auch eine ausdrückliche Cession seiner Rechte an den Schuldner zu fordern befugt. Bey beharrlicher Weigerung des bezahlten Gläubigers muß der Richter denselben auf Ansuchen des Zahlenden zur Ausstellung der Cession durch exekutivische Zwangsmittel anhalten. Doch darf in dergleichen Fällen der Cedent so wenig für die Richtigkeit, als Sicherheit der Forderung, insofern er sich bey dem Geschäfte keines Betrugs schuldig gemacht hat, gerecht werden.

VIERTER ABSCHNITT.

Vom Erbschaftskaufe.

Verhältnisse in Ansehung der Legatarien, Gläubiger und Schuldner.

Das Recht der Erbschaftsgläubiger und Legatarien wird durch den Verkauf der Erbschaft nicht geändert. Es steht denselben frey, sich ihrer Befriedigung halber an den Käufer der Erbschaft, oder an den Erben selbst zu halten. Auch wenn sie sich zuerst an den Käufer halten, können sie dennoch von diesem auf den Verkäufer, als Erben, wieder zurückgehen. Doch müssen sie, wenn sie von dieser Befugniss Gebrauch machen wollen, sich dieselbe sogleich, wenn sie den Käufer in Anspruch nehmen, ausdrücklich vorbehalten, und diesen Vorbehalt dem Verkäufer gerichtlich bekannt machen lassen.

I. II.
§. 462.
465. S.
331.

Form.

I. II.
§. 474.
S. 332.

Alle Erbschaftskäufe sollen künftig, bey Strafe der Nichtigkeit, gerichtlich geschlossen werden.

FÜNFTER ABSCHNITT.

Vom Trödelvertrage.

I. II.
§. 520.
521. S.
338.

Ist vor Ablaufe des zur Zurückgabe der Sache oder zur Zahlung des bestimmten Preises festgesetzten Termins Conkurs über das Vermögen des Empfängers entstanden, und die Sache bey ihm noch vorgefunden worden, so müssen die Gläubiger dem vorigen Inhaber entweder die Sache zurückgeben, oder den festgesetzten Preis dafür bezahlen. War der Termin der Rückgabe zur Zeit des entstandenen Konkurses bereits abgelaufen: oder wird die Sache in dem Vermögen des Gemeinschuldners nicht mehr vorgefunden; so muß der vorige Inhaber sich in den Conkurs mit einlassen, und seine Befriedigung, wegen des bedungenen Preises, an dem durch das Prioritätsurtheil ihm anzuweisenden Orte abwarten.

SECHSTER ABSCHNITT.

*Von gewagten Geschäften und ungewissen Erwartungen.*1) *Von Lotterien.*

I. II.
§. 550.
S. 342.

Hat der Unternehmer die in dem Plane bestimmte Zahl von Loosen bis zu der darin angegebenen Ziehungszeit nicht absetzen können,

nen, so ist er schuldig, den Interessenten ihren Einsatz mit den höchsten nach den Gesetzen erlaubten Zinsen zurückzuzahlen.

Haben aber die Interessenten eine Verlängerung des Ziehungstermins sich ausdrücklich gefallen lassen, oder ihren Einsatz nach erfolgter öffentlicher Bekanntmachung dieser Verlängerung bis zum Verlaufe der Hälfte des neu bestimmten Zeitraums nicht zurückgefordert: so hat es bey dem Vertrage sein Bewenden und die Einsetzer können für den Verzug der Ziehung weder Zinsen, noch sonst eine Entschädigung fordern.

Der Unternehmer soll die Loose nur gegen baare Bezahlung des Einsatzes verabfolgen. Hat er also auf den Einsatz Credit gegeben, so steht ihm deshalb keine gerichtliche Klage, sondern nur die Compensation gegen den auf ein solches Loos fallenden Gewinn zu.

Der von dem Unternehmer angeetzte Collecteur verpflichtet den Unternehmer so weit, als er die Gränzen der ihm ertheilten Vollmacht nicht überschreitet. Es muß aber dieser Vollmacht in dem Plane, oder gleich mit demselben, öffentlich bekannt gemacht werden. Ist dies nicht geschehen, so wird der Unternehmer durch den von ihm wirklich angeetzten Collecteur ohne Unterschied verpflichtet. Auch ein Versehen eines solchen Collecteurs bey Ausfertigung

oder Einfendung der Listen, muß der Unternehmer gegen die Einfetzer vertreten. Der Gewinner kann seiner Bezahlung wegen nur an den Unternehmer sich halten. Ausgenommen: a) wenn der Collecteur entweder nach den besondern Gesetzen der öffentlich bestätigten Lotterie aus eignen Mitteln zu haften, verpflichtet ist, b) wenn er zum Collecteur sich eigenmächtig aufgeworfen hat.

I. II.
§. 568.
S. 344.

Die nach Art ordentlicher Handlungsbücher geführten Bücher des Unternehmers und der Collecteurs haben unter diesen, nicht aber gegen andere mit wirklichen Handlungsbüchern gleiche Beweiskraft.

2) *Vom Loofe.*

I. II.
§. 574.
S. 344.

Die Entscheidung des Loofes kann unter dem Vorwande einer Verletzung über die Hälfte nicht angefochten werden.

3) *Von Wetten.*

I. II.
§. 579.
S. 345.

Auch wegen Wetten ist eine gerichtliche Klage nur alsdann zulässig, wenn die Wette so gleich baar gesetzt, und entweder gerichtlich, oder in die Verwahrung eines Dritten niedergelegt worden ist.

I. II.
§. 581.
S. 345.

Gelder, die ausdrücklich zum Spielen oder Wetten, oder zur Bezahlung des dabey gemachten Verlustes verlangt und geliehen worden, können nicht gerichtlich eingeklagt werden.

4) *Vom*

4) *Vom Verkaufe künftiger Sachen.*

Infofern eine noch künftige Sache, die I. II. §. 582. S. 345.
aber doch nach dem natürlichen und gewöhnlichen Laufe der Dinge erwartet werden kann, ohne Bestimmung von Zahl, Maafs oder Gewicht, in Pausch und Bogen bedungen wird, gehört dieser Kauf zu den gewagten Geschäften.

Dergleichen Verträge müssen jedoch, so I. II. §. 583. S. 345. 346.
bald der Kaufpreis die Summe von Hundert Thalern übersteigt, und nicht beyde Contractanten Kaufleute sind, bey Strafe der Nichtigkeit gerichtlich geschlossen werden.

Kommt aber die künftige Sache gar nicht zur Wirklichkeit, so ist der Vertrag für nicht I. II. §. 587. S. 346.
geschlossen zu achten, und der Verkäufer muß das empfangene Kaufgeld, jedoch ohne Zinsen, zurückgeben.

Hat aber ein Landwirth von dem künftigen Ertrage oder Zuwachse seiner Grundstücke eine bestimmte Quantität verkauft, so muß der Käufer, gegen verhältnismässige Herabsetzung des Kaufgeldes, sich so viel abrechnen lassen, als zur Saat und Unterhaltung der Wirthschaft sonst fehlen würde, I. II. §. 590. S. 346.

Gehört der Verkäufer unter die gemeinen I. II. §. 592. S. 347.
Landleute, so wird, im zweifelhaften Falle, vermuthet, daß er die Leistung nur von dem Zuwachse seines eignen Grundstücks versprochen habe.

I. II.
§. 593.
S. 347.

Eine Ausnahme hiervon findet statt, wenn der Verkäufer ein Mann ist, der sich auf dergleichen Lieferungsgeſchäfte ſonſt ſchon eingelassen hat.

I. II.
§. 594.
S. 347.

Mit gemeinen Landleuten kann ein Kauf über ihren künftigen Zuwachs nur nach Zahl, Maas oder Gewicht, und nach den zur Zeit der Erndte marktgängigen Preisen geschlossen werden.

5) Vom Altentheile (Auszuge).

I. II.
§. 604.
S. 348.

Der Richter ist befugt und schuldig, darauf zu halten, daß der neue Besitzer dem Abgehenden nicht ſolche übermäßige Vortheile einräume, wodurch er (ſelbſt der Stelle gehörig vorzuſtehen, und die Laſten derſelben zu übertragen) unvermögend wird.

6) Von Leibrenten.

I. II.
§. 615.
S. 349.

Haben Mehrere gemeinſchaftlich eine Leibrente gekauft: ſo wird, wenn nicht ein Anderes verabredet worden, angenommen, daß jeder Käufer nur ſeinen Antheil nach Zahl der Köpfe zu fordern habe.

I. II.
§. 616.
S. 349.

Mit dem Abgange eines jeden derſelben erlöſcht alſo ſein Antheil zu Gunſten des Verkäufers.

I. II.
§. 617. S.
349. 350.

Wenn aber die Leibrente auf die Lebenszeit mehrerer Perſonen, auſſer dem Käufer und Verkäufer, oder auch auf die Lebenszeit mehrerer Verkäufer vorbedungen worden, ſo muß die ganze Leibrente ſo lange gezahlt werden, als noch einer derſelben am Leben iſt.

Iſt

Ist die Dauer der Leibrente auf das Leben des Verkäufers bestimmt, und dieser verliert dasselbe durch Selbstmord, oder verwirkte Todesstrafe, so kann der Käufer den Vertrag wieder aufheben, und sein Capital zurückfordern. Er muß sich aber darauf Alles anrechnen lassen, was er durch die genossene Leibrente über den Betrag der landüblichen Zinsen seines Capitals erhalten hat. Auf Zinsen von Zinsen wird jedoch dabey, wenn es nicht ausdrücklich vorbedungen ist, keine Rücksicht genommen.

I. II.
§. 626.
628. S.
350. 351.

In denjenigen Fällen, wo eine versprochne Schenkung, wegen nachgebohrner Kinder, widerrufen werden kann, kann auch der Käufer einer Leibrente von dem Vertrage zurücktreten. §. 1140. seqq. Wenn der Verkäufer der Leibrente durch drey hintereinander folgende Jahre mit deren Bezahlung im Rückstande bleibt, so kann der Käufer das Capital zurückfordern, und der Verkäufer darf darauf, wegen der bis dahin bezahlten Leibrente, nichts abziehen. Vielmehr muß er von der Zeit an, wo er mit Bezahlung der Rente im Rückstande geblieben ist, das Capital landüblich verzinsen.

I. II.
§. 647.
648. S.
353.

Ist wegen des letztern Lebensjahres nichts Besonderes verabredet, so muß der Verkäufer die Rente des ganzen Jahres bezahlen, wenn auch der Todesfall gleich zu Anfange desselben sich ereignet hätte. Der An-

I. II.
§. 649.
650. S.
354.

fang eines jeden Lebensjahres wird, im Mangel verabredeter Bestimmungen, von dem Tage an, wo die erste Zahlung fällig war, gerechnet.

7) *Von Wittwen-Heiraths- und Sterbekassen.*

I. II.
§. 651.
S. 354.

Gemeinschaftliche Wittwen- Sterbe- und Aussteuerkassen, dürfen ohne landesherrliche Genehmigung nicht errichtet werden.

SIEBENTER ABSCHNITT.

Vom Darlehnsvertrage.

Vom Darlehnsvertrage selbst, und inwiefern dadurch das Eigenthum des Geldes auf den Borger übergehe.

I. II.
§. 670.
S. 356.

So lange das Eigenthum des gegebenen Geldes zwischen dem Geber und einem Dritten noch streitig ist, muß der Empfänger alle inzwischen fällige Zahlungen, es sey an Capital oder Zinsen, auf Kosten des unterliegenden Theils, jedesmal zur gehörigen Zeit gerichtlich niederlegen.

Von den Personen, welche Darlehnsverträge schliessen können.

I. II.
§. 676.
677. S.
357.

Aus Darlehen an Prinzen und Prinzessinnen, welche durch Geburt oder Heirath zum königlichen Hause gehören, soll, so lange die Einwilligung des regierenden Oberhaupts der Familie nicht hinzugekommen ist, bey hiesigen Gerichten keine Klage angenommen werden. Auf Prinzessinnen, welche durch Heirath aus der königlichen Familie

Familie herausgegangen sind, findet diese Vorschrift nicht Anwendung.

Besonders von Militairpersonen.

Ein Officier kann, gleich jedem andern Bürger des Staats, wenn ihm nicht andere gesetzliche Hindernisse entgegenstehen, gültige Darlehne aufnehmen. So lange er aber in Diensten ist, kann der Gläubiger weder an seine Person, noch an seine Befoldung oder andere Dienst Einkünfte, noch an seine Montirung, Equipage, oder was sonst zum Kriegsdienste gehört, sich halten. Will der Gläubiger sich des Rechts, aus der Befoldung und andern Dienst Einkünften durch Abzüge seine Befriedigung zu suchen, versichern, so muß er sich dazu die Einwilligung des Chefs oder Commandeurs beybringen lassen. Diese Einwilligung muß in der Regel von dem Chef, oder in dessen Abwesenheit, und wenn er die Beforgung der Regimentsgeschäfte dem Commandeur überlassen hat, vom letzterem ertheilt seyn. Sie muß schriftlich ausgefertigt und entweder hinter das Schuldinstrument verzeichnet, oder mit genauer und deutlicher Beziehung auf das Datum, den Betrag des Darlehns, und den Namen des Gläubigers abgefaßt werden. Soll die im Vortrage bestimmte Zahlungszeit verlängert werden, so ist auch zu dieser Verlängerung ein gleichmäßiger schriftlicher Consens des Chefs oder Commandeurs erforderlich.

Sollen

I. II.
§. 678-
689. S.
357-359.

Sollen die Gewehrgelder eines Compagnie- oder Escadrons - Chefs für die Befriedigung des Gläubigers haften, so müssen dieselben, unter Einwilligung des Regiments- oder Bataillons - Chefs, besonders verpfändet, und diese Verpfändung muß in das bey dem Regimente zu führende Hypothekenbuch eingetragen werden. Ermangelt die Einwilligung des Chefs oder Commandeurs; der Schuldner aber ist ein Staabs-officier, oder wirklicher Escadrons- oder Compagnie-Chef: so kann der Gläubiger, während der Dienstzeit desselben, nur aus dessen zum Kriegsdienste nicht gehörendem Vermögen seine Befriedigung suchen.

Ist der Schuldner ein Subaltern-Officier: so muß der Gläubiger, wenn er auch nur an desselben Privatvermögen während der Dienstzeit sich halten will, dem Chef oder Commandeur von dem zu schließenden Darlehnsvertrage Anzeige thun, und darüber eine schriftliche Bescheinigung nachsuchen. Diese Anzeige muß der Regel nach vor dem Abschlusse des Geschäftes, und nur in schleunigen und dringenden Fällen gleich nachher, und sobald nur der Gläubiger an den Chef oder Commandeur eine mündliche oder schriftliche Nachricht gelangen lassen kann, erfolgen.

Ist die Anzeige nicht gehörig geschehen, so kann der Gläubiger, so lange der Schuldner
wirk-

wirklich in Kriegsdiensten steht, auch in das Privatvermögen desselben keine Execution suchen.

In das zum Kriegsdienste gehörende Vermögen eines Officiers überhaupt findet, bey Ermangelung des erforderlichen Consenses, die Execution aus dem Grunde einer in den Nutzen des Schuldners geschehenen Verwendung nur alsdann statt, wenn nachgewiesen ist, daß der Vorschuss zu wirklichen Dienstausgaben des Officiers gemacht und verwendet worden, und daß die Zeit zu kurz gewesen sey, um sich vorher den erforderlichen Consens zu verschaffen.

I. II.
§. 690.
S. 359.

Auch in diesem Falle muß dem Chef oder Commandeur, gleich nach gemachtem Vorschusse, sobald nur der Gläubiger die Sache bey demselben mündlich oder schriftlich anzubringen Gelegenheit hat, Anzeige geschehen.

I. II.
§. 691.
S. 359.

Bey Commandeurs und Chefs der Regimenter und anderer besondern Corps ist zur Aufnehmung eines gültigen Darlehns höhere Einwilligung nicht erforderlich.

Ein Gleiches gilt von den Commandeurs einzelner Bataillons, die entweder zu keinem Regimente gehören, oder in Kriegzeiten von ihren Regimentern getrennt, und bey andern Corps oder Garnisonen in Festungen angestellt sind. Aber auch bey diesen muß der Gläubiger, wenn er sich auf die Gewehrgelder derselben ein dingliches Recht

I. II.
§. 692.
694. S.
359. 360.

Recht verschaffen will, für die Eintragung der Schuld in das **Regiments-Hypothekenbuch** sorgen.

I. II.
§. 697.
S. 360.

Adliche Fahnen- und Standartenjunker sind in Rücksicht der Fähigkeit, Darlehne aufzunehmen, den Subaltern-Officiers durchgehends gleich zu achten.

I. II.
§. 698.
699. S.
360.

Personen, die zum Unterstabe gehören, bedürfen zu ihren Darlehenen keiner Einwilligung des Chefs oder Commandeurs. Doch darf der Gläubiger, bey nicht erfolgter Bezahlung, keine solche Execution gegen die Person derselben, wodurch sie ihre Dienste gehörig wahrzunehmen verhindert würden, ausbringen.

I. II.
§. 700.
701. S.
360. 361.

Unterofficiers, gemeine Soldaten, und deren Weiber, können ohne schriftliche Einwilligung ihres Compagnie- oder Escadrons-Chefs kein gültiges Darlehn aufnehmen. Auch ihre Grundstücke können sie ohne dergleichen Einwilligung nicht gültig verpfänden.

I. II.
§. 702.
703. S.
361.

Schulden eines Unterofficiers und Gemeinen, welcher die Einwilligung seiner Vorgesetzten zur Treibung eines bürgerlichen Gewerbes überhaupt erhalten hat, sind zwar auch ohne besondern Consens gültig. Will aber der Gläubiger wegen einer solchen Schuld an das Militair-Vermögen oder an die Grundstücke seines Schuldners sich halten

halten können: so muß er sich den besondern Consens des Compagnie- oder Escadrons-Chefs in das Darlehn verschaffen.

Von Personen, die bey den königlichen Schauspielen stehen.

Personen, welche bey den königlichen Singe- und Schauspielen, oder bey der Hofcapelle angestellt sind, können, so lange sie in diesen Diensten stehen, aufgenommener Darlehne wegen, gerichtlich nicht belangt werden. In so fern sie aber Grundstücke besitzen, und dieselben durch gerichtliche Eintragung einem Gläubiger gehörig verpfändet haben, kann letzterer aus diesen Grundstücken seine Befriedigung suchen.

I. II.
§. 704.
705. S.
361.

In wiefern Darlehne an unfähige Personen gültig werden; durch nützliche Verwendung.

Hat Jemand seine Unfähigkeit, Darlehne aufzunehmen, dem Gläubiger verheimlicht, so ist die Sache nach den Vorschriften Tit. V. §. 31 - 36. (S. oben S. 7. 8.) zu beurtheilen.

I. II.
§. 707.
S. 361.

Von Darlehenen, die zu einem unerlaubten Zwecke, oder wo Waaren statt baaren Geldes gegeben worden.

Gelder, welche Jemanden, der an sich gültige Darlehnsverträge schließen kann, zu einem verbotenen Zwecke wissentlich gegeben worden, fallen dem Fiskus anheim.

I. II.
§. 714.
S. 362.

Sind auf einen Schuldschein oder Wechsel Waaren gegeben, und die Valuta baar verschrieben worden, so ist der Schuldner dar-

I. II.
§. 716.
S. 362.

aus

aus als aus einem Darlehnsgefchäfte nicht verhaftet.

I. II.
§. 717. S.
362. 363. Vielmehr ift der ganze Vertrag nichtig, und der Empfänger der Waare nur verbunden, die Waare felbft, in fo fern fie noch vorhanden ift, zurückzugeben, oder wenn die Waare nicht mehr vorhanden wäre, den Werth, welchen fie zur Zeit der Uebergabe gehabt hat, zu erſetzen.

I. II.
§. 718.
S. 363. Derjenige, welcher auf ein über baares Geld lautendes Schuldinſtrument Waaren gegeben hat, hat die Vermuthung des Wuchers wider ſich.

I. II.
§. 719.
S. 363. Kann dieſe nicht abgelehnt werden: ſo fällt der von dem Empfänger vermöge §. 717. zu leiſtende Erſatz nach näherer Beſtimmung des Criminalrechts, dem Fiskus anheim. (Th. II. Tit. XX. Sect. XV.)

I. II.
§. 720.
721. S.
363. Iſt das Schuldinſtrument über den bedungenen Kaufpreis gegebener Waaren ausgestellt worden, ſo beſteht zwar das Gefchäft, als ein Kaufcontract. Wenn aber erhellet, daß dem Schuldner, welcher ein Darlehn in baarem Gelde gefucht hat, ſtatt deſſelben Waaren zum Kaufe auf Credit angeboten worden ſind: ſo wird bey dem Gläubiger eine wucherliche Abſicht vermuthet.

I. II.
§. 723.
724. S.
363. 364. Sind die auf Credit gegebenen Waaren von der Beſchaffenheit, daß ſie nach dem Stande und Gewerbe des Käufers demſelben entweder an ſich ſelbſt, oder doch in der

der gegebenen Quantität, unbrauchbar seyn würden, so wird vermuthet, daß unter dem vorgeblichen Kaufe ein wucherliches Darlehnsgeschäft nach §. 721. verborgen liege. Wer diese Vermuthung gegen sich hat, dem liegt ob, zu erweisen, daß das Geschäft ein wahrer redlicher Kauf gewesen sey. Kann er dieß nicht: so wird der Vertrag, als ein wucherliches Geschäft nach §. 117 u. 119. S. S. 112. beurtheilt.

Sind theils Waaren creditirt, theils baar- I. 11.
res Geld gegeben; über beydes zusammen §. 725.
aber nur Ein Schuldinstrument ausgestellt; 726. S.
und darin nicht bestimmt worden: wie viel in 364.
Gelde, und wie viel in Waaren gegeben sey: so gilt die Vermuthung, daß bey dem ganzen Geschäfte eine wucherliche Absicht zum Grunde liege. Kann diese nicht abgelehnt werden, so finden auch in einem solchen Falle die Vorschriften §. 717. 719. Anwendung.

Form der Darlehnsverträge.

Soll ein Darlehnsvertrag auf eine I. 11.
bestimmte Zeit, gegen Interessén, oder auf §. 729.
andere Bedingungen geschlossen werden, so S. 364.
ist, wenn dem Gläubiger eine Klage auf die Erfüllung dieser Verabredungen *) zustehen soll,

*) Das ist, wenn er auf Zinsen oder auf Erfüllung der beygefügtén Bedingungen und auf die zur vestgesetzten Zeit zu leistende Zahlung soll klagen können. Das Capital aber kann er auf alle Fälle einklagen.

soll, ohne Unterschied der geliehenen Summe, ein schriftlicher Vertrag erforderlich.

I. II.
§. 730. S.
364. 365.

Zu einem vollständigen Schuldscheine wird erfordert:

- 1) Das Bekenntniß des empfangenen Geldes oder Werthes (Valuta); 2) die deutliche Bestimmung, worinn dieser Werth bestanden habe; 3) die Angabe der Münzsorte, in welcher sie gezahlt worden; 4) das Versprechen der Wiedererstattung; 5) die Zeit, wann diese geschehen soll; 6) die deutliche Benennung und Bezeichnung des Gläubigers; 7) der Ort, wo, und das Datum, unter welchem der Vertrag geschlossen worden; 8) die Unterschrift des Schuldners.

I. II.
§. 631.
S. 365.

Wie weit dasjenige, was von diesen Stücken im Schuldscheine nicht ausgedrückt worden, auf andere Art erwiesen werden könne, oder nach gesetzlichen Bestimmungen zu ergänzen, ist nach den Vorschriften des Fünften Titels 127. sqq. zu beurtheilen. *)

Von

*) Dort heißt es: Ist ein Vertrag schriftlich geschlossen worden: so muß Alles, was auf Verabredung der Partheyen ankommt, nach dem schriftlichen Contracte beurtheilt werden. Auf vorgeschützte mündliche Nebenabreden wird ohne Unterschied des Gegenstandes keine Rücksicht genommen. Vielmehr müssen dann die Nebenbestimmungen, welche die Art, den Ort, oder die Zeit der Erfüllung oder andre dabey vorkommende Maassgaben

Von der Valuta bey Darlehen.

Der Einwand des nicht erhaltenen Werthes (Valuta) ist nicht nur gegen den ersten, sondern auch gegen jeden folgenden Inhaber in so weit zulässig, als überhaupt Einwendungen gegen den Cedenten auch dem Cessionar entgegen gesetzt werden können. I. II. §. 735. S. 365.

Dass der Schuldschein auf Ordre gestellt worden, macht dabey keinen Unterschied. I. II. §. 736. S. 365.

Wie weit bey kaufmännischen auf Ordre gestellten Wechseln eine Ausnahme statt finde, ist gehörigen Orts bestimmt. Th. II. Tit. VIII. Sect. VIII. *) I. II. §. 737. S. 366.

Bey Schuldinstrumenten, die zur Eintragung in das gerichtliche Hypothekenbuch bestimmt, und darin wirklich eingetragen sind, tritt die Vermuthung, dass Valuta nach dem Inhalte des Instruments wirklich gegeben worden, erst alsdann ein, wenn der Schuldner innerhalb Acht und Dreyßig Tagen, nach erfolgter Eintragung, kein Protestation wegen nicht empfangener Valuta im Hypothekenbuche hat anmerken lassen. I. II. §. 738. S. 366.

Nach Verlauf dieser Zeit aber entsteht zu Gunsten des ersten Inhabers aus dem Instrumente die Vermuthung, dass der I. II. §. 739. S. 366.

H 2

Werth

ben (Bestimmungen) betreffen, soweit sie im Contracte nicht festgesetzt worden sind, von dem Richter lediglich nach den Vorschriften der Gesetze ergänzt werden.

*) S. unten.

Werth wirklich entrichtet sey. Auch kann, wenn nach diesen Acht und Dreyßig Tagen, und in der Zwischenzeit, wo keine Protestation eingetragen ist, das Instrument einem Dritten cedirt oder verpfändet worden ist, der Schuldner sich des Einwands der nicht erhaltenen Valuta gegen diesen Dritten gar nicht bedienen.

I. 11.
§. 740.
741. S.
366.

Wer sich einen Schuldschein ausstellen läßt, und die Valuta darauf ganz oder zum Theil nicht bezahlt; gleichwohl aber die verschriebene Summe gerichtlich anklagt, oder einem Andern cedirt, der soll als ein Betrüger bestraft werden. Ein Gleiches findet statt, wenn der Inhaber des Schuldscheins die Valuta ganz oder zum Theil zurückerhalten hat, und gleichwohl denselben auf den vollen Betrag einklagt, oder einem Andern cedirt.

I. 11.
§. 742. S.
366. 367.

Hat Jemand über eine Forderung, die er aus einem andern Grunde zu machen hatte, sich einen Schuldschein ausstellen, und darin die Valuta, als baar gegeben, verschreiben lassen, so finden die unten aus §. 866. 867. 868. angeführten Vorschriften Anwendung.

I. 11.
§. 743.
S. 367.

Wer seine Unterschrift fälschlich läugnet, verliert alle Einwendungen, die ihm sonst gegen die Schuldforderung noch zugestanden hätten.

I. 11.
§. 744.
S. 367.

Hat der Aussteller sich dieser Abläugnung gegen den ersten Inhaber des Instruments schuldig

schuldig gemacht, und es findet sich gleichwohl, daß dieser die verschriebene Valuta ganz oder zum Theil nicht gegeben habe: so tritt der Fiskus an seine Stelle und zieht dasjenige ein, was der Aussteller wegen der ungegründeten Abläugnung seiner Unterschrift bezahlen muß; der Inhaber hingegen, weil er es wirklich nicht gegeben hat, nicht gewinnen kann.

Ist die Abläugnung gegen einen dritten redlichen Inhaber des Schuldscheins geschehen, so muß zwar der Aussteller diesem nach §. 743. vollständige Zahlung leisten; wenn aber ausgemittelt werden kann, daß der erste Inhaber die Valuta ganz oder zum Theil wirklich nicht gegeben habe, so muß er dasjenige, was er, über den Betrag der gegebenen Valuta, von seinem Cessionar für die Abtretung des Schuldscheins erhalten hat, dem Fiskus bezahlen.

Was wegen des Einwandes der nicht gezahlten Valuta bey Wechfeln Rechtens sey, ist §. 745. 746. S. 367. gehörigen Orts vorgeschrieben. Th. II. Tit. VIII. Sect. VIII.

Von Darlehen auf Wechsel.

Schuldscheine, die von Personen, welche sich wechselfmäsig nicht verpflichten können, in Wechselform ausgestellt worden, begründen, wenn der Aussteller seine Unterschrift anerkannt hat, den executivischen Proceß. Auch genießen Schuldscheine die-

fer Art, gleich wirklichen Wechfeln, das in der Concursordnung bestimmten Vorzugsrecht.

Dauer der Beweiskraft eines Schuldinstruments.

I. II.
§. 752.
753. S.
368.

Zum Vortheile des Ausstellers selbst erlöscht die Beweiskraft eines Schuldinstruments durch Verjährung nur mit der Schuld zugleich. Zum Vortheile der Erben des Ausstellers hingegen erlöscht diese Beweiskraft durch eine zehnjährige Praescription vom Todestage des Erblassers.

I. II.
§. 755.
S. 368.

Diese zehnjährige Praescription hat jedoch nur die Wirkung, daß die Richtigkeit der Schuld durch das Instrument nicht mehr begründet wird, sondern der Kläger auf andere Art nachweisen muß, daß die Schuld vom Anfange an existirt habe und während der Lebenszeit des Erblassers nicht getilgt worden sey.

Zeit der Rückzahlung.

I. II.
§. 759.
760. S.
369.

Dem Gläubiger steht frey, vor Ablauf der bestimmten Frist auf Zahlung oder Sicherstellung anzutragen, wenn der Schuldner anderer Schulden halber, ausgepfändet, oder in Verhaft genommen worden ist. Ein Gleiches findet statt, wenn der Schuldner, um seinen Gläubigern zu entgehen, flüchtig geworden ist, oder aus andern Ursachen seinen bisher in den königlichen Landen gehabten Wohnsitz gänzlich aufgeben will.

Von

Von Aufkündigungen.

Ist keine Zeit zur Rückzahlung gültiger Weise bestimmt: so steht beyden Theilen eine dreymonatliche Aufkündigung frey. Beträgt aber das Darlehn nur Funfzig Thaler oder weniger, so findet eine vierwöchentliche Aufkündigung statt.

I. II.
§. 761.
762. S.
396.

Ist im Vertrage gerichtliche Aufkündigung bedungen und über die Kosten derselben nichts verabredet, so müssen diese von beyden Theilen zur Hälfte getragen werden. Ausser diesem Falle muß der gerichtlich aufkündigende Theil die Kosten allein tragen.

I. II.
§. 766.
767. S.
369.

Ort der Rückzahlung.

Oeffentliche Kassen und Anstalten haben bey aufgenommenen Darlehn auch wegen des Orts der Rückzahlung vor Privatschulden kein Vorrecht. Doch muß bey den an die Bank und an die Creditsysteme gemachten Darlehn der Gläubiger das Geld auf seine Gefahr und Kosten zur Kasse abliefern und von dieser zurückholen

I. II.
§. 776.
777. S.
371.

Von der Münzsorte.

Bey Darlehn von Zehn Thalern und weniger wird Scheidemünze vermuthet.

I. II.
§. 780.
S. 371.

Ist die Valuta in Golde, ohne Bestimmung einer gewissen Sorte, verschrieben, so werden Preussische Goldmünzen, die zu Fünf Thalern ausgeprägt sind, verstanden.

I. II.
§. 781.
S. 371.

I. II.
§. 782.
S. 371.

Sind Dukaten ohne weitere Bestimmung verschrieben, so werden vollwichtige Dukaten nach Preussischem oder Holländischem Münzfusse angenommen.

I. II.
§. 784.
S. 371.

Lautet das Instrument nur auf eine gewisse Summe in Golde, ohne Bestimmung der Stücke, so werden bey der Berechnung, wie viel Stücke zu zahlen sind, vollwichtige Dukaten zu Zwey und Dreyviertel Thaler, andre Preussische Goldmünzen aber zu dem Betrage, nach welchem sie ausgeprägt sind, angeschlagen.

I. II.
§. 785.
786. S.
372.

Ist das Schuldinstrument auf eine fremde Münzforte gestellt, und innerhalb Landes zahlbar, so muß der Gläubiger Preussische Gold- und Silbermünze von eben der Gattung, auf welche das Instrument lautet, annehmen. Doch ist alsdann das Verhältniß derselben, gegen die im Instrumente verschriebene fremde Münzforte, nach dem Cours des Zahlungsorts, wie er zur Zeit des geschlossenen Contracts gestanden hat, zuberechnen.

I. II.
§. 790.
S. 372.

Ist die Münzforte, in welcher die Valuta gegeben worden, nicht aufser Cours, sondern nur in ihrem äußern Werthe, ohne Veränderung des innern Gehalts, von dem Landesherrn herunter gesetzt worden, so muß dennoch die Rückzahlung in eben derselben Münzforte geleistet und angenommen werden.

Von Zinsen.

Bey Darlehen können der Regel nach, I. II.
nur Fünf von Hundert an jährlichen Zinsen §. 804.
vorbedungen werden. Kaufleuten ist er- 806. S.
laubt, Sechs und Juden Acht von Hundert 374.
an jährlichen Zinsen sich auszubedingen. Juden,
welche die Rechte christlicher Kaufleute
haben, müssen darnach auch in Ansehung des
erlaubten Zinsatzes beurtheilt werden.

Bey Darlehen, welche gegen gericht- I. II.
liche Eintragung auf Grundstücke gemacht §. 808. S.
werden, sind auch Kaufleute und Juden an den 374. 375
Zinsatz der Fünf vom Hundert gebunden.

Wie weit denjenigen, welche mit Leihen I. II.
auf bewegliche Pfänder unter öffentlicher §. 809.
Aufsicht ein Gewerbe treiben, bey Darlehen S. 375.
in kleinen Summen, welche nur auf kurze
Zeit gemacht worden, höhere Zinsen zu neh-
men erlaubt sey, ist gehörigen Orts näher be-
stimmt. Tit. XX. Sect. I.

Hat der Gläubiger statt der Zinsen, oder I. II.
noch über dieselben, sich die Lieferung gewisser §. 812.
Naturalien oder anderer Sachen, oder die S. 375.
Leistung gewisser Arbeiten und Dienste vor-
bedungen, so sind auch diese, bey Berechnung
des erlaubten Zinsatzes mit in Anschlag
zu bringen.

Bauet der Schuldner dergleichen Natu- I. II.
ralien selbst, oder pflegt er dergleichen §. 813.
Dienste persönlich zu leisten, so ist, bey 814. S.
Berechnung derselben, der niedrigste Preis 375.

zur Zeit der Ablieferung anzunehmen. Aufser diesem Falle aber ist der zur Zeit der Ablieferung oder Leistung gewöhnliche Preis oder Lohn, bey der Berechnung zum Grunde zu legen.

I. II.
§. 817.
819. 820.
S. 376.

Hat der Gläubiger mit einem geringern, als dem ihm erlaubten höchsten Zinssatze sich begnügt, so kann er die Zinsen, jedoch nicht für längere Zeit, als Ein Jahr, im Voraus abziehen. Doch können über zweyjährige oder noch ältere Zinsenrückstände neue Schuldcheine gegeben, und Zinsen davon verschrieben werden. Der Abschluß eines solchen Geschäfts aber muß, wenn es gültig seyn soll, gerichtlich erfolgen.

I. II.
§. 825. S.
376. 377.

Conventionalstrafen, zu welchen sich der Schuldner, statt der Zinsen, auf den Fall, wenn die Rückzahlung des Capitals zur bestimmter Zeit nicht erfolgte, schriftlich verbunden hat, sind in so weit gültig, als sie nicht über Sechs, oder bey Kaufleuten und Juden nicht über Acht vom Hundert betragen.

I. II.
§. 826.
S. 377.

Sind aber Zinsen bedungen, und zugleich eine Conventionalstrafe bestimmt worden, so dürfen beyde zusammen den vorstehenden Satz der Sechs und Acht vom Hundert nicht übersteigen.

Von Zögerungszinsen.

I. II.
§. 830-
832. S.
377.

Als Zögerungszinsen können zwar auch nach Preussischen Rechten in der Regel Fünf vom Hundert gefordert werden. Alle Kauf-

Kaufleute und Juden aber können den höchsten ihnen erlaubten Zinsatz als Zögerunszinsen fordern, wenn sie gleich im Instrumente selbst sich nur niedrigere Zinsen versprechen lassen.

Vorschriften wegen Bezahlung der Zinsen.

Wenn eine gewisse Summe zehn Jahre hindurch als Zinsen eines schuldigen Capitals bezahlt worden, so entsteht die Vermuthung, daß der Zahlende das Capital selbst als ein Darlehn schuldig sey.

I. II.
§. 837.
839-841.
S. 378.

Ist diese Zinsenzahlung durch Dreißig Jahre geleistet worden, so kann der Gläubiger das Capital vermöge eines durch Verjährung erworbenen Rechts fordern, und der Beweis, daß ursprünglich kein Darlehn gegeben worden sey, ist nur in dem Maasse zulässig, in welchem gegen die Verjährung überhaupt ein Beweis statt finden kann. Ist die Summe des Capitals, zu welchem sich der Schuldner durch diese mehrjährige Zinsenzahlung bekannt hat, in den Quittungen nicht ausgedrückt, noch sonst auszumitteln, so müssen die jährlich gezahlten Interessen nach landüblichem Zinsfusse zum Capital gerechnet werden. Unter landüblichen Zinsen werden im Gesetze Fünf vom Hundert verstanden.

Wer die gerichtliche Einklagung rückständig verbleibender Zinsen länger, als Zehn Jahre, verabsäumt, der kann einen über Zehn Jahre hinausgehenden Rückstand nicht ferner verlangen.

I. II.
§. 849.
S. 379.

Außer

I. II.
§. 851.
S. 380.

Aufser diesem Falle können Zinsen, deren Berichtigung der Schuldner verabfäumt oder verzögert hat, fo weit fie rückftändig find, gefordert werden, felbft, wenn der Rückftand, wegen Länge der Zeit, den Betrag des Capitals überfteigt.

Vom Creditiren.

I. II.
§. 862.
863. S.
381.

So weit Jemand unfähig ift, eigentliche Darlehne aufzunehmen, fo weit dürfen ihm auch Sachen nicht auf Credit gegeben werden. Creditirtes Lohn für wirklich gelieferte Arbeit, oder geleiftete Dienfte, find auch folche Perfonen zu entrichten verbunden.

I. II.
§. 866.
867. S.
382.

Jede rückftändige Zahlung muß nach der Natur des Gefchäfts, aus welchem die Verbindlichkeit dazu entftanden ift, beurtheilt werden. Es ändert alfo die Natur des urfprünglichen Gefchäfts, aus welchem die Zahlungsverbindlichkeit entftanden ift, noch nicht, wenn gleich über die fchuldige Summe ein Schuldſchein, als über ein Darlehn, ausgestellt worden.

ACHTER ABSCHNITT.

Von Verträgen, wodurch Sachen gegen Handlungen, oder Handlungen gegen Handlungen verſprochen werden.

Verträge mit gedungenen Handarbeitern und Tagelöhnern.

I. II.
§. 905. S.
337. 388.

Wenn die Zeit, wie lange der Vertrag dauern foll, weder in ſich, noch in Beziehung auf

auf die Vollendung einer gewissen Arbeit bestimmt ist, so ist bey gemeinen Handarbeitern der Vertrag nur auf Einen Tag für geschlossen zu achten, und es kann also jeder Theil mit dem Verlaufe jeden Tages davon wieder abgehn.

Ein Gleiches findet statt, wenn auch die Bezahlung der Arbeit nicht nach dem Tagelohne, sondern nach Klaftern, Ruthen, oder einem andern Maasse bedungen worden; so bald nur erhellet, daß nicht das Werk selbst verdungen, sondern die Bestimmung des Maasses bloß der nähern Bezeichnung wegen beygefügt worden.

I. II.
§. 906.
S. 388.

Insonderheit von verdungenen Bauen.

Ist der Bau von den Bauherrn einmal übernommen worden, so kann der Baumeister wegen solcher Fehler, die aus der Bauart, und weil dabey die Regeln der Kunst angeblich nicht beobachtet worden, entstanden seyn soll, nur innerhalb Dreyer Jahre nach der Uebergabe in Anspruch genommen werden.

I. II.
§. 968.
S. 396.

Wegen solcher Fehler hingegen die in der schlechten Beschaffenheit der Materialien ihren Grund haben sollen, kann der Baumeister zu allen Zeiten, innerhalb der gewöhnlichen Verjährungsfrist, zur Verantwortung gezogen werden.

I. II.
§. 969.
S. 396.

Rechte aus diesem Verträge bey entstandenen Concurse.

Bey unbeweglichen Sachen hat der Werkmeister, in Ansehung der darin verwendeten

I. II.
§. 971-
979. S.
396. 397.

deten Materialien und Arbeiten, ein in der Concursordnung bestimmtes Vorrecht. Dieses Vorrecht kann er, so lange der Concur noch nicht eröffnet ist, auf die Sache, auch ohne die besondere Einwilligung des Schuldners eintragen lassen. Auch bewegliche Sachen, die dem Besteller einmal übergeben worden, kann dies Vorrecht nicht ausgedehnt werden. Entsteht aber vor der Uebergabe Concur über das Vermögen des Bestellers, so kann der Werkmeister, wegen seiner Arbeit und Auslagen, des Zurückbehaltungsrechtes auf das noch in seiner Gewahrsam befindliche Werk sich bedienen. Entsteht vor Ablieferung des Werks Concur über das Vermögen des Werkmeisters: so kann der Besteller das in der Masse vorhandene vollendete Werk gegen Erlegung des noch schuldigen Preises fordern. Ist das Werk noch unvollendet, so kann er die von ihm gelieferten Materialien, so weit sie noch vorhanden sind, als sein Eigenthum zurücknehmen. Gleiche Befugniß steht dem Besteller zu, wenn Materialien vorhanden sind, die der Werkmeister von dem Vorschusse, welchen ihm der Besteller dazu ausdrücklich gegeben, erweislich angeschafft und bezahlt hat. So weit der Besteller für die von ihm gelieferten Materialien, oder für den Vorschuss, den er zu deren Anschaffung gegeben hat, durch diese Zurücknahme nicht entschädigt wer-

werden kann, ist er an das in der Masse vorhandene noch unvollendete Werk sich zu halten berechtigt. In so weit er dadurch seine Befriedigung nicht erhalten kann, muß er mit der in der Concursordnung ihm sonst angewiesenen Stelle sich begnügen.

Prämien.

Auf nützliche Geistesarbeiten, oder gemeinnützige körperliche Fähigkeiten oder Unternehmungen, öffentliche Belohnungen auszusetzen, ist einem jeden erlaubt. Wer dergleichen Prämien aussetzt, kann sein Versprechen vor dem Ablaufe der bestimmten Zeit nicht zurücknehmen. Doch steht ihm frey, die Preisfrage innerhalb der ersten Hälfte der zu ihrer Beantwortung ausgesetzten Zeit näher zu bestimmen. Er kann sich selbst in den Wettstreit nicht mit einlassen, wenn er sich dieses bey der Bekanntmachung nicht ausdrücklich vorbehalten hat.

Wer sich nicht zu rechter Zeit, oder nicht mit den vorgeschriebenen Maafsregeln als Mitwerber gemeldet hat, kann auf den Preis keinen Anspruch machen. Selbst der, welcher den Preis ausgesetzt hat, kann einen solchen Mitwerber zum Nachtheile der übrigen nicht zulassen. Dem Urtheile des Aussetzers, oder dem von diesem gleich bey Bekanntmachung der Aufgabe ernannten Richter, müssen sämtliche Mitwerber sich ohne alle Widerrede und weitere Berufung unterwerfen.

Das

I. II.
§. 988-
991. S.
398. 399.

I. II.
§. 992-
994. S.
399.

I. II.
§. 995.
S. 399.

Das Eigenthum der von einem Jeden Mitwerber gelieferten Arbeit bleibt ihrem Urheber; und der Aussetzer des Preises kann sich darüber keiner andern Verfügung anmassen, als die er sich bey der Bekanntmachung ausdrücklich vorbehalten hat, oder die aus dem erklärten Zwecke der Aufgabe von selbst folgt.

Verlagsverträge.

I. II.
§. 998.
S. 400.

In der Regel erlangt der Buchhändler das Verlagsrecht nur durch einen mit dem Verfasser darüber geschlossenen schriftlichen Vertrag.

I. II.
§. 999.
S. 400.

Ist dergleichen schriftlicher Vertrag nicht errichtet, die Handschrift jedoch vom dem Schriftsteller abgeliefert worden: so gilt die mündliche Abrede zwar in Ansehung des dem Verfasser versprochenen Honorar; in allen übrigen Stücken aber sind die Verhältnisse beyder Theile lediglich nach den gesetzlichen Vorschriften zu beurtheilen.

I. II.
§. 1000.
1001. S.
400.

Der Verfasser ist schuldig, den schriftlichen Vertrag durch Lieferung der Handschrift zu gehöriger Zeit zu erfüllen. Thut er dieses nicht, so kann der Verleger von dem Vertrage wieder abgehen.

I. II.
§. 1002.
S. 400.

Ist die Zeit, wenn die Handschrift geliefert werden soll, im Vertrage nicht bestimmt, so wird angenommen, daß dieselbe dergestalt geliefert werden solle, damit der Verleger die Schrift

Schrift noch auf die nächste Leipziger Messe bringen könne.

Erhellet aus der Gröfse und dem Umfange des Werks, oder aus der Zwischenzeit bis zur Messe, oder aus andern Umständen, dafs dem Schriftsteller eine längere Zeit gestattet seyn solle, so hängt die nähere im Contracte nicht enthaltene Bestimmung von dem Schriftsteller ab. Doch kann derselbe von dem Verleger angehalten werden, eine gewisse Zeit zu bestimmen, oder sich den Rücktritt von dem Contracte gefallen zulassen.

Ereignen sich Umstände, oder Hindernisse, welche den Verfasser veranlassen, das versprochene Werk gar nicht herauszugeben, so kann er von dem Vertrage zurücktreten. Er mufs aber dem Verleger den Schaden ersetzen, welcher demselben aus den zum Abdrucke etwa schon getroffenen, und durch den Rücktritt unnütz werdenden Anstalten wirklich entsteht. Giebt aber der Schriftsteller das einem Verleger versprochene Werk innerhalb Jahresfrist nach dem Rücktritte, ohne Vorwissen und Einwilligung desselben, in einem andern Verlage, oder auf eigene Rechnung heraus, so mufs er dem ersten Verleger auch für den entgangenen Gewinn gerecht werden. Findet der Schriftsteller nöthig, in Ansehung des Umfangs oder der Einrichtung des Werks, Veränderungen noch vor dem Drucke zu machen,

fo hat der Verleger die Wahl, ſich dieſelben gefallen zu laſſen, oder von dem Vertrage wieder abzugehen. Macht aber der Schriftſteller dergleichen Veränderungen nach bereits angefangenem Drucke, ohne die Einwilligung des Verlegers, ſo haftet er dem Verleger für allen daraus entſtehenden Schaden.

I. II.
§. 1013-
1017. S.
401. 402.

Iſt im Verlagsvertrage die Zahl der Exemplare der erſten Auflage nicht beſtimmt, ſo ſteht es dem Verleger frey, auch ohne ausdrückliche Einwilligung des Verfaſſers, neue Auflagen zu veranſtalten. Iſt aber die Zahl beſtimmt, ſo muß der Verleger, wenn er eine neue Auflage machen will, ſich darüber mit dem Schriftſteller oder deſſen Erben, anderweit abfinden. Können die Parteyen ſich darüber nicht vereinigen, ſo dient die Hälfte des für die erſte Auflage gezahlten Honorarii zum Maafſtabe. Hingegen erſtreckt ſich das Verlagsrecht in der Regel, und wenn nicht in dem geſchloſſenen ſchriftlichen Vertrage ein Anderes verabredet iſt, nur auf die erſte Ausgabe des Werks, mit Inbegriffe aller fernern Theile und Fortſetzungen deſſelben. Der erſte Verleger kann alſo niemals eine neue Ausgabe machen, ohne mit dem Schriftſteller einen neuen Vertrag darüber geſchloſſen zu haben.

I. II.
§. 1019.
S. 402.

Können Verfaſſer und Buchhändler ſich wegen der neuen Ausgabe nicht vereinigen, ſo muß erſterer, wenn er dieſelbe
in

in einem andern Verlage herausgeben will, zuvörderst dem vorigen Verleger alle noch vorräthigen Exemplare der ersten Ausgabe, gegen baare Bezahlung des Buchhändler-Preises, abnehmen.

Das Recht des Verfassers, daß ohne seine Zuziehung keine neue Ausgabe veranstaltet werden darf, geht, wenn nicht ein Anderes ausdrücklich und schriftlich verabredet worden ist, auf seine Erben nicht über. I. II. §. 1020. S. 402. 403.

Vorstehende Einschränkungen des Verlagsrechts zum Besten des Schriftstellers fallen weg, wenn der Buchhändler die Ausarbeitung eines Werks nach einer von ihm gefassten Idee dem Schriftsteller zuerst übertragen, und dieser die Ausführung ohne besondern schriftlichen Vorbehalt übernommen; oder wenn der Buchhändler mehrere Verfasser, zur Ausführung einer solchen Idee, als Mitarbeiter angestellt hat. In diesen Fällen gebührt das volle Verlagsrecht vom Anfange an dem Buchhändler, und der oder die Verfasser können sich auf die fernern Ausgaben weiter kein Recht anmaassen, als was ihnen in dem schriftlichen Vertrage ausdrücklich vorbehalten ist. I. II. §. 1021. 1022. S. 403.

Anmerkungen zu Büchern, worauf ein Anderer das Verlagsrecht hat, besonders ab-zudrucken, ist erlaubt. Mit dem Werke selbst aber können dergleichen Anmerkungen, ohne Einwilligung des Verfassers und seines

Verlegers, nicht gedruckt, noch in den königlichen Landen verkauft werden, Niemand darf, ohne Einwilligung des Verfassers und seines Verlegers, einzelne gedruckte Schriften in ganze Sammlungen aufnehmen, oder Auszüge daraus besonders drucken lassen. Wohl aber können Auszüge aus Schriften in andre Werke oder Sammlungen aufgenommen werden.

I. II.
§. 1026.
S. 404.

Neue Ausgaben ausländischer Schriftsteller, welche aufserhalb des deutschen Reichs, oder der Königlichen Staaten, in einer fremden Sprache schreiben und deren Verleger weder die Frankfurter noch die Leipziger Messe besuchen, können nachgedruckt werden, in so fern der Verleger darüber kein Preussisches Privilegium erhalten hat.

I. II.
§. 1029.
1030. S.
404.

Wenn keine Buchhandlung, welche auf die neue Ausgabe eines Buchs ein Verlagsrecht hat, mehr vorhanden und auch das Recht des Schriftstellers nach §. 1020. erloschen ist, so steht jedem frey, eine neue Ausgabe des Werks zu veranstalten. Sind jedoch in diesem Falle noch Kinder des ersten Grads von dem Verfasser vorhanden, so muß der neue Verleger, wegen der zu veranstaltenden neuen Ausgabe, mit diesen sich abfinden.

I. II.
§. 1033.
S. 404.

In so fern auswärtige Staaten den Nachdruck zum Schaden hiesiger Verleger ge-

gestatten, soll letztern gegen die Verleger in jenen Staaten ein Gleiches erlaubt werden.

Wer Bücher und Werke, deren Nachdruck nach vorstehenden Grundsätzen unerlaubt ist, dennoch nachdrucht, muß den rechtmäßigen Verleger entschädigen. Diese Entschädigung besteht in dem Erfatze des Honorar, welches der rechtmäßige Verleger dem Verfasser bezahlt hat, und der mehreren Kosten, welche derselbe wegen bessern Drucks und Papiers, gegen den Nachdruck gerechnet, auf die rechtmäßige Auflage verwendet hat.

I. 11.
§. 1034.
1036. S.
404. 405.

NEUNTER ABSCHNITT.

Von Schenkungen.

Wann die Absicht von Schenkungen vermuthet werde.

Wo eine besondere persönliche, obschon nicht gesetzlich verbindende Pflicht zur Wohlthätigkeit vorhanden ist, da wird vermuthet, daß das ohne Vorbehalt Gegebne in der Absicht, solches zu schenken, gegeben worden sey.

I. 11.
§. 1041.
S. 405.

Wenn also Verwandte in auf- und absteigender Linie, Geschwister, und Eheleute, einander ohne Vorbehalt geben, wird für geschenkt angesehen, so lange nicht ein Andres aus den Umständen erhellet, oder durch besondere Gesetze bestimmt ist. Th. II. Tit. I. Sect. V.

I. 11.
§. 1042.
S. 406.

Schenkungsverträge, welche den lästigen gleich zu achten.

I. II.
§. 1053.
S. 407.

Schenkungen, welche unter einer von dem Geschenknnehmer zu leistenden Bedingung, oder zu einem gewissen von ihm zu erfüllenden Endzwecke versprochen, oder gegeben worden, sind im zweifelhaften Falle, den lästigen Verträgen gleich zu achten.

I. II.
§. 1054.
S. 407.

Wenn jedoch aus den Umständen klar erhellet, daß die Bedingung oder der Endzweck nur zum Scheine beygefügt worden sey, so ist dergleichen Schenkung, auch in Ansehung der Befugniss zum Widerruf, nach den allgemeinen Grundsätzen von Schenkungen überhaupt zu beurtheilen.

Form derselben.

I. II.
§. 1063-
1068.
1069.
S. 409.

Schenkungsverträge sollen gerichtlich abgeschlossen werden. Aus einem aufsergerichtlichen, wenn auch schriftlichen Schenkungsvertrage (welchem auch die vor Justizcommissarien und Notarien errichteten gleich zu achten sind,) kann daher in der Regel auf Erfüllung nicht geklagt werden. Ist hingegen eine geschenkte bewegliche Sache oder Summe dem Geschenknnehmer bereits übergeben worden, so findet deren Rückforderung aus dem Grunde der Ermangelung eines gerichtlichen Vertrags nicht statt. Ist eine bewegliche Sache auf den Grund eines schriftlichen, wenn gleich aufsergerichtlichen Schenkungsvertrages, dem Beschenkten über-

übergeben worden, so kann der Geschenkgeber dieselbe wegen Ermangelung eines gerichtlichen Vertrags nicht zurückfordern. Vielmehr hat in diesem Falle der schriftliche aufsergerichtliche Vertrag die Kraft einer Punctation. Doch gelten obige Vorschriften nur alsdann, wenn eine wirkliche Naturalübergabe, wodurch die geschenkte Sache in den Besitz und die Gewahrsam des Beschenkten gelangt, erfolgt ist.

Welche Schenkungen, wegen des Zwecks, oder der Person des Geschenknehmers, ungültig sind.

Geschenke, welche zur Beförderung un- I. II.
§. 1070.
1071. S.
409.
erlaubte Absichten gemacht worden, sind ungültig. Das wirklich Gegebene ist der Fiskus von dem Empfänger zurückzufordern berechtigt.

Widerruf der Schenkungen 1) überhaupt.

Gerichtlich geschlossene Schenkungen können in der Regel nicht widerrufen werden. Ist aber eine aufsergerichtlich geschlossene Schenkung schon durch die Uebergabe vollzogen worden, so findet dennoch der Widerruf innerhalb Sechs Monat nach der Uebergabe statt. I. II.
§. 1089.
1090. S.
412.

2) Wegen Uebermasses.

Nach Verlauf dieser Sechs Monate kann auch eine aufsergerichtliche Schenkung nur so weit widerrufen werden, als das Geschenk die Hälfte von dem Vermögen des Schenkenden I. II.
§. 1091-
1093. S.
412.

den überstiegen hat. In gleichem Maasse kann der auch eine gerichtlich geschlossene und durch die Uebergabe vollzogene Schenkung widerrufen werden. Doch ist in beyden Fällen der Widerruf wegen Uebermaasses nur innerhalb dreyer Jahre, bey gerichtlichen Schenkungen vom Tage der Abschließung, bey außsergerichtlichen aber vom Tage der Uebergabe zulässig.

I. II.
§. 1094.
1096. S.
412.

Hat der Schenkende bey gerichtlicher Abschließung des Vertrags ausdrücklich erklärt, daß das Geschenk die Hälfte seines Vermögens nicht übersteige, so kann er von dieser Befugniß zum Widerrufe keinen Gebrauch machen. Doch muß einem solchen Geschenkgeber das Gesetz nebst den Folgen seiner Angabe deutlich erklärt, und wie dieses geschehen, in dem Protocolle ausdrücklich bemerkt werden. Ist diese Vorschrift beobachtet worden, so ist der Widerruf nur alsdann zulässig, wenn der Schenkende zugleich nachweisen kann, daß er aus einem Irrthume, in welchen er ohne sein eignes grobes Versehen gerathen ist, sein Vermögen für gröfser als es wirklich war, gehalten habe.

I. II.
§. 1097.
1098. S.
412. 413.

Bey der Bestimmung: ob und wie weit das Geschenk die Hälfte von dem Vermögen des Schenkenden übersteige, ist auf die Zeit des geschlossenen Vertrags zu sehen. Geschieht aber der Widerruf noch vor der Uebergabe, so wird auf den Zustand des Ver-

Vermögens, wie es alsdann beschaffen ist, Rücksicht genommen.

Wenn eine Person mehreren zu gleicher Zeit Geschenke macht, so können dieselben in so weit widerrufen werden, als sie, zusammen genommen, das halbe Vermögen des Schenkenden übersteigen, Alsdann trägt ein jeder Geschenknehmer, nach Verhältniß des Empfangenen, zur Ergänzung der dem Schenkenden fehlenden Hälfte bey.

I. II.
§. 1103.
1104. S.
413.

So weit jedoch einer der mehreren Geschenknehmer, nach der unten §. 1165. folgenden Vorschrift zur Rückgabe seines Antheils nicht schuldig, oder dazu nicht vermögend ist, darf der dadurch entstehende Ausfall von den andern Beschenkten nicht übertragen werden. Die Vorschrift §. 1103-1105. findet nur alsdann Anwendung, wenn die an sich gültigen Schenkungsverträge mit den mehreren Geschenknehmern, durch eine und eben dieselbe Handlung, es sey aufsergerichtlich durch Uebergabe, oder durch gerichtliche Aufnahme, abgeschlossen worden. Hat aber eine Person mehreren zu verschiedenen Zeiten, wenn gleich an Einem Tage, Geschenke gemacht: so ist bey jedem Geschenke das Verhältniß desselben, gegen das Vermögen des Schenkenden, nach dem Zeitpunkte, wo der Vertrag darüber gültig abgeschlossen worden zu beurtheilen.

I. II.
§. 1105-
1108. S.
413. 414.

I. II.
§. 1108.
1109. S.
414.

Die ältern gültig versprochenen, wenn auch noch nicht wirklich gegebenen Geschenke sind alsdann, in Ansehung einer jeden spätern Schenkung, gleich andern Schulden, von dem Aktivvermögen des Geschenkgebers abzuziehen. Was vorstehend verordnet ist, findet auch statt, wenn jemand eben derselben Person mehrere Geschenke zu verschiedenen Zeiten gemacht hat.

I. II.
§. 1110.
S. 415.

Die Erben des Geschenkgebers können eine an sich gültige Schenkung des Erblassers aus dem Grunde, weil sie das halbe Vermögen des Erblassers überstiegen habe, in der Regel nur alsdann widerrufen, wenn schon der Erblasser seinen Entschluß zu einem solchen Widerrufe gerichtlich erklärt hatte.

3) *Wegen Verkürzung des Pflichttheils.*

I. II.
§. 1113-
1114. S.
415.

Dagegen können nothwendige Erben, denen nach den Gesetzen ein Pflichttheil gebührt, eine jede von dem Erblasser innerhalb Dreyer Jahre vor seinem Tode gemachte Schenkung widerrufen, wenn der reine Betrag des Nachlasses nicht die Hälfte des Betrags der geschenkten Summe oder Sache ausmacht. Doch darf alsdann von den Geschenknehmern nur so viel, als zu dieser Hälfte fehlt, zurückgegeben werden.

I. II.
§. 1115.
1116. S.
415.

Sind innerhalb dieser Drey Jahre mehrere Schenkungen geschehen, so müssen zwar, zum Behufe der Bestimmung, ob eine Verkürzung im Pflichttheile vorhanden sey, alle diese Schen-

Schenkungen zusammen gerechnet werden; dagegen findet ein wirklicher Widerruf der der Zeit nach ältern Geschenke nur so weit statt, als die Ergänzung des Pflichttheils aus den zurückgenommenen spätern Geschenken erfolgen kann.

4) *Wegen entzogner Alimente.*

In gleichem Maasse können auch diejenigen, denen der Schenkende nach den Gesetzen, Unterhalt zu geben, verpflichtet ist, wenn der Nachlaß diesen Unterhalt ganz oder zum Theil nicht gewähren kann, die Ergänzung des Fehlenden aus den Nutzungen der verschenkten Sache oder Summe, so weit dieselben hinreichen, ohne Rücksicht auf den Betrag der Schenkung an sich, fordern. Doch findet auch deshalb ein Anspruch nur an solche Geschenknehmer statt, deren Schenkungen in den drey letzten Jahren vor dem Tode des Schenkenden erfolgt sind. Die Beschenkten können nicht eher in Anspruch genommen werden, als bis auch die Substanz des Nachlasses durch die Alimente erschöpft ist. Dagegen müssen sie aber auch, wenn die Nutzungen der geschenkten Sache oder Summe zur Bestreitung der gesetzmässigen Alimente nicht hinreichen, selbst die Substanz des Geschenks, so weit es erforderlich ist, dazu mit verwenden. Doch dauert überhaupt die Verbindlichkeit der Geschenknehmer nur so lange, als die Pflicht des Geschenkgebers,

I. II.
§. 1117.
1122. S.
415. 416.

bers, dergleichen Alimente zu reichen, würde bestanden habe. An Schenkungen, welche geschehen sind, ehe die Verbindlichkeit des Erblassers, den Unterhalt zu reichen, entstanden ist, können diejenigen, welchen diesen Unterhalt gebührt, in keinem Falle Anspruch machen.

5) *Wegen einer dem Geschenkgeber zureichenden Competenz.*

I. II.
§. 1123-
1127. S.
416. 417.

Der Geschenkgeber selbst kann, wenn er in Dürftigkeit gerathen ist, von den Beschenkten Sechs vom Hundert von der geschenkten Summe, oder dem Werthe der geschenkten Sache, als eine Competenz, jährlich fordern. So weit der Beschenkte sich selbst in Umständen befindet, wo er sich und seiner Familie den nöthigen Unterhalt würde entziehen müssen, um dem Schenkenden diese Competenz zu reichen, ist Letzerer, dieselbe zu fordern, nicht berechtigt. Doch kann der Beschenkte unter diesem Vorwande sich nicht entbrechen, allenfalls auch die Substanz des Geschenks, so weit dasselbe oder dessen Werth bey ihm noch vorhanden ist, zur Ernährung des Geschenkgebers, mit zu verwenden. Es steht aber auch dem Beschenkten frey, wenn er sich der Competenz für den Schenkenden ganz entschlagen will, das Geschenk selbst, so weit dasselbe oder sein Werth bey ihm noch vorhanden ist, herauszugeben. Diese Substanz wird zur Ernährung

rung des Schenkenden, so weit sie dazu erforderlich ist, nach und nach verwendet, und auf einen etwanigen Ueberrest bleibt dem Geschenknnehmer sein Recht vorbehalten.

Hat der verarmte Geschenkgeber an mehrere Personen zu verschiedenen Zeiten Schenkungen gemacht; so ist der frühere Geschenknnehmer zu seiner Ernährung nach obigen Grundsätzen nur so weit verpflichtet, als die der Zeit nach spätere Geschenke dazu nicht hinreichen.

I. 11.
§. 1128.
S. 417.

6) *Wegen entstandenen Concurfes.*

Die binnen Einem Jahre vor eröffnetem Concurse gemachten Schenkungen des Gemeinschuldners können die Gläubiger, in so fern sie auf einer bloßen Freygebigkeit beruhen, zurückfordern.

I. 11.
§. 1129.
S. 417.

Ist die Schenkung früher gemacht worden, so müssen die Gläubiger, welche sie widerrufen wollen, nachweisen, daß der Schenkende schon damals über den Betrag seines Vermögens verschuldet gewesen. Dieser Widerruf steht jedoch nur solchen Gläubigern zu, deren Forderungen älter sind, als die Schenkung.

I. 99.
§. 1130.
1131. S.
417.

7) *Bey Schenkungen von Todeswegen.*

So bald ein wirklicher rechtsgültiger Schenkungsvertrag vorhanden ist, macht es in Ansehung der Rechte des Geschenknnehmers und der Befugniß des Geschenkgebers zum

I. 41.
§. 1134.
1135. S.
418.

zum Widerruf keinen Unterschied, wenn gleich das Geschäft eine Schenkung von Todeswegen genannt, oder die Uebergabe bis nach dem Ableben des Geschenkgebers verlohren wäre. Hat aber der letztere sich den Widerruf bis zu seinem Tode ausdrücklich vorbehalten, so hat der Geschenknehmer, wenn kein Widerruf erfolgt ist, dennoch wegen eines solchen Geschenks auf den Nachlaß nur eben die Rechte, die ein Legatarius hat.

8) *Wegen nachgeborener Kinder.*

I. II.
§. 1140-
1142. S.
219.

Ein bloßer durch die Uebergabe noch nicht vollzogener Schenkungsvertrag kann widerrufen werden, wenn der Schenkende nachher Kinder erhält, oder die für verloren geachteten wiederfindet. Ist aber das versprochene Geschenk wirklich übergeben worden, so findet bloß aus diesem Grunde kein Widerruf desselben statt. Ist der Widerruf einmal geschehen, so wird derselbe dadurch, daß die Kinder nachher wieder verstorben sind, nicht unkräftig.

I. II.
§. 1143.
1144. S.
419.

Waren schon vor der Schenkung Kinder vorhanden, so berechtigt die Vermehrung ihrer Anzahl den Schenkenden nicht zum Widerruf des Vertrages. Dagegen macht es keinen Unterschied: ob dem kinderlosen Geschenkgeber nach der Schenkung nur Ein Kind, oder mehrere geboren worden.

I. II.
§. 1145.
S. 419.

Unter dem Ausdrucke: Kinder, werden alle Descendenten aus einer Ehe zur rechten Hand

Hand verstanden, in so fern ihnen nach den Gesetzen ein Pflichttheil aus dem Nachlasse des Geschenkgebers gebühren würde.

Mütter können auch wegen solcher nachgeborenen Kinder, die nicht aus einer Ehe zur rechten Hand erzeugt worden, sich des Rechts zum Widerrufe bedienen. I. II.
§. 1148.
S. 420.

Geschenke, welche jemand seinen Verwandten in aufsteigender Linie, ingleichen seinen außer einer Ehe zur rechten Hand erzeugten Kindern an sich rechtgültig versprochen oder gegeben hat, kann er blos darum, weil ihm nachher Descendenten aus einer Ehe zur rechten Hand geboren worden sind, nicht widerrufen. I. II.
§. 1159.
S. 420.

9) *Wegen Undanks.*

Ein Undank, welchen der Geber selbst nicht gerügt hat, giebt seinen Erben ein Recht zum Widerrufe nur alsdann, wenn der Schenkende durch den Andern sein Leben, oder den Gebrauch seiner Verstandeskkräfte verloren hat. I. II.
§. 1157.
S. 421.

Hat jedoch der Schenkende seinen Willen, das Geschenk zu widerrufen, schon gerichtlich erklärt, so können seine Erben die Sache gegen den undankbaren Geschenknehmer auch nach seinem Tode fortsetzen. Eine dergleichen außergerichtliche Erklärung hat mit der gerichtlichen gleiche Wirkung, so bald erhellet, daß der Erblasser, den Undank gerichtlich I. II.
§. 1162.
1163. S.
421.

lich

lich zu rügen, nur durch den Tod verhindert worden.

Allgemeine Regeln vom Widerruf.

I. II.
§. 1162.
1163. S.
422.

Eine vor oder bey der Schenkung, oder auch bey der Uebergabe, geschehene Entfagung des Rechts zum Widerruf hindert, wenn sie auch eidlich bestärkt worden ist, dennoch weder den Schenkenden, noch dessen Erben, an der Ausübung desselben. Hier- von ist allein der Fall eines wegen angeblichen Uebermaafses der Schenkung unternommenen Widerrufs nach den nähern Bestimmungen §. 1094-1096. (S. oben Seite 13. 6.) ausgenommen.

Von belohnenden Schenkungen.

I. II.
§. 1170.
1171. S.
423.

Der Widerruf eines wirklich gegebenen belohnenden Geschenks findet nur wegen Uebermaafses statt. So bald jedoch eine der andern gesetzlichen Ursachen zum Widerruf einer bloßen Schenkung eintritt, ist der Geschenknnehmer schuldig, die löbliche Handlung oder den geleisteten Dienst, welche durch das erhaltne Geschenk haben belohnt werden sollen, bestimmt anzugeben und nachzuweisen.

I. II.
§. 1173.
1174. S.
423.

Ein Schenkungsvertrag, wodurch ein belohnendes Geschenk bloß versprochen wird, erfordert zu seiner Gültigkeit ein schriftliches Instrument, in welchem die Handlung, oder der Dienst, die durch das Geschenk belohnt werden sollen, bestimmt

an-

angegeben sind. Ist diese Form nicht beobachtet, so wird das Geschenk nicht als ein Belohnendes, sondern nur als ein solches, welches aus bloßer Freygebigkeit versprochen worden, angesehen und beurtheilt.

Dagegen kann, bey gehörig beobachteter Form, das Versprechen einer belohnenden Schenkung, ausser dem Falle des Uebermaasses (§. 1091.) nur alsdann zurückgenommen werden, wenn ausgemittelt wird, daß der Beschenkte die Handlung oder den Dienst nicht gethan habe.

I. 11.
§. 1175.
S. 424.

ZWOELFTER TITEL.

Von den Titeln zur Erwerbung des Eigenthums, welche aus Verordnungen von Todeswegen entstehen.

ERSTER ABSCHNITT.

Von Testamenten und Codicillen.

Von der persönlichen Fähigkeit, letztwillige Verordnungen zu errichten.

Minderjährige, ohne Unterschied des Geschlechts, welche das vierzehende Jahr zurückgelegt haben, können zwar auch nach Preussischem Rechte letztwillige Verordnungen gültig errichten, ohne daß dazu die väterliche oder vormundschaftliche Einwilligung erfordert wird.

I. 12.
§. 16. 17.
S. 429.

Doch sind Personen, welche das achtzehnte Jahr noch nicht zurückgelegt haben,

K

ihre

ihre letztwilligen Verordnungen nicht anders, als mündlich, zum gerichtlichen Protocoll, zu errichten, befugt.

I. 12.
§. 20-22.
S. 429. f.

Personen, die nur zuweilen ihres Verstandes beraubt sind, können in lichten Zwischenräumen von Todeswegen rechtsgültig verordnen.

Personen aber, die wegen Wahn- oder Blödsinns unter Vormundschaft genommen worden, sind, so lange die Vormundschaft dauert, letztwillige Verordnungen zu errichten, unfähig.

Haben dergleichen Personen, innerhalb Eines Jahres vor angeordneter Vormundschaft, eine außergerichtliche oder privilegirte Verordnung über ihren Nachlaß gemacht: so muß derjenige, welcher daraus einen nach den Gesetzen ihm nicht zukommenden Vortheil fordert, nachweisen, daß der Verfügende damals, als er die letztwillige Verordnung errichtete, seines Verstandes mächtig gewesen sey.

I. 12.
§. 27-34.
S. 430. f.

Personen, welche für Verschwender erklärt worden, können während der Vormundschaft, zum Nachtheile ihrer gesetzlichen Erben, nur über die Hälfte ihres Nachlasses gültig verordnen. Auch alsdann, wenn ein Verschwender bloß unter diesen gesetzlichen Erben testirt, kann er keinem derselben mehr, als die Hälfte desjenigen, was ihm nach den Regeln der gesetzlichen Erbfolge

folge zukommen würde, entziehen. Hat ein Verschwender, diesem zuwider, über seinen ganzen Nachlaß, oder wegen des gesetzlichen Erbantheils eines seiner Verwandten verfügt: so gilt die Verordnung nur so weit, als er nach vorstehenden Bestimmungen, zu verfügen, berechtigt war; und im Uebrigen treten die Regeln der Intestat-Erbfolge ein. Testamente und Codicille, welche ein Verschwender während der Vormundschaft errichtet hat, erhalten ihre volle Gültigkeit, wenn die Vormundschaft vor dem Tode des Testators wieder aufgehoben worden. Ein Gleiches findet statt, wenn der Verschwender zwar noch unter der Vormundschaft verstirbt, aber weder Ehegatten, noch Verwandten innerhalb des sechsten Grades, mit Inbegriff desselben, hinterläßt.

Das vor angeordneter Vormundschaft gemachte Testament eines nachher gerichtlich erklärten Verschwenders ist nach der gegenwärtigen Vorschrift nur in so fern zu beurtheilen, als es erst nach geschehenem Antrage auf die Prodigalitäts-Erklärung errichtet worden.

Haben die Verwandten eines solchen Menschen, noch vor der gerichtlich nachgesuchter Prodigalitäts-Erklärung, denselben desfalls verwarnen, und über diese Warnung ein Notariats-Instrument aufnehmen lassen: so wird schon von diesem Zeitpunkte an,

wenn in der Folge die Prodigalitäts-Erklärung wirklich erkannt worden, die Befugniß desselben zum Testiren nach obigen Bestimmungen eingeschränkt.

Von der persönlichen Fähigkeit, aus letztwilligen Verordnungen zu erwerben.

I. 12.
§. 40.
S. 433.

So weit Einwohner der Preussischen Staaten zur Erwerbung einer Erbschaft oder eines Vermächtnisses in fremden Staaten, nach den Gesetzen derselben, für unfähig geachtet werden: so weit sind auch dortige Einwohner, von hiesigen Unterthanen, Erbschaften und Vermächtnisse zu erwerben, nicht fähig.

Was und wie in einem Testamente oder Codicille verordnet werden könne.

Abschaffung der innern Solennitäten.

I. 12.
§. 45.
S. 433.

Ein Erblasser kann nur über einen Theil seines Nachlasses verordnen, und es in Ansehung des Ueberrestes bey der gesetzlichen Erbfolge lassen.

I. 12.
§. 46. 47.
S. 433.

Auch ohne Benennung irgend eines Erben kann er über einzelne Theile oder Stücke seines Nachlasses verfügen. Er kann die Person des Erben oder Legatarii durch bloße Beziehung auf einen andern Aufsatz bezeichnen. Ein solcher Aufsatz muß aber dem Testamente selbst, allenfalls besonders versiegelt, beygelegt werden.

Form

*Form der Testamente und Codicille**1) gerichtliche.*

Jedes Testament oder Codicill muß in der Regel vom Testator selbst den Gerichten übergeben, oder zum gerichtlichen Protocolle erklärt werden. Kann oder will der Testator nicht selbst an ordentlicher Gerichtsstelle erscheinen, so steht es ihm frey, das Gericht um die Auf- und Abnahme der Disposition an dem Orte, wo er selbst sich aufhält, zu ersuchen. Dies Gesuch soll in der Regel entweder schriftlich, unter eigenhändiger Unterschrift des Testators, oder durch zwey von ihm abgeordnete Personen, bey dem Richter angebracht werden. Diese Abgeordnete bedürfen weder einer besondern schriftlichen Vollmacht, noch sind bey den Personen derselben besondere Eigenschaften erforderlich. Auch entsteht bloß daraus, daß bey dem Ansuchen um die richterliche Deputation obige Vorschrift nicht beobachtet worden, noch keine Ungültigkeit der letztwilligen Verordnung selbst. Viehnehr ist es hinreichend, wenn der Richter auch auf andre Art, oder aus dem Munde des Testators selbst, von dem freyen Entschlusse desselben, sein Testament oder Codicill errichten zu wollen, sich überzeugt hat, so bald nur das Gegentheil nicht ausgemittelt werden kann.

I. 12.
§. 66-71.
S. 435.
u. f.

Welches Gericht ein Testament an- oder aufnehmen könne.

I. 12.
§. 72-81.
S. 436. f.

Jedes gehörig besetzte Gericht ist, innerhalb seines Gerichtsprengels, auch von solchen Personen, welche darunter nicht gehören, letztwillige Verordnungen aufzunehmen berechtigt. Nimmt der Richter eine solche Disposition in einem fremden Gerichtsbezirke auf, so verliert dieselbe zwar dadurch nichts an ihrer Gültigkeit; der Richter aber, welcher die Grenzen seiner Jurisdiction überschritten hat, muß dem Richter des Orts oder Bezirks die erhobenen Gebühren herausgeben, und eben soviel dem Fiskus zur Strafe entrichten. Doch fällt sowohl die Rückgabe, als die Strafe, weg, wenn *a)* der ordentliche Richter des Orts oder Bezirks Intestaterbe des Testators ist; oder dieser ihn zum Testamentserben ernennen will; *b)* wenn er mit dem Testator in offenbarer Feindschaft lebt; *c)* wenn selbst zwischen ihm und dem Testator besondere persönliche Verhältnisse bestehen, welche den letztern, sich seines Amts zu bedienen, abhalten; *d)* wenn der ordentliche Richter in der Wohnung des Testators zur Auf- oder Abnehmung des Testaments zu erscheinen, sich weigert; *e)* wenn die Gerichtsbarkeit an dem Orte, wo der Testator sich aufhält, streitig ist; *f)* wenn an Einem Orte mehrere Gerichtsbarkeiten befindlich sind, obgleich das Haus, in welchem
der

der Testator wohnt, nur unter Einer derselben gelegen ist. Ueberhaupt aber g) alsdann, wenn der Richter, welcher in schleunigen Fällen ein Testament außer seinem Gerichtsprengel aufgenommen hat, innerhalb Acht Tagen nachher dem ordentlichen Richter davon Nachricht giebt, und diesem das Testament, nebst den Verhandlungen darüber, zur Aufbewahrung zusendet.

In den bey f) und g) bestimmten Fällen bleiben dem ordentlichen Gerichte, wegen der für die Handlung ihm zukommenden Gebühren, seine Rechte gegen den Testator oder die Erben vorbehalten. Obergerichte sind zur Aufnehmung der Testamente innerhalb ihres Gerichtsprengels befugt, wenn gleich der Ort, oder das Haus, wo der Testator sich befindet, einer Untergerichtsbarkeit zunächst unterworfen ist.

Wie das Gericht besetzt seyn müsse.

Ein Gericht ist gehörig besetzt, wenn dasselbe wenigstens aus Einer zur Justiz verpflichteten Gerichtsperson und Einem vereideten Protocollführer besteht. Doch kann die Stelle des Protocollführers auch von Zwey vereideten Schöppen vertreten werden. Wo beständige Gerichtschöppen vorhanden sind, müssen nur diese; andere hingegen, die bloß zu dieser Handlung vereidet worden, können nur in schleunigen und dringenden Fällen zugelassen werden.

I. 12.
§. 82 - 90.
S. 137. f.

Der Actuarius oder Gerichtschreiber kann die Stelle des Richters auch nicht, wenn er dazu allgemeinen oder besondern Auftrag von dem Richter erhalten hat, vertreten. Eben so muß auch die Deputation besetzt seyn, durch welche ein Testament oder Codicill von dem Testator in seiner Wohnung, oder sonstigem Aufenthaltsorte, auf- oder abgenommen werden soll. Meldet sich der Testator persönlich an gewöhnlicher Gerichtsstelle, während einer der ordentlichen Versammlungen des Gerichts: so sind die alsdann gegenwärtigen Personen, so bald sie nur ein gehörig besetztes Gericht ausmachen, die Handlung gültig vorzunehmen, befugt. Soll aber die Handlung durch eine Deputation, es sey an ordentlicher Gerichtsstelle, oder in der Wohnung oder dem Aufenthaltsorte des Testators, vorgenommen werden, so muß der Vorgesetzte des Gerichts, oder der dessen Stelle vertritt, die Mitglieder dieser Deputation ernennen. Einzelne Mitglieder oder Subalternen können also, ohne dergleichen besondern Auftrag zur Auf- oder Abnahme eines letzten Willens sich nicht gebrauchen lassen. Der Vorgesetzte eines Gerichts kann vor demselben, wenn es nur, auch außer ihm, gehörig besetzt ist, gültig testiren; ingleichen die Deputation zur Auf- oder Abnahme seines eignen Testaments selbst gültig ernennen.

Von Testamenten vor Dorfgerichten.

Dorfgerichte, die aus einem Schulzen und zwey vereideten Schöppen bestehen, können unter Zuziehung eines vereideten Gerichtschreibers, Testamente und Codicille gültig an- und aufnehmen, wenn dergestalt Gefahr im Verzuge vorhanden ist, daß die Herbeykunft des ordentlichen Gerichtshalters nicht abgewartet werden kann. Der Mangel eines ordentlichen Gerichtschreibers kann in einem solchen Falle auch durch einen Justiz-Commiffarius, oder auch durch einen bloßen Notarius, oder durch den Prediger, ersetzt werden. Dergleichen Testament oder Codicill müssen jedoch die Dorfgerichte dem Gerichtshalter ohne Zeitverlust einhändigen, welcher sie über den eigentlichen Hergang der Sache, auf ihre Pflicht, umständlich vernehmen, und das Protocoll darüber, nebst der Disposition selbst, in dem gerichtlichen Deposito verwahren muß. Ist der Testator alsdann noch am Leben, und zu einer gültigen Willensäußerung noch fähig: so muß der Gerichtshalter ihm das mit den Gerichten über den Hergang der Sache aufgenommene Protocoll vorlegen, und die Richtigkeit des darin enthaltenen Hergangs der Sache von ihm genehmigen lassen. Die unterlassene Beobachtung dieser Vorschrift bewirkt jedoch für sich allein noch keine Nichtigkeit der letztwilligen Verordnung selbst: sondern macht nur den

I. 12.
§. 93-99.
S. 439.

Gerichtshalter, welcher sie aus grobem oder mäßigem Versehen verabfümt hat, wegen der Kosten eines daraus entstehenden Prozesses verantwortlich. Ausser dem Nothfalle müssen auch Testamente und Codicille gemeiner Landleute durch den Gerichtshalter, mit Zuziehung des vereideten Protocollführers, oder Zweyer vereideter Schöppen, an- und aufgenommen werden. Was vorstehend von Testamenten vor Dorfgerichten verordnet ist, gilt auch von Testamenten, welche in kleinen Städten, wo nur Eine zur Verwaltung des Richteramts bestellte Person vorhanden ist, in Abwesenheit derselben von dem Polizey-Magistrate, mit Zuziehung des Stadtsecretarii, oder einer der benannten Personen, aufgenommen worden.

I. 12.
§. 101.
102. S.
440.

Ein dem Gericht versiegelt übergebenes Testament muß vom Testator selbst eigenhändig geschrieben oder wenigstens unterschrieben seyn. Ob dieses nothwendige Erforderniß wirklich beobachtet worden, darüber muß der Richter den Testator ausdrücklich vernehmen.

Von mündlich aufgenommenen Testamenten.

I. 12.
§. 104.
112. S.
442.

Will der Testator seine Verordnung mündlich zum Protocolle erklären, so muß der Richter alles beobachten, was nach Vorschrift der Prozessordnung zu einem gerichtlichen Protocolle erfordert wird. Das Protocoll muß der Testator mit unterzeichnen;

nen; der Richter aber muß dasselbe in seiner Gegenwart mit dem Gerichtsfiegel versiegeln und überschreiben. Es hängt von dem Willen des Testators ab, dem Gerichtsfiegel noch sein eignes oder ein andres selbstgewähltes Petschaft beyzufügen. Uebergiebt der Testator sein Testament oder Codicill offen und unverfiegelt, so muß er sich erklären, ob dasselbe bey einer mündlich zu errichtenden Disposition zum Grunde gelegt, oder als ein schriftliches Testament angesehen werden solle. Will der Testator, daß ein solcher Aufsatz als ein schriftliches Testament gelten solle, so darf der Richter bloß nachsehen: ob derselbe von dem Testator unterschrieben sey; und muß, wenn dieses nicht ist, die Unterschrift förderstamst bewerkstelligen lassen. Sodann muß er die Erklärung des Testators, daß dieser Aufsatz seine letzte Willensmeinung enthalte, unter demselben verzeichnen. Hierauf muß der Aufsatz in Gegenwart des Testators mit dem Gerichtsfiegel versiegelt, überschrieben, und mit Aufnehmung des Protocolls über die Handlung, weiter verfahren werden. Erklärt aber der Testator, daß der offen übergebene Aufsatz einen bloßen vorläufigen Vermerk der Punkte, wegen welcher er jetzt mündlich verordnen will, enthalte, so ist derselbe nach erfolgter Aufnahme des mündlichen Testaments, von keinem fernern Gebrauche.

Testamente der Blinden und Gelähmten.

I. 12.
§. 113.
114. S.
442.

Blinde, des Lesens und Schreibens unerfahrene, ingleichen solche Personen, welche an den Händen gelähmt, oder deren beraubt sind, können nur mündlich zum Protocolle testiren. Doch steht es ihnen frey, einen schriftlichen Auffatz ihres letzten Willens, nach Maafsgabe offen zu übergeben, welchen der Richter dem Testator vorlesen, auch was derselbe dabey erklärt hat, in einem Aufsatze beyzufügen, und mit im zu versiegelnden Protocolle bemerken muß.

Testamente der des Schreibens unerfahrenen Personen.

I. 12.
§. 115.
122. S.
442.

In allen Fällen, wo der Testator das Protocolle über die Erklärung seines letzten Willens, oder dessen Uebergabe, es sey aus welcher Ursache es wolle, nicht selbst unterschreiben kann, muß das Handzeichen desselben durch zwey dabey zugezogene glaubwürdige Männer bezeugt werden. Diese Zuziehung und Unterschrift zweyer Zeugen ist auch alsdann erforderlich und hinreichend, wenn der Testator, auch nur ein bloßes Handzeichen beyzufügen, nicht im Stande wäre. Die in allen dergleichen Fällen zuzuziehenden Testamentszeugen müssen überhaupt die Eigenschaften gültiger Instrumentszeugen besitzen. Insonderheit muß ihnen keiner derjenigen Mängel entgegen stehen, wegen welcher jemand zur Ablegung eines jeden Zeug-

Zeugnisses überhaupt, nach Vorschrift der Prozeßordnung, unfähig ist. Wer selbst in einem Testamente oder Codicille zum Erben eingesetzt, oder mit einem Vermächtnisse darin bedacht worden, der kann bey diesem Testamente oder Codicille als Zeuge nicht gebraucht werden. Wer in den eignen Privatangelegenheiten des Richters, wegen naher Verwandtschaft oder persönlicher Verbindung mit selbigem, ein Zeugniß für ihn abzulegen, nach den Gesetzen unfähig seyn würde; den darf der Richter bey einem von ihm auf- oder abgenommenen Testamente als Zeugen nicht zuziehn. Andre Erfordernisse, welche die Gesetze bey einem zulässigen oder gültigen Beweiszeugen vorschreiben, sind bey einem bloßen Testamentszeugen nicht nothwendig. Auch kommt es nicht darauf an, ob die Zeugen, von dem Testator oder Richter gewählt worden; und es ist genug, daß sie nur alsdann gegenwärtig sind, wenn der Testator sein Handzeichen beygefügt, oder im Falle er dazu nicht im Stande wäre, auch nur im Allgemeinen erklärt: daß ihm das Protocoll vorgelesen worden sey, und er den Inhalt desselben genehmige.

Testamente der Tauben und Stummen.

Tauben, ingleichen Stummen, die an sich testiren können: müssen die an sie zu richtenden

I. 12.
§. 123.
S. 442.

tenden Fragen schriftlich vorgelegt, und wenn der Testator stumm ist, auch schriftlich von demselben beantwortet werden.

Testamente derer, welche der Sprache des Richters nicht mächtig sind.

I. 12.
§. 124-
132. S.
445.

Wenn der Testator, bey der Uebergabe eines in einer fremden Sprache abgefaßten Aufsatzes seines letzten Willens sich dem Gerichte nicht verständlich machen kann, so müssen zwey vereidete Dolmetscher, oder zwey beyder Sprachen kundige, eidlich zu verpflichtende Zeugen, mit gezogen werden. Will jemand, dessen Sprache der Richter nicht versteht, mündlich zum Protocolle testiren: so muß seine Erklärung in seiner eigenen Sprache, in Gegenwart des Richters, durch zwey vereidete Dolmetscher oder Zeugen aufgenommen, und von diesen in die dem Richter bekannte Sprache übersetzt werden. Das, was in beyden Sprachen niedergeschrieben worden, ist alsdann einzufiegeln und aufzubewahren. Ist der letzte Wille des Erblassers in seiner Sprache niedergeschrieben, und von ihm unterzeichnet, so behält derselbe seine Rechtskraft, wenn gleich der Testator vor vollendeter Uebersetzung gestorben wäre. Ist die Sprache des Testators einer von beyden zur Auf- und Abnahme des Testaments erforderlichen Gerichtspersonen bekannt, so ist die

Zu-

Zuziehung nur Eines Dollmetfchers oder Zeugen hinreichend.

Unter Dollmetfchern werden hier folche verftanden, welche bey irgend einem Gerichte, oder einer andern öffentlichen Anftalt, zum Ueberfetzen aus einer in die andere Sprache, förmlich angeftellt und verpflichtet find; folglich in einzelnen Fällen einer befondern Vereidung nicht bedürfen. Die Dollmetfcher oder Zeugen, welche bey dem Testamente eines der Sprache des Richters unkundigen Testators zugezogen werden, müffen mit den bestimmten Erforderniffen gültiger Testamentszeugen verfehen feyn. Auf die Gültigkeit der Handlung hat es keinen Einfluß: ob die Vereidung vor- oder nachher gefchehen ift.

Bey Testamenten, worin dem Richter etwas verlaffen wird.

In einem fchriftlich und verfiegelt übergebenen Testamente können dem Richter, fo wie jeder andern bey der Handlung der Abnahme mit wirkenden Perfon, Erbfchaften und Vermächtniffe gültig zugewendet werden, ohne daß es weiter einer befondern Form bedarf. Soll aber in einem mündlichen Testamente der Richter felbft zum Erben ernannt werden: fo darf fich derfelbe mit deffen Aufnehmung gar nicht befaffen; fondern muß den Testator damit an irgend ein anderes Gericht verweisen. Soll nur eine der übrigen bey der Hand-

I. 12.

§. 133.

138. S.

445.

Handlung von Amtswegen mitwirkenden Personen zum Erben eingesetzt werden, so muß der Richter dieselbe davon sofort entfernen, und ihre Stelle nach den obigen Vorschriften durch andere ersetzen. Soll in einem solchen mündlichen Testamente dem Richter, oder einer der übrigen bey der Handlung mitwirkenden Personen, nur ein Vermächtniß ausgesetzt werden, so muß der Testator, daß solches wirklich seine Abschrift sey, entweder bey der Unterschrift, oder am Rande, bey der gehörigen Stelle, eigenhändig bezeugen. Kann der Testator nicht selbst schreiben, so muß dieser Vermerk von zwey glaubwürdigen Zeugen eigenhändig beygeschrieben werden. Sind diese Vorschriften verabsäumt worden, so ist zwar nicht das ganze Testament, wohl aber das Vermächtniß, unkräftig.

Folgen der verabsäumten gesetzlichen Form.

I. 12.
§. 139.
140. S.
446.

Die vorstehend bestimmte Form eines Testaments ist, wo nicht bey einer oder der andern Vorschrift die Ausnahme sogleich beygefügt worden, zur Gültigkeit eines gerichtlichen Testaments oder Codicills dergestalt nothwendig, daß, wenn sie verabsäumt worden, der letzte Wille nicht bestehen kann. Der Richter, welcher sich dabey eines groben oder mässigen Verfehens schuldig gemacht hat, muß denjenigen, welchem in dem Testamente oder Codicille ein Erbtheil oder Vermächtniß zu-

zugedacht war, wegen des durch seine Schuld entstehenden Verlustes gerecht werden.

Anweisung für den Richter wegen Vermeidung künftiger Prozesse.

Ist derjenige, welcher sich zur Aufnahme oder Niederlegung eines letzten Willens meldet, dem Richter von Person nicht hinlänglich bekannt, so muß letzterer vor allen Dingen sich zu überzeugen suchen, daß der Testirende derjenige wirklich sey, für den er sich ausgiebt. Daß und wie solches geschehen sey, muß, gleich aller übrigen zur Sache gehörigen Vorfällen, im Protocolle umständlich bemerkt werden. Kann der Richter von der angegebenen Qualität des Testators keine Gewisheit erlangen, so ist es genug, wenn dieses, und für wen derselbe sich ausgegeben, auch was er etwa zu seiner Legitimation beygebracht hat, in dem Protokolle bestimmt angezeigt worden ist. Ferner muß der Richter durch schikliche Fragen zu erforschen suchen; ob der Testator sich in Ansehung seiner Geisteskräfte in einem solchen Zustande befinde, daß er seinen Willen gültig äußern könne.

Ist dem Richter bekannt, daß der Testator zuweilen an Abwesenheiten des Verstandes leide, §. 20. so muß er sich vollständig überzeugen, daß derselbe in dem Zeitpunkte, wo er sein Testament aufnehmen läßt, oder übergiebt, seines Verstandes wirk-

L

lich

I. 12.
§. 142 -
145. S.
446. f.

lich mächtig sey. Findet er dieses zweifelhaft, so muß er einen Sachverständigen zuziehn. Leidet die Sache keinen Aufschub; so muß der Richter zwar die Handlung vornehmen, zugleich aber alle Umstände, welche ihn über die Fähigkeit des Testators zu einer gültigen Willensäußerung zweifelhaft machen, in dem Protocolle mit vorzüglicher Sorgfalt bemerken.

I. 12.
S. 147-
148. S.
447.

Muß, wegen vorkommender Zwischenfälle, die Handlung der Testaments-Auf- oder Abnahme unterbrochen, und zu einer andern Zeit fortgesetzt werden; so muß der Richter den Anlaß der Unterbrechung, so wie die Zeit, wenn sie abgebrochen, und wenn sie fortgesetzt und beschlossen worden, im Protocolle genau niederschreiben. Auch darauf muß der Richter von Amtswegen Rücksicht nehmen: ob und wie weit der Testator über sein Vermögen letztwillig zu verfügen berechtigt, oder was er in einem oder dem andern Falle zu beobachten schuldig sey. Besonders muß er bey Personen unter Achtzehn Jahren, ingleichen bey solchen, wo wegen hohen Alters, Krankheit, oder Mangels an Unterricht und Erziehung, geschwächte Verstandeskräfte zu besorgen sind, sich durch scheckliche Fragen, so viel als möglich, zu überzeugen suchen, daß dieselben nicht durch List und Ueberredung zu der getroffenen Disposition verleitet worden sey. Bey mündlichen

lichen Testamenten muß der Richter allen Zweydeutigkeiten, in Bestimmung der Erben und deren Substitution; des Erbtheils, welchen jeder erhalten soll; der Bedingungen, welche der Testator festsetzt; und was sonst zu Zweifeln Anlaß geben könnte, durch fleißiges Nachfragen, und wiederholtes Erinnern, möglichst vorzubeugen bemüht seyn. Bloß neugieriger Fragen aber, und noch vielmehr solcher, wodurch jemand, der nicht zu den nothwendigen Erben, welchen ein Pflichttheil zukommt, gehört, dem Testator zur Bedenkung im Testamente oder Codicille an die Hand gegeben wird, muß der Richter sich gänzlich enthalten. Auch muß er im Protocolle, bey Hauptumständen, keine Correcturen, noch Rasuren, vornehmen, sondern die nöthigen Zusätze oder Verbesserungen am Schlusse des Protocolls, oder in einer am Rande beyzufügenden Registratur bemerken, und dergleichen Registratur von dem Testator, oder den Zeugen, besonders mit unterschreiben lassen. In wesentlichen Stellen muß er sich aller Abkürzungen enthalten, auch die vorkommenden Summen mit Buchstaben aufschreiben. Bey schriftlichen versiegelt übergebenen Testamenten muß der Richter in dem Protocolle über die Abnahme bemerken, mit wie viel Siegeln das Testament versehen, und wie es überschrieben sey. Wenn der Richter durch Vernachlässi-

gung dieser Vorschriften (§. 142-157.) zu Prozeffen Anlaß giebt: so muß er die Kosten derselben aus eigenen Mitteln tragen.

2) *Von außsergerichtlichen Verordnungen.*

I. 12.
§. 149-
158. S.
448-449.

Legate, welche den zwanzigsten Theil des Nachlasses, wahrscheinlich, oder nach der Versicherung des Erblassers, nicht übersteigen, können durch eigenhändig geschriebene und unterschriebene Codicille, ohne gerichtliche Uebergabe verordnet werden.

I. 12.
§. 161. S.
449.

Zur Gültigkeit einer solchen Disposition ist jedoch die Beyfügung des Jahres und Tages, da sie errichtet worden, nothwendig.

I. 12.
§. 162. S.
449.

Behauptet der Erbe, daß die in einem außsergerichtlichen Codicille bestimmten Vermächtnisse den zwanzigsten Theil des Nachlasses übersteigen, so ist er dieses durch ein vollständiges Verzeichniß des ganzen Nachlasses darzuthun schuldig. Alsdann gelten dergleichen außsergerichtliche Vermächtnisse, zusammen genommen, nur so weit, als sie diesen zwanzigsten Theil nicht übersteigen. Nach diesem Verhältnisse muß also jedes einzelne Legat heruntergesetzt werden. Auch wenn mehrere dergleichen außsergerichtliche Codicille vorhanden sind, müssen bey der Bestimmung: wie weit sie gültig sind, die in allen ausgesetzte Vermächtnisse zusammen genommen werden. Hingegen kommen dabey die in dem gerichtlichen Te-

Testamente enthaltenen Legate nicht in Anschlag.

Auch Verordnungen wegen des Begräbnisses, wegen Bevormundung der Kinder, und andrer dergleichen das Vermögen nicht betreffenden Punkte, können in solchen aufsergerichtlichen Aufätzen gültig getroffen werden.

I. 12.
§. 164-
168. S.
449-450.

Vermächtnisse, deren Entrichtung der Erblasser dem gegenwärtigen Erben mündlich aufgetragen hat, verpflichtet denselben, wenn der Auftrag erwiesen werden kann, bis auf den zwanzigsten Theil seiner Erbportion.

I. 12.
§. 169. S.
450.

Ist ein solcher Auftrag nur Einem unter mehreren Erben, jedoch dergestalt geschehen, daß das Vermächtniß aus dem ganzen Nachlasse entrichtet werden soll; so werden dadurch auch diejenigen Miterben, welche dabei nicht zugegen waren, dennoch so weit, als das Vermächtniß den zwanzigsten Theil des ganzen Nachlasses nicht übersteigt, verpflichtet.

I. 12.
§. 170. S.
450.

Dagegen hat der einem gegenwärtigen Erben geschehene Auftrag des Vermächtnisses einer bestimmten Sache, welche im Testamente einem abwesenden Miterben bechieden worden, gegen den letztern keine verbindliche Kraft.

I. 12.
§. 173. S.
451.

Von privilegierten Testamenten,

a) solchen, die dem Landesherrn übergeben worden.

Eine letztwillige Verordnung, welche der Landesherr selbst aus den Händen des Testa-

I. 12.
§. 174. S.
451.

tors angenommen hat, ist gültig; sobald die geschehene persönliche Uebergabe glaubhaft bezeugt ist. Bey Personen, welche zu der Familie des Landesherrn gehören, ist es genug, wenn dieselben ihre Disposition dem Haupte der Familie auch nur schriftlich eingereicht haben, und dieselben dem Kabinetsarchive, oder einem Gerichte, zur fernern Aufbewahrung zugefertigt worden ist.

b) Von militairischen Testamenten.

I. 12.
§. 175.
176. S.
451.

Die während der Kriegsunruhen von Militairpersonen errichteten letztwilligen Verordnungen sind von den vorgeschriebenen Förmlichkeiten auch nach Preussischen Gesetzen frey. Doch findet dies Privilegium bey Landtruppen nur von der Zeit Anwendung, wo dieselben aus ihren Standquartieren ins Feld rücken, oder in ihren Standquartieren vom Feinde berennt werden; so wie bey Seediensten von der Zeit an, da das Schiff bestiegen worden. Dagegen dauert dasselbe bis zum Ende des Krieges, und wird weder durch das Einrücken in Festungen oder Winterquartiere, noch durch einen geschlossenen Waffenstillstand unterbrochen.

I. 12.
§. 177.
179. S.
451-452.

Zur Gültigkeit eines schriftlich aufgesetzten Testaments ist es hinreichend, wenn es, von dem Testator eigenhändig geschrieben und unterschrieben, in seinem Feldnachlasse vorgefunden worden.

Auf

Auf die äufferere Form, in welcher ein solcher Auffatz abgefasset worden, kommt dabey gar nichts an; sondern es ist genug, wenn nur daraus der Wille des Testators, wie es nach seinem Vermögen gehalten werden soll, hinlänglich erhellet.

Hat der Testator den Auffatz bloß unterschrieben, so ist die Mitunterschrift auch nur I. 12.
§. 184. S.
452. eines Zeugen hinreichend; so bald das Testament im Lager vor dem Feinde, oder in einer wirklich belagerten Festung errichtet worden ist. Dieser Zeuge muß die Eigenschaft eines glaubwürdigen Testaments-Zeugen haben, und es ist genug, wenn derselbe seine Unterschrift anerkennt: auch daß ihm der Auffatz von dem Testator selbst zur Unterzeichnung vorgelegt worden, eidlicherhaeret. §. 117. 118. 119,

Außer dem Falle einer gegenwärtigen Kriegsgefahr §. 185. muß ein von I. 12.
§. 185-
186. S.
452. dem Testator bloß unterschriebener Auffatz, von demselben einem seiner vorgesetzten Officiers, oder dem Auditeur, in Gegenwart zweyer Zeugen übergeben werden. Dieser muß auf dem Testamente die Zeit der geschehenen Uebergabe bemerken, und den Vermerk von den Zeugen mit unterschreiben lassen. Das solchergestalt unterschriebene Testament muß der Vorgesetzte oder Auditeur so lange aufbewahren, bis er Gelegenheit findet, dasselbe einem ordentlich be-

setzten Kriegs- oder andern Gerichte zur Verwahrung einzuliefern.

I. 12.
§. 188.
190. S.
453.

Mündliche Verordnungen einer Militairperson sind gültig, wenn sie während eines Treffens, Sturms, oder andern Gefechts, oder unmittelbar vorher, vor zwey glaubwürdigen Zeugen, §. 117. 118. 119. welche den Inhalt derselben eidlich bekundigen können, erklärt worden. Doch gelten dergleichen blos mündliche Testamente nur in so fern, als der Testator noch in demselben Treffen, Sturm oder Gefechte, oder vor Heilung einer darin erhaltenen Wunde, sein Leben wirklich verloren hat.

I. 12.
§. 192.
193. S.
453.

Ein gültiges militairisches Testament behält, aufser dem so eben bemerkten Falle, auch nach dem Kriege, jedoch nur auf Ein Jahr nach wiederhergestelltem Frieden, seine Kraft.

c) Von andern privilegirten Testamenten.

I. 12.
§. 196. S.
455.

Das Privilegium, militairisch zu testiren, wird auch auf Personen Civilstandes ausgedehnt, in so fern sie, wegen ansteckender Krankheiten oder Kriegesgefahr, sich des richterlichen Amts zu bedienen verhindert werden.

I. 12.
§. 198. S.
454.

Dies Privilegium nimmt von der Zeit seinen Anfang, da der Ort, oder die Gegend, wegen der ausgebrochenen Krankheiten gesperrt, oder wegen obwaltender Kriegsgefahr die Gerichte des Orts geschlossen worden.

Die

Die Stelle des Richters oder Officiers kann solchen Falls eine einzelne auch nicht deputirte Gerichtsperson, ingleichen der Prediger oder Caplan, oder der Arzt des Orts, wo der Testator sich befindet, oder auch ein Justizcommiffarius oder Notarius vertreten.

I. 12.
§. 199. S.
454.

Dergleichen Testamente gelten auf Ein Jahr nach wieder aufgehobener Sperre, oder nach wiederhergestellten ordentlichen Gange der gerichtlichen Geschäfte.

I. 12.
§. 200.
454.

Wer auf einem Schiffe wirklich in See sich befindet, kann sein Testament auf militairische Art errichten, wobey der Vorgesetzte des Schifs die Stelle des Officiers vertritt.

I. 12.
§. 201. S.
454.

Ein solches Testament gilt aber nur, wenn der Testator wirklich auf der See, ehe das Schif einen Hafen erreicht, oder zwar erst nach dem Einlaufen, jedoch so kurz darnach verstirbt, daß er vor einem ordentlich besetzten Gerichte seine Verordnung nicht hat wiederholen oder bestätigen können.

I. 12.
§. 205 -
206. S.
455.

Publication der Testamente und Codicille.

Wenn binnen Sechs Wochen, nach dem notorischen Ableben der Erblassers, niemand die Eröffnung des Testaments oder Codicills nachgesucht hat, so muß der Richter damit von Amtswegen verfahren, Es können also nach Verlaufe dieser Frist, die gesetzli-

I. 12.
§. 207. S.
455.

chen Erben die Publication des Testaments durch ihren Widerspruch nicht aufhalten.

I. 12.
§. 216-
217. S.
456. f.

Sind seit der geschehenen Niederlegung des Testaments Sechs und Fünfzig Jahre verflossen, und ist während dieser Zeit weder die Publication von jemanden nachgesucht, noch dem Richter sonst von dem Leben oder dem Tode des Testators etwas zuverlässiges bekannt geworden: so muß der Richter das Daseyn eines solchen Testaments durch einmaliges Einrücken in die Zeitungen der Provinz öffentlich bekannt machen, und die Interessenten zur Nachsuchung der Publication auffordern.

I. 12.
§. 218. S.
457.

Meldet sich binnen Sechs Monaten niemand, der ein Recht, auf die Publication anzutragen, nachweisen könnte; so muß der Richter das Testament für sich eröffnen, und nachsehn: ob darin Vermächtnisse zu milden Stiftungen vorhanden sind.

I. 12.
§. 219. S.
457.

Finden sich solche Vermächtnisse, so muß der Richter den Vorstehern der damit bedachten milden Stiftung davon Nachricht geben, und ihnen überlassen, nach dem Leben oder Tode des Testators nähere Erkundigung einzuziehn, und nach Befinden der Umstände die förmliche Publication nachzufuchen.

I. 12.
§. 220. S.
457.

Wenn diese Benachrichtigung geschehen ist, so wie in dem Falle, wenn keine dergleichen Vermächtnisse sich finden, muß der Richter dem Testamente ein Protocoll über die ganze Verhandlung beylegen, dassel-

selbe anderweitig mit dem Gerichtssiegel versiegeln, und es in seinem Archive ferner aufbewahren.

In Ansehung des übrigen Inhalts eines solchen nicht förmlich publicirten Testaments muß der Richter das genaueste Stillschweigen auf seinen Amtseid beobachten.

I. 12.
§. 221. S.
457.

Sind die Intestaterben dem Richter nicht bekannt, oder sind dieselben im Orte nicht gegenwärtig; so muß ihnen zu der Handlung der Publication ein Bevollmächtigter von Amtswegen bestellt werden.

I. 12.
§. 222. S.
457.

Statt der nach §. 230. 231. 232. durch den Richter von Amtswegen zu bewirkenden Bekanntmachung steht demselben auch frey, den abwesenden oder ihrem Aufenthalte nach unbekannten Interessenten einen Bevollmächtigten von Amtswegen zuzugeben, welcher die erforderlichen nähern Nachrichten einziehe, und die Bekanntmachung besorge. Dieser Bevollmächtigte muß binnen Sechs Wochen nach erhaltenem Auftrage dem Richter anzeigen, wie er diesen Auftrag befolgt habe.

I. 12.
§. 224. S.
458.

Wird das Testament oder Codicill eines Hagestolzen publicirt, so muß der Armenanstalt ein Bevollmächtigter von Amtswegen zugegeben werden. II. Th. Tit. XVIII. §. 19. u. f.

I. 12.
§. 233 -
234. S.
459.

Dem Richter steht frey, die Bekanntmachung auch dem eingesetzten Erben zu überlassen: er muß aber in diesem Falle von Amtswegen darrauf sehen, daß der Erbe bin-

I. 12.
§. 335. S.
459.

binnen Sechs Wochen zu den Acten nachweise; dafs und wie er dem übernommenen Auftrage Genüge geleistet habe.

I. 12.
§. 236. S.
459.

Militairische Testamente müssen diejenigen, denen sie anvertraut worden, oder denen sie nach dem Tode des Erblassers in die Hände kommen, den Kriegsgerichten sofort abliefern, welche sie, mit den bey dieser Gelegenheit ihnen etwa bekannt gewordenen Nachrichten über den Hergang bey Errichtung des Testaments, den Civilgerichten zur Publication und weitem Verfügung zuzufenden.

I. 12.
§. 241. S.
260.

Andere privilegirte Testamente, in gleichen außerordentliche Dispositionen, müssen von dem, in dessen Händen sie sind, sogleich nach dem Ableben des Testators, den ordentlichen Gerichten desselben zur Publication eingeliefert werden.

Wirkungen gehörig errichteter und publicirter Testamente und Codicille.

A) In Ansehung der Erbeseinsetzung. Ausschließung der gesetzlichen Erben.

I. 12.
§. 242. S.
260.

Hat der Erblasser nicht über das Erbrecht selbst, sondern ausdrücklich nur über gewisse Stücke, Summen oder Antheile seines Nachlasses verordnet; so gelangt das Erbrecht auf die gesetzlichen Erben, und diesen fällt alles zum Nachlasse Gehörende, so weit darüber nicht verfügt ist, anheim. Es ändern dießfalls nichts, wenn auch der Testator die-

jeni-

jenigen, welchen er dergleichen bestimmte Theile, Stücke oder Summen zuwendet, Erben genannt hat. Vielmehr sind dieselben, im Verhältnisse gegen den Intestat-Erben, immer nur als Legatarien zu betrachten.

Rechte mehrerer eingesetzter Erben.

Hat der Testator, durch eine unter seinen eingesetzten Erben regulirte Theilung, den Nachlaß nicht völliger erschöpft, so fällt das übrige sämmtlichen wirklich eingesetzten Miterben anheim. §. 254. 255.

I. 12.
§. 256 -
258. S.
462. 463.

Wenn aber der Erblasser, ohne Bestimmung von Erbquoten, den ganzen Nachlaß, bis auf einen solchen Ueberrest, unter die mehrern Erben vertheilt hat, so haben dieselben an diesem Ueberreste gleichen Anspruch.

I. 12.
§. 264. S.
463.

Wenn aber der Testator einigen nicht in gewissen Quoten eingesetzten Erben so viel einzelne Stücke oder Summen angewiesen hat, daß der Nachlaß dadurch ganz erschöpft wird, und für die andern Miterben nichts übrig bleibt: so können letztere von ihren mit einzelnen Stücken oder Summen bedachten Miterben keine Abgabe verlangen. Vielmehr findet in einem solchen Falle eben das statt, was verordnet ist, wenn der Nachlaß durch Vermächtnisse erschöpft worden.

I. 12.
§. 266. S.
464.

*B. In Ansehung der Vermächtnisse überhaupt.**Wenn bestimmte Sachen oder Rechte vermacht worden.*I. 12.
§. 298 -
300. S.
468.

Wenn zum Vermächtnisse ausgesetzte bestimmte Sachen oder Rechte von einem Erbschaftsgläubiger in Anspruch genommen werden: so muß der Erbe dem Legatario davon Nachricht geben; und dieser ist sodann schuldig, die Führung eines solchen Prozesses auf seine Kosten zu übernehmen.

I. 12.
§. 306 -
309. S.
469.

Ist die vermachte Sache zur Zeit des Erbfalls gar nicht mehr in dem Nachlasse vorhanden, so verliert das Vermächtnis seine Wirkung.

I. 12.
§. 315. S.
469.

Hat der Testator der Materie der vermachten Sache, ohne weitem Zusatz, oder Verbindung mit einer andern, bloß eine veränderte Gestalt gegeben, so erhält des Legatarius, statt der vermachten, die veränderte Sache.

I. 12.
§. 318. S.
470.

Hat aber der Testator, bei Veränderung der Form, zugleich die Materie vermehrt, oder mit einer andern vermengt, vermischt, oder sonst verbunden, so muß der Legatarius mit dem Erfatze des gemeinen Werths der Materie der ihm vermachten Sache sich begnügen.

I. 12.
§. 319. S.
470. 471.

Wenn erhellet, daß die Veränderung der Form ohne Vorwissen und Genehmigung des Testators erfolgt sey, so hat der Legatarius in dem Falle des §. 318. die Wahl: ob er die veränderte Sache nehmen, oder den gemei-

meinen Werth der ihm vermachten Sache selbst, so wie sie zur Zeit der Veränderung beschaffen war, fordern wolle, In dem Falle des §. 319. hingegeben kann der Legatarius nur auf diesen Werth der vermachten Sache selbst, vor der Veränderung, Anspruch machen.

Hat der Testator das für die veräußerte Sache gelöfete Geld bis zu seinem Tode besonders aufbewahrt, so muß dasselbe dem Legatario, statt der vermachten Sache, verabfolgt werden; es wäre denn, daß der Erbe eine entgegenstehende Willenäußerung des Testators nachzuweisen vermöchte.

I. 12.
§. 320-
321. S.
471.

Wie weit Legatarii zu den Erbschaftslasten beytragen müssen.

Dem Legatario, welcher den Beitrag nicht leisten will, steht es frei, sich des Vermächtnisses, auch wenn er dasselbe bereits erhalten hat, wieder zu entschlagen. Von den in solchem Falle zu erstattenden Nutzungen kann er jedoch die auf Erhaltung der Sache verwendeten Kosten abziehen.

I. 12.
322. S.
471.

Hat der Legatarius, ehe ihm der Beytrag zu den Erbschaftslasten von der vermachten Sache abgefordert worden, dieselbe redlicher Weise verkauft, so darf er nur nach Verhältniß des gelöfeten Kaufwerths beytragen.

I. 12.
§. 338-
340. S.
474.

Legatarii also, denen nur ein Niesbrauch, oder gewisse jährliche, oder sonst zu gewissen Zeiten fällige Hebungen beschieden sind, tragen

I. 12.
§. 342. S.
347.

gen zu diesen Lasten nur in so weit mit bey, als nach dem Verhältnisse, wie der Hauptstamm, aus dem sie diese Hebungen zu erwarten haben, durch den davon zu entrichtenden Beytrag geschwächt wird, auch ihr Genuß, oder ihre Hebung, einen Abfall erleiden müssen. Damit bestimmt werden könne: um wie viel die jährlichen Hebungen solcher Legatarien sich vermindern, müssen dieselben zuvörderst zu Capital angeschlagen werden. Mit wie viel Prozent sie zu Capital zu rechnen sind, muß nach dem Alter und der wahrscheinlichen Lebensdauer des Legatarii, mit Rücksicht auf die bey der nächsten inländischen Wittwenverpflegungs - Leibrenten - oder Tontinen - Anstalt angenommenen Grundsätze bestimmt werden. Nach dem Verhältnisse nun, wie von einem solchen angenommenen Capitale zur Uebertragung der Erbschaftslasten abgegeben werden müßte; nach eben diesem Verhältnisse mindert sich die jährliche Hebung des Legatarii. Wenn also, zum Beyspiele, von einem jährlichen Vierzig Thaler betragenden Legate das Capital nach den obigen Regeln Fünfhundert Thaler ausmachen würde, und von den Legaten zu den übrigen Erbschaftslasten Funfzig Prozent beygetragen werden müssen, so muß dieser Legatarius mit Zwanzig Thalern jährlicher Hebung sich begnügen.

Was Rechtens sey, wenn der Nachlass durch Vermächtnisse erschöpft wird.

Nach vorstehenden Grundsätzen müssen I. 12
sämmliche Legatarii, im Verhältnisse des auf §. 352 -
sie kommenden Vorthells, die übrigen La- 364. S.
sten der Erbschaft auch alsdann tragen, wenn 475-477.
der ganze Nachlass durch einzelne Vermächtnisse erschöpft ist. Dem Testaments-
oder Intestaterben verbleibt jedoch die Verwaltung und Vertheilung des Nachlasses,
nach den in der Prozeßordnung enthaltenen Vorschriften. Einem solchen Erben müssen
sämmliche auf die Conservation und Verwaltung des Nachlasses, ingleichen auf die Regulirung des Geschäftes mit den Schuldnern und Legatariis verwendete Kosten, erstattet werden. Auch hat er für seine Bemühungen und Veräumnisse eine billige Vergütung zu fordern. Können über diese die Interessenten sich in Güte nicht vereinigen, so muß sie der Richter nach eben den Grundsätzen, wie das Salarium eines Verlassenschafts- oder Concurscurators bestimmt wird, festsetzen. Zu diesen Schadloshaltungen des Erben tragen die Legatarii in eben dem Verhältnisse bey, wie zu den übrigen Erbschaftslasten. Dergleichen Schadloshaltungen kann jedoch der Erbe nur in so fern fordern, als dieselben dasjenige, was ihm zum Erbtheile übrig bleibt, übersteigen. Will der Erbe sich mit dem Geschäfte der Erbschafts-

schaftsregulirung nicht selbst befaßen, so steht ihm frey, die gerichtliche Bestellung eines Verlassenschaftscurators, auf Kosten der Masse, seinem Erbrechte unbeschadet, nachzufuchen. Auch in diesem Falle kommt also ein Zuwachs der Erbschaft, welcher in der Folge sich ereignet, demjenigen, welcher das ihm angefallene Erbrecht wirklich übernommen hat, zu gute. Von einem solchen Zuwachse aber müssen zuvörderst den Legatariis die vorhin gemachten Abzüge, jedoch ohne Zinsen, ergänzt werden. Will weder der Testaments- noch der nächste Intestaterbe, aus Beforgniß der Unzulänglichkeit des Nachlasses zur Berichtigung der Erbschaftslasten und Vermächtnisse, das ihm angefallene Erbrecht übernehmen: so muß der Richter die nächstfolgenden gesetzlichen Erben in der Ordnung, wie in Ermangelung der näheren das Erbrecht auf sie verfällt wird, dazu auffordern. Sobald aber dieser zunächst an der Succession stehende Intestaterbe, seiner Person oder seinem Aufenthalte nach, unbekannt oder zweifelhaft ist, muß der Richter über den Nachlaß Concurseröfnen. Bleibt alsdann nach Abzug der Schulden und Vermächtnisse, ingleichen sämmtlicher Kosten, noch etwas übrig, so fällt dasselbe dem nächsten Intestaterben, der das Erbrecht nicht abgelehnt hat, anheim.

Von besondern Arten der Vermächtnisse.

Legat einer fremden Sache.

Im zweifelhaften Falle wird nie vermuthet, daß der Testator eine fremde Sache habe vermachen wollen. Wenn er also eine Sache, die wirklich eine fremde war, als seine eigne vermacht: so ist das Vermächtniß ohne Wirkung.

I. 12.
§. 388. S.
484.

Vermächtniß der Wahl (legatum optionis.)

Hat der Testator eine aus mehreren Sachen dergestalt vermacht, daß nothwendig eine Wahl statt finden muß: so gebührt diese Wahl dem Erben, in so ferne nicht aus dem Inhalte der Disposition klar erhellet, daß sie der Legatarius haben solle.

I. 12.
§. 388. S.
479.

Lautet die Verordnung des Testators dahin, daß der Erbe dem Legatar eine von mehreren Sachen übergeben solle, so bezeichnet solches eine dem Erben überlassene Wahl, hat aber der Testator verordnet, daß der Legatar eine von mehreren Sachen nehmen solle: so wird dadurch angedeutet, daß dem Legatar die Wahl zukomme.

I. 12.
§. 390-
391. S.
480.

Haben mehrere Erben oder Legatarien unter Sachen von gleicher Art eine Wahl vorzunehmen, so entscheidet das Loos, in welcher Ordnung sie wählen sollen.

I. 12.
§. 394. S.
480.

Vermächtniß einer bestimmten Sache.

Zu vermachten flüssigen Sachen gehören auch die Gefäße, in welchen sie verkauft oder verführt zu werden pflegen.

I. 12.
§. 407. S.
482.

Vermächtnisse einer Schuldverschreibung.

I. 12.
§. 408-
413. S.
482.

Ist die Schuld getilgt, so kann auch der Legatarius nichts fordern. Wird aber die Schuld nur durch Gegenforderungen aufgehoben, die nach dem Zeitpunkte, da das Legat ausgesetzt worden, entstanden sind, und worüber sich der Erblasser mit dem Schuldner nicht berechnet hatte, so kann der Legatarius den Betrag des Hauptstammes aus der Masse fordern. Hat der Schuldner die Schuld zwar bezahlt, der Testator aber das von ihm empfangene Geld bis an seinen Tod besonders aufbewahrt, so gehört dasselbe, wenn nicht eine andere Absicht des Testators dabey klar erhellet, dem Legatario. Eben das gilt, wenn der Testator das für die vermachte Schuld eingegangene Geld sogleich in ebenderfelben oder einer minderen Summe wiederausgeliehen hat.

I. 12.
§. 414-
415. S.
483.

Ist jemanden Alles, was in einem gewissen Behältnisse sich befindet, vermacht worden: so werden darunter die Schuldforderungen, worüber die Instrumente darin verwahrt sind, nicht mit begriffen; sobald in dem Behältnisse noch andere Sachen sich finden, auf welche das Legat gedeutet werden kann. Wohl aber sind unter einem solchen Vermächtnisse Banknoten, Pfandbriefe, oder Actien, und andere die Stelle des baaren Geldes vertretende Papiere mit verstanden, wofern nicht eine entgegengesetz-

setzte Willensmeynung des Testators klar erhellet.

Ist ein Vermächtniß auf gewisse jährliche Einkünfte angewiesen, so kann der Legatarius nicht mehr fordern, als die Einkünfte wirklich betragen. Doch müssen die Ausfälle Eines Jahres aus den Ueberschüssen, welche in den nächstfolgenden Drey Jahren sich ereignen, so weit diese dazu hinreichen, vergütet werden.

I. 12.
§. 419-420. S. 483.

Vermächtniß des Gebrauchs oder Nießbrauchs.

Ist jemanden der Gebrauch oder Genuß einer Sache vermacht worden, und dem Vermächtnisse keine Bestimmung einer gewissen Zeit beygefügt; so behält der Legatarius den Vortheil auf Lebenslang; und derjenige, welchem die Substanz als Erben, oder vermöge eines andern Vermächtnisses zufällt, kann auf den Mitgebrauch oder Mitgenuß keinen Anspruch machen.

I. 12.
§. 421 S. 483-484.

Wie weit der Erbe oder Legatarius der Substanz deshalb Caution fordern könne, ist nach den im Titel von Nießbrauche vorgeschriebenen Grundsätzen zu beurtheilen, Tit. XXI. Sect. I.

I. 12.
§. 422. S. 484.

Ist aber der Gebrauch oder Genuß einer Corporation, Gemeinde, oder andern moralischen Person, ohne Zeitbestimmung zugewendet, so dauert das Vermächtniß nur Funfzig Jahre.

I. 12.
§. 423. S. 484.

Vermachte Alimente.

I. 12.
§. 443-
444. S.
486.

Der im Testamente nicht näher bestimmte Unterhalt, muß, wenn der Erblasser den Legatarius schon vorhin verpflegt hatte, nach der Art, wie dieses geschehen ist, und nach der Lebensart, wozu der Erblasser den Legatarius hat vorbereiten wollen, festgesetzt werden. Außerdem ist auf den Stand des Legatarii, welchen derselbe zur Zeit des errichteten Testaments hatte, Rücksicht zu nehmen.

I. 12.
§. 445. S.
486.

Wenn vorstehende Regeln nicht ein Anderes an die Hand geben, so sind unter vermachten Alimenten weder die Kosten der Ausstattung, noch des Studires, wohl aber diejenigen, welche die Erlernung einer Kunst oder eines Handwerks erfordern, mit begriffen.

I. 12.
§. 446. S.
487.

Ist der Legatarius von adlicher Geburt und den Kriegsdiensten gewidmet, so ist unter dem vermachten Unterhalte auch die Anschaffung der ersten Officiers- Equipage zu verstehen.

Vermachte Ausstattung.

I. 12.
§. 448. S.
487.

Ist der Legatarius von höherem Stande, als der Erblasser, so muß er sich mit der niedrigsten Art der Aussteuer, die er nach seinem Stande verlangen kann, begnügen.

Von der Münzsorte bey Legaten.

I. 12.
§. 450. S.
487.

Legate, bey welchen keine Münzsorte bestimmt worden, sind in Silbercourant, so wie dasselbe zur Zeit der gerichtlich aufgenommenen oder übergebenen letztwilligen Verordnung gangbar war, zu entrichten.

Ver-

Vermächtnisse von Sachen, die der Legatarius nicht besitzen kann.

Ist jemanden eine Sache vermacht worden, ^{I. 12. §. 452. S. 487.} zu deren Besitz derselbe, vermöge seines Standes, unfähig ist: so muß ihm der Erbe so viel Recht daran einräumen, als er nach den Gesetzen erlangen kann.

Ist also einem Nichtbesitzfähigen ein ^{I. 12. §. 453 - 454. S. 487. 488.} adliches Gut vermacht worden, so muß ihn der Erbe während der §. 42. bestimmten Frist den Naturalbesitz und Genuß des Guts überlassen. Auch muß der Erbe denjenigen Handlungen sich unterziehen, ohne welche der Legatarius das Gut an einen Besitzfähigen nicht übertragen kann.

Ist die Sache so beschaffen, daß der Legatarius gar kein Recht an dieselbe erlangen ^{I. 12. §. 455. S. 488.} kann: so hat der Erbe die Wahl, dieselbe für den gemeinen Werth zu behalten, oder sie für Rechnung des Legatarii an einen Fähigen gerichtlich verkaufen zu lassen.

In Ansehung der Substitutionen.

1) der gemeinen.

Die gemeine Substitution verliert ihre Wir- ^{I. 12. §. 464. S. 489.} kung, so bald der erste Erbe oder Legatarius die Erbschaft oder das Vermächtniß auf eine rechtsbeständige Art übernommen hat. Kommt jedoch derselbe auf eine oder die andere Art in den Fall, daß er sein erworbenes Recht wieder aufgeben kann oder muß: so tritt auch der Substitut wieder in seine vorigen Rechte.

I. 12.
§. 465. S.
489.

Wenn der eingesetzte Erbe vor dem Ablaufe der Ueberlegungsfrist stirbt, so kommt den Erben die Vorschrift des Neunten Titels §. 397. auch gegen den Substituten zu statten.

2) der Fideicommissarischen.

I. 12.
§. 470. S.
490.

Der Substitut ist berechtigt, die Vorlegung eines gerichtlichen oder eines eidlich zu bestärkenden Privatinventarii, über die ihm bestimmten Sachen zu fordern.

I. 12.
§. 471. S.
490.

Hat der Testator dem Substituten, auf der gleichen Vorlegung anzutragen, ausdrücklich verboten, so ist anzunehmen, daß er denselben nur auf das, was bey dem Ableben des Eingesetzten noch vorhanden seyn wird, habe substituiren wollen.

Erfüllung der Bedingungen.

I. 12.
§. 493. S.
493.

Ist der dem Erben oder Legatario zugedachte Vortheil vor, oder (bey auflösenden Bedingungen) während der Zeit seines Besizes, durch Zufall, ohne sein auch nur geringes Versehen vermindert worden: so kann derselbe eine verhältnismäßige Minderung der ihm aufgelegten Lasten fordern.

I. 12.
§. 494. S.
493.

Können jedoch dergleichen Lasten zu Gelde nicht angeschlagen werden, und bestehen sie auch nicht in gewissen zur bestimmten Zeit zu wiederholenden Praestationen, so muß selbst in einem solchen Falle §. 493. die Bedingung vollständig erfüllt werden.

Hängt

Hängt die Bedingung der Erfüllung von demjenigen ab, welcher damit beschwert worden ist; und hat der Erblasser keine Frist dazu bestimmt, so können diejenigen, welchen daran gelegen ist, aufrichterliche Bestimmung einer verhältnismässigen Frist antragen.

I. 12.
§. 495. S.
493.

Vom Zwecke.

Wird die Erfüllung des Zwecks ohne Schuld des Erben oder Legatarii unmöglich: so muß der Vortheil zu einer andern Bestimmung, welche der aus der Verordnung oder aus den Umständen sich ergebenden Absicht des Testators am nächsten kommt, verwendet werden. Kann auch dieses nach den Umständen nicht geschehen: so behält der Erbe oder Legatarius dennoch den ihm zugedachten Vortheil; Es wäre denn, daß aus der Verordnung oder den Umständen klar erhelle, daß der Erblasser dem Erben oder Legatario den Vortheil gar nicht zugewendet haben würde, wenn er die Nichterfüllung des bestimmten Zwecks vorausgesehen hätte.

I. 12.
§. 511 -
513. S.
496.

VIII. Auslegungsregeln.

Hat der Testator zum Besten oder Flor seiner Familie etwas ausgesetzt: so ist, bey Adlichen, zu vermuthen, daß die Zuwendung nur seiner männlichen Nachkommenschaft zu gute kommen solle. War aber der Testator nicht von Adel: so kommt der Vor-

I. 12.
§. 523 -
524. S.
497.

theil auch seiner Nachkommenschaft von der weiblichen Seite zu statten.

I. 12.
§. 541. S.
500.

Ist es zweifelhaft, wen der Testator durch eine nicht genau bestimmte Ernennung zum Erben oder Legatario berufen habe, so hat unter mehreren derjenige den Vorzug, welcher mit dem Erblasser in näherer Verbindung und Bekanntschaft gestanden hat. Familienverbindungen gehen in einem solchen Falle blossen Amts- oder freundschaftlichen Verhältnissen vor.

I. 12.
§. 542. S.
500.

Ist das Verhältniß vollkommen gleich, so muß die Erbschaft oder das Vermächtniß unter diejenigen, auf welche die Beziehung gedeutet werden kann, gleich getheilt werden.

I. 12.
§. 543. S.
500.

Ist eine untheilbare Sache vermacht, so entsteht in dem §. 542. bemerkten Falle unter den Personen, welche mit gleichem Rechte darauf Anspruch machen können, ein gemeinschaftliches Eigenthum. Tit. XVII. Sect. 2.

I. 12.
§. 544. S.
500.

Ist einer von mehreren Erben oder Legatarien, ohne nähere Bestimmung mit einem weitem Vermächtnisse, oder einer Abgabe belastet: so muß dergleichen weiteres Vermächtniß, in zweifelhaftem Falle, von demjenigen geleistet werden, welcher die Gattung von Sachen, zu der das vermachte Stück gehört, überkommen hat.

I. 12.
§. 545. S.
500.

Kann hiernach die Sache nicht unterschieden werden: so trifft die Verbindlichkeit

keit zur Entrichtung eines solchen weitem Vermächtnisses, unter denen, auf welche der Wille des Erblassers gedeutet werden kann, denjenigen, der vor den übrigen am meisten begünstigt ist.

Wie Testamente aufgehoben werden durch Errichtung eines neuen Testaments.

Wird ein neues Testament übergeben, und darin die im vorigen enthaltene Erbesetzung abgeändert; so verliert das frühere Testament seine Gültigkeit. Es fallen daher auch die in dem frühern Testamente ausgesetzten Vermächnisse weg; in so fern dieselben nicht in dem spätern ausdrücklich wiederholt oder bestätigt sind.

I. 12.
§. 572 -
573. S.
504.

Hat aber der Testator in dem spätern Testamente deutlich erklärt, daß auch die Erbesetzung des frühern bey Kräften bleiben, und also der später eingesetzte Erbe nur zugleich mit den früher benannten sein Erbe seyn solle: so bestehen auch die Legate aus dem frühern Testamente; in so fern selbige durch das spätere nicht ausdrücklich aufgehoben sind.

I. 12.
§. 574. S.
504.

Insonderheit bey Vermächtnissen.

Zum Widerruf bloßer in einer gerichtlichen Disposition errichteter Vermächnisse ist die vor einem Notario und zweyen Zeugen abgegebene Erklärung des Testators hinreichend.

I. 12.
§. 593.
S. 507.

Ein

I. 13.
§. 594.
S. 507.

Ein bloß aufsergerichtlicher Widerruf des Testators kann nur alsdann für hinreichend geachtet werden, wenn derselbe in einem eigenhändig geschriebenen und unterschriebenen Aufsatze erklärt ist.

I. 12.
§. 595.
S. 507.

Ist der den Widerruf enthaltende gerichtliche Aufsatz von dem Erblasser bloß unterzeichnet: so kann darauf nur alsdann Rücksicht genommen werden, wenn zugleich der Bewegungsgrund des Widerrufs angegeben ist, und dieser der Wahrheit gemäß befunden wird,

Strafe desjenigen, der ein Testament verheimlicht.

I. 12.
§. 608.
S. 509.

Wer ein Testament, oder andere letztwillige Disposition verheimlicht, der verliert nicht nur alle ihm darin zugedachte Vortheile, sondern er muß auch den Betrag desjenigen Vortheils, den er sich durch die Verheimlichung zu verschaffen gedachte, dem Fiskus zur Strafe entrichten.

Strafe desjenigen, der durch Gewalt oder Betrug ein Testament bewirkt hat.

I. 12.
§. 609-
610. S.
509.

In Fällen, wo ein Testament wegen verübten Zwangs oder betrüglicher Verleitung für ungültig erklärt werden muß, wird derjenige, welcher einer solchen unerlaubten Handlung sich schuldig gemacht hat, seines gesetzlichen Erbrechts ebenfalls verlustig. Hat er kein gesetzliches Erbrecht, so muß er nach Bewandnis der Umstände, am Gelde, oder
am

am Leibe, nachdrücklich bestraft werden.

ZWEITER ABSCHNITT.

Von Erbverträgen.

Wirkungen, während des Lebens der Contrahenten.

Der Vertragserbe kann Schenkungen, welche der Erblasser wegen Uebermaases zu widerrufen berechtigt gewesen wäre, innerhalb der gesetzmässigen Frist zurücknehmen, wenn gleich der Erblasser sich dieses Widerrufs ausdrücklich begeben hätte. S. Th. I. Tit. XI. §. 1094. I. 12.
§. 625. S.
511.

Wenn jemand durch unbefonnene Ausgaben die Substanz seines Vermögens dergestalt vermindert, daß er nach den Gesetzen für einen Verschwender zu achten ist: so kann derjenige, welchem ein Recht auf seinen Nachlaß durch Erbvertrag eingeräumt worden, auf Prodigalitätserklärung wider ihn antragen. I. 12.
§. 626. S.
511.

Inwiefern letztwillige Verordnungen dagegen statt finden.

Letztwillige Verordnungen finden gegen den Inhalt eines Erbvertrags nicht statt. Doch kann der Erblasser Vermächtnisse bis auf den Zwanzigsten Theil seines Nachlasses errichten, wenn er nicht auch dieser Befugniss sich im Vertrage ausdrücklich begeben hat. I. 12.
§. 627-
628. S.
511, 512.

Erb-

Erbrecht.

I. 12.
§. 633. S.
512.

Fortwährende Successionsordnungen, welche die Nachkommen auch in Ansehung ihres eignen Vermögens verpflichten sollen, können nicht durch bloße Erbverträge, sondern nur durch Familienschlüsse, gültig errichtet werden. Th. II. Tit. IV. §. 7. seqq.

Widerruf.

I. 12.
§. 637-
638. S.
513.

So bald der eine Theil einen solchen Erbvergleich widerruft, verliert derselbe auch in Ansehung des Andern seine Kraft. Hat jedoch der Andre weder seines Orts ausdrücklich widerrufen, noch sonst letztwillig verordnet, so bestehen diejenigen Vermächtnisse, welche von ihm im Erbvertrage andern Personen, als solchen, die mit dem Widerrufenden als Verwandte oder besondere Freunde verbunden sind, ausgesetzt worden.

Entsagung des Erbrechts.

I. 12.
§. 643-
644. S.
513.

Ist in dem Vertrage selbst dem Befugnisse, die Erbschaft auszuschlagen, ausdrücklich entsagt worden: so hat es zwar dabey sein Bewenden; doch kann auch ein solcher Vertragserbe zum Antritte der Erbschaft nur unter dem Vorbehalte der Rechtswohlthat des Inventarii verpflichtet werden.

Entsagungsverträge.

I. 12.
§. 649. S.
514.

Verträge, wodurch einer künftigen bestimmten Erbschaft entsagt, oder die Theilung einer solchen Erbschaft im Voraus angeordnet wird, gelten nur unter denjenigen, welche zu einer solchen Erbschaft als gesetzliche Miterben berufen sind.

Zu Gunsten eines Fremden gelten dergleichen Vorträge nur alsdann, wenn derjenige, über dessen Nachlaß verfügt werden soll, dem Vertrage als Mitkontrahent ausdrücklich beytritt, wodurch aber dieser letztere an einen solchen Vertrag, wie an seinen eigenen Erbvertrag gebunden ist.

I. 12.
§. 650.
651. S.
515.

Wenn der, über dessen künftige Erbschaft ein solcher Vertrag §. 649. geschlossen wird, eine verbindliche Willenserklärung abzugeben unfähig ist, so kann zwar der Vertrag auch ohne seinen Beitritt, gültig geschlossen werden; alsdann ist aber die gerichtliche Aufnehmung und Abschließung desselben zu seiner Gültigkeit nothwendig.

I. 12.
§. 654.
S. 515.

DREYZEHENTER TITEL.

Von Erwerbung des Eigenthums der Sachen und Rechte durch einen Dritten.

ERSTER ABSCHNITT.

Von Vollmachtsaufträgen.

Wie der Vollmachtsvertrag geschlossen werde.

In solchen Fällen, wo es unter den handelnden Personen selbst eines schriftlichen Vertrags nicht bedarf, ist der Vollmachtsvertrag für geschlossen zu achten, auch durch bloß stillsehweigende Annahme des Auftrags: doch kann in solchem Falle ein Dritter, welcher sich

I. 13.
§. 8. 9.
S. 517.

sich mit dem Bevollmächtigten eingelassen hat, auf Erfüllung des mit selbigem geschlossenen Vertrags gegen den Machtgeber nicht klagen, wenn der Bevollmächtigte nicht durch einen schriftlichen Auftrag desselben legitimirt gewesen ist. Wohl aber kann er sich an den Bevollmächtigten halten, und von diesem sowohl Schadloshaltung, als Abtretung seiner Rechte, an den Machtgeber, fordern.

I. 13.
§. 11. 12.
S. 517.

In Fällen, wo die Gesetze überhaupt einen schriftlichen Vertrag erfordern, vertreten die Ertheilung einer schriftlichen Vollmacht von der einen, und deren auch nur stillschweigend geschehene Annahme von der andern Seite, die Stelle desselben. So lange aber ein Abwesender, dem eine Vollmacht zugeschickt worden, sich über die Annahme derselben noch nicht erklärt, oder doch davon noch keinen Gebrauch gemacht hat, ist der Vertrag noch nicht für geschlossen zu achten.

Wer Vollmachtsaufträge zu übernehmen schuldig sey?

I. 13.
§. 13. 14.
S. 517.

Personen, welche zu Beforgung gewisser Angelegenheiten öffentlich bestellt worden, können dieselben nicht anders, als aus erheblichen Ursachen, die sie sogleich anzuzeigen schuldig sind, ablehnen. Verzögern sie ihre Antwort, so wird die Vollmacht für angenommen geachtet, und sie werden dem Machtgeber eben so verhaftet, als wenn sie zur Uebernehmung des Auftrags sich ausdrücklich erklärt hätten.

Ein

Ein Gleiches findet in Ansehung solcher Personen statt, welche aus Uebernehmung gewisser Arten von Aufträgen ein Gewerbe machen.

I. 13.
§. 15. 16.
S. 518.

Pflicht des Machtgebers, den Bevollmächtigten von den gegen andre übernommenen Verbindlichkeiten zu befreyen.

Der Bevollmächtigte hat wegen seiner Auslagen und zu fordern habenden Belohnungen, ein Zurückbehaltungsrecht in Ansehung derjenigen Sachen, die vermöge des Auftrags, für den Machtgeber in seine Hände gekommen sind. S. unten I. 20. 2ter Abschn. vom Zurückbehaltungsrechte (iure retentionis). Dagegen hat, wenn der Bevollmächtigte dergleichen Sachen verzehrt, veräußert, oder sonst abhanden gebracht hat, bey einem über sein Vermögen entstehenden Concurse, der Machtgeber das Vorrecht der Sechsten Klasse in Ansehung des Werths derselben.

I. 13.
§. 83. 84.
S. 526.

Rechte zwischen dem Machtgeber und einem Dritten bey erfolgter Ueberschreitung der Gränzen der Vollmacht von Seiten des Bevollmächtigten.

Bezieht sich die Vollmacht auf eine besondere Instruction: so hat derjenige, welcher mit dem Bevollmächtigten zu unterhandeln in Begriff steht, das Recht, die Vorzeigung dieser Instruction zu fordern. Ist einer besondern Instruction in der Vollmacht nicht erwähnt; oder deren Vorzeigung verboten: so ist die Sache zwischen dem Machtgeber und dem Dritten bloß nach dem Inhalte der Voll-

I. 13.
§. 92. 97.
S. 527.

macht zu beurtheilen. Bey streitigen Rechtsangelegenheiten ist der Bevollmächtigte seine Instruction dem Gegentheile vorzuzeigen niemals verpflichtet. Auch der Richter ist die Vorzeigung einer zum Vergleiche erhaltenen Instruction zu verlangen nicht befugt. Hat der Dritte, mit welchem der Bevollmächtigte handelt, die sich weder die Vollmacht noch die Instruction vorzeigen lassen, so kann er sich, wegen eines gegen die Anweisung des Machtgebers vollzogenen Geschäfts, nur an den Bevollmächtigten halten. Hat aber der Bevollmächtigte nur eine ihm ertheilte besondere Instruction überschritten, deren in der Vollmacht nicht erwähnt, oder deren Vorzeigung verboten worden, so ist die Sache bloß nach dem Inhalte der Vollmacht zu beurtheilen.

Von Special-Vollmachten.

I. 13.
§. 99-109.
S. 528.

Eine Specialvollmacht ist erforderlich:
1) wenn Eide erlassen, oder für geschworen angenommen; 2) wenn der Bevollmächtigte einen Eid in die Seele des Machtgebers leisten soll; 3) wenn die Entscheidung eines Rechtsstreits einem schiedsrichterlichen Ausspruche unterworfen; 4) wenn über streitige Rechte des Machtgebers ein Vergleich wirklich abgeschlossen; 5) wenn ein Recht des Machtgebers einem Dritten abgetreten oder Verzicht darauf geleistet werden soll; (In sofern jedoch Verzichtsl-

stun-

stungen unter allgemeinen Vollmachten gewisser Art, vermöge besonderer Gesetze, mit begriffen sind, oder in dem Laufe des dem Bevollmächtigten aufgetragenen Geschäfts mit vorzukommen pflegen, z. B. wenn ich jemand zu Abtretung eines Hauses, einer Erbschaft u. f. w. an einen andern, bevollmächtige, so ist dazu eine Specialvollmacht nicht erforderlich.) 6) Wenn der Bevollmächtigte Sachen oder Gelder, (Prozesskosten allein ausgenommen,) für die Machtgeber in Empfang nehmen und darüber quittiren soll; 7) wenn im Namen des Machtgebers Grundstücke veräußert oder angekauft werden sollen; 8) wenn im Namen des Gutsbesizers die Eintragung gewisser Gerechtsame auf ein Grundstück ins Hypothekenbuch, oder im Namen des Gläubigers die Löschung eingetragener Gerechtsame im Hypothekenbuche, bewilligt werden soll. Doch ist derjenige, welcher die Zahlung einer eingetragenen Post, in Empfang zu nehmen, gehörig bevollmächtigt war, eben dadurch auch befugt, in die Löschung dieser Post nach erhaltener Zahlung zu willigen. 9) Auch zu Schenkungen aller Art, im Namen des Machtgebers, ist eine Specialvollmacht nothwendig. Es sind hier freylich mehrere eine Specialvollmacht erfordernde Handlungen genannt, die schon nach gemeinen Rechten *actus specialissimi mandati* sind; allein, da der Gerichtsbrauch und die beson-

dern Landesgesetzehier so oft Abweichungen enthalten, so habe ich für nützlich gehalten, hier diese Handlungen alle bestimmt herzusetzen.

Form der Specialvollmacht.

I. 13.
§. 110.
III. S.
529.

Specialvollmachten müssen von dem Machtgeber eigenhändig unterzeichnet seyn. Ist der Machtgeber unfähig, zu schreiben: so muß die Specialvollmacht nach den allgemeinen im Titel von Verträgen enthaltenen Vorschriften ausgestellt werden. (Tit. V. §. 172. Seqq.)

I. 13.
§. 112-
113. S.
530.

Blosse Blanquets, auf welchen nur der Name des Machtgebers, ohne Bestimmung des Geschäfts, wozu der Auftrag gegeben worden, sich befindet, sind zu Handlungen, die eine Specialvollmacht erfordern, niemals hinreichend. Wer aber ein Blanquet, ohne Bemerkung des Geschäfts, zu welchem dasselbe bestimmt ist, aus den Händen giebt, kann gegen eine über die Namensunterschrift gesetzte Vollmacht, wenn sie gleich erst nach der Unterzeichnung darüber geschrieben worden, sich nicht entschuldigen.

I. 13.
§. 114.
115. S.
530.

In aufsergerichtlichen Handlungen ist es die Sache des Dritten, welcher mit dem Bevollmächtigten sich einlassen will, wie er von der Richtigkeit der vorgezeigten Specialvollmacht sich zu überzeugen gedenke. Wenn aber auf den Grund einer solchen Vollmacht etwas gerichtlich verhandelt werden soll;

fol: so muß der Richter eine gerichtliche oder vor einem Iustizcommiffar und Notar ausgestellte oder anerkannte Vollmacht fordern.

Wenn Sachen oder Gelder durch einen Bevollmächtigten bey Gerichten erhoben werden sollen: so ist dazu eine gerichtliche Vollmacht nothwendig. Ist der Empfänger ein Ausländer, so kann auch eine von einem gerichtlich beglaubigten Notar attestirte Vollmacht angenommen werden.

I. 13.
§. 116-
117. S.
530.

Von General- und vermutheten Vollmachten.

Derjenige, dem die Beforgung aller Angelegenheiten des Machtgebers aufgetragen werden, (der Generalbevollmächtigte) verpflichtet denselben durch Handlungen, die eine Specialvollmacht erfordern, nur in so fern, als dieselben in seiner Generalvollmacht ausgedrückt sind. Anverwandte in gerade auf- und absteigender Linie, Eheleute, Geschwister und Geschwisterkinder ersten Grades, Schwiegerältern und Schwiegerkinder, Schwäger und Schwägerinnen, müssen in Fällen die keinen Aufschub leiden zur Beforgung der Angelegenheiten solcher Verwandten, auch ohne ausdrückliche Vollmacht zugelassen werden. Eben das gilt von Herrschaften und Obrigkeiten, in Angelegenheiten ihrer Guthsunterthanen; von Verwaltern, Buchhaltern und Hausofficianten, in Ansehung derer ihnen von ihren Principalen und Dienstherrschaf-

I. 13.
§. 118-
128. S.
530,

ten anvertrauten Geschäfte. Aber auch alle diese Personen sind zu Handlungen, wozu die Gesetze eine Specialvollmacht erfordern, ohne dergleichen Vollmacht nicht berechtigt. Derjenige, welcher auf den Grund einer vermutheten Vollmacht, Geschäfte für einen andern besorgt, ist schuldig, demselben ohne Zeitverlust Nachricht zu geben, und seine Genehmigung darüber einzuholen. Derjenige, welcher mit einem solchen vermutheten Bevollmächtigten etwas verhandelt, hat das Recht, ihn zu dieser Benachrichtigung anzuhalten; oder auch selbst den vermutheten (präsumtiven) Machtgeber zur Erklärung unmittelbar aufzufordern. Dieser muß sich, so bald ihm die Nachricht zugekommen, innerhalb der im fünften Titel §. 90. Seq. bestimmten Fristen darüber erklären, verabsäumt er diese Fristen, so wird er für einwilligend geachtet. Erklärt er aber seine Mißbilligung zur rechten Zeit; so kann der Dritte wegen des durch die Rückgängigkeit des Geschäfts ihm verursachten Schadens sich nur an den vermutheten Bevollmächtigten halten.

Von stillschweigend ertheilten Vollmachten.

I. 13.

§. 134-

136.

533.

S. Wenn sich also der Machtgeber in der Vollmacht, zum Verkauf einer unbeweglichen Sache, nicht erklärt hat, wie es mit der Auszahlung des Kaufgeldes gehalten werden solle, so muß zuvor eine Erklärung von ihm eingeholt werden.

den. Will entweder der Bevollmächtigte oder der Käufer dieses abwarten, so muß der letztere auf Kosten des Machtgebers das Kaufgeld in den Gerichten niederlegen.

Wenn aber das Geschäft von der Art gewesen ist, daß diejenigen, welche dergleichen Gewerbe treiben, gewöhnlich Credit zu geben pflegen, so muß der Machtgeber den vom Bevollmächtigten ertheilten Credit, in sofern keine besondere Einschränkung in der Vollmacht enthalten ist, wider sich gelten lassen.

Der zu einem Darlehn Bevollmächtigte, muß die darüber ertheilte Vollmacht dem Gläubiger übergeben; es sey denn, daß in der Vollmacht mehrere Aufträge enthalten, oder das Darlehnsgeschäft nur als Mittel zu einem gewissen Zwecke anzusehen wäre; denn dann ist die Ueberreichung einer beglaubten Abschrift der Vollmacht an den Gläubiger hinlänglich.

Von der Verpflichtung des Machtgebers durch hinzukommende Genehmigung.

Sobald der Machtgeber von dem Bevollmächtigten oder dem Dritten, von Ueberschreitung der Vollmachtsgränzen Nachricht erhält, muß er sich innerhalb der Tit. V, §. 90. bestimmten Fristen erklären; im Unterkassungsfall bleibt er dem Dritten, mit dem gehandelt worden, für den Schaden, der diesem daraus entstehen kann, verantwortlich.

Erklärt jemand einem Dritten schriftlich, daß er einem Andern, mit ihm ein Geschäft ab-

zuschliessen, aufgetragen habe, so ist er verbunden die dieser Zuschrift von dem Andern gemäfs verrichteten Handlungen zu billigen, ob er gleich dem Andern keine wirkliche Vollmacht ertheilt hat.

I. 13.
§. 148-
149. S.
534.

Ist die Erklärung gegen den Dritten nur mündlich geschehen: so ist zwar der Erklärende nicht verbunden, die zwischen dem Dritten und dem angeblich Bevollmächtigten vorgefallene Handlungen zu genehmigen, muß aber doch, wenn der Dritte dem Bevollmächtigten auf den Grund eines solchen Vertrags etwas gegeben oder geleistet hat, dafür eben so haften, als hätte er es selbst durch einen mündlichen Vertrag von ihm erhalten.

Verhältnisse zwischen dem Bevollmächtigten und dem Dritten, welcher Verhandlungen mit ihm vornimmt.

I. 13.
§. 150-
151. S.
535.

Wer mit einem Bevollmächtigten sich wesentlich weiter einläßt, als die Gränzen seiner Vollmacht gestatten, hat bey erfolgter Mißbilligung des Machtgebers nur das Recht, die Aufhebung des ganzen Geschäfts zu verlangen, und das, was er darauf schon gegeben oder geleistet hat, von dem Bevollmächtigten wieder zurückzufordern. Schadloshaltung kann er aber vom Bevollmächtigten nicht verlangen, insofern von Seiten desselben kein Betrug mituntergelaufen ist.

Wie

Wie Vollmachtsverträge aufgehoben werden.

1) *Durch Aufkündigung und Widerruf.*

Es ist nicht nothwendig, daß der Widerruf oder die Aufkündigung unter Gegenwärtigen schriftlich geschehe. I. 13. §. 160. S. 536.

Wohl aber muß derjenige, welcher von dem Vertrage abgeht, dem Andern die ertheilte schriftliche Vollmacht wieder abfordern, oder zurückgeben. I. 13. §. 161. S. 536.

Befindet sich diese Vollmacht bey den gerichtlichen Acten, so muß die Aufhebung des Vertrags von demjenigen, welcher davon zuerst abgeht, dem Richter angezeigt werden. I. 13. §. 162. S. 536.

Der Machtgeber, welcher vor vollendetem Geschäfte die Vollmacht widerruft, ist schuldig, dem Bevollmächtigten nicht nur wegen des bereits gemachten Aufwands, sondern auch wegen des dabey auf andere Art erlittenen wirklichen Schadens gerecht zu werden. I. 13. §. 163. S. 536.

Sobald dem Bevollmächtigten der Widerruf des Machtgebers bekannt geworden; ist derselbe verpflichtet, dem Machtgeber selbst, oder demjenigen, welchen dieser zu seinem Nachfolger ernannt, und ihm angezeigt hat, über die noch unvollendeten Geschäfte treulich Auskunft zu geben, und alles, was zu deren Fortsetzung gehört, auszuantworten. Er ist insofern schuldig, sich I. 13. §. 164. S. 537.

I. 18.
§. 15.6
166. S.
537.

mit fernerer Fortsetzung dieser Geschäfte auf irgend eine Art zu befassen, als die Fortsetzung angefangener Handlungen keinen Aufschub leidet, und der Machtgeber darüber nicht besonders verfügt hat; in welchem Falle der gewesene Bevollmächtigte befugt ist, dieselben so weit zu besorgen, als es zur Abwendung eines sonst unvermeidlichen Schadens nothwendig ist.

I. 13.
§. 167.
168. S.
537.

Ist dem Bevollmächtigten die Verhandlung des Geschäfts mit einer gewissen bestimmten Person aufgetragen; oder ist dem Machtgeber sonst bekannt, mit wem der Bevollmächtigte sich in Unterhandlungen darüber eingelassen habe; so ist der Machtgeber schuldig, wenn er die Vollmacht widerruft, diesen Dritten davon zu benachrichtigen. Hat er dieses nicht gethan, so muß er die von dem Bevollmächtigten auf den Grund der Vollmacht geschlossenen Verhandlungen wider sich gelten lassen; wenn auch der Abschluß derselben erst nach dem Widerrufe, welcher aber dem Dritten nicht bekannt geworden, erfolgt wäre.

I. 13.
§. 170.
S. 537.
538.

Außer diesem Falle und wenn dem Machtgeber nicht bekannt ist, mit wem der Bevollmächtigte in Verhandlungen über das Geschäft sich eingelassen habe, sind die Unternehmungen des letztern, deren er sich nach erhaltenen Widerrufe anmaßt, für den Machtgeber unverbindlich.

Der

Der Bevollmächtigte, welcher die ihm übertragene Vollmacht aufkündigt, ist schuldig, die angefangenen Geschäfte entweder selbst, oder durch seinen Substituten so lange fortzusetzen, bis der Machtgeber dazu andere Vorkehrungen treffen kann. Dagegen ist aber auch der Machtgeber zu Treffung solcher Vorkehrungen, so bald die Aufkündigung zu seiner Wissenschaft gelangt ist, ohne Zeitverlust verbunden,

I. 13.
§. 172.
173. S.
538.

Von dem Zeitpunkte an, wo der Machtgeber, auch nur aus mässigem Versehen, eine Saumfeligkeit in Treffung anderweiter Vorkehrungen begangen hat, kann er von dem gewesenen Bevollmächtigten, welcher das Geschäft nicht weiter fortgesetzt hat, keine Vertretung mehr fordern.

I. 13.
§. 174. S.
538.

Hat der Bevollmächtigte nach diesem Zeitpunkte das Geschäfte selbst, oder durch seinen Substituten, weiter fortgesetzt, ohne seine geschehene Aufkündigung ausdrücklich zurück zu nehmen: so ist die Sache nach den Vorschriften des folgenden Abschnitts zu beurtheilen.

I. 13.
§. 175. S.
538.

Hat der Auftrag ein gerichtliches Geschäft betroffen, so muß der Bevollmächtigte, welcher denselben aufkündigt, zu gleicher Zeit dem Richter davon Anzeige thun.

I. 13.
§. 176.
S. 538.
539.

Der Richter muß alsdann mit Rücksicht auf die obwaltenden Umstände, eine Zeit bestimmen, während welcher der gewesene Bevoll-

I. 13.
§. 177.
178. S.
539.

vollmächtigte, das Geschäft noch fortzusetzen, schuldig seyn soll, und den Machtgeber davon benachrichtigen. Läßt dieser den bestimmten Zeitraum ohne Vorkehrung anderweitiger Anstalten verstreichen; so findet die Vorschrift des §. 174. (s. ob. S. 203.) wider ihn Anwendung.

I. 13.
§. 179.
180. S.
539.

In außsergerichtlichen Angelegenheiten steht dem Bevollmächtigten frey, die Aufkündigung ebenfalls gerichtlich zu thun, und sie dem Machtgeber, jedoch auf seine eignen Kosten, gerichtlich bekannt machen zu lassen. Ist dem Machtgeber dabey nach dem Antrage des Bevollmächtigten eine gewisse Frist zu Treffung anderweitiger Vorkehrungen bestimmt worden: so hat der Machtgeber, wenn diese Frist fruchtlos verstrichen ist, die Vermuthung eines schuldbaren Verzugs wider sich.

Widerruf der Substitution.

I. 13.
§. 181.
182. S.
539.

Der Widerruf der Vollmacht erstreckt sich auch auf die von dem Bevollmächtigten geschehene Substitution. Ist aber der Substitut von dem Machtgeber selbst ernannt worden: so folgt aus dem Widerrufe der Hauptvollmacht der Widerruf oder Substitution nur alsdann, wenn die Absicht des Machtgebers, von dem Geschäfte gänzlich abzuste-
hen, erhellet.

I. 13.
§. 186. S.
540.

Stillschweigender Widerruf a) durch den Tod.

Durch den Tod eines der beyden Contractanten werden in der Regel alle Aufträge ge-
endigt.

endigt, welche nicht mit auf die Erben ausdrücklich gerichtet sind.

Doch müssen die Erben des Bevollmächtigten nicht nur den Machtgeber von dem erfolgten Todesfalle sofort benachrichtigen; sondern auch die angefangenen Geschäfte in der Zwischenzeit, bis von dem Machtgeber anderweitige Vorkehrungen getroffen werden können, so weitfortsetzen, als es zur Abwendung eines sonst unvermeidlichen Schadens nothwendig ist.

I. 13.
§. 187. S.
540.

Zu letzterem ist der Bevollmächtigte selbst verpflichtet, wenn durch den Tod des Machtgebers sein Auftrag gehoben worden.

I. 13.
§. 188. S.
540.

Bey kaufmännischen Geschäften waltet die Vermuthung ob; daß der, welchem sie anvertraut worden, dieselben auch nach dem Tode des Machtgebers fortsetzen solle.

I. 13.
§. 191. S.
540.

Auch in Prozeßangelegenheiten wird die Vollmacht durch den Tod des Machtgebers nicht aufgehoben,

I. 13.
§. 192. S.
541.

Eben so wenig wird durch den Tod des Bevollmächtigten eine Substitution entkräftet, die von dem Machtgeber selbst, oder von dem Hauptbevollmächtigten, vermöge des ihm dazu ausdrücklich ertheilten Befugnisses, geschehen ist.

I. 13.
§. 193 S.
541.

In allen Fällen, wo nach aufgehobener Hauptvollmacht die Substitution fort dauert, ist der Substitut befugt und schuldig, das Geschäft

I. 13.
§. 194. S.
541.

als

als Hauptbevollmächtigter so lange fortzusetzen, bis der Machtgeber anderweitige Verfügungen getroffen hat.

b) Durch entstandenen Conkurs.

I. 13.
§. 197-
198. S.
541.

So bald ein Kaufmann in Conkurs verfällt; oder, nicht mehr zahlen zu können, öffentlich erklärt: sind die ihm gegebenen Aufträge für widerrufen zu achten. Die gerichtlich bestellten Curatores seiner Masse müssen Committenten davon unverzügliche Nachricht geben, und bis dieser weitere Verfügungen treffen kann, das Geschäft nur so weit beforgen, als zur Abwendung eines sonst unvermeidlichen Schadens nothwendig ist,

I. 13.
§. 199. S.
541.

Verfällt der Machtgeber in Conkurs, so muß der Bevollmächtigte das Geschäfte, so weit es ohne offenbaren Nachtheil der Masse möglich ist, so lange in Anstand lassen, bis er von den Curatoren weitere Anweisung erhält.

Von mehrern Machtgebern.

I. 13.
§. 212.
213. S.
543.

Erhält er von den mehrern Machtgebern zur Fortsetzung des Geschäfts widersprechende Anweisungen: so muß er in untheilbaren Sachen diejenige befolgen, welche sämmtlichen Interessenten am wenigsten nachtheilig ist. Doch bleibt der Bevollmächtigte außer Verantwortung, wenn er, im zweifelhaften Falle, diejenige Anweisung befolgt,

folgt, nach welcher die Sache in dem bisherigen Stande erhalten wird.

Vom Rathe und von der Empfehlung.

Welche Empfehlungen die Wirkung einer Bürgschaft nach sich ziehen, ist gehörigen Orts bestimmt. Tit. XIV. sect. III. I. 13.
§. 222. S.
544.

Eben so ist wegen der kaufmännischen Empfehlungen das Nähere im Kaufmannsrechte vorgeschrieben. Th. II. Tit. VIII. sect. VI. I. 13.
§. 223. S.
544.

ZWEITER ABSCHNITT.

Von Uebernehmung fremder Geschäfte ohne vorhergegangenen Auftrag.

Wenn die Besorgung zur Abwendung eines bevorstehenden Schadens geschehen ist.

Wer die Geschäfte eines Andern zur Abwendung eines nach vernünftigen und wahrscheinlichen Gründen bevorstehenden Schadens besorgt, ist berechtigt, zu erwarten, daß der Eigenthümer solches genehmigen werde. Auch wenn die Genehmigung nicht erfolgt, haftet dennoch der Eigenthümer für die zur Verhütung des Schadens nützlich aufgewendeten Kosten. Dies findet selbst alsdann statt, wenn die Sache nachher ohne Schuld des Besorgers dennoch verloren gegangen ist. I. 13.
§. 234-
236. S.
546.

Ein solcher Uebernehmer fremder Geschäfte, welcher sie bloß zur Abwendung eines bevor- I. 13.
§. 237. S.
546.

vorstehenden Schadens besorgt, haftet dabey nur für ein grobes Versehen.

Wenn sie zur Beförderung eines Vortheils geschieht.

.I. 13.
§. 238.
240. 241.
S. 546.
547.

Wer aber die Geschäfte eines Andern, blos um dessen Vortheil zu befördern, ohne Auftrag übernimmt, muß sich um die Genehmigung desselben bewerben. So weit der, dessen Geschäft besorgt worden, die Genehmigung verläßt, muß er sich auch des aus der Besorgung entstandenen Vortheils begeben. Hat er sich den Vortheil einmal zugeeignet, ungeachtet er weis, daß derselbe aus der ohne seinen Auftrag geschehenen Besorgung entstanden sey: so muß er dem Besorger, jedoch nur so weit, als der Vortheil hinreicht, wegen Schadens und Kosten gerecht werden.

I. 13.
§. 243.
244. S.
547.

Entschlägt sich der, dessen Geschäfte ohne seinen Auftrag besorgt worden, des Vortheils; so muß der Besorger die Sache auf seine Kosten wieder in den vorigen Stand setzen, und den Eigenthümer entschädigen. Kann die Sache nicht mehr in den vorigen Stand gesetzt werden, und wird der Nachtheil von dem Vortheile, welcher dem Eigenthümer durch die Besorgung des Geschäfts zuwächst, offenbar überwogen: so muß der Eigenthümer sich Beydes zugleich gefallen lassen. Ist aber das Uebergewicht des Vortheils nicht klar: so kann der Eigenthümer verlangen, daß

dafs der Beforger das ganze Geschäft für eigene Rechnung übernehme, und ihn deshalb entschädige.

Wer sich fremder Geschäfte nur in der Absicht, den Vortheil des Eigenthümers dadurch zu befördern, ohne Auftrag unterzieht, muß dabey schon ein geringes Versehen vertreten. I. 13.
§. 245. S.
547.

Wie lange die Verbindlichkeit des Beforgers dauere.

Wer einmal ein fremdes Geschäft ohne Vorwissen des Eigenthümers übernommen hat, muß dasselbe bis zur gänzlichen Vollendung fortsetzen, wenn nicht der Eigenthümer, auf erhaltene Nachricht, andere Verfügungen zu treffen für gut findet. I. 13.
§. 257. S.
549.

DRITTER ABSCHNITT.

Von nützlichen Verwendungen.

Was nützliche Verwendungen sind?

Hat der, in dessen Nutzen etwas verwendet seyn soll, die Sache nicht selbst übernommen; oder ist er ein solcher, den die Gesetze in der Fähigkeit, über sein Vermögen zu verfügen, einschränken: so muß, wenn für die nicht mehr vorhandene Sache Ersatz gefordert wird, die wirklich geschehene Verwendung nachgewiesen werden. I. 13.
§. 267. S.
550.

Ausgaben, die nicht ohne Gefahr eines gröfsern Uebels vermieden werden konnten, sind für nützlich verwendet zu achten. Doch sind I. 13.
§. 270.
271. S.
550.

Ausgaben dieser Art, wenn sie für einen Unfähigen gemacht worden, nur alsdann für eine nützliche Verwendung zu halten, wenn die Gefahr so dringend war, daß der Unfähige nicht Zeit genug hatte, den zu dem Geschäfte erforderlichen Consens derjenigen, unter deren Aufsicht er steht, einzuholen.

Rechte, die aus der nützlichen Verwendung entstehen.

I. 13.
§. 273. S.
551.

In der Regel ist es hinreichend, die Verbindlichkeit zum Erfatze zu begründen, daß die Verbesserung durch die geschehene Verwendung einmal bewerkstelligt worden, wenn sie gleich in der Folge wieder verloren gegangen ist.

I. 13.
§. 274. S.
551.

Ein Unfähiger aber kann zum Erfatze nur insofern angehalten werden, als er sich, zur Zeit des gerügten Anspruchs, noch im Besitze des durch die Verwendung bewirkten Vortheils befindet.

Ist die verbesserte Sache, nach der Verwendung, in das Eigenthum eines Dritten durch einen lästigen Vertrag übergegangen: so ist dieser demjenigen, aus dessen Vermögen die Verwendung geschehen war, nicht verhaftet.

I. 13.
§. 275.
276. S.
551.

Hat aber der Dritte das Eigenthum der Sache unentgeltlich überkommen: so haftet er für die Verwendung so weit, als damals der dadurch bewerkstelligte Vortheil noch wirklich vorhanden war.

Was

Was bey einem in der Form mangelhaften Vertrage Rechtens sey, ist im Fünften Titel bestimmt. I. 13. §. 278. S. 552. Tit. V. §. 156. seqq. f. ob. S. 14. fs.

VIERZEHNTER TITEL.

Von Erhaltung des Eigenthums und der Rechte.

ERSTER ABSCHNITT.

Vom Verwahrungsvertrage.

Form.

Zur Gültigkeit dieses Geschäfts bedarf es keines schriftlichen Contracts, sondern es sind auch andere Beweismittel von dem, was vorgegangen ist, hinreichend. I. 14. §. 10. S. 554.

Pflichten des Verwahrers bey der Aufbewahrung.

Kann der Grad der Verantwortlichkeit des Verwahrers nicht abgemessen werden; und ist die Art der Verwahrung seinem Gutfinden lediglich überlassen worden: so haftet er nur für ein grobes Versehen. Ein Gleiches findet statt, wenn die Art, wie die Verwahrung geschehen solle, im Vertrage, oder sonst, von dem Niederleger selbst bestimmt war, und der Verwahrer darin keine eigenmächtige Veränderung vorgenommen hat. I. 14. §. 12. 13. S. 554.

In jedem Nothfalle ist der Verwahrer Ort und Art der Verwahrung, wenn sie gleich im Vertrage bestimmt sind, zu verändern nicht nur befugt, sondern auch verpflichtet. Doch muß er dem Niederleger, insofern dessen Aufenthalt ihm bekannt ist, von einer solchen I. 14. §. 15. 16. S. 555.

Veränderung ohne Zeitverlust Nachricht geben, und dessen weitere Verfügung abwarten. Hat er aber zur Rettung der fremden Sache seine eigne aufgeopfert, oder einer Beschädigung ausgesetzt: so kann er dafür Ersatz oder Vergütung fordern.

I. 14.
§. 22. S.
555.

War der Schade, welcher aus dem Verluste der geretteten Sache entstanden seyn würde, unwiederbringlich; dergestalt, daß die Sache ganz verloren gegangen, oder unbrauchbar geworden seyn würde: so kann der Verwahrer bis auf den ganzen Werth dieser Sache Vergütung verlangen.

Pflichten des Verwahrers bey der Zurücklieferung.

I. 14.
§. 26. 30.
S. 556.

Ist jemanden eine Sache versiegelt oder verschlossen zur Verwahrung übergeben worden; so muß er sie in eben dem Zustande zurückliefern. Hat er die verschlossen oder versiegelt niedergelegten Sachen nach einem Verzeichnisse übernommen; so kann der Niederleger, in Ansehung des Werths der fehlenden Sachen, bey Ermangelung anderer Beweismittel, zur eidlichen Bestärkung zugelassen werden.

I. 14.
§. 31. 32.
S. 556.

Hat der Niederleger dem Verwahrer die Beschaffenheit der in dem versiegelten oder verschlossenen Behältnisse befindlichen Sachen bey der Niederlegung, auch nur überhaupt angezeigt: so ist, wenn die Wahrheit auf andere Art nicht ausgemittelt werden kann,

kann, der Eid des Niederlegers auch über die Anzahl dieser Stücke zulässig. Doch muß alsdann der Niederleger wenigstens so viel bescheinigen: daß er um die Zeit der geschehenen Niederlegung Sachen von dieser Art wirklich besessen habe; und es muß nach seinem Stande, Gewerbe oder Vermögen, und nach den übrigen ausgemittelten Umständen wahrscheinlich seyn, daß er die angegebene Quantität solcher Sachen besessen haben könne.

Obige gegen den Verwahrer streitende Vermuthung (§. 28.) fällt weg: wenn der Verwahrer einen Zufall, durch welchen das Schloß oder Siegel verletzt worden, oder doch Umstände, unter welchen dergleichen Verletzungen, ohne sein Zuthun, wahrscheinlich haben erfolgen können, nachweist. Doch muß der Verwahrer, welcher sich mit dieser Einrede schützen will, dergleichen Vorfall dem gegenwärtigen Niederleger, oder in dessen Abwesenheit den Gerichten, sofort anzeigen.

I. 14.
§. 33. 34.
S. 556.
557.

Ueberhaupt muß jeder Verwahrer, in dessen Besitz die niedergelegte Sache beschädigt wird, oder verloren geht, dem Niederleger davon längstens binnen drey Tagen, nach bemerktem Schaden, oder Verluste, Nachricht geben; damit der Niederleger allenfalls auf rechtliche Untersuchung des Hergangs der Sache und der dabey vorkommenden Umstände,

I. 14.
§. 36. 37.
S. 557.

de, sofort antragen könne. Unterläßt der Verwahrer dieses und beruft sich erst zur Zeit der Rückforderung auf die Beschädigung oder den Verlust der Sache: so muß er nachweisen, daß dieselben durch einen bloßen unabwendbaren Zufall, ohne ein auch nur geringes Versehen von seiner Seite entstanden sind. Er muß ferner dieser Nachweis vollständig führen, und kann zu dessen Ergänzung zu einem nothwendigen Eide nicht gelassen werden.

I. 14.
§. 38. 39.
S. 557.

Ist zur Zeit des bemerkten Schadens oder Verlusts der Aufenthalt des Niederlegers unbekannt, oder außerhalb der königlichen Staaten, so muß der Verwahrer die (§. 35.) vorgeschriebene Anzeige bey den Gerichten des Orts thun. Diese müssen den Vorfall summarisch und so weit untersuchen, als nöthig ist, die Verdunkelung der Wahrheit durch die Länge des Zeitverlaufs zu verhüten.

Wie lange die Pflicht zur Aufbewahrung daure.

I. 14.
§. 47. 49.
S. 558.
559.

Wird der Verwahrer aufser Stand gesetzt, die Sache in Sicherheit, oder ohne seinen eigenen Nachtheil, fernerhin zu behalten: so kann er fordern, daß der Niederleger ihn davon befreye. Hat er die Verwahrung gegen Entgeld übernommen, so ist er nur wegen solcher veränderten Umstände, die zur Zeit des geschlossenen Vertrags vernünftiger Weise nicht vorausgesehen werden

werden konnten, denselben aufzukündigen, berechtigt; aber auch in diesem Falle muß der Verwahrer die Kosten, welche dem Niederleger durch die zur anderweitigen Aufbewahrung der Sache nothwendigen Anstalten verursacht worden, auf die vorbedungene Belohnung sich abrechnen lassen.

Macht der Niederleger innerhalb der gesetz-^{I. 14.}
mässigen Fristen Tit. V. §. 90. seqq zur Befrey-^{§. 50. 51.}
ung des Verwahrers von der Sache nicht die^{S. 559.}
nöthigen Anstalten: so hat letzterer das Recht,
die Sache auf dessen Kosten gerichtlich nie-
derzulegen. Ein Gleiches findet statt, wenn
der Aufenthalt des Niederlegers unbe-
kannt, oder ausserhalb der Königlichen
Lande befindlich ist.

Ist die Sache von der Beschaffenheit, daß^{I. 14.}
sie nicht in das gerichtliche Depositum^{§. 52. 53.}
genommen werden kann, so ist der Ver-^{S. 559.}
wahrer, dieselbe der gerichtlichen Aufsicht
zu übergeben, berechtigt. Der Richter muß so-
dann einen Aufseher auf Kosten des Nie-
derlegers bestellen; und die Sache ist ferner-
weit nach den Regeln von gerichtlichen Seque-
strationen zu beurtheilen. §. 92. sqq.

*In wiefern Unfähige durch Verwahrungsverträge ver-
pflichtet werden.*

Wenn wegen Feuers- Waffers-^{I. 14.}
Kriegs- oder anderer dringenden Gefahr ei-^{§. 58. S.}
ner auch sonst zum Contrahiren unfähigen^{560.}
Person Etwas in Verwahrung gegeben worden:

so haftet auch sie für den Ersatz des Werths, wenn sie die Sache selbst verzehrt oder veräußert hat.

Von mehreren Niederlegern.

I. 14.
§. 64. S.
560.

Hat der Verwahrer einen schriftlichen Empfangschein an den Erblasser ausgestellt: so ist er befugt, die Sache an den zurückzugeben, der sich nur überhaupt als Miterben legitimirt und den Empfangschein in Händen hat.

Rechte im Conkurs.

I. 14.
§. 67. S.
561.

Die dem Niederleger in Ansehung der Sache selbst, oder ihres Werths, in dem Vermögen des Verwahrers bey entstehendem Concurse zukommenden Vorrechte, sind in der Concursordnung bestimmt.

Zurückbehaltungsrecht.

I. 14.
§. 70. 71.
S. 561.

Wenn jemand den Niederleger eines unredlichen Besitzes der Sache beschuldigt, und ein gerichtliches Verbot der Verabfolgung an den Niederleger ausbringt: so ist der Verwahrer verbunden, die Sache den Gerichten zur Untersuchung und weitem Verfügung zu übergeben. Ein Gleiches findet statt, wenn dem Niederleger die Verwaltung seines Vermögens gerichtlich benommen worden.

Rechte des Verwahrers gegen den Niederleger wegen Bemühungen und Kosten.

I. 14.
§. 77. S.
562.

Wegen dieser Forderungen gebührt ihm auf die niedergelegte Sache, unter den übrigen gesetz-

gesetzmäßigen Erforderrissen, das Zurückbehaltungsrecht. Tit. XX. sect. II.

Hat er jedoch erst nach geschehener Niederlegung ein auf die Sache ihm selbst zustehendes Eigenthumsrecht in Erfahrung gebracht: und würde er daran, bey Zurückgebung der Sache an den Niederleger, Gefahr laufen: so ist er befugt, wenn diese Angaben einigermaßen bescheinigt werden können, die Sache in gerichtliche Verwahrung abzuliefern.

I. 14.
§. 79. S.
562.

Vom erlaubten und unerlaubten Gebrauche in Verwahrung gegebner Sachen.

Wenn baare Gelder, geldgleiche Papiere, oder andre verbrauchbare Sachen jemanden, welcher in der Befugniss, Darlehnsverträge zu schliessen, durch die Gesetze eingeschränkt ist, mit der Erlaubniss, sich derselben bedienen zu dürfen, anvertraut worden: so ist das Geschäft, wenn gleich demselben der Name eines Verwahrungsvertrags beygelegt worden, dennoch, sobald der Empfänger von dieser Erlaubniss Gebrauch macht, für ein zur Vereitelung der Gesetze geschlossenes Darlehn zu achten.

I. 14.
§. 84. S.
563.

Hat der Verwahrer die bey ihm niedergelegten Baarschaften, oder andre verbrauchbare Sachen ohne Erlaubniss genutzt: so muß er, von dem Zeitpunkte der Niederlegung an, die höchsten Zinsen, welche der Niederleger nach seinem Stande fordern kann, entrichten. Uebrigens ist in einem sol-

I. 14.
§. 87. 88.
S. 563.
564.

chen Falle der Verwahrer in Ansehung der Münzforten, und sonst nach den Regeln des Darlehnsvertrags zu beurtheilen.

I. 14.
§. 89. S.
546.

Wie derjenige zu bestrafen sey, welcher eine ihm anvertraute Sache veruntreuet oder mißbraucht, ist im Criminalrechte vorgeschrieben. Th. II. Tit. XX. sect. XIV.

Gerichtliche Verwahrung.

I. 14.
§. 97. S.
565.

Die Pflichten und Rechte des Richters, wegen solcher gerichtlich niedergelegten Sachen, sind in der Depofitalordnung bestimmt.

I. 14.
§. 101. S.
565.

Ist die Sache, welche gerichtlich aufbewahrt werden soll, der Gefahr des Verderbens unterworfen, so müssen die Interessenten, wegen der damit zu treffenden Anstalten, vernommen werden.

I. 11.
§. 102. S.
565.

Können sich die Interessenten darüber nicht vereinigen, so muß der Richter nach dem Gutachten eines oder zweyer von ihm zu zuziehenden Sachverständigen, durch ein Decret bestimmen: ob und wie die Sache ferner aufbewahrt, oder ob sie öffentlich versteigert, und das Geld bis zum Austrage des Streits, in das Depositum genommen werden solle.

ZWEYTER ABSCHNITT.

Von Verwaltung fremder Sachen und Güter.

Rechnungslegung.

I. 14.
§. 133.
134. S.
569.

Dem Verwalter muß alles, was seinen Händen anvertraut werden soll, nach einem schriftlichen

lichen Verzeichnisse übergeben werden. Ist dies nicht geschehen, so muß der Principal nachweisen, daß mehr übergeben worden, als von dem Empfänger anerkannt wird.

Der Verwalter fremder Güter ist verpflichtet, von allen dahin einschlagenden Geschäften genaue Rechenenschaft abzulegen. Alle Einnahmen und Ausgaben muß er in die dazu bestimmten Bücher ohne Zeitverlust eintragen, und mit bündigen Belegen rechtfertigen. Unterläßt er dieses, so gilt seine Angabe nur so weit, als er deren Richtigkeit nachweisen kann. Auch haftet er in diesem Falle für die sämmtlichen aus der Untersuchung dieser Richtigkeit entstehenden Kosten.

Ein Verwalter muß in der Regel seine Rechnung, nebst den erforderlichen Belegen, sogleich nach Ablauf eines jeden Rechnungsjahres dem Principale einreichen, und auf deren Abnehmung antragen. Hat er die Rechnung nicht zur gehörigen Zeit eingereicht, so ist er schuldig, die jedesmaligen Cassenbestände, so weit sie nicht zum fernern nützlichen Betriebe des Geschäfts erforderlich gewesen, von Sechs Wochen an, nach dem Jahreschlusse, landüblich zu verzinsen. Auch trägt er von dergleichen Cassenbeständen alle Gefahr. Von seinen Vorschüssen kann er für die Zeit, wo er mit der Abgabe der Rechnung säumig gewesen, keine Zinsen fordern, wenn er auch sonst nach rechtlichen Grundsätzen

I. 14.
§. 135-
138. S.
569. 570.

I. 14
§. 139-
142. S.
570.

zen dazu befugt gewesen wäre. Tit. XIII.

§. 70 - 73.

I. 14.
§. 143.
144. S.
570.

Ist der Principal mit Abnahme der Rechnung säumig, so fallen ihm die daraus entstehenden Verdunkelungen der Geschäfte zur Last. Der Verwalter ist alsdann berechtigt, die gerichtliche Abnahme der Rechnung auf Kosten des säumigen Principals zu fordern.

Quittung.

I. 14.
§. 145-
148. S.
570. 571.

Nach erfolgter Abnahme und Berichtigung der Rechnung kann der Verwalter Quittung darüber fordern; doch wird derselbe durch dergleichen Quittung von der Vertretung unredlicher Handlungen, oder später entdeckter Rechnungsfehler, wenn gleich derselben in der Quittung ausdrücklich entsagt worden, nicht befreit. Dagegen kann aber auch der Verwalter, wegen eines später entdeckten zu seinem Schaden begangenen Rechnungsfehlers, von dem Principale Vergütung fordern. Auch wegen solcher Angelegenheiten und Geschäfte, die in der Rechnung nicht mit vorgekommen sind, kann der Verwalter, der erhaltenen Quittung ungeachtet, zur Verantwortung gezogen werden.

I. 14.
§. 150.
151. S.
571.

Rechnungen, die einmal abgelegt und quittirt sind, können nach Verlauf von Zehn Jahren unter keinerley Vorwande mehr angefochten werden. Nur wegen offenbarer im Zusammenrechnen oder Abziehen vorgefallene-

fallener Rechnungsfehler, und wegen eines bey der Verwaltung begangenen Betrugs, kann der Principal, auch nach Ablauf der zehnjährigen Frist, den Verwalter selbst, nicht aber seine Erben, in Anspruch nehmen.

Die vorstehend bestimmte Verjährungsfrist nimmt bey solchen Verwaltungen, die durch mehrere Jahre dauern, in Ansehung des Verwalters selbst, von dem Zeitpunkte, wo er, nach seiner Entlassung und gelegter Schlufsrechnung, die letzte oder Generalquittung erhalten hat, ihren Anfang. Zu Gunsten der Erben des Verwalters aber läuft diese Präscription, in Ansehung einer jeden einzelnen Jahresrechnung, von dem Tage der darüber ausgestellten Specialquittung.

I. 14.
§. 152.
153. S.
571.

Was Rechtens ist, wenn die Abnahme der Rechnung verzögert worden.

Ist eine gehörig gelegte Rechnung durch schuld bare Verzögerung des Principals innerhalb Fünf Jahre nicht abgenommen, so wird dieselbe für quittirt geachtet. Es finden also gegen eine solche Rechnung, nach Ablauf der fünfjährigen Frist von dem Tage der geschehenen Einreichung, nur diejenigen Ausstellungen statt, die auch gegen eine quittirte Rechnung zulässig sind. §. 146. 148. f. ob. S.

I. 14.
§. 154.
155. S.
572.

Nach andern Zehn Jahren vom Ablaufe der §. 154. bestimmten Frist, findet auch bey einer solchen Rechnung die Vorschrift §. 150. 151. Anwendung.

I. 14.
§. 156. S.
572.

Wenn die Rechnungslegung erlassen worden.

I. 14.
§. 157. S.
572.

Hat der Principal dem Verwalter die Rechnungslegung erlassen, so kann er gegen die Verwaltung desselben nur solche Ausstellungen, die auf einen begangenen Betrug hinauslaufen, anbringen.

I. 14.
§. 158.
159. S.
572.

Einer ausdrücklichen Erlassung ist es gleich zu achten, wenn der Principal dem Verwalter eine Rechnung abzufordern durch Fünf Jahre vernachlässigt hat. Doch erstreckt sich eine solche stillschweigende Erlassung immer nur auf die einzelnen Jahresrechnungen, bey welchen der fünfjährige Zeitraum, von dem Tage an, wo sie hätten gelegt werden sollen, verlaufen ist.

Ausantwortung der Rechnungsbücher und Schriften.

I. 14.
§. 160.
161. S.
572.

Nach erhaltener Quittung muß der Verwalter dem Principale alle Bücher und Schriften, welche mit der Administration in Verbindung stehen, ausantworten. Dagegen kann der Principal sich nicht entbrechen, diese Bücher und Schriften dem gewesenen Verwalter auf jedesmaliges Verlangen, jedoch nur innerhalb der §. 150. bestimmten zehnjährigen Frist, vorzulegen.

Zurückbehaltungsrecht.

I. 14.
§. 165. S.
573.

Der Verwalter hat das Zurückbehaltungsrecht auf die verwaltete Sache nur wegen der darin verwendeten Vorschüsse und Kosten, ingleichen wegen seiner vorbedungenen

genen und nicht erhaltenen Befoldung.
Tit. XX. sect. II.

Von Handlungsfaktors.

Die besondern Bestimmungen wegen der Handlungsfaktors, als Verwalter fremder Sachen und Geschäfte, sind im Kaufmannsrechte enthalten. Th. II. Tit. VI. XI. XIV.

I. 14.
§. 168. S.
573.

Von Verwaltung öffentlicher Kassen und Anstalten.

Auch die Verhältnisse dererjenigen, welche die Güter des Fiskus, öffentlicher Corporationen, Communen, Kirchen und Stiftungen zu verwalten haben, sind im Gesetzbuche bestimmt. Th. II. Tit. VI. XI. XIV.

I. 14.
§. 169. S.
573.

Wenn Personen oder Collegia, denen die Verwaltung eines ganzen Inbegriffs von Rechten oder Gütern des Fiskus, oder einer öffentlichen Corporation zukommt, die Beforgung gewisser dahin einschlagender Geschäfte einem Andern als ein beständiges Amt übertragen, so wird derselbe dem Fiskus oder der Corporation unmittelbar, eben so, wie der Hauptadministrator, verpflichtet. Dagegen findet zwischen dem Fiskus oder der Corporation, und demjenigen, welcher blos zur Beforgung eines einzelnen Geschäfts derselben bestellt worden, nur eben das Verhältniß, wie zwischen einem Privatmachtgeber und Bevollmächtigten oder Verwalter, statt.

I. 14.
§. 173.
174. S.
573. 574.

Wiedereinsetzung des Fiskus und andere Corporationen gegen die Handlungen oder Unterlassungen ihrer Administratoren.

I. 14.
§. 174.
175. S.
574.

Nur bey Prozeffen kommt diesen moralischen Personen, wenn die Bevollmächtigten oder Verwalter derselben die gesetzmäßigen, oder die von dem Richter bestimmten Fristen verabfäumen, die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand innerhalb Vier Jahren zu statten. Dieser vierjährige Zeitraum wird von dem Tage an gerechnet, wo die verabfäumte Frist zu Ende gegangen ist.

I. 14.
§. 176. S.
574. 575.

Die Wirkungen dieser Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, und das dabey zu beobachtende Verfahren, sind in der Prozeßordnung vorgeschrieben.

I. 14.
§. 177. S.
575.

Vorstehende Verordnungen §. 174. 175. 176. finden auch alsdann Anwendung, wenn aufser Prozeffen, die Gesetze die Befugniss zur Ausübung eines gewissen Rechts, oder Entgegensetzung eines Einwands, an eine kürzere, als die gewöhnliche Verjährungsfrist gebunden, und dabey wegen dieser moralischen Personen keine besondere Ausnahme gemacht haben.

DRITTER ABSCHNITT.

Von Cautionen und Bürgschaften.

Gesetzliche Cautionen.

I. 14.
§. 186. S.
576.

In der Regel muß die gesetzliche Caution von dem dazu verpflichteten durch Bürgen oder Pfänder bestellt werden.

Die

Die Art und Höhe einer solchen Caution ist nach Verhältniß der Wichtigkeit der zu versichernden Rechte oder des von dem Andern zu besorgenden Schadens, durch richterliches Ermessen zu bestimmen.

Der, welcher eine solche Caution zu fordern hat, ist, wenn sie durch Verpfändung bestellt werden soll, dieselbe nur insoweit für hinreichend anzunehmen schuldig, als sie bey Landgütern innerhalb der ersten Zweydrittel, bey städtischen Grundstücken aber innerhalb der ersten Hälfte des Werths versichert werden kann. Nur die mit einer solchen Sicherheit im Hypothekenbuche eingetragenen Aktivforderungen ist der Cautionsberechtigte als hinlängliche Versicherung anzunehmen verbunden.

I. 14.
§. 188.
189. S.
575.

Soll die Caution durch Einlegung beweglicher Pfänder bestellt werden, so ist auf Dreyviertel des abgeschätzten Werths derselben Rücksicht zu nehmen.

I. 14.
§. 190. S.
576.

Soll die Caution durch Bürgen bestellt werden, so ist der Berechtigte nur mit solchen Bürgen, die mit Grundstücken angefessen sind, sich einzulassen verpflichtet.

I. 14.
§. 191. S.
576.

Die Annehmlichkeit dieser Bürgen selbst ist darnach zu beurtheilen, wie sie die von ihnen zu leistende Caution nach der Bestimmung des §. 188. auf ihre Grundstücke versichern können. Auch kann den Cautionsberechtigten ein Bürge, welcher innerhalb

I. 14.
§. 192.
193. S.
577.

der Königlich Preussischen Landen nicht belangt, noch zur Zahlung angehalten werden kann, niemals aufgedrungen werden.

I. 14.
§. 194. S.
577.

Von vorstehenden Regeln §. 188 - 192. abzuweichen und statt der Realcaution einen bloßen Cautionseid anzunehmen, ist dem Richter nur alsdann erlaubt, wenn keine Realcaution aufgebracht werden kann, und zwey in gutem Rufe stehende, mit den Umständen des Verpflichteten oder des Bürgen wohl bekannte Standesgenossen, denselben für hinlänglich sicher erklären.

Erfordernisse einer verbindlichen Bürgschaft.

I. 14.
§. 202.
203. S.
578.

Zu einer verbindlichen Bürgschaft wird in der Regel die ausdrückliche Erklärung, für die Verpflichtungen eines Dritten haften zu wollen, erfordert. Diese Erklärung muß, ohne Unterschied des Gegenstandes, schriftlich oder zum gerichtlichen Protocolle abgegeben werden.

I. 14.
§. 204.
205. S.
578.

So bald der Bürge die Uebernehmung der Bürgschaft solchergestalt ohne Bedingung oder Vorbehalt erklärt hat, haftet er dem Berechtigten, auch ohne dessen ausdrückliche Annahme. Ist aber die Bürgschaft nur bedingungsweise, oder unter einem Vorbehalte übernommen worden, so gelangt sie nicht eher zur Wirksamkeit, als bis der Berechtigte sich darüber erklärt hat.

Stillschweigende Bürgschaften.

Wer den Schuldschein eines Andern mit unterschreibt, wird, wenn das Instrument kein Wechsel ist, im zweifelhaften Falle nur für einen Zeugen geachtet.

I. 14.
§. 206. S.
578.

Was aber unter Kaufleuten bey Empfehlungen Rechtens sey, ist gehörigen Orts bestimmt. Th. II. Tit. VIII. sect. VII. Auch Andere, welche nicht Kaufleute sind, machen sich durch dergleichen allgemeine Empfehlung §. 207. als Bürgen verantwortlich, wenn sie dem Empfohlenen dergleichen unrichtiges Zeugniß wider besseres Wissen, oder aus grobem Versehen, in bestimmten Ausdrücken schriftlich ertheilt haben.

I. 14.
§. 208.
209. S.
579.

Wer schriftlich erklärt, daß jemanden auf seine Gefahr Credit gegeben werden könne, wird als Bürge verhaftet. Ein Gleiches gilt von einer mündlichen Erklärung, wenn die Summe des zu gebenden Credits auf Fünfzig Thaler oder weniger eingeschränkt war.

I. 14.
§. 213.
214. S.
579.

Wer Bürgschaften übernehmen könne.

Wie weit Ehefrauen für ihre Männer, oder für Andere sich verbürgen können, ist gehörigen Orts bestimmt. Th. II. Tit. I. sect. IV.

I. 14.
§. 220. S.
580.

Von Bürgschaften der Weiber.

Den Wittwen und andern ledigen Frauenpersonen müssen, bey Uebernehmung einer Bürgschaft, die rechtlichen Wirkungen

I. 14.
§. 221.
225. S.
580. 581.

und Folgen derselben vor Gericht erklärt werden. Dafs und wie die Verwarnung geschehen sey, muß in dem Bürgschaftsinstrumente selbst oder unter demselben verzeichnet werden. Ist kein besonderes Bürgschaftsinstrument ausgestellt, sondern die Verbürgung in dem Hauptinstrumente enthalten: so ist der Vermerk der Verwarnung in oder unter dem letztern erforderlich. Die Erklärung muß in verständlichen Ausdrücken geschehen; so dafs die Bürgin dadurch einen hinlänglichen Begriff von den rechtlichen Folgen der zu übernehmenden Bürgschaft erhalten könne. Die Stelle dieser von dem Richter zu machenden Erklärung vertritt es nicht, wenn gleich in dem Instrumente die rechtlichen Folgen der Bürgschaft ausgedrückt sind, und die Bürgin gerichtlich erklärt hat, dafs sie das Instrument selbst gelesen habe, oder dafs ihr dasselbe vorgelesen worden sey.

I. 14.
§. 226. S.
581.

Wenn diese Vorschriften §. 221-225. nicht beobachtet worden, so bleibt die Bürgschaft einer Frauensperson ohne rechtliche Wirkung.

I. 14.
§. 227.
231. S.
581. 582.

Hat der Richter, vor welchem das Geschäft vollzogen worden, die Verwarnung unterlassen, oder dabey die Vorschriften §. 222-225. verabsäumt, so haftet derselbe dem Berechtigten für allen daraus entstehenden Schaden. Die vorgeschriebene Verwarnung ist in
allen

allen Fällen nothwendig, wo eine Frauensperson die Verbindlichkeit eines Andern auf den Fall, wenn er sie nicht selbst erfüllte, übernehmen soll. Ueberhaupt muß diese Verwarnung bey allen Geschäften erfolgen, wo die Frauensperson auf den Fall, wenn ein Anderer seine Verbindlichkeit nicht erfüllte, zu Gunsten des Berechtigten, gewisse Nachtheile übernimmt, oder gewissen Vorthelen entsagt. Die Verwarnung muß also hinzukommen, wenn eine Frauensperson, deren Forderungen im Hypothekenbuche eingetragen sind, der ihr aus der Eintragung zukommenden Priorität, es sey zu Gunsten ihres Mannes, oder eines Dritten, entsagt. Dagegen ist, wenn eine Frau auf ein zustehendes Recht überhaupt gänzliche Verzicht leistet, ein solches Geschäft nach den Regeln von Bürgschaften nicht zu beurtheilen.

Wenn eine Manns- oder Frauensperson sich in Einem Instrumente als Selbst- oder Mitschuldner verpflichtet haben, so vermuthen die Gesetze, daß die Mannsperson Hauptschuldner, die Frauensperson aber nur Bürge sey. I. 14.
§. 232. S.
582.

Soll dieser rechtlichen Vermuthung entsagt werden, so ist dazu eine eben dergleichen Verwarnung, wie bey einer übernommenen Bürgschaft selbst, nothwendig. I. 14.
§. 233. S.
582.

Mit dem Einwande der unterbliebenen Verwarnung kann die Bürgschaft leisten. I. 14.
§. 234-
236. S.
582.

de Frauensperson gegen jeden, zu dessen Sicherheit sie die Bürgschaft übernommen hat, ohne Unterschied seiner eignen persönlichen Qualität, sich schützen. Auch kommt dieser Einwand den Erben der Bürgin, ohne Unterschied ihrer eignen Qualität, zu statten. Hat aber die Erblasserin in einer rechtsgültigen letztwilligen Verordnung die Bezahlung der verbürgten Schuld dem Erben oder einem Legatario aufgetragen, so gilt dergleichen Erklärung als ein Vermächtniß.

I. 14.
§. 238. S.
582.

Das Unterbleiben der vorgeschriebenen Verwarnung wird dadurch nicht gerechtfertigt, daß einer Frauensperson die Folgen und Wirkungen der Bürgschaft bey andern vorhergegangenen Fällen und Gelegenheiten gehörig erklärt worden.

I. 14.
§. 239. S.
582. 583.

Wie weit eine Frauensperson, die eigne Handlung treibt, sich gleich einer Mannsperson verbürgen könne, ist im Kaufmannsrechte bestimmt, Th. II. Tit. VIII. sect. VII.

I. 14.
§. 240. S.
583.

Nach Verhältniß desjenigen, was eine Frauensperson für die übernommene Bürgschaft an Belohnungen und Vortheilen, die einer Schätzung nach Gelde fähig sind, wirklich erhalten hat, ist sie dem Gläubiger allemal verhaftet.

I. 14.
§. 241.
242. S.
583.

So weit durch das Hauptgeschäft der Frauensperson Vortheile, zu welchen sie außerdem kein Recht hatte, zugewendet worden, wird dieselbe durch die für dieses Hauptgeschäft

geschäft übernommene Bürgschaft verpflichtet. In beyden Fällen §. 240. 241. kommt es nicht darauf an, wenn auch die Bürgin zu der Zeit, da sie in Anspruch genommen wird, sich in dem Besitze dieser Belohnungen oder Vortheile nicht mehr befinden sollte.

Die aus einer unkräftigen Bürgschaft bereits geleistete Zahlung kann eine Frau-
I. 14.
§. 243.
244. S.
583.
 ensperson unter diesem Vorwande nicht zurückfordern. Dagegen erhält die unkräftig übernommene Bürgschaft durch eine gleichfalls ohne gesetzmäßige Verwarnung erfolgte Wiederholung derselben keine mehrere Gültigkeit.

Rechte und Pflichten zwischen dem Bürgen und dem Berechtigten.

Worauf die Verbindlichkeit des Bürgen sich erstrecke.

Dass sich der Bürge über die Capitals-
I. 14.
§. 259.
260. S.
585.
 summe, auch für Zinsen, Früchte, Schäden, Kosten und Conventionalstrafen verpflichtet habe, wird nicht vermuthet; doch haftet der, welcher für ein zinsbares Capital Bürgschaft leistet, auch für die rückständig gebliebenen Zinsen des letzten Jahres.

Besonders von Amtscautionen.

Wer für jemanden eine Amtscauti-
I. 14.
§. 273-
275. S.
587.
 on stellt hat, darf nur für die durch denselben entstehenden Defecte haften. Für die Zinsen dieser Defecte, ingleichen für die Kosten der Untersuchung, haftet er nur insofern, als

er sich dafür ausdrücklich mit verbürgt, oder nach §. 269. eine uneingeschränkte Bürgschaft übernommen hat. Wenn aber auch der Bürge für Zinsen und Kosten selbst nicht verhaftet wäre: so kann doch der Berechtigte dieserhalb an das Vermögen des Hauptverpflichteten, vorzüglich vordem Bürgen sich halten.

I. 14.
§. 276. S.
587. Für die verwirkte Geldstrafe haftet der Bürge nur alsdann, wenn er sie ausdrücklich mit übernommen hat.

In wiefern der Bürge zu etwas mehrern oder stärker, als der Hauptschuldner, verpflichtet seyn könne.

I. 14.
§. 281.
282. S.
587-588. Was der Gläubiger um deswillen, weil er dem Schuldner, wegen der im Gesetze bestimmten persönlichen Verhältnisse, eine Competenz lassen muß, von demselben nicht erhalten kann, ist er auch von dem Bürgen zu fordern nicht berechtigt. Ausser dem aber haftet der Bürge für den Ausfall, welchen der Gläubiger bey dem Hauptschuldner, wegen einer demselben aus anderen gesetzlichen Gründen zukommenden Competenz erleidet.

Wenn der Berechtigte sich an den Bürgen halten könne, bey Personalforderungen.

I. 14.
§. 287. S.
589. Besitzt der Hauptschuldner noch Actifforderungen, welche liquid, und von einem in guten Vermögensumständen stehenden Schuldner zu zahlen, auch innerhalb dreyer Monathe

the fällig sind: so muß der Gläubiger, vor Belangung des Bürgen, den Zahlungstermin abwarten.

Auf den Eingang solcher Activforderungen aber, deren Richtigkeit oder Sicherheit noch zweifelhaft ist, oder deren Verfalltag später eintritt, kann der Gläubiger, mit Belangung des Bürgen zu warten, nicht angehalten werden.

I. 14.
§. 288. S.
589.

Besitzt der Hauptschuldner Grundstücke, so muß auch der Personalgläubiger Sequestration oder Immission in dieselben nachsuchen, ehe er den Bürgen belangen kann. Hat aber der Gläubiger binnen drey Monaten, nach verfügter Sequestration oder Immission, auch dadurch seine Befriedigung nicht erhalten können: so ist er, den fernern Erfolg dieses Executionsmittels abzuwarten, nicht schuldig.

I. 14.
§. 288-
290. S.
589.

Kann, nach Beschaffenheit des Grundstücks und seines Ertrags, überzeugend nachgewiesen werden, daß der Gläubiger, wegen anderer darauf haftenden, oder sonst der feini- gen vorgehenden Forderungen, aus den Einkünften desselben, innerhalb der dreymonathlichen Frist, nicht bezahlt werden könne: so ist er dieses Executionsmittel vor Belangung des Bürgen zu ergreifen, nicht schuldig.

I. 14.
§. 291. S.
589.

Bey Realforderungen.

I. 14.
§. 292-
295. S.
589. 590.

Ist die Schuld, für welche die Bürgschaft geleistet worden, eine Realschuld, so muß der Gläubiger erst alle gesetzmässigen Grade der Realexecution durchgehen, ehe er den Bürgen belangen kann. Er muß also den gerichtlichen Verkauf des Unterpfands, und die Vertheilung des Kaufgeldes abwarten. Wenn sich jedoch aus Vergleichung des für das Pfand gelöseten Kaufgelds, mit den darauf haftenden liquiden und der Forderung des Gläubigers unstreitig vorhergehenden Schulden, sofort ergiebt, daß der Gläubiger aus dem Kaufgelde nicht bezahlt werden könne: so ist er die Vertheilung desselben abzuwarten nicht schuldig. Wenn gleich der Realgläubiger aus dem Unterpfande nicht befriedigt werden kann: so ist er dennoch die Execution in das übrige Vermögen des Hauptschuldners, vor Belangung des Bürgen, nachzufuchen verpflichtet.

Bey Wechselforderungen.

I. 14.
§. 296. S.
590.

Wer für eine Wechselfchuld sich verbürgt hat, kann belangt werden, so bald die Wechselexecution gegen den Hauptschuldner fruchtlos vollstreckt ist, oder wegen seiner Entfernung nicht vollstreckt werden kann.

Fälle, wenn sich der Gläubiger so fort an den Bürgen halten kann.

I. 14.
§. 298-
301. S.
590.

Ausser denen, die gemeinen Rechts sind, kann dieß in folgenden Fällen geschehen; 1) wenn der Haupt-

Hauptschuldner nicht mehr in den Königlich Preussischen Landen belangt werden kann; b) wenn der Hauptschuldner durch richterliches Erkenntniß ein längerer, als einjähriger Indult verstattet worden; endlich c) wenn über das Vermögen des Hauptschuldners Concurse eröffnet wird. Doch muß in diesem letzten Falle der Gläubiger seine Forderung und die dafür ihm geleistete Bürgschaft dem Richter spätestens im Liquidationstermine anzeigen.

In der Regel muß der Gläubiger seine Forderung bey dem Concurse des Hauptschuldners so lange verfolgen, bis der Bürge zu seiner Befriedigung rechtskräftig verurtheilt worden. Hat er aber schon vor eröffnetem Concurse ein rechtskräftiges Urtheil gegen den Bürgen erstritten: so ist er nicht schuldig, sich in den Concurse einzulassen, sondern kann den fernern Betrieb der Sache dem Bürgen anheim geben.

I. 14.
§. 302.
303. S.
590.

Hat der Gläubiger seine Forderung bey dem Concurse gar nicht angezeigt, und sich also präcludiren lassen; so wird er seines Rechts gegen den Bürgen verlustig. Kann er jedoch vollständig nachweisen, daß die Forderung, wenn sie auch angemeldet worden wäre, dennoch leer ausgegangen seyn würde: so kann der Bürge sich mit vorstehendem Einwande nicht schützen.

I. 14.
§. 304.
305. S.
591.

Entsagt eine sich verbürgenden Frauensperson der Vorklage: so muß derselben darüber

I. 14.
§. 308. S.
591.

auf

auf eben die Art, wie bey der Bürgschaft selbst, besondere Bedeutung und Verwarnung geschehen, und wie dieses geschehen sey, eben so in, oder unter dem Haupt- oder Bürgschaftsinstrumente vermerkt werden. §. 221. fqq.

Welcher Einwendungen der Bürge sich gegen den Gläubiger bedienen könne.

I. 14.
§. 310.
311. S.
592.

Die Rechte und Einwendungen des Hauptschuldners, welche die Forderung selbst betreffen, kommen auch dem Bürgen gegen den Gläubiger zu statten. Hat jedoch der Gläubiger, bey Belangung des Hauptschuldners, den Bürgen mit vorladen lassen: so steht das gegen den erstern ergangene Urtheil auch dem letztern entgegen.

I. 14.
§. 312. S.
592.

Der Bürge kann alsdann nur über solche Einwendungen, welche die Gültigkeit der von ihm geleisteten Bürgschaft betreffen, rechtliches Gehör fordern.

I. 14.
§. 315. S.
592.

Wie weit der Bürge von den gesetzmäßigen Rechtsmitteln gegen ein Erkenntniß, welche der Hauptschuldner nicht eingewendet hat, Gebrauch machen könne, bestimmt die Prozessordnung.

Befreyung des Bürgen von seiner Verbindlichkeit.

I. 14.
§. 320.
321. S.
593.

Hat jemand eine Bürgschaft nur auf eine gewisse bestimmte Zeit für ein Darlehn übernommen: so erlöscht dieselbe, wenn der Gläubiger den Hauptschuldner nicht spätestens am dritten Tage nach Ablauf dieser Zeit belangt, oder die Klage nicht fortgesetzt

fetzt hat. Wohnt jedoch der Gläubiger außerhalb des Ortes, wo das Gericht, bey welchem die Klage angestellt werden soll, seinen Sitz hat; so kommt ihm, aufser dieser dreytägigen Frist, auch noch diejenige zu statten, welche nach dem gewöhnlichen Laufe der Posten erforderlich ist, ehe die Klageanmeldung bey dem Gerichte eintreffen kann.

Hat jemand eine Bürgschaft nur auf eine gewisse bestimmte Zeit für eine Verbindlichkeit übernommen, welche, wie die Amtspflicht, ihrer Natur nach fortwährend, oder deren Erfüllung sonst an keinen gewissen Tag gebunden ist: so endigt sich die Verpflichtung des Bürgen mit dem Ablaufe der bestimmten Zeit.

I. 14.
§. 322. S.
593.

Pflicht des in Anspruch genommenen Bürgen wegen Zuziehung des Hauptschuldners.

Wird die Klage von dem Gläubiger wider den Bürgen, wirklich angestellt; so muß letzterer den Hauptschuldner zu dem Prozesse gerichtlich mit vorladen lassen. Ist dies geschehen, und der Hauptschuldner hat sich nicht gemeldet; so ist der Bürge, die Sache durch die Instanzen fortzusetzen, nicht schuldig. Vielmehr muß der Hauptschuldner das zwischen dem Gläubiger und Bürgen, zum Nachtheile des letztern ergangene Erkenntnis, zu dessen Vortheil auch wider sich gelten lassen. Meldet sich aber der Hauptschuldner bey dem Prozesse; so ist er, auf Verlangen des

I. 14.
§. 344-
349. S.
596. 597.

des Bürgen, schuldig, denselben allein zu übernehmen: und der Bürge ist ihm nur in so weit fortzusetzen gehalten, als er darin seine eigenen Einwendungen gegen die Verbindlichkeit aus der Bürgschaft ausführen will. Das alsdann gegen den Hauptschuldner rechtskräftig ergangene Urtheil gilt auch gegen den Bürgen zum Vortheile des Gläubigers, in so fern er gegen diesen dergleichen zuvor gedachte Einwendungen nicht hat ausführen können; so wie zum Vortheile des Bürgen gegen den Hauptschuldner, wenn er an diesen seinen Regreß nehmen will. Hat aber der Bürge mit Vernachlässigung obstehender Vorschriften §. 342-348. den Gläubiger befriedigt: so muß er alle Einwendungen, welche der Hauptschuldner diesem entgegen setzen könnte, auch wider sich gelten lassen.

Pflicht des Schuldners den Bürgen von der Bürgschaft zu befreien.

I. 14.
§. 357.
358. S.
598.

Auch vor Ablauf der Zahlungsfrist ist der Bürge berechtigt, auf Befreyung von der Bürgschaft oder auf Sicherheitsbestellung anzutragen: a) wenn der Schuldner zu verschwenden anfängt, oder sonst in Verfall seines Vermögens geräth; b) ferner alsdann, wenn der Schuldner Anstalt macht, die königlichen Lande dergestalt zu verlassen, daß er darin nicht ferner belangt werden könnte.

I. 14.
§. 359.
361. S.
598. 599.

Wer für fortwährende Verbindlichkeiten, ohne Zeitbestimmung, und ohne

ne

ne Vergeltung Bürgschaft geleistet hat, kann dieselbe nach Ablauf eines Jahres aufkündigen. Der Hauptverpflichtete muß alsdann, wenn ihm nicht aus Nebenverträgen, oder sonst, besondere Rechte, die Fortsetzung der Bürgschaft zu verlangen, zukommen, den Bürgen vor Ablauf des zweyten Jahres von der Bürgschaft befreyen. Diese Befreyung zu bewerkstelligen, kann der Bürge den Hauptverpflichteten durch diejenigen gesetzmäßigen Zwangsmittel anhalten, die überhaupt nach Vorschrift der Prozeßordnung statt finden, wenn jemand zu einer ihm rechtskräftig auferlegten Handlung durch Execution genöthigt werden soll.

Von Prämien bey Bürgschaften.

Bei Darlehen, oder andern creditirten Geldern, darf die vorbedungene Belohnung Ein Procent von der verbürgten Summe in der Regel nicht übersteigen. Auch wenn mehrere Bürgen gemeinschaftlich für eine solche Schuld sich verbürgt haben, können sie, zusammen genommen, nur Ein Procent zur Belohnung sich vorbedingen. Dagegen ist, wenn die Bürgschaft mehrere Jahre dauert, die Bestimmung der Prämie auf Ein Procent für jedes Jahr zulässig.

Muß der Bürge baares Geld zur Sicherheit des Gläubigers niederlegen: so kann er außer der vorbedungenen Belohnung, auch die Vergütung der landüblichen Zinsen fordern.

I. 14.
§. 365-
367. S.
599.

I. 14.
§. 370. S.
600.

Von

Von Expromissionen.

I. 14.
§. 399.
400. S.
603.

Wenn jemand eine fremde Schuld statt des ersten Schuldners übernimmt, (Expromission) so fällt alle Verbindung zwischen letzterm und dem Gläubiger hinweg. Zu dergleichen Uebernehmung aber wird allemal ein schriftlicher Vertrag, und die ausdrückliche Einwilligung des Gläubigers erfordert.

I. 14.
§. 401. S.
603.

Ist es nach der Fassung des Instruments, und nach den Umständen zweifelhaft: ob die Parteyen eine Expromission, oder nur eine Bürgschaft haben vollziehen wollen; so wird letzteres vermuthet.

I. 14.
§. 402.
403. S.
603. 604.

Ist derjenige, welcher die fremde Schuld übernommen hat, selbst, Darlehnsverträge zu schließen, unfähig, und dieses dem Gläubiger nicht bekannt gewesen: so bleibt die Verbindlichkeit des ersten Schuldners bey Kräften. Hat aber der Gläubiger die Unfähigkeit des ihm vorgeschlagenen neuen Schuldners gewußt; oder doch, bey Anwendung der gewöhnlichen Aufmerksamkeit, wissen können; und denselben gleichwohl, mit Entlassung des vorigen Schuldners, angenommen: so kann er sich in der Regel auch an letztern nicht ferner halten.

Besonders der Frauenspersonen.

I. 14.
§. 407.
408. S.
604.

Soll eine Frauensperson die Schuld eines Andern durch Expromission übernehmen: so kann dieses gültiger Weise nur gerichtlich geschehen. Auch eine gerichtliche

che

che Expromission kann die Frauensperson unter eben den Umständen, und binnen eben der Zeit widerrufen, als ein Geschenkgeber eine auch gerichtlich vollzogene Schenkung, wegen Uebermaaßes zurücknehmen kann. Tit. XI. §. 1091. fqq.

So weit die Expromission der Frauensperson nach obigen Regeln, §. 407. 408. ungültig ist oder widerrufen wird, kann der Gläubiger an den vorigen Schuldner, welchen er bloß in Rücksicht dieser Expromission entlassen hat, sich wieder halten.

I. 14.
§. 409. S.
604.

So weit die Frauensperson für die Expromission von dem befreyeten Schuldner Vergütung erhalten hat, ist ihre Expromission, gleich jeder andern, gültig und wirksam. Hat die Frauensperson für den ersten Schuldner wirklich Zahlung geleistet, so kann sie dieselbe von dem Gläubiger, unter dem Vorwande, daß ihre Expromission ungültig oder widerruflich gewesen, nicht zurückfordern.

I. 14.
§. 410.
411. S.
604. 605.

Gegen den befreyeten Schuldner aber, dessen Verbindlichkeit sie ohne Vergütung übernommen hat, bleiben ihr ihre Rechte, entweder nach dem zweyten Abschnitte des vorigen Titels, oder nach den Regeln vom Widerrufe der Schenkungen, vorbehalten.

I. 14.
§. 412. S.
605.

VIERTER ABSCHNITT.

*Von Pfändungen.**Wenn Pfändungen zulässig sind.*

I. 14.
§. 414-
418. S.
605. 606.

Pfändungen sind, als eine Art der Privatgewalt, nur alsdann zulässig, wenn ohne dieselben der Zweck der Sicherstellung wegen eines schon erlittenen Schadens, oder der Abwendung nach bevorstehender Beeinträchtigung, durch richterliche Hülfe nicht erlangt werden kann. Sie finden also nur statt, wenn der Beschädiger oder Störer unbekannt, unsicher, oder ein Fremder ist, der innerhalb der Provinz nicht belangt werden kann. Ferner alsdann, wenn die Pfändung das einzige Mittel ist, sich den Beweis der geschehenen Beeinträchtigung oder des erlittenen Schadens zu versichern. Wegen bloß verwirkter Strafen kann eine Privatperson nur alsdann zur Pfändung schreiten, wenn sie ein besonderes Interesse dabey hat, daß durch Vollstreckung der Strafe ihr Recht gegen künftige Beeinträchtigung gesichert werde. Gegen Posten, Staffetten und Curiers ist keine Pfändung erlaubt.

Wie gepfändet werden könne.

I. 14.
§. 423. S.
606.

Um der Sache, welche gepfändet werden soll, sich zu bemächtigen, sollen weder gefährliche Waffen, noch reißende Hunde gebraucht werden.

Was

Was gepfändet werden könne.

In der Regel sind nur Vieh, und andere bewegliche Sachen, ein erlaubter Gegenstand der Pfändung. Aber auch von diesen muß nicht mehr gepfändet werden, als nothwendig ist, um den erlittenen Schaden nach einem ungefähren Ueberſchlage zu decken, oder ſich des Beweiſes der unternommenen Beeinträchtigung zu verſichern.

Von Fracht- und Reifewagen dürfen die geladenen Güter, wider den Willen des Inhabers, nicht gepfändet werden.

Ganze Heerden zu pfänden, iſt nur alsdann erlaubt, wenn einzelne Stücke davon nicht gepfändet werden können, oder wenn durch Pfändung ſolcher einzelnen Stücke der geſetzmäßige Zweck der Pfändung gar nicht zu erreichen ſtünde. Perſonen ſollen nur alſdann angehalten werden, wenn die Sachpfändung entweder gar nicht, oder nicht, ohne ſich zugleich der Perſon zu verſichern, bewerkſtelligt werden kann.

Pflichten der Gerichte bey geſchehenen Pfändungen.

Haben die Gerichte des Orts, wo die Pfändung geſchehen iſt, oder die ganze Gemeinde ein Intereſſe bey der Sache: ſo muß der Gerichtshalter benachbarte unpartheyiſche Gerichte zur Schätzung der gepfändeten Sache zuziehn. Zu dieſer Abſchätzung muß der Gepfändete vorgeladen werden, wenn derſelbe gegenwärtig, oder dergeltalt in der Nähe iſt, daß er binnen vier und

zwanzig Stunden erscheinen könnte. Hat aber der Gepfändete sich entfernt; oder erscheint derselbe auf die ergangene Vorladung nicht: so kann die Abschätzung auch ohne ihn vorgenommen werden.

I. 14.
§. 437.
438. S.
608.

Der Beschädiger ist allemal schuldig, auf die Entschädigungsklage bey den Gerichten des Orts, wo die Pfändung erfolgt ist, sich einzulassen. Hat der Beschädiger auch innerhalb dreyer Tage nach der Abschätzung sich nicht gemeldet: so kann mit gerichtlicher Versteigerung des Pfandes verfahren werden.

Rechte des Pfändenden aus einer gehörig geschehenen Pfändung.

I. 14.
§. 439. S.
608.

Von dem gelöseten Kaufgelde kann der Pfänder den Ersatz des Schadens, alle gerichtlichen und außergerichtlichen durch die Pfändung verursachten Kosten, und das in den Provinzialgesetzen näher bestimmte Pfandgeld fordern.

I. 14.
§. 442. S.
608. 609.

Ist also in dem Falle des §. 429. S. 243. oder sonst eine ganze Heerde angehalten, oder eingetrieben worden: so müssen die Gerichte des Orts, und in Abwesenheit des Justitarii die Dorfgerichte, sofort bestimmen: wie viel Stücke davon nach dem Grundsätze §. 425. S. 243. bis zum Austrage der Sache zurückbehalten werden sollen.

I. 14.
§. 444.
445. S.
609.

Das Pfandgeld verbleibt dem Pfänder, wenn bloß wegen Störung gepfändet worden;

den; oder derselbe sich damit statt des Schadensersatzes begnügen will. Fordert aber der Pfänder besondern Schadensersatz; so muß er die Hälfte des Pfandgelds der gemeinen Kasse des Orts überlassen.

Rechte des Gepfändeten.

So bald der Gepfändete auf rechtliches Gehör anträgt, müssen ihm die Gerichte die gepfändeten Stücke, mit Vorbehalt der Rechte des Pfänders abfolgen lassen. Steht jedoch der Gepfändete unter einer andern Gerichtsbarkeit; oder ist er nicht für hinlänglich sicher zu achten: so kann er die Verabfolgung der Pfänder nur gegen Bestellung einer annehmlichen Caution für Alles das, was der Beschädigte nach §. 439. zu fordern hat, verlangen.

I. 11.
§. 448.
449. S.
609.

Von Pfändungen, die blos zum Schutze gegen Störungen geschehen.

I. 14.
§. 455-
457. S.
610.

Die Klage über die Beeinträchtigung muß bey dem ordentlichen Gerichtsstande, wohin die Sache auch ohne Rücksicht auf die geschehene Pfändung gehören würde, angestellt werden. Ist aber der Gepfändete ein Ausländer: so muß er Caution bestellen, daß er vor den Gerichten des Orts sich einlassen, und was erkannt werden wird, gehörig befolgen wolle. Weigert er sich dessen, so soll das Pfand gerichtlich verkauft, Pfandgeld und Kosten davon bestritten, der Ueberrest in das

richtliche Depofitum genommen, und dem Pfänder Recognition ertheilt werden.

Excesse bey Pfändungen.

I. 14.
§. 459. S.
610. 611.

Wer sich dem Pfändenden im Begriffe der vorzunehmenden Pfändung entzieht, muß das Pfandgeld doppelt, und wer sich der Pfändung mit Gewalt widersetzt, muß dasselbe vierfach entrichten.

I. 14.
§. 459.
460. S.
611.

Der das einfache Pfandgeld übersteigende Betrag fällt, als Strafe, allemal der gemeinen Kasse des Orts anheim.

I. 14.
§. 462. S.
611.

Wer unrechtmässiger Weise gepfändet hat, muß das Pfand dem Andern kostenfrey zurückliefern, und demselben für den verursachten Schaden und entgangenen Gewinn vollständige Genugthuung leisten.

I. 14.
§. 464. S.
611.

Ist die unrechtmässige Pfändung ohne Verübung persönlicher Gewalt geschehen; so dient der Betrag des im Falle der Rechtmässigkeit zu erlegen gewesenen Pfandgeldes, zum Maassstabe der dem unbefugten Pfänder aufzulegenden Geldstrafe.

FÜNFTER ABSCHNITT.

Von Protestationen.

I. 14.
§. 468. S.
612.

Von Protestationen zur Unterbrechung der Verjährung; zur Verhütung der für ein Realrecht auf ein Grundstück durch die Anträge und Verfügungen eines Dritten bey dem Hypothekenbuche zu besorgenden Nachtheils; ingleichen von Wechselprotestationen, ist das Erforderliche

derliche gehörigen Orts vorgeschrieben. Tit. VIII. §. 603. Tit. XX. §. 415. Th. II. Tit VIII. Abschn. VIII.

FUNFZEHNTER TITEL.

Von Verfolgung des Eigenthums.

Was für Sachen nicht vindicirt werden können.

Sachen, die von dem Fisco, oder bey öffentlichen Versteigerungen erkauf worden, sind keiner Vindication unterworfen. I. 15.
§. 42. S.
618.

Ein Gleiches gilt von Sachen, die in den Läden solcher Kaufleute, welche die Gilde gewonnen haben, erkauf worden. I. 15.
§. 43. S.
618.

Wer außerdem eine Sache auf Messen und Märkten, oder sonst von Leuten, welche Sachen dieser Art unter obrigkeitlicher Erlaubniss öffentlich feil haben, erkauf hat, dem kommen, wegen der nur gegen Ersatz zu leistenden Rückgabe, die Rechte eines redlichen Besitzers zu. I. 15.
§. 44. S.
618.

Die auf jeden Inhaber lautenden Papieren und Urkunden rechnen, so lange dieselben nicht außer Curs gesetzt sind, nicht vindicirt wird. I. 15.
§. 47. S.
618. 619.

Außer Curs sind solche Papiere gesetzt, wenn a) der Eigenthümer sein Recht daran, auf eine in die Augen fallende Art, auf dem Instrumente selbst vermerkt hat; ingleichen b) alsdann, wenn auf den unter öffentlicher Autorität ausgefertigten Papieren die-

fer Art, durch einen den Regeln des Instituts gemäßen Vermerk erklärt ist: daß sie nicht mehr an jeden Inhaber zahlbar seyn sollen.

I. 15.
§. 51. 52.
S. 619.

Privatvermerke (§. 48.) können nicht anders, als nach vorhergegangener gerichtlicher Untersuchung, durch ein auf das Instrument selbst gesetztes gerichtliches Attest aufgehoben, und das Papier wieder in Curs gesetzt werden. Die vorstehenden sub b. §. 49. beschriebenen Vermerke hingegen kann nur dasjenige Institut, welches sie gemacht hat, wieder aufheben.

SECHSZEHNTER TITEL.

Von den Arten, wie Rechte und Verbindlichkeiten aufhören.

ERSTER ABSCHNITT.

ZWEITER ABSCHNITT.

Von den Zahlung.

Wem gültig gezahlt werden könne.

I. 16.
§. 37. S.
624. 625.

Wie weit einem Ehemanne für seine Frau; einem Vater für seine Kinder; einem Bevollmächtigten für seinen Machtgeber; einem Verwalter für seinen Principal; den Vorstehern der Corporationen; den Administratoren des Fiskus; und den Vormündern für ihre Pflegebefohlenen, gültig gezahlt werden könne: ist nach den die Befugniss dieser Personen näher bestimmenden besondern Gesetzen zu beurtheilen. Th. II. Tit. I. Sect. V. VI. Tit. II. Sect. III. Tit. VI. Sect. XIV.

Sect. XIV. Tit. XVIII. Sect. V. Th. I. Tit. XIII.
Sect. I. Tit. XIV. Sect. II.

Wer gültig Zahlung leisten könne.

Ueberhaupt tritt in der Regel der Zahlende, gegen den Schuldner, auch ohne ausdrückliche Cession, in die Rechte des bezahlten Gläubigers. In so fern aber der bezahlten Forderung nach ihrer Qualität gewisse Vorrechte beywohnen, kann der Zahlende sich dieser Vorrechte gegen einen Dritten, ohne ausdrückliche Cession, in der Regel, und wenn nicht besondere Gesetze ein Anderes vorschreiben, nicht bedienen. Eben so erlangt der Zahlende, auf eine für die Forderung durch Bürgen oder Pfand bestellte Sicherheit, die Rechte des Gläubigers in der Regel nur durch die ausdrückliche Cession desselben.

I. 16.
§. 46. 48.
S. 626.

Von abschläglichen und Rückzahlungen.

In welchen Fällen der Richter einen Gläubiger zur Annahme abschläglicher Zahlungen anhalten könne, bestimmt die Prozeßordnung.

I. 16.
§. 60. S.
627.

Vom Voranszahlen bey Alimenten.

Alimente, sie mögen aus einem Vertrage oder letzten Willenserklärung, oder vermöge des Gesetzes zu entrichten seyn, müssen allemal voraus bezahlt werden. Wenn der Termin, auf wie lange die Vorausbezahlung jedesmal geschehen solle, anderwärts nicht bestimmt ist, so muß ein Vierteljahr vorausbezahlt werden.

I. 16.
§. 61. 62,
S. 627.

I. 16.
§. 63. S.
627. 628. Hat der Verpflegende den Anfang des Zeitraums, auf welchen er die Vorausbezahlung zu fordern hat, erlebt, und sind die Alimente selbst auf ein Geldquantum bestimmt: so muß der Antheil dieses ganzen Zeitraums entrichtet werden; wenn auch der Empfänger vor dessen Ablaufe verstorben wäre.

Münzforte.

I. 16.
§. 76. S.
629. Jede Zahlung muß, wenn nicht besondere Verabredungen oder Gesetze auf Gold oder Scheidemünze vorhanden sind, in dem zur Zahlungszeit gangbaren Preussischen Silber-Courant geleistet und angenommen werden.

I. 16.
§. 77. S.
629. Zahlungen unter Zehn Thalern müssen, im Mangel näherer Bestimmungen, ganz in Scheidemünze, und unter Dreißig Thalern halb in Courant, halb in Scheidemünze angenommen werden.

I. 16.
§. 79-81.
S. 630. Bey Zahlungen, die in den Preussischen Landen zu leisten sind, kann der Schuldner auswärtige in den Preussischen Landen nicht cursirende Münzsorten zu entrichten, niemals gezwungen werden. Ausgenommen ist der Fall, wenn auswärtige Münzsorten als Waare gekauft worden, und dem Käufer abgeliefert werden sollen. Wenn in allen übrigen Fällen die verschriebene auswärtige Münzforte in der Zwischenzeit, bis zu der in hiesigen Landen zu leistenden Zahlung, außer Cours gesetzt worden ist: so kann auch der Gläubiger statt derselben Preussische Münzsorten fordern.

Uebri-

Uebrigens hat es bey demjenigen, was wegen der zu zahlenden Münzforten bey Verträgen überhaupt, bey Kauf- und Darlehnsverträgen insonderheit, bey Vermächtnissen, und andern Geschäften verordnet ist, sein Bewenden. Tit. V. §. 257. 258. Tit. XI. §. 56. 57. §. 778. seqq. Tit. XII. §. 450. 451.

Von Zahlungen in kaufmännischem und Wechselverkehre sind nähere Bestimmungen im Kaufmannsrechte enthalten. Th. II. Tit. VIII. Sect. VII. VIII.

Von Quittungen.

Ist die Zahlung nicht durch den Schuldner selbst, noch auf dessen Befehl oder Auftrag, sondern durch einen Andern geleistet worden: so muß auch dieser in der Quittung benannt werden.

Wenn bey Zinsenzahlungen und bey fortwährenden Praestationen, zwischen dem Zahler und Empfänger bisher eine gewisse, obschon fehlerhafte, Form von Quittungen üblich gewesen: so kann der Schuldner dem nicht am Orte gegenwärtigen Gläubiger die Zahlung gegen eine solche Quittung nicht verweigern.

Personen, die des Schreibens nicht mächtig, oder sonst wegen körperlicher Fehler, zu schreiben, verhindert sind, müssen ihre Quittungen unter Zuziehung zweyer Instrumentszeugen, mit Kreuzen oder ihrem sonst gewöhnlichen Handzeichen unterzeichnen.

Bey

I. 16.
§. 94. 96.
S. 632.

Bey Posten von Funfzig Thalern, und weniger, ist die Zuziehung auch nur Eines Instrumentzeugens hinreichend. Die Zeugen müssen bey ihrer Unterschrift attestiren, daß der Zahlungsnehmer dies Zeichen in ihrer Gegenwart beygefügt habe. Beträgt die gezahlte Summe Funfzig Thaler oder mehr: so kann der Zahlungsleister verlangen, daß die Quittung in eben der Form ausgestellt werde, welche bey den Verträgen solcher Personen vorgeschrieben ist. Tit. V. §. 171. sqq.

In wie fern die Rückgabe des Instruments die Zahlung erweise.

I. 16.
§. 97-101.
S. 632.

Daraus allein, daß das Schuldinstrument sich in den Händen des gewesenen Schuldners befindet, folgt, (gezogene Wechsel allein ausgenommen) noch nicht, daß die Schuld bezahlt worden. Erhellet jedoch, daß der Gläubiger selbst dem Schuldner das Instrument zurückgegeben habe: so wird, daß die Schuld getilgt sey, so lange vermuthet, als nicht eine andere Ursach der geschehenen Rückgabe ausgemittelt werden kann. Wenn nicht erhellet, wie der Schuldner zum Besitze des Instruments gelangt sey: so entsteht aus diesem Besitze zwar ebenfalls eine Vermuthung für den Schuldner; es hängt aber alsdann, nach Bewandniss der übrigen vorwaltenden Umstände, vom richterlichen Ermessen ab: in wie fern diese

se

se Vermuthung, bey Ermangelung anderer Beweismittel, durch einen nothwendigen Eid bestärkt, oder gehoben werden solle. Es ist daher der Zahlende mit der Rückgabe des Instruments sich zu begnügen, niemals schuldig; sondern er kann noch außerdem ausdrückliche Quittung verlangen.

Ob die Cassation desselben die Stelle der Quittung vertrete.

Wenn das Instrument bey dem Gläubiger, oder im dessen Nachlasse zerrissen, zer schnitten, oder sonst cassirt vorgefunden wird: so entsteht die rechtliche Vermuthung, daß die Forderung selbst, welche dadurch begründet werden soll, auf eine oder die andere Art aufgehoben worden sey.

I. 16,
§. 102. S.
633.

Beweiskraft der Quittungen.

Eine gesetzmäfsig eingerichtete Quittung bewirkt sogleich, als sie dem Schuldner ausgehändigt worden, für denselben einen rechtlichen Beweis, der nach dem Inhalte der Quittung geleisteten Zahlung. Dem Aussteller bleibt aber das Recht, das Gegentheil nachzuweisen, vorbehalten. Hat jedoch der Aussteller einen längern als dreymonathlichen Zeitraum verstreichen lassen, ohne den Schuldner wegen nicht geleisteter Zahlung zu belangen, und die Quittung, als blos in Erwartung der Zahlung ausgestellt, zurückzufordern: so soll in Ermangelung einer vollständigen Aufklärung der Thatfache, der Inhaber der Quittung eher zum **R e i n i g u n g s** - als der Aussteller zum

I. 16.
§. 105.
107. S.
633.

zum Erfüllungsseide gelassen werden. Auch kann der Aussteller, nach Verlauf dieser Frist, den Erben des Schuldners über nicht erfolgte Zahlung keinen Eid zu schieben.

I. 16.
§. 120. S.
635.

Kaufleute, die ordentliche Handlungsbücher zu führen schuldig sind, können sich nicht entbrechen, dem zahlenden Schuldner, an welchen sie zur Zeit der Zahlung keine Forderung mehr zu haben eingestehen, eine allgemeine Quittung, daßs bis dahin alles berichtigt sey, zu ertheilen.

I. 16.
§. 121.
122. S.
635.

Gegen eine solche Quittung findet keine Nachforderung älterer Posten, unter dem Verwande, daßs dieselben noch nicht zahlbar, oder unbekannt gewesen, statt. Doch erstreckt sich dieses nur auf Forderungen, die zu den kaufmännischen Geschäften des Ausstellers gehören.

I. 16.
§. 124. S.
635.

In wie fern Zahlungen durch Vermerke auf Kerbhölzern bewiesen werden können, ist nach den, wegen Beweiskraft der Kerbhölzer überhaupt, in der Prozeßordnung enthaltenen Vorschriften zu beurtheilen.

Rechtliche Praesumtionen aus Quittungen.

I. 16.
§. 133.
138. S.
637.

Wenn bey terminlichen Zahlungen oder Leistungen, durch Quittungen, oder sonst nachgewiesen werden kann, daßs dieselbe für zwey auf einander folgende Termine von dem Schuldner abgeführt, und von dem Gläubiger ohne Vorbehalt angenommen worden: so wird vermuthet, daßs auch die ältern Termine berichtigt

tigt sind. Diese Vermuthung findet statt, wenn gleich die Berichtigung der beyden Termine nicht durch Zahlung, sondern durch Compensation oder Erlass, jedoch ohne Vorbehalt geschehen ist. Auch hindert es nicht, wenn gleich die in den Quittungen ausgedrückte Summe mit dem, was eigentlich hat gezahlt werden sollen, nicht übereinstimmt. Dagegen ist es, um diese rechtliche Vermuthung zu begründen, nothwendig, daß die Quittungen von mehrern vergangenen, aber nicht unmittelbar aufeinander folgenden Terminen vorhanden sind. Alsdann hängt es von richterlicher Beurtheilung ab: in wie fern, nach Bewandniss der übrigen vorwaltenden Umstände, auf einen Erfüllungs- oder Reinigungseid zu erkennen sey.

Ist in allgemeinen Ausdrücken über die bis zu einem gewissen Termine berichtigten Praestationen quittirt: so gilt die Vermuthung, daß alle bis dahin fällig gewesene Termine berichtigt worden; wenn gleich das in der Quittung ausgedrückte Quantum nur den Betrag des letzten fälligen Termins ausmacht.

Wenn in verschiedenen Quittungen über fortwährende Praestationen die Beschaffenheit des Rechts, aus welchem sie entspringen, verschieden angegeben worden: so muß diese Beschaffenheit, falls sie nicht auf andere Art auszumitteln ist, nach den ältern

Quit-

I. 16.
§. 139. S.
637.

I. 16.
§. 141.
142. S.
638.

Quittungen beurtheilt werden. Ist aber die Quantität, welche entrichtet werden soll, in ältern und neuern Quittungen verschieden angegeben: so streitet die Vermuthung für das, was in den neuern Quittungen enthalten ist.

I. 16.
§. 143.
144. S.
638.

Ist in einer Reihe von drey auf einander folgenden Jahren die Zahlung oder Lieferung immer auf einerley Weise geleistet, und ohne Vorbehalt angenommen worden: so ist zu vermuthen, daß die Zahlung auf so hoch vergleichsweise bestimmt sey. Diese Vermuthung fällt aber hinweg, wenn nach den übrigen vorwaltenden Umständen ein gültiger Vergleich zwischen dem Schuldner und dem Empfänger nicht gedacht werden kann.

I. 16.
§. 147. S.
638. 639.

Wenn Kaufleute über die Rechnung des letztern Jahres, die am Schlusse desselben gemacht worden, ohne Vorbehalt quittirt haben: so sind auch die Rechnungen der vorhergehenden Jahre für abgethan zu achten.

I. 16.
§. 148. S.
639.

Ein Gleiches gilt auch bey Apothekern, Handwerkern, und andern, welche entweder mit ihreh Kunden überhaupt, oder mit dem Inhaber der Quittung insonderheit, erweislich in dem Verhältnisse stehn, daß sie sich mit denselben, wegen ihrer Lieferungen oder Leistungen, alljährig in einem gewissen Termine zu berechnen und auseinander zu setzen pflegen.

Wirkungen der Zahlung.

Hat der Schuldner die Zahlung ausdrücklich auf eine gewisse Post geleistet, und der Gläubiger selbige angenommen, ohne seinen Widerspruch innerhalb den Tit. V. §. 91. u. f. f. oben S. 9. bestimmten Fristen nach Empfang des Geldes gegen den Zahlenden zu äußern: so kann er diese Zahlung nachher auf eine andere Forderung nicht anrechnen.

I. 16.
§. 151. S.
639.

Hat der Gläubiger die ohne weitere Bestimmung gezahlte Summe ausdrücklich auf eine gewisse Post angerechnet, und der Schuldner hat solcher nicht binnen obgedachten Fristen nach Empfang der Quittung widersprochen: so muß er sich diese Anechnung auch in der Folge gefallen lassen.

I. 16.
§. 152. S.
639.

Vom Vorbehalte bey Zahlungen.

Wird eine Zahlung mit Vorbehalt geleistet: so bleibt dem Zahlenden das Recht, seine Einwendungen gegen die Zahlungsverbindlichkeit auch nachher noch geltend zu machen. Ein solcher Vorbehalt aber muß schriftlich erklärt, oder in der von dem Zahlungsnehmer ausgestellten Quittung anerkannt seyn. Diese Vorschrift gilt auch bey Posten von Funfzig Thalern und weniger, so bald darüber eine schriftliche Quittung ertheilt worden.

I. 16.
§. 160.
162. S.
640.

Von der Rückforderung einer aus Irrthum geleisteten Zahlung.

Die zu früh geleistete Zahlung einer Schuld, deren Zahlungstermin von einem künftigen der

I. 16.
§. 169. S.
641.

R

Zeit

Zeit nach ungewissen Ereignisse abhieng, kann nur alsdann zurückgefordert werden, wenn der Zahlende in Ansehung dieses Ereignisses selbst, in einem an sich die Rückforderung begründeten Irrthume schwebte.

I. 16.
§. 170. S.
641. 642.

Was aus einem Geschäfte, das wegen der Unfähigkeit des einen Theiles nach den Gesetzen für ihn unverbindlich war, vor gehobener Unfähigkeit gezahlt worden, das kann so weit, als der Unfähige auch nicht wegen geschehener Verwendung in seinen Nutzen verpflichtet war, zurückgefordert werden.

I. 16.
§. 171. S.
642.

Hat ein Unfähiger eine an sich verbindliche aber unzinsbare Schuld zu früh bezahlt: so ist er von dem Empfänger, wegen der Zinsen für die Zwischenzeit, Vergütung zu fordern, berechtigt.

I. 16.
§. 172-
175. S.
642.

Zahlungen aus einem Geschäfte, welches gegen ein ausdrückliches Verbotsgesetz läuft, kann zwar der Zahlende nicht zurückfordern; der Fiskus aber hat das Recht, dem Empfänger den verbotenen Gewinn zu entreißen. War der Zahlende eine nach den Gesetzen zur Uebernehmung von Verbindlichkeiten unfähige Person: so kann die von selbigem auch aus einem unerlaubten Geschäfte geleistete Zahlung zurückgefordert werden. Doch bleibt derselbe, wegen seiner Theilnahme an der unerlaubten Handlung, aus welcher die Zahlung geschehen ist, dem Fiskus

kus

kus zur Strafe gleich dem Empfänger verhaftet.

Soll aufer vorstehend bestimmten Fällen eine ohne Vorbehalt geleistete Zahlung widerrufen werden: so muß ausgemittelt seyn: I. 16.
§. 178. S.
643. 642.
1) daß für die Person des Zahlenden gar keine, auch nicht eine bloß moralische Verbindlichkeit zur Zahlung vorhanden gewesen sey; 2) daß der Empfänger dadurch einen Vortheil erlangt habe, zu welchem er gar kein Recht hatte; 3) daß die Zahlung aus einem wirklichen Irrthume geschehen sey.

War bey dem Zahlenden eine, auch nur I. 16.
§. 179. S.
643. unvollkommene Pflicht zur Zahlung vorhanden; so findet keine Rückforderung statt; wenn gleich derselbe, wegen eines vorhandenen positiven Gesetzes, zur Zahlung wider seinen Willen nicht hätte angehalten werden können.

Sind endlich zwar die übrigen §. 178. bestimmten Erfordernisse vorhanden; es kann I. 16.
§. 181. S.
643. aber nicht nachgewiesen, oder sonst aus den Umständen klar entnommen werden, daß die Zahlung wirklich aus Irrthum geschehen sey; so ist das Geschäft nicht nach den Regeln von Zahlungen, sondern von Schenkungen zu beurtheilen.

Ist ein Vertrag, eine letztwillige Ver- I. 16.
§. 182.
183. S.
643. ordnung, oder ein Urtheil, auf deren Grund jemand Zahlung geleistet hat, in der Folge für ungültig erklärt worden: so ist zwar anzu-

nehmen, daß die Zahlung aus Irrthum erfolgt sey. Ob aber der Zahlende auch in diesem Falle ein Rückforderungsrecht habe, hängt davon ab: ob auch die übrigen beyden Erfordernisse des §. 178. S. S. 259. vorhanden sind.

I. 16.
§. 184. S.
644.

Hat jemand den Vertrag, die letztwillige Verordnung, oder das Urtheil, aus welchem er eine Zahlung geleistet hatte, wegen eines Mangels an der durch positive Gesetze bestimmten Form selbst angefochten, und blos aus diesem Grunde die Nichtigkeitserklärung derselben bewirkt: so kann er dennoch die daraus einmal geleisteten Zahlungen nicht zurückfordern. §. 178.

I. 16.
§. 193. S.
645.

Wer eine Geldsumme, oder andere verbrauchbare Sache, die er nicht zu fordern hatte, als Zahlung annimmt, haftet dafür, in so fern überhaupt eine Rückforderung statt findet, als für ein Darlehn.

I. 16.
§. 194.
195. S.
645.

Hat er gewußt, daß er eine solche Zahlung nicht zu fordern habe, so muß er davon den höchsten erlaubten Zinssatz, vom Tage des Empfanges an, entrichten. Ist er selbst im Irrthume gewesen, so wird er zu Verzögerungszinsen nur vom Tage der eingehändigten Vorladung verpflichtet.

Von Zahlungen zu einem unerlaubten Zwecke.

I. 16.
§. 205.
206. S.
646. 647.

Was zu einem unerlaubten Zwecke gegeben worden, kann nur der Fiskus zurückfordern. Ein Gleiches gilt von dem, was zu

zu einem wider die Ehrbarkeit laufenden Zwecke gegeben worden, sobald dieser Zweck, und das Verwerfliche desselben, auch dem Empfänger bekannt war.

Wer einer in öffentlichen Bedienungen stehenden Person dafür, daß sie ihr Amt ausübe, eine in den Gesetzen nicht gebilligte Belohnung freywillig gegeben hat, kann dieselbe niemals zurückfordern. Vielmehr fallen dergleichen freywillig gegebene, oder auch nur bestimmt angebotene Belohnungen, dem Fiskus anheim. Wer aber durch das Verhalten des Empfängers zu einer solchen Gabe verleitet worden, der kann dieselbe zurückfordern.

I. 16.
§. 210.
212. S.
647.

DRITTER ABSCHNITT.

Von der Deposition.

Ob die Hauptsache vor den Richter, wo die Deposition geschehen ist, gehöre, oder nicht, bestimmt die Prozeßordnung.

I. 16.
§. 225. S.
649.

Was bey der Deposition sonst Rechtens ist, ist theils in der Depositionsordnung, theils im Titel vom Verwahrungsvertrage vorgeschrieben.

I. 16.
§. 233. S.
650.

Tit. XIII. Sect. I.

VIERTER ABSCHNITT.

*Von der Angabe an Zahlungsstatt.**Wenn eine Angabe an Zahlungsstatt vorhanden sey.*

I. 16.
§. 238-
241. S.
561.

So lange über den Preis der Sache noch kein Einverständniß vorhanden ist, bleibt das Eigenthum davon mit allen seinen rechtlichen Folgen dem Schuldner, und der Gläubiger haftet, bey der Verwahrung derselben, nur für ein grobes Versehen. Hat eben der Schuldner dem Gläubiger zu seiner Erklärung: ob er die Sache für den bestimmten Preis annehmen wolle, eine längere Frist nicht ausdrücklich verstattet, so muß der Gläubiger diese Erklärung innerhalb der Tit. V. §. 91. u. (s. oben S. 9.) bestimmten Fristen abgeben. Unterläßt er dieses, so hängt es von dem Schuldner ab, die Sache nach eignem Gutfinden zurück zu fordern. Hat der Gläubiger die Tit. V. §. 91. fqq. bestimmten Fristen verstreichen lassen, ohne die Sache dem Schuldner zurück zu geben: so muß er, während der fortgesetzten Unterhandlungen über den Preis, bey Verwahrung der Sache nicht bloß für ein grobes, sondern auch für ein mäßiges Versehen haften.

Wirkungen derselben.

I. 16.
§. 243. S.
651. 652.

Wird jedoch die Sache innerhalb Jahresfrist, nachdem sie an Zahlungsstatt gegeben worden, ganz oder zum Theil von einem Dritten in Anspruch genommen: so steht dem Gläubiger frey, gegen Rückgabe der Sache
so

so fort baare Zahlung zu fordern, und die Ausführung des Prozesses gegen den Dritten dem Schuldner zu überlassen.

Erfolgt der Anspruch des Dritten erst nach Ablauf des Jahres, so hat der Gläubiger gegen den gewesenen Schuldner, in Ansehung der Gewährleistung, nur eben die Rechte, wie ein Käufer gegen seinen Verkäufer.

I. 16.
§. 245. S.
652.

FÜNFTER ABSCHNITT.

Von Anweisungen.

Form.

Bey Summen, wo die Gesetze schriftliche Verträge erfordern, müssen auch Anweisungen schriftlich ertheilt, und von dem, welcher daraus Zahlung leisten soll (dem Assignaten) schriftlich angenommen werden.

I. 16.
§. 253. S.
653.

Bekanntmachung der geschehenen Assignment.

War in der Anweisung selbst einer besondern Bekanntmachung gedacht; und der Assignat hat bey der Annahme schriftlich erklärt, daß er dieselbe nur in Erwartung der versprochenen Bekanntmachung leiste: so ist der Assignat, wenn die Bekanntmachung bis zum Zahlungstermine nicht eingeht, oder er den Inhalt für sich nachtheilig findet, an die Annahme nicht gebunden.

I. 16.
§. 272. S.
655.

Pflichten des Assignatarii wegen Einziehung der angewiesenen Sache oder Summe.

Der Angewiesene muß, wenn nicht ein Anderes verabredet worden, die angewiesene Post

I. 16.
§. 277. S.
656.

innen Vierzehn Tagen, von Zeit der geschehenen Anweisung, einzuziehen sich anlegen seyn lassen.

I. 16.
§. 278.
279. S.
656.

Wohnt der Assignat an einem andern Orte, als wo der Angewiesene sich aufhält: so wird diese Frist von der Zeit an gerechnet, wo die Anweisung dem Assignaten an seinem Wohnorte vorgezeigt werden konnte. War die angewiesene Schuld zur Zeit der Anweisung noch nicht zahlbar: so nimmt die Frist erst mit dem Verfalltage ihren Anfang.

Rechte und Pflichten des Assignatarii bey nicht erfolgter Annahme.

I. 16.
§. 280-
282. S.
656. 657.

Weigert der Assignat die Annahme; so muß der Angewiesene dem Anweisenden so fort Nachricht davon ertheilen, und demselben die weitere Verfügung überlassen. Doch hat der Angewiesene, wenn er die assignirte Post im Namen des Anweisenden einklagt, die Vermuthung einer Vollmacht für sich. Tit. XIII. §. 119. seqq.

Ingleichen bey nicht erfolgter Zahlung.

I. 16.
§. 285-
288. S.
657.

Will aber auch der Angewiesene gegen den Assignaten aus der Annahme klagen: so muß er dennoch dem Anweisenden von der unterbliebenen Zahlung, und angestellten Klage, ohne Verzug Nachricht geben. Unterläßt er dieses, so muß er selbst ein geringes bey dem Betriebe des Prozesses, oder der Executor begangenes Versehen, gegen den Anweisenden vertreten. Hat aber der angewie-

wie-

wiesene Gläubiger seine gesetzmässigen Pflichten beobachtet; so kann er zu allen Zeiten die Fortsetzung des Prozesses und der Execution gegen den Assignaten dem Anweisenden überlassen, und sich nach wie vor an diesen, als seinen Schuldner halten. Doch muß er in diesem Falle alles das beobachten, was die Gesetze einem Bevollmächtigten, welcher vor beendigtem Geschäfte die Vollmacht aufgekündigt hat, vorschreiben. Tit. XIII. §. 159. seqq.

Von kaufmännischen Assignationen.

Was bey kaufmännischen Assignationen gelte, ist gehörigen Orts vorgeschrieben. Th. II. Tit. VIII. Sect. IX. und gehört ins Handlungsrecht.

I. 16.
§ 297. S.
658.

SECHSTER ABSCHNITT.

Von der Compensation.

Von Compensationen in Concurfen.

In Concurfen findet die Compensation gegen den Gläubiger statt, wenn gegenseitige Forderungen zwischen dem Gemeinschuldner, und einem Gläubiger desselben, schon vor eröffnetem Concurse bestanden haben; ferner, wenn jemand an die Concursmasse, oder an den ganzen Inbegrif der Gläubiger, erst nach eröffnetem Concurse eine Forderung erlangt hat, und ihr etwas schuldig geworden ist. Allein dann nicht, wenn jemand Gläubiger des Gemeinschuldners vor eröffnetem Concurse gewesen, und erst nachher der Masse etwas

I. 16.
§. 317.
318. 321.
322. S.
662.

schuldig geworden ist. Doch findet in diesem Falle die Compensation statt, wenn der Gemeinschuldner die Befugniß zur Compensation einer gegenwärtigen Forderung, womit er dem Gläubiger verhaftet ist, auf eine künftige Schuld, womit dieser ihm verhaftet werden wird, dem künftigen Schuldner, schon vor eröffnetem Concurse, ausdrücklich eingeräumt hat.

Nur bei fälligen und gleichartigen Forderungen findet Compensation statt.

I. 16.
§. 352-
355. S.
666.

Zwischen Forderungen, die zu verschiedenen Zeiten zahlbar sind, findet gegen den Willen des einen oder des andern Theils keine Compensation statt. Wenn jedoch in Concurse jemand an den Gemeinschuldner eine sofort fällige Forderung hat und dagegen aus einem mit demselben geschlossenen Geschäfte der Masse, jedoch nur dergestalt verhaftet ist, daß seine Schuld erst nach einem gewissen Zeitverlaufe fällig wird: so steht es ihm frey, sich des Compensationsrechts sofort zu bedienen. Ist aber jemand dem Gemeinschuldner zu einer bereits fälligen Zahlung verhaftet, und hat dagegen eine Forderung an die Masse, deren Verfalltag noch nicht eingetreten ist: so findet zwar gleichergestalt die Compensation statt. Doch muß ein solcher Schuldner der Masse derselben wegen der Zinsen für die Zwischenzeit, bis seine Forderung fällig wird, gerecht werden.

Wer

Wer seinem Schuldner freywillig, oder aufrichterlichen Befehl Zahlungsfristen gestattet hat, kann das, was er demselben in der Zwischenzeit schuldig wird, auf die nächstkünftigen Zahlungstermine abrechnen.

I. 16.
§. 356-
358. S.
667.

SIEBENTER ABSCHNITT.

Von Entsagung der Rechte.

Von Entsagung der Einwendungen.

Welche Arten der Einwendungen auch nach erfolgter rechtskräftiger Entscheidung noch gebraucht werden können, bestimmt die Prozeßordnung.

I. 16.
§. 383.
384. S.
670.

Von Entsagungen überhaupt.

Was von der Annahme einer Schenkung verordnet ist, gilt auch von der Annahme eines Erlasses, oder einer Verzichtsleistung. Tit. XI. §. 1048. seqq.

I. 16.
§. 388. S.
671.

Aus der bloßen von dem Berechtigten geschehenen Rückgabe des Instruments, über eine nicht durch eigentliche Zahlung zu erfüllende Verbindlichkeit, folgt allein noch kein Erlass derselben. Wenn jedoch der Verpflichtete einen andern Grund, wodurch die Verbindlichkeit gehoben worden, anführt: so dient der Umstand, daß ihm das Instrument von dem Berechtigten zurückgegeben worden, zur Unterstützung seiner Angabe; und es kann dadurch, nach richterlichem Ermessen, und nach Bewandniß der übri-

I. 16.
§. 390.
391. S.
671.

übrigen zutretenden Umstände, ein Erfüllungs- oder Reinigungs-*eid* begründet werden.

I. 16.
§. 239. S.
671.

Gerichtliche Entfagungen bedürfen keiner Annahme.

Die übrigen Titel dies ersten Theils des Gesetzbuchs, von denen der Siebenzehnte: vom gemeinschaftlichen Eigenthume,

der Achtzehnte: vom getheilten Eigenthume, von Lehen und Erbzins;

der Neunzehnte: von Rechten auf fremdes Eigenthum;

der Zwanzigste: vom Rechte auf die Substanz einer fremden Sache;

der Ein und zwanzigste: vom Rechte zum Gebrauche, oder der Nutzung fremden Eigenthums und

der Zwey und zwanzigste: von der Rechten der Grundstücken gegen einander handelt, gehören nicht zum Zwecke des gegenwärtigen Handbuchs und werden wahrscheinlich nach einem besondern Plane unter dem Titel: Lehnrecht, Rechte der Grundstücke u. f. w. mitgetheilt werden.

A u s d e s

Z W E Y T E N T H E I L E S

A C H T E N T I T E L S.

A C H T E M A B S C H N I T T E. *)

Von der Wechselfähigkeit.

Wer überhaupt unfähig ist, Verträge zu schliessen, kann sich nicht wechselfähig verbinden. S. I. Th. Tit. V. §. 9-31. Gleicher Fall ist mit dem, der in Ansehung der Fähigkeit, Darlehnsverträge zu schliessen, eingeschränkt ist. S. I. Th. Tit. XI. §. 677. seqq.

II. 8.
§. 715.
716. S.
400.

Selbst in den Fällen, da die von dergleichen Personen geschlossenen Verträge, oder aufgenommenen Darlehne, unter gewissen Umständen gültig werden, findet gegen sie weder wechselfähiges Verfahren, noch Wechselexecution statt. I. Th. Tit. XI. §. 707. seqq.

II. 8.
717. S.
480.

In der Regel, ist nur derjenige wechselfähig, welcher die Rechte eines Kaufmannes hat. Diese

II. 8.
§. 718.
719. S.
480.

*) Die Gründe, warum weder vom Ehe- noch von den Familien- und Erbrechten, noch von den Rechten der Grundstücken der besondern Stände hier etwas enthalten ist, sind in der Vorrede angegeben. Die Materie von der Wechselfähigkeit aber, in welcher ohnehin so viele von den gemeinen Rechten abweichende Verordnungen enthalten sind, glaubte ich hier noch anhängen zu müssen. Die übrigen Verordnungen vom Wechselrechte können am füglichsten im Kaufmannsrechte mit vorgetragen werden.

Diese Wechselfähigkeit hört auch nach niedergelegter Handlung, nicht eher auf, als bis eine Veränderung des Standes vorhergegangen ist.

II. 8.
§. 720.
723. S.
480.

Die Inhaber der Fabriken, ingleichen die Apotheker, sind in Ansehung der Wechselgeschäfte den Kaufleuten gleich zu achten. Eben dies findet in Absicht derjenigen statt, welche nach den besondern Verfassungen eines jeden Ortes, die Befugnisse erhalten haben, für eigne Rechnung, zur See oder auf Strömen, Schiffarth zu treiben. Diesen wird, bey Seeschiffen der Capitain, oder derjenige, welchem die Führung des ganzen Schiffes anvertraut worden, gleich geachtet. Auch Juden ohne Unterschied sind dem Wechselrechte unterworfen.

II. 8.
§. 724. S.
480. f.

Frauenspersonen, welche Kaufmannschaft treiben, bleiben wegen der in Qualität, geschlossenen Wechselgeschäfte ihren Gläubigern, auch nach niedergelegter Handlung, wechselmäfsig verpflichtet.

II. 8.
§. 726.
727. S.
481.

Wirkliche Besitzer adelicher Güter, ferner die Haupt- oder Generalpächter Landesherrlicher oder Prinzlicher Aemter, sind für wechselfähig zu achten. Wenn der Besitztitel, eines adlichen Gutsbesitzers im Hypothekenbuche gelöscht worden: oder wenn die Pacht aufgehoben ist: so erlöscht die darauf gegründete Wechselfähigkeit.

II. 8.
§. 728.
S. 481.

Alle übrige Landeseinwohner, ausser vorstehend benannten Personen, können sich in der Regel nicht wechselmäfsig verpflichten. Doch
sind

sind fremde Reisende davon ausgenommen, welche diesen Einschränkungen, Wechselverbindlichkeiten zu übernehmen, nicht unterworfen sind. Wiewohl die von ihnen in den Preussischen Landen vorgenommenen Wechselgeschäfte nach Vorschrift der Einleitung zum Gesetz b. §. 38. 39. nemlich in Ansehung der Fähigkeit zu handeln, nach denenjenigen Gesetzen beurtheilt werden, nach denen das Geschäft am besten bestehen kann.

Auch dadurch, daß jemand sich für einen Wechselfähigen ausgegeben, und diese Angabe, sogar eydlich bestärkt hat, erlangt der Gläubiger kein Wechselrecht. (I. 5. §. 35. 36.)

II. 8.
§. 728. S.
481.

Die von solchen nicht wechselfähigen Personen ausgestellten trockenen Wechsel werden als bloße Schuldscheine angesehen, und andere von ihnen übernommene Wechselverbindungen werden nach der Natur des dabey eigentlich zum Grunde liegenden Geschäfts beurtheilt.

II. 8.
§. 730. S.
481.

Wenn jemand, der nach den Gesetzen nicht wechselfähig ist, zur Unterstützung oder Ausbreitung seines Verkehrs oder Gewerbs sich die Wechselfähigkeit verschaffen will, so muß er sich bey seinem ordentlichen persönlichen Richter melden, und die Beylegung der Befugniß Wechselverbindungen einzugehen, entweder in Person oder durch einen hierzu ausdrücklich gerichtlich Bevollmächtigten nachsuchen.

II. 8.
§. 731.
732. S.
481. 482.

Der

II. 8.
§. 733-
735. S.

Der Richter muß dabey genau untersuchen, ob der, welcher um die Wechselfähigkeit sich meldet, die Eigenschaften, Verstandeskkräfte und Erfordernisse besitze, die ein jeder haben muß, welcher Verträge zu schliessen und Darlehne aufzunehmen befugt seyn soll. Er muß sich ferner, jedoch nur im Allgemeinen überzeugen, daß derselbe ein nützliches Gewerbe treibe, zu dessen Beförderung die Wechselfähigkeit reichen kann. Auf eine genaue Untersuchung über den Umfang dieses Gewerbes, und über die Vermögensumstände des Ansuchenden, ist der Richter sich einzulassen weder befugt, noch schuldig.

II. 8.
736. 737.

Ist der Ansuchende einer Patrimonialgerichtsbarkeit unterworfen: so muß sich der Gerichtshalter die Genehmigung der Grundherrschaft oder deren Stellvertreters, beybringen lassen. Den Personen weiblichen Geschlechts, ingleichen den Mannspersonen von Bauer- oder geringen Bürgerstände, muß der Richter bey Vermeidung nachdrücklicher Ahndung, die Vorschriften und Folgen des Wechselrechts erklären und bekannt machen.

II. 8.
§. 738.
739. S.
482.

Findet der Richter bey dem Antrage nach vorstehend erfolgter Prüfung derselben, kein Bedenken: so muß er dem Ansuchenden ein Certificat dahin ausfertigen, "daß
"derselbe sich um die Befugniss, wechselfähige
„Ver-

“Verbindungen einzugehen gebührend gemeldet habe, und dazu hiermit für fähig erklärt werde.“ Ein solches Certificat macht denjenigen, der es erhalten hat, nicht nur für den Fall, bey dessen Gelegenheit selbiges nachgesucht worden, sondern auch für alle künftige Fälle wechselfähig.

Bey Wechselgeschäften einer Frauensperson, welcher ein solches Certificat ertheilt worden, ist weder die Gegenwart eines Affidenten oder Geschlechtsvormunds, noch eine nochmalige Erklärung der Strenge des Wechselrechts nothwendig.

II. 8.
§. 740. S.
483.

Hat jemand, der entweder Verträge überhaupt zu schliessen oder Darlehne aufzunehmen unfähig ist, ein solches Certificat erhalten, so bestehen zwar die mit ihm auf den Grund desselben geschlossenen Wechselverbindungen.

II. 8.
§. 741. S.
483.

Der Richter aber, welcher das Certificat ausgestellt hat, haftet nach den allgemeinen Grundsätzen vom Schadenserfatze für allen dem Unfähigen daraus entstandenen Nachtheil; und soll überdies, wegen vorsätzlicher Ueberschreitung oder grober Vernachlässigung seiner Amtspflichten, nach Vorschrift der Criminalgesetze bestraft werden.

II. 8.
§. 742. S.
483.

Das Certificat selbst muß dem Unfähigen sofort abgenommen und cassirt werden. Kann selbiges nicht wieder herbeygeschafft werden: so muß eine gerichtliche Mor-

II. 8.
§. 743.
744. S.
483.

tificirung desselben durch öffentliches Aufgebot, und Bekanntmachung in Zeitungen und Intelligenzblättern der Provinz erfolgen.

II. 8.
§. 745. S.
483.

Wenn jemand, welcher die Wechselfähigkeit durch eine richterliche Beglaubigung erhalten hat, in der Folge die Befugnisse, Verträge zu schliessen oder Darlehne frey aufzunehmen, verliert: so müssen wegen Zurücknahme und Cassation des Certificats oder gegen dessen Mortificirung, die obigen Vorschriften ebenfalls beobachtet werden.

II. 8.
§. 745. S.
483.

Jedes Gericht muß von den bey ihm nachgesuchten und ertheilten Certificaten ein genaues und vollständiges Verzeichniß führen, damit in jedem Falle ohne Weitläufigkeit ausgemittelt werden könne, ob jemand, welcher zu den oben benannten Personen nicht gehört, die Wechselfähigkeit besonders erhalten habe.

Alle übrige in diesem Abschnitte von Wechseln enthaltenen Verordnungen wird man im Kaufmanns- und Handlungsrechte finden.

REGISTER.

A.

Abbreviaturen müssen in wesentlichen Stellen des Testaments vermieden werden. S. 163.

Abfassung, schriftliche, der Verträge, gesetzliche Nothwendigkeit derselben, 11. Fälle, wo kein schriftlicher Vertrag nöthig ist, 13. Rechtliche Folgen, wenn die schriftliche Abfassung des Vertrags unterblieben ist, 14. Was ist Rechtens, wenn der schriftliche Vertrag nicht mehr vorhanden ist, 16.

Abgaben, öffentliche, wenn tritt in Ansehung derselben die Vermuthung der rechtsgültigen Befreyung ein, 84. wenn kann der Käufer wegen derselben vom Kaufe abgehen, 91.

Abstinendi beneficium, f. Erbschaft.

Abtretung der Rechte, f. Cession.

Abschlag, bisweilen müssen landübliche Zinsen davon entrichtet werden. 16.

Abschlagszahlungen, wenn sie angenommen werden müssen, 249.

Abwesende, von der Acceptation unter ihnen. 9. Wenn muß der Antragende dem Abwesenden Nachricht geben, daß er den Antrag zurücknehme. 10. von der Form der Verträge unter Abwesenden, 11. 13. wenn ein Abwesender eine Sache verlohren haben könnte, so werden die gesetzlichen Fristen zur Anmeldung verdoppelt, 41. Gegen Abwesende im Dienste des Staats findet die Verjährung nicht statt 75. Von der Berechnung der Verjährungsfrist gegen Abwesende, 80. von der Uebergabe unter Abwesenden, 89.

Accessio, f. Zuwachs.

Actien, gehören in zweifelhaften Fällen zu dem Legat des Inbegriffs eines Behältnisses, 189.

Additio in diem f. Käufer.

Alimente, in wie ferne können diejenigen, denen sie durch eine Schenkung entzogen worden, die Schenkung widerrufen, 139. vermachte, was dazu gehört, 182.

Alluvion, in wie ferne das Eigenthumsrecht dadurch erworben werde, 53.

Altentheil, worauf hat der Richter bey dessen Bestimmung zu sehen, 104.

Alter, Unterschied desselben, 1.

Alueus derelictus, f. Flußbette.

Amtscantion, wozu ist derjenige verpflichtet, der sie für Jemanden bestellt hat, 231.

Analphabeti, müssen ihre schriftlichen Verträge gerichtlich aufnehmen lassen, 17. von ihren Testamenten, 156.

Anatocismus, wenn ist derselbe erlaubt, 122.

Anerkenntniss, von der Verstärkung der Verträge durch Anerkenntniss, 19.

Angabe an Zahlungsstatt, wenn sie vorhanden sey, 262. Wirkungen derselben, 262.

Anmeldung der Klage, in wie ferne der Besitz dadurch unterbrochen wird, 79.

Anmerkungen zu Büchern, was bey deren Abdruck in Rücksicht des Verlagsrechts Rechtens sey, 131.

Annahme des Versprechens, von der Zeit, wenn sie geschehen muß, 8.

T

Anspü-

Anspülungen, vom Eigenthum derselben, 53.

Antretung der Erbschaft, ohne Vorbehalt, 66. mit Vorbehalt, 67.

Anwuchs des Ufers, vom Eigenthum desselben, 52. 53.

Anweisung, Form derselben, 263. Von der Bekanntmachung der geschehenen Anweisung 263. Pflichten des Assignatarii wegen Einziehung der angewiesenen Sache oder Summe, 263. Pflichten des Assignatarii bey nicht erfolgter Annahme, 264. Ingleichen bey nicht erfolgter Zahlung, 264. Von kaufmännischen Assignationen, 265.

Armenkasse, von ihrem Rechte an gefundenen Sachen, 41.

Assignat, in wie ferne muß ihm die geschehene Anweisung bekannt gemacht werden? 263.

Assignatarius, Pflichten desselben bey Einziehung der angewiesenen Sache oder Summe, 263.

Auction, bey einer gerichtlichen darf die Gerichtsperson, welche die Handlung dirigiret, und der Protocollführer nicht mitbiethen, 86.

Auctionscommissarius, der, und der Ausrufer darf von den Sachen, welche er versteigert, weder selbst, noch durch andere etwas erstehen, 86.

Aufenthalt des Erben, wie es zu halten, wenn solcher unbekannt ist, 72.

Aufgeboth gefundener Sachen, 39. eines gefundenen Schatzes, 44.

Aufkündigung eines Darlehns, wenn sie geschehen muß, 119. von den Kosten derselben, 119. der Vollmacht, 201.

Auflage eines Buchs, neue, Rechte des Verlegers und Schriftstellers daran, 130.

Auftrag, s. Mandatum.

Ausfertigungsgebühren, wenn können die Gerichte nur die gewöhnlichen fordern, 93.

Ausgabe eines Buchs, neue, wenn sie veranstaltet werden darf, 130. von den Rechten der Erben des Verfassers, an derselben, 131.

Ausgießen, von dem dadurch verursachten Schaden 23.

Auslegungsregeln bey letzten Willensverordnungen, 185.

Ausrufer, s. Auctionscommissarius.

Ausübung des Rechts, was in Rücksicht auf eine Verjährung dabey Rechtens sey, 78.

Auswerfen, von dem dadurch verursachten Schaden, 23.

B.

Bau, vom Bau auf fremdem Boden, 62.

Bauherr, Rechte desselben gegen den Baumeister, wegen der Fehler der Arbeit, 125.

Baumeister, wie lange solcher wegen der Fehler der Arbeit, in Anspruch genommen werden könne, 125. von ihren Rechten bey entstandenem Concurse, 125.

Baum, was in Ansehung der auf der Gränze stehenden Rechtens sey, 57.

Bearbeitung fremder Materialien, von der, 58.

Bedingungen, bey Schenkungen 134. von der Erfüllung derselben bey letzten Willensverordnungen 184.

Beneficialerbe, Einschränkungen desselben, 69.

Beschädiger, von dessen Verbindlichkeit zum Schadenserlatze, 21. 24.

Beschädigte, Rechte derselben 21. u. f.

Beschädigungen an Sachen, wie der Schadenersatz wegen derselben zu leisten sey 24.

Benutzungen einer Sache, wenn kann der Staat die Art derselben befehlen, 33.

Beschlag, gerichtlicher, hat bisweilen bey Streitigkeiten über den Besitz statt, 32.

Besitz,

Besitz, wer die Vermuthung des unredlichen Besitzes gegen sich habe, 31. was ist Rechtens, wenn mehrere den Besitz erworben haben, 31. oder wenn der Besitz streitig ist, 32.

Besitznehmung, von der, verlohrender Sachen, 38.

Beute, wenn sie für erobert zu achten, 52.

Bevollmächtigter, f. Mandatarius.

Bienen, vom Einfangen derselben 49.

Blanquets, von ihrer Beschaffenheit bey Vollmachten, 196.

Blinde, müssen ihre Verträge gerichtlich errichten, 17. von ihren Testamenten, 156.

Blödsinnige, von ihren Willenserklärungen, 5. in wie ferne sie für einen verursachten Schaden haften, 21.

Briefwechsel, wenn er die Stelle eines schriftlichen Vertrags oder einer Punctation vertritt, 13.

Bürgschaften, von den Erfordernissen einer verbindlichen Bürgschaft, 226. von stillschweigenden Bürgschaften, 227. von Bürgschaften der Weiber, 227. Rechte und Pflichten zwischen dem Bürgen und dem Berechtigten, 232. In wiefern der Bürge zu etwas mehrern oder stärker, als der Hauptschuldner war, verpflichtet seyn könne, 232. Wenn kann sich der Berechtigte an den Bürgen bey Personalforderungen halten, 232. Bey Realforderungen 234. Bey Wechselforderungen, 234. Fälle, wenn sich der Gläubiger sofort an den Bürgen halten kann, 234. Welcher Einwendungen der Bürge sich gegen den Gläubiger bedienen könne, 236. Befreyung des Bürgen von seiner Verbindlichkeit, 236. Pflicht des in Anspruch genommenen Bürgen wegen Zuziehung des Hauptschuldners 237. Pflicht des Schuldners den Bürgen von der

Bürgschaft zu befreyen 238. Von Prämien bey Bürgschaften 239.

C.

Cassation des Instruments, in wie ferne solche die Stelle der Quittung vertrete, 253.

Cassen, öffentliche, wenn sie durch Verträge verbindlich werden, 7.

Caution, wie die gesetzliche bestellt werden müsse, 224.

Cession, Wirkungen derselben zwischen dem Cessionarius und dem Schuldner 96. Zwischen dem Cedenten und Cessionarius, 98. In Ansehung der Sicherheit, 98. von nothwendigen Cessionen, 98.

Codicille, von der persönlichen Fähigkeit solche zu errichten, 145. Was und wie in einem Codicille verordnet werden könne, 148. Form derselben, 149. von der Publication derselben, 169.

Commune f. Corporation.

Compensation, von der Compensation bey Lotterieloosen 101. In Concurfen, 265. Nur bey fälligen und gleichartigen Forderungen findet die Compensation statt, 266.

Competenz, die Rechtswohlthat der Competenz des Hauptschuldners kommt auch den Bürgen zu statuten, 232.

Collecteur, wenn wird der Unternehmer einer Lotterie durch seine Handlungen nicht verpflichtet 101.

Collision der Rechte, auf die allgemeine Grundsätze davon hat der Richter bey einem streitigen Besitze Rücksicht zu nehmen, 32.

Concurs, wenn find die Gläubiger des Erblassers auf Eröffnung des Concurfes über den Nachlaß, zu dringen berechtigt; 66. Rechte aus dem Trödelvertrage bey entstandenem Concurs 100. Vom Rechte der Gläubiger bey entstandenem Concurse die Schenkung zu widerrufen, 141. Vorzugsrecht des Werkmei-

meisters und Bestellers bey entstandenem Concurs, 125. Vorzugsrecht des Mandantis im Vermögen des Mandatarii bey entstandenem Concurs 193. Pflichten des Mandatarii, wenn der Mandans in Concurs verfällt, 206. Von der Compensation im Concurs 265.

Conservationskosten des Verkäufers im Falle des Wiederkaufs, 94.

Contract, f. Vertrag, gerichtlicher.

Conventionalstrafen, wie weit sie bey Berechnung des Gegenstandes des Vertrages, in Absicht auf die Nothwendigkeit eines schriftlichen Aufsatzes in Rechnung kommen, 12. in wie ferne sie bey Darlehen gültig sind, 122.

Corporation, wenn muß von ihr die Erklärung auf einen Antrag geschehen 10. Von der Zeit der Verjährung gegen sie, 81. Von ihren Rechten gegen Unterverwalter, 223. In wie fern sie gegen die Handlungen ihrer Verwalter in integrum restituirt werden, 224.

Correcturen muß der Richter bey Aufnahme des Testaments vermeiden, 163.

Courant, f. Silbercourant.

Couriers dürfen nicht gepfändet werden, 242.

Creditiren, wenn es nicht geschehen darf 124. wenn der Mandatarius zum Verkauf dazu berechtigt sey, 199.

Creditsysteme, der Gläubiger muß ihnen das Geld auf seine Kosten und Gefahr zur Casse liefern, und daselbst wieder abholen, 119.

Curkosten, müssen von dem Beschädiger allemal, auch im Fall eines geringen Versehens übernommen werden, 29.

Curator absentis, 72.

Curator, des Erben 73. der Verlassenschaft 73.

D.

Dampfigkeit, Fehler der Pferde 92.

Darlehn, in wiefern Darlehne an unfähige Personen gültig werden, durch nützliche Verwendung 111. Von Darlehen, zu einem unerlaubten Zwecke, oder wo Waaren statt baaren Geldes gegeben worden, 111. Von der Valuta bey Darlehen, 115. Von Darlehen auf Wechsel, 117. Von der Dauer der Beweiskraft eines Schuldinstruments, 118. Von der Zeit der Rückzahlung, 118. Von Aufkündigungen, 119. Vom Orte der Rückzahlung, 119. Von der Münzsorte, 119. Von Zinsen, 121. Von Zögerungszinsen, 122. Vom Creditiren, 124.

Darlehnsvertrag, Vom Darlehnsvertrage selbst, und in wie fern dadurch das Eigenthum des Geldes auf den Borger übergehe, 106. von den Personen, welche Darlehnsverträge schliessen können, 106. von Darlehnsverträgen der Militairpersonen, 107. von Darlehnsverträgen solcher Personen, die bey den königlichen Schauspielen stehen, 111. Form der Darlehnsverträge, 113.

Datio in solutum, f. Angabe an Zahlungsstatt, ingl. Zahlung.

Deliberandi ius, f. Ueberlegungsfrist.

Denkmähler, öffentliche, 34.

Deponenten, mehrere, 216.

Deposition, wo sie geschehen müsse, und wenn sie statt habe, 261.

Dieb, dafür wird derjenige geachtet, welcher auf Befragen des Richters den Fund abläugnet, 44.

Dollmetscher, von dessen Zuziehung bey gerichtlichen Verträgen 18, bey gerichtlicher Aufnahme eines Testaments, 158.

Dorfgerichte, wenn darf die Aufnahme gerichtlicher Verträge vor ihnen geschehen, 17. was sie bey der Aufnahme eines Testaments zu beobachten haben, 153.

Dro,

Drohungen, von ihrem Einfluß auf die Gültigkeit der Verträge, 5.

Ducaten, von ihrem Werthe gegen Silbermünze, 11.

E.

Edictalcitation, bey gefundenen Sachen, 40. bey Schätzen, 45. bey der Verjährung 80.

Ehelosigkeit, dazu kann durch Willenserklärungen Niemand verpflichtet werden, 3.

Eigenthümer, Pflichten desselben, bey der Erhaltung und Wiederherstellung der Gebäude 34. Rechte desselben auf den in seinem Grund und Boden gefundenen Schatz 45.

Eigenthum, von den gesetzlichen Einschränkungen desselben zum Besten des gemeinen Wesens, 33.

Eintragungs - Gebühren, wenn das Gericht nur die gewöhnlichen fordern kann, 93.

Einsturz des Gebäudes, 34.

Einwendungen, die den Vertrag gleich anfangs ungültig machen, darauf kann nicht entsagt werden, 19.

Einwilligung, wechselseitige, wie weit dadurch Verträge aufgehoben werden, 20.

Empfehlung, rechtliche Folgen derselben bey Creditoren, 227.

Enormis laesio s. Verletzung über die Hälfte.

Entleibung aus Vorsatz, oder grobem Versehen 27. durch Versehen 29.

Entsagung der Rechte, 267.

Erbe, falscher, von seinen Verbindlichkeiten 71. Wie es zu halten, wenn der Aufenthalt des Erben unbekannt ist, 72. Wenn es unbekannt ist, wer Erbe sey, 73. Von den Wirkungen der Präclusion eines unbekannten Erben, 74.

Erbpächter, er hat nicht die Rechte des Eigenthümers auf einen gefundenen Schatz, 47.

Erbenschaft, von der Erwerbung derselben 65. von der Entsagung derselben, 65. von der Antretung einer Erbschaft ohne Vorbehalt, 66. Mit Vorbehalt, 67.

Erbchaftsgläubiger, ihre Rechte gegen den Beneficialerben, 70.

Erbchafts Kauf, von den daraus entstehenden Verhältnissen in Ansehung der Legatarien, Gläubiger und Schuldner, 99. Form desselben, 100.

Erbverträge, Wirkungen derselben während des Lebens der Contractanten, 189. In wieferne letztwillige Verordnungen dagegen stattfinden, 189.

Erbzinsmann, er hat die Rechte des Eigenthümers auf einen gefundenen Schatz, 47.

Erlaffung der Rechnungsablegung, was sie wirke, 222.

Ersatz des Schadens, s. Schaden.

Eviotion, s. Gewährleistung.

Expromission, dazu wird allemal ein schriftlicher Vertrag erfordert 240. Von Expromissionen der Frauenspersonen, 240.

F.

Fähigkeit, persönliche, Verträge zu schließen, was dazu erfordert wird. 6.

Feuersocietäts - Beyträge, wenn sie dem Uebernehmer des Bauplatzes zu statten kommen, 37.

Feuerschaden, in wiefern die Herrschaft für den durch das Gefinde zugefügten Feuerschaden hafte 23.

Fideicommissbesitzer, der, hat an einem gefundenen Schatze die Rechte des Eigenthümers, 47.

Finder verlohner Sachen, dessen Rechte und Pflichten, 38. eines Schatzes, dessen Rechte und Pflichten, 44.

Fiscus, ihm fällt der Gewinn aus Verträgen über die Rechte und Sachen eines Dritten zu, wobey un-

erlaubte Handlungen der Contractanten zum Grunde liegen, 8. Recht desselben auf gefundene Schätze, 46. Rechte desselben bey den Verjährungen 81. Dessen Recht auf Darlehne, welche zu einem unerlaubten Zwecke gegeben worden, 111. auf wucherliche Darlehne, 112. auf Geschenke zu unerlaubten Absichten, 134, dessen Recht gegen seine Verwalter, 223. von dem Fiscus gekaufte Sachen sind keiner Vindication unterworfen, 247.

Flussbette, von zugelandeten und verlassenen Flussbetten, 55.

Flüssige Sachen, vermachte, dazu gehören auch die Gefässe, in welchen sie verkauft oder verführt zu werden pflegen, 179.

Frauenspersonen, von dem Rechte derselben wegen erlittener Verunstaltung von dem Schuldigen Genugthuung zu fordern, 30. von ihren Bürgschaften, 227. von ihren Expronktionen, 240.

Freyheit, von dem Schadenserfatze wegen widerrechtlicher Beraubung der Freyheit, 31.

Furcht, in wie fern die aus Furcht geschehenen Willenserklärungen ungültig sind, 5.

Furiosi, s. Rasende, Wahnsinnige.

G.

Gebäude. Pflichten des Eigenthümers wegen deren Unterhaltung und Wiederherstellung, 34.

Gefahr, der verkauften Sache, in wie ferne sie der Käufer oder Verkäufer übernehmen müsse, 88. bey Käufen unter Abwesenden, 89.

Geisterbanner, Strafe derselben bey Nachsuchen der Schätze, 46.

Gelder, preisgegebene, 65.

Gemeine, Dauer des ihr hinterlassenen Vermächtnisses des Gebrauchs und der jährlichen Hebungen, 181.

Gerichtsschreiber, in wie fern ein Justizcommissarius oder Notarius bey Testamentsaufnahmen derselben Stelle vertreten könne, 153.

Gefinde, von Schäden, welchen solches zugefügt hat, 22.

Gewährleistung, bey dem Verkauf 90.

Geschäfte, gewagte, über solche muß der Vertrag schriftlich abgefaßt werden, 12.

Gewissensfreyheit, sie kann durch keine Willenserklärung eingeschränkt werden, 3.

Gläubiger, ihre Rechte, wenn ein ihnen verpfändetes Gebäude baufällig ist, 35.

Gränze, vom Bauen an derselben 64 von deren Verjährung, 84.

Grünznachbarn, Recht derselben an einem gefundenen Schatze, 46.

H.

Hagestolz, wie bey Eröffnung seines Testaments zu verfahren sey, 171.

Halbinsel, von dem Eigenthum derselben 53.

Halftergeld, in wie fern es nicht gefordert werden kann, 87.

Handarbeiter, von Verträgen mit denselben, 124.

Handlungen, von den daraus entstehenden Rechten, 3. welche dürfen noch den folgenden Tag vorgenommen werden, 3. zu früh geleistete, werden für nicht geleistet gehalten 20.

Hauswirth, in wie ferne derselbe für den von seinen Miethsleuten durch nachlässiges und unvorsichtiges Umgehen mit Feuer, durch Auswerfen und Ausgießen, oder durch verabsäumte Verschließung des Hauses verursachten Schaden hafte, 23.

Heerden, von deren Pfändung, 243.

Herrschaft, in wie fern solche dem Dritten für die Handlungen des Gefindes hafte, 22.

Herz-

Herzschlágigkeit, in wie ferne der Kauf eines Pferdes deswegen ungültig ist, 92.

Hunde, bey Pfändungen sollen keine reißende gebraucht werden, 242.

Hofcapelle, vom Darlehn dabey angestellter Personen, 111.

Hypothekenbuch, wenn die Eintragung des Besitztitels in dasselbe nicht statt findet, 85. die Qualität des Besitzers, daß er das Grundstück nur als Beneficialerbe erworben habe, muß in dasselbe eingetragen werden, 70. Entfagungen des Rechts aus der Verjährung bey Grundstücken müssen eingetragen werden, 78.

Hypothekenforderung, dafür haftet der Cedent der Regel nach nicht, 98. wenn die Einwendung der nicht gegebenen Valuta bey derselben wegfallt, 115.

I.

Jagdfolge, Rechte und Verbindlichkeiten welche damit verbunden sind, 49.

Jagdgerechtigkeit, Fälle, wo das Wild auch ohne Jagdgerechtigkeit gefangen oder getödtet werden kann, 51.

Jahr und Tag, darunter wird ein Jahr und dreyßig Tage verstanden, 3.

Impubes s. Unmündige.

Indebiti conductio, von der Rückforderung einer aus Irrthum geleisteten Zahlung, 257.

Inseln, von deren Besitznehmung, 53. von deren Erwerbung durch die Verjährung, 54.

Instruction, in wie fern sie der Mandatarius vorzeigen müsse, 193.

Intelligenzblätter, in solchen sollen gefundene Sachen bekannt gemacht werden, 40.

Interesse, wenn solches nicht gefordert werden kann, 16.

Inventarium, der Beneficialerbe muß solches verfertigen lassen, 67. wie das Erbschaftsinventarium beschaffen seyn müsse, 68.

Irrthum, von der Wirkung desselben bey Zahlungen, 257.

Junker, Fahnen- und Standartenjuncker, ordentliche, von ihrer Fähigkeit ein Darlehn aufzunehmen, 140.

Juramentum in litem, gegen einen falschen Erben 71.

Juramentum in litem quantitatis, beym Schadensersatz, 26.

Justizcommissar, von seiner Pflicht bey Attestirung von Unterschriften der Verträge, 18. die vor ihnen geschehenen Schenkungen gelten nicht als gerichtliche, 134. können bey Testamentsaufnahmen durch Dorfgerichte die Stelle des Gerichtsschreibers vertreten, 153.

K.

Käufer, der Auktionscommissarius, der Ausrufer, und diejenige Gerichtsperson, welche die Handlung dirigirt, oder das Protocoll dabey führt, dürfen auf die Sachen welche sie versteigern, nicht mitbieten, 86. dessen Verbindlichkeiten bey Uebnahme der verkauften Sache 92. In wie fern ihm ein Recht auf den Schatz gebühre, 47. vom Vorbehalt eines bessern Käufers, 93.

Kaufgeld, wenn es für geborgt anzusehen, 92.

Kaufpreis, welche Münzsorte in zweifelhaften Fällen vermuthet werde, und wie sie zu entrichten sey, 87.

Kaufverträge, Form derselben, 87. besonders bey Abwesenden, 89. von der Aufhebung derselben wegen nicht geleisteter Erfüllung 93.

Kaufmann, in den Läden solcher Kaufleute, gekaufte Sachen welche die Gilde gewonnen haben, kön-

können nicht vindicirt werden 247
bey ihren Geschäften wird voraus-
gesetzt, daß der Mandatarius sie
auch nach dem Tode des Macht-
gebers fortsetzen solle, 205.

Kerbhölzer, von ihrer Beweiskraft
als Quittung, 254.

Kinder, heißen diejenigen, welche
das 7te Jahr zurückgelegt haben, 1.
Ihre Willenserklärungen sind nicht-
tig. 4 Nur der Ersatz des un-
mittelbaren Schadens kann aus
ihrem Vermögen gefordert wer-
den, 21. von ihrem Rechte von
dem Todschläger oder Beschädiger
ihres Vaters Entschädigung zu for-
dern, 27. vom Rechte nachge-
bohrner Kinder, Schenkungen zu
widerrufen, 142. wer unter den
Kindern in diesem Falle zu verste-
hen sey, 142.

Kosten, der Richter oder Justitzcom-
missarius, ist wegen derselben ver-
antwortlich, wenn er die vorge-
schriebene Form der gerichtlichen
Verträge nicht beobachtet hat, 18.
von der Verbindlichkeit des Ver-
lierers, dem Finder die Kosten zu
erstatten, 43.

Künftige Sachen, von deren Verkauf
103. In wie fern derselbe zu den
gewagten Geschäften gehöre 103.
In wie fern der Vertrag darüber
gerichtlich zu schließen sey, 103.
Wenn ist dieser Vertrag für nicht
geschlossen zu halten, 103,

L.

Laesio enormis f. Verletzung über die
Hälfte.

Land, vom abgerissenen Lande, 52.

Landmann, vom Verkaufe seines
künftigen Zuwachses, 103. Wie
ihre Verträge geschlossen werden
müssen, 17.

Landsee, von dem Rechte an dem
Bette eines abgelassenen Landsees
56.

Lasten der Sache, von der Verjäh-
rung derselben, 78. von der des-
wegen eintretenden Gewährlei-
stung, 90. Pflichten der Legata-
rien in Ansehung der Lasten bey
Vermächtnissen, 175.

Legat, Form, wie sie hinterlassen
werden können, 148. Sie können
bis zum zwanzigsten Theile der
Erbenschaft auch von dem hinterlas-
sen werden, welcher einen andern
zu seinem Vertragserben ernannt
hat, 189. von Zuwüchsen der Le-
gate, 178. von der Münzsorte bey
Legaten, 182. vom Widerruf der-
selben 187. Arten der Legate, f.
Vermächtniß.

Legatarius, von ihren Verhältnissen
gegen den Erben, bey Prozessen,
welche die Verlassenschaft betref-
fen, 174. wie weit Legatarii zu
den Erbschaftslasten beytragen
müssen, 175.

Lehnsbesitzer, erhält den Schatz 47.

Lehrlinge, vom Ersatz des von ihnen
verursachten Schadens, 23.

Leibrenten, was ist Rechtens, wenn
mehrere gemeinschaftlich eine
Leibrente gekauft haben, 104.
von der Aufhebung des Leibren-
tencontracts wegen nachgebohrner
Kinder, 105.

Leidenschaft, von ihrem Einfluß auf
die Willenserklärung, 5.

Locatio conductio operis, f. Handar-
beiter, Werk.

Loos, wenn die Entscheidung da-
durch nicht angefochten werden
kann, 102. Entscheidet bey Er-
ben oder Vermächtnissen der Wahl
in Absicht der Ordnung, wie ge-
wählt werden soll, 179.

Lotterietolleur, Verbindlichkei-
ten desselben gegen den Unterneh-
mer der Lotterie, 100.

Lotterieunternehmer, von dessen Ver-
hältnissen gegen den Einsetzer 101.
die Handlungsbücher desselben ha-
ben nur gegen den Colporteur Be-
weiskraft, 102.

M.

Machtgeber, Pflicht desselben, den Bevollmächtigten von den gegen andere übernommenen Verbindlichkeiten zu befreien, 193. Rechte zwischen dem Machtgeber und einem Dritten bey erfolgter Ueberschreitung der Gränzen der Vollmacht von Seiten des Bevollmächtigten, 193. von der Verpflichtung des Machtgebers durch hinzukommende Genehmigung, 199. von mehrern Machtgebern, 206.

Machtpruch, wer dadurch sein Recht zu verfolgen, oder auszuüben gehindert wird, gegen den findet weder Anfang, noch Fortlauf der Verjährung statt, 76.

Mandans f. Machtgeber.

Mandatarius, wer Vollmachtsaufträge zu übernehmen schuldig sey, 192.

Mandatum, wie der Vollmachtsvertrag geschlossen werde, 191. von Specialvollmachten, 194. Form derselben, 196. von General- und vermutheten Vollmachten, 197. von stillschweigend ertheilten Vollmachten, 198. von der Aufhebung der Vollmachtsverträge, durch Aufkündigung und Widerruf, 201. vom Widerruf der Substitution, 204. vom stillschweigenden Widerruf durch den Tod, 204. durch entstandenen Concurs 206.

Mente capti, f. Blödsinnige.

Messen und Jahrmärkte, in wie ferne die auf Messen und Märkten gekauften Sachen vindicirt werden können, 247.

Militairpersonen, von ihren Darlehenen, 107.

Minderjährige, wenn sich ihre Unfähigkeit, lästige Verträge zu schliessen, endigt, 7. worüber sie sich durch Verträge verpflichten können, 6. wer sich mit einer Person unter 18 Jahren einläßt, kann sich mit der Unwissenheit ih-

rer Minderjährigkeit nicht entschuldigen, 8. von ihrer persönlichen Fähigkeit letztwillige Verordnungen zu errichten, 145.

Missilia f. Sachen.

Miteigenthümer, von ihrem Antheile an einem gefundenen Schatze, 46.

Miterben, von ihren Rechten an der Erbschaft, 173.

Mittagsstunde, die Unfähigkeit des Verschwenders, Verträge zu schliessen, nimmt mit solcher ihren Anfang, 6.

Mohatra, sind auf einen Schuldschein oder Wechsel Waaren gegeben, und die Valuta baar verschrieben worden, so ist der Schuldner daraus, als aus einem Darlehnsge-
schäfte nicht, sondern nur zur Zurückgabe, oder Ersetzung des Werthes verpflichtet, 111.

Mondirungsstücke, an die eines Officiers kann sich der Gläubiger während der Dienstzeit des erstern nicht halten, 107.

Münzsorte, bey Zahlungen überhaupt, 250. im Zweifel wird die Zahlung in Silbercourant geleistet, 250. von Zahlungen mit auswärtigen Münzsorten 250. was für eine Münzsorte bey einem Kauf anzunehmen sey, 87. in welchen Münzsorten Darlehne auszuzahlen sind, 119. in welchen Vermächtnisse 182.

N.

Nachbarn, Rechte derselben, wegen eines auf der Gränze gefundenen Schatzes, 46. Rechte derselben, wegen eines Wildschadens, 51. Rechte derselben an den An- und Zuwüchsen, 53. Rechte derselben an den zugelandeten und verlassenen Flußbetten, 55. Rechte derselben wegen der an der Gränze stehenden Bäume, 57.

T 5

Nach-

Nachdruck der Schriften, in wie fern er zulässig sey, 132.

Nachdrucker, von seiner Verbindlichkeit, den Verleger zu entschädigen, 133.

Naturalien, wie die Zinsen von Darlehen in selbigen zu entrichten sind, 121.

Nebenabreden, wegen mündlicher, kann bisweilen der andere nicht in Anspruch genommen werden, 13. wenn die Aufhebung derselben schriftlich geschehen muß, 20.

Nebenverträge bey dem Kauf, s. Kaufverträge.

Negotiorum gestio, von der Uebernehmung fremder Geschäfte ohne vorher gegangenen Auftrag zu Abwendung eines bevorstehenden Schadens, 207. wenn sie zur Beförderung eines Vortheils geschieht, 208. wie lange die Verbindlichkeit des Besorgers daure, 209.

Niesbräucher, hat an einem in dem ihm zur Benutzung überlassenen Grundstücke gefundenen Schätze keinen Antheil, 47.

Notarius, Schenkungen welche vor ihm geschlossen werden, sind den gerichtlichen nicht gleich zu achten, 134. wenn er bey Testamenten vor Dorfgerichten, die Stelle eines Gerichtschreibers vertreten könne, 153.

Nutzungen, wenn ein Contrahent die Erfüllung eines bloß mündlich geschlossenen Vertrags, wozu aber eine schriftliche Abfassung nöthig ist, bereits ganz oder zum Theil angenommen hat, und er will das Erhaltene zurückgeben, oder das geleistete vergüten, so wird er wegen der Nutzungen einem unrechtfertigen Besitzer gleich gehalten, 15. der Finder einer Sache muß sich die Nutzungen anrechnen lassen, wenn er die auf die gefundene Sache und deren Aufgeboth verwendeten Kosten wieder verlangt, 43.

O.

Oberfläche, von dem Rechte des Eigenthümers derselben, an einem gefundenen Schätze, 47.

Obrigkeit, deren Pflicht in Ansehung verfallner Gebäude, 34.

Occupatio bellica s. Beute.

Officiers, von ihren Darlehen, 107.

Onera s. Lasten, Abgaben.

Operisten, königliche, von ihren Darlehen, 111.

Ordre, Schuldschein auf Ordre, hat auf den Einwand der nicht erhaltenen Valuta keinen Einfluß, 115.

Original, wenn die Uebersetzung mit demselben nicht übereinstimmt, so gilt erstere zum Vortheil des der Sprache Unkundigen, 18.

Ort, nach welchen Ortsgesetzen die Förmlichkeit der Verträge zu beurtheilen sey, 11. von dem Ort der Rückzahlung bey Darlehen, 119.

P.

Pächter, gegen denselben kann zum Nachtheil des Verpachters keine Verjährung angefangen werden, 75. der Pächter kann gegen den Verpachter während der Pachtzeit die Verjährung nicht anfangen 75.

Papiere, gehören in zweifelhaften Fällen zu dem Legat des Inbegriffs eines Behältnisses 180. auf jeden Inhaber lautende Papiere, in wiefern sie vindicirt werden können, 247. wie diese Papiere außer und wieder in Curs gesetzt werden 247.

Particularzahlung s. Abschlagszahl.

Personalpfändung, wenn sie zulässig sey, 243.

Personen, moralische, zu ihrem Besten wird die zehnjährige Verjährung verdoppelt. 81.

Pest, von Testamenten zu Pestzeiten 168.

Pett-

Pettſchaft, fremdes, kann die Vermuthung eines unredlichen Besitzes bewirken, 31.

Pfandgeschäfte, von einem unter dem Wiederkaufe verborgenen Darlehns- und Pfandgeschäfte, 94.

Pfändungen, wenn sie zulässig sind, 242. wie gepfändet werden könne, 242. was gepfändet werden könne, 243. Pflichten der Gerichte bey geschenehen Pfändungen, 243. Rechte des Pfändenden aus einer gehörig geschenehen Pfändung 244. Rechte des Gepländeten, 245. von Pfändungen, die blos zum Schutze gegen Stöhrungen geschenehen, 245. von Excessen bey Pfändungen, 246. Pfändungen unterbrechen die Verjährung nicht, 80.

Pfändungskosten, was in Ansehung derselben Rechtens sey, 244.

Pfandgeld, wenn solches der Pfänder behalte, 244.

Pferde, von ihren Krankheiten 92.

Pflanzen, vom Säen und Pflanzen, 56. vom Pflanzen der Bäume, 57.

Pflegbefohlene, von ihrer Verpflichtung durch Verträge, 7.

Pflichten, persönliche, Verträge und Erklärungen darüber erfordern allemal eine schriftliche Abfassung 12.

Pflichttheil, in wie fern wegen dessen Verletzung der Wiederruf der Schenkung statt finde, 138.

Plütze, öffentliche, Statuen und Denkmähler, die auf solchen errichtet worden, darf Niemand beschädigen. 34.

Polizeygesetze, die Nichtbefolgung derselben zieht bisweilen den Verlust des Schatzes nach sich, 46.

Posten, dürfen nicht gepfändet werden, 242.

Posthumus, in wie fern wegen seiner Geburt eine Schenkung widerrufen werden könne, 142.

Postliminii Jus, 52.

Präclusion der unbekannten Erben, deren Wirkung, 74.

Prämien, von deren Aussetzung, 127. von Prämien bey Bürgschaften, 239.

Preisfrage, s. Prämie.

Pretium affectionis s. Werth.

Principal, von dessen rechtlichen Verhältnissen gegen den Verwalter, 219.

Prinzen und Prinzessinnen, in wie fern sie Darlehne aufnehmen können, 106. von ihren Testamenten, 166.

Priorität der Erwerbung, in wie fern sie auf das Recht Einfluß habe, 65. zu deren Entſagung wird bey Frauenspersonen die Form der Bürgschaft erfordert, 229.

Privatverzeichnisse des Nachlasses, wie sie einzurichten, 68. Mangel der vorgeschriebenen Erfordernisse dabey, was er wirke, 68.

Privilegia fisci, bey der Verjährung 81.

Probe, vom Verkauf auf die Probe, 95.

Proprietät, wer solche an einem Grundstücke hat, darf auf den daselbst gefundenen Schatz keinen Anspruch machen, 47.

Protestationen, von, 246. in wie fern dadurch die Verjährung unterbrochen werde, 79.

Protocoll, von der Unterschrift desselben, wenn es über einen gerichtlichen Vertrag abgefaßt worden, 17.

Protocollführer darf bey gerichtlichen Verkauften nicht mitbiethen, 86.

Publication, der Testamente und Codicille, 169.

Punſtation, wenn der Briefwechsel die Stelle derselben vertritt, 13. außgerichtliche Verträge über Grundstücke gelten als solche 85.

{Quit-

Q.

Quittungen, 251. Beweiskraft derselben 253. rechtliche Präsumtionen aus selbigen, 254. deren Wirkung in Ansehung der Zinsen eines Darlehns. 123, was sie wirke, wenn der Verwalter über seine Rechnung quittirt worden, 220.

R.

Rasends von ihren Willenserklärungen, 4.

Rasuren muß der Richter bey Aufnahme des Testaments vermeiden, 163.

Rath, vom, und von der Empfehlung. 207.

Räude. 92.

Rechnungen, von dem Schuldner unterschriebene, sind einem schriftlichen Contracte gleich zu achten, 14. was Rechtens sey, wenn auf Rechnung etwas gegeben worden, 15.

Rechnungsablegung, wie sie von dem Administrator oder Verwalter geschehen müsse, 218. was Rechtens sey, wenn die Abnahme der Rechnung verzögert worden, 221. wenn die Rechnungsablegung erlassen worden, 222.

Rechnungsbücher, von der Ausantwortung derselben, 222.

Rechnungsfehler, in wie fern sie noch nach abgenommener Rechnung gerügt werden können, 220.

Reisende, es bedarf keines schriftlichen Vertrags, wenn sie Gastwirthen, Fuhrleuten, oder Schiffern, ihre Sachen übergeben haben 13. wenn Vermuthung vorhanden, daß ein fremder Reisender eine Sache verlohren haben könnte, so sind die gesetzmässigen Fristen zur Anmeldung zu verdoppeln, 41.

Reparatur der Gebäude, Pflichten in Ansehung derselben, und Fol-

gen von deren Vernachlässigung oder Weigerung, 34.

Res, sperata, f. künftige Sachen.

Restitutio in integrum, f. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand.

Retentionis ius, f. Zurückbehaltungsrecht.

Retorsionsrecht, in Ansehung des Nachdrucks, 132. in Ansehung der Erbschaften und Vermächtnisse, 148.

Retrovenditionis pactum, f. Wiederkauf.

Richter, Pflicht desselben bey Streitigkeiten über den Besitz, 32. bey Bürgschaften, 227. bey gerichtlichen Verwahrungen, 218. bey liegenden Erbschaften, 72. bey der Legitimation des Erben, 73. seine Pflicht bey verlohrenen Sachen, 38. bey gefundenen Schätzen, 44. bey Schenkungen, 134. bey Aufnahme der Testamente und Codicille, 149. in wie fern den richterlichen Personen, welche bey Aufnahme des Testaments gebraucht worden, etwas hinterlassen werden könne, 159. bey Publication der Testamente, 169.

Rotz der Pferde, 92.

S.

Sachen. Von Sachen und deren Rechten überhaupt, 2. *bewegliche*, wenn ein mündlicher Vertrag über dieselben von beyden Theilen so gleich erfüllt worden, so kann der Mangel eines schriftlichen Vertrags nicht als die Ursache der Aufhebung angeführt werden, 13. *verlohrene* Sachen, von ihrer Besitznehmung, 38. *gefundene* Sachen, vom Aufgeboth derselben, 39. vom Zuschlage der gefundenen Sache, wenn der Verliehrer sich nicht meldet, an dem Finder und die Armenkasse, 41. *preisgegebene* Sachen, 65.

Säen und Pflanzen, vom, 56.

Scha-

- Schaden*, vom Schaden, der durch andere Menschen zugefügt wird, 22. durch Dienstbothen, 22. durch Handwerksgefelln und Lehrlinge 23. durch Miethsleute, 23.
- Schadenseratz*, wie er zu leisten sey, bey Beschädigungen an Sachen, 24. bey Beschädigungen an der Person, durch Tödtung, wenn dieselbe aus Vorsatz oder grobem Versehen erfolgt ist, 27. wenn die Tödtung von einem mässigen Versehen herrührt, 28. wenn sie nur aus geringem Versehen erfolgt ist, 29. wie er zu leisten sey, wegen erlittener Schmerzen, 29. wegen der Verunstaltung, 30. wegen entzogener Freyheit, 31.
- Schütze*, gefundene, was dabey Rechtens sey, 44.
- Schauspieler*, königliche, von ihren Darlehen, 111.
- Scheidemünze*, wenn die Bezahlung in solcher geschehen muß, 87. wenn wird sie vermuthet, 119.
- Schenkungen*, wenn die Absicht derselben vermuthet werde, 133. welche Schenkungen wegen des Zwecks, oder der Person des Geschenknehmers, ungültig sind, 135. vom Widerruf der Schenkungen überhaupt, 135. wegen Uebermaasses, 135. wegen Verkürzung des Pflichttheils, 138. wegen entzogener Alimente, 139. wegen einer dem Geschenkgeber zustehenden Competenz, 140. wegen entstandenen Concurfes, 141. bey Schenkungen von Todeswegen, 141. wegen nachgebohrner Kinder, 142. wegen Undanks, 143. allgemeine Regeln vom Widerrufe der Schenkungen 144. von belohnenden Schenkungen. 144.
- Schenkungsverträge*, welche den lästigen gleich zu achten, 134. von der Form derselben, 134.
- Schlüsselgeld*, 87.
- Schmerzensgeld*, wenn und von wem es gefordert werden könne, und wie es zu bestimmen sey, 29.
- Schriftsteller*, f. Verlagsrecht.
- Schuldforderungen*, vom Vermächtnis derselben, 180.
- Schuldschein*, was zu einem vollständigen erfordert wird, 114. von der Dauer der Beweiskraft, 118. wer den Schuldschein eines andern unterschreibt, wird im zweifelhaften Falle nur für einen Zeugen gehalten, 227.
- Schweine*, was Rechtens sey, wenn sie fininig werden, 92.
- Selbsthülfe*, gegen Beschädigungen des Wildes, 51.
- Sequestration*, bey Besitzstreitigkeiten. 32.
- Siegel*, was dessen Verletzung bey deponirten Sachen, wirke, 212.
- Silbercourant*, wird im Zweifel vermuthet, 87.
- Sklaverey*, dazu kann sich Niemand durch Willenserklärungen verpflichten. 4.
- Specialvollmachten*, wenn sie nöthig sind, 194. Form derselben, 196.
- Specificatio jurata*, f. Privatverzeichniss.
- Spiel*, Gelder die ausdrücklich zum Spielen geliehen worden, können nicht eingeklagt werden, 102.
- Staffetten*, dürfen nicht gepfändet werden, 242.
- Statuen*, f. Denkmähler.
- Staar der schwarze*, 92.
- Stütigkeit* eines Pferdes, 92.
- Sterbecassen*, dürfen ohne Genehmigung des Landesregenten nicht errichtet werden, 106.
- Stumme*, von ihren letztwilligen Verfügungen 157.

Substitution bey Vollmachten, 203.
bey Testamenten, 183.

Superficiarius, hat nur ein Recht
auf die über, nicht aber auf die
unter der Erde gefundenen Schätze,
47.

T.

Tag, wird von Mitternacht zu Mitternacht gerechnet, 3. wann die Handlung den folgenden Tag geleistet werden kann, 3. wenn die Fähigkeit oder Unfähigkeit, sich zu verpflichten, aus der gerichtlichen Verfügung auch der Zeit nach entsteht, so wird der Tag von der Mittagsstunde an gerechnet, 6.

Tagelöhner, gedungene, von ihrem Verhältnisse gegen den Dingenden 124.

Taube, von ihren letztwilligen Verordnungen, 157.

Tauben, von dem Rechte, solche zu halten, 49.

Taubstumme, müssen ihre schriftlichen Verträge gerichtlich aufnehmen lassen, 17.

Tauschvertrag, 96.

Taxe, des Schadens, wie sie bey Pfändungen geschehen müsse, 243.

Testament, von der persönlichen Fähigkeit letztwillige Verordnungen zu errichten, 145. von der persönlichen Fähigkeit, aus letztwilligen Verordnungen zu erwerben, 148. was und wie in einem Testamente oder Codicille verordnet werden könne. 148. Gerichtliche Form der Testamente und Codicille, 149, welches Gericht ein Testament aufnehmen könne, 150. wie das Gericht besetzt seyn müsse, 151. von Testamenten vor Dorfgerichten, 153. von mündlich aufgenommenen Testamenten 154. von Testamenten der Blinden und Gelähmten 157. von Testamenten der des Schreibens unerfahrenen Personen, 156. von Testamenten

der Tauben und Stummen, 157. von Testamenten derer, welche der Sprache des Richters nicht mächtig sind, 158. von Testamenten, worinn dem Richter etwas verlassen wird, 159. Folgen der verabsäumten gesetzlichen Form eines Testaments, 160. Anweisung für den Richter wegen Vermeidung künftiger Prozesse, 161. von Testamenten, die dem Landesregenten übergeben werden, 165. von militairischen Testamenten, 166. von andern privilegirten Testamenten, 168. von der Publication der Testamente und Codicille, 169. Wirkungen gehörig errichteter und publicirter Testamente und Codicille, 172. wie Testamente aufgehoben werden durch Errichtung eines neuen Testaments, 187. Strafe desjenigen, der durch Gewalt oder Betrug ein Testament bewirkt hat, 188.

Titel, Besitztitel muß in das Hypothekenbuch eingetragen werden, 85.

Todtschläger, dessen Pflicht, die Hinterlassenen des Getödteten zu entschädigen, 27.

Traditio s. Uebergabe.

Trüdelvertrag, 100.

Trunkenheit, so lange ein Mensch seines Verstandes dadurch beraubt ist, wird er den Wahnsinnigen gleich geachtet, 5.

U.

Uebergabe, auf die Zeit derselben wird Rücksicht genommen, bey Bestimmung des Werths einer Sache, die der andere vermöge einer mündlichen Abrede erhalten hat, 15. von den Folgen der Uebergabe bey Rechten aus dem Besitz, 31. von der Uebergabe bey dem Kauf 88.

Ueberlegungsfrist bey der Erwerbung der Erbschaften, 65.

Uebersetzung gerichtlicher Verträge, welche in einer fremden Sprache abgefaßt worden, 18.

Ufer

Uferbesitzer dessen Rechte bey einer Alluvion, 53.

Undank, in wie fern deswegen eine Schenkung widerrufen werden könne, 143.

Unmündige wer dafür gehalten wird
1. in wie fern ihre Willenserklärungen gültig, 4.

Unterbrechung der Verjährung, 77. 83.

Unterschrift durch Kreuze, was dabey zu beobachten, 17. Strafe desjenigen, der seine Unterschrift fälschlich läugnet, 116.

V.

Valuta, von der, bey Darlehen 115.

Verjährung, 75. durch Nichtgebrauch wird in einem Zeitraume von 30 Jahren vollendet 77. von der Unterbrechung derselben, 77. von Verträgen über die Verjährung. 78. von dem Zeitraum der gewöhnlichen Verjährung, 80. von der Verjährung durch Besitz vom Jahre 1740. 82. von der vierzigjährigen, 83. von der fünfzigjährigen, 83.

Verkauf gerichtlicher, 86. auf die Probe, 95. künftiger Sachen, 103.

Verkäufer, dessen Rechte und Verbindlichkeiten, 90.

Verlagsrecht an Büchern, 128.

Verletzung über die Hälfte, 87.

Verliehrer, dessen Rechte und Verbindlichkeiten, 41.

Vermächtniß einer fremden Sache, 179. der Wahl, 179. einer bestimmten Sache, 179. einer Schuldverschreibung, 180. des Gebrauchs oder Niesbrauchs, 181. von solchen Sachen, die der Legatarius nicht besitzen kann, 183. vom Widerrufe derselben, 187.

Verschwender, von der Unfähigkeit derselben, Verträge zu schließen 6.

Versio in rem, s. Verwendung.

Versprechen, dessen Annahme, wenn sie geschehen muß, 8.

Vertrag, von der persönlichen Fähigkeit, Verträge zu schließen, 6. von

nutzlosen und unbestimmten Verträgen, 8. Form der Verträge, 11. gesetzliche Nothwendigkeit schriftlicher Verträge, und in wie fern die schriftliche Abfassung bey andern Willenserklärungen nothwendig sey, 11. von der Schließung schriftlicher Verträge durch Briefwechsel 13. Fälle, in denen es keines schriftlichen Vertrags bedarf, 13. von den rechtlich. Folgen, wenn die schriftliche Abfassung des Vertrags unterblieben ist, 14. was Rechtens sey, wenn der schriftliche Vertrag nicht mehr vorhanden sey, 16. von gerichtlichen Verträgen, 17. von der Verstärkung der Verträge durch Anerkenntniß, 19. von Zeitbestimmungen bey Verträgen, 20. von der Aufhebung der Verträge durch wechselseitige Einwilligung, 20.

Verwahrungsvertrag, Form desselben 211, von den Pflichten des Verwahrers bey der Aufbewahrung, 211. bey der Zurücklieferung, 212. wie lange die Pflicht der Aufbewahrung daure, 214. in wie fern Unfähige durch Verwahrungsverträge verpflichtet werden, 215. von mehreren Niederlegern 216. Rechte derselben im Concurs, 216. Zurückbehaltungsrecht 216. Rechte des Verwahrers gegen den Niederleger wegen der Bemühungen und Kosten, 216. vom erlaubten und unerlaubten Gebrauche in Verwahrung gegebener Sachen, 217. von der gerichtlichen Verwahrung, 218.

Verwaltung fremder Güter und Sachen, 218. von der Rechnungsabl. 218. von der Quittung. 220. was Rechtens sey, wenn die Abnahme der Rechn. verzögert worden, 221. wenn die Rechnungsablegung erlassen worden, 222. von der Ausantwortung der Rechnungsbücher und Schriften, 222. vom Zurückbehaltungsrechte des Verwalters, 222. von Handlungsfactors, 223. von der Verwaltung öffentlicher Cassen und Anstalten, 223. von der Wiedereinsetzung des Fiscus und anderer Corporationen gegen die Handlungen oder

oder Unterlassungen ihrer Administratoren, 224.
Verwendung nützliche, was sie sey, 209. Rechte, die aus derselben entstehen, 210.
Verzichtleistung, dazu wird ein schriftlicher Aufsatz erfordert, 12.
Verzug bey dem Kaufe, 88.
Vieh zahmes, Rechte des Finders, wenn es sich verlaufen hat 43 wenn ein Stück Vieh binnen vier u. zwanzig Stunden nach der Uebergabe krank wird, so gilt die Vermuthung, daß es schon vor der Uebergabe krank gewesen, 91. was in Ansehung des Viehes bey Pfändungen Rechtens ist, 243.
Vindiciren, was für Sachen nicht vindicirt werden können, 247.
Vollmachtsvertrag, wie er geschlossen werde, 191. wer Vollmachtsaufträge zu übernehmen schuldig sey 192.
Vorausbezahlung muß bey Alimenter geschehen, 249.
Vorkaufsrecht bey dem Vorbehalt eines bessern Käufers, 94.

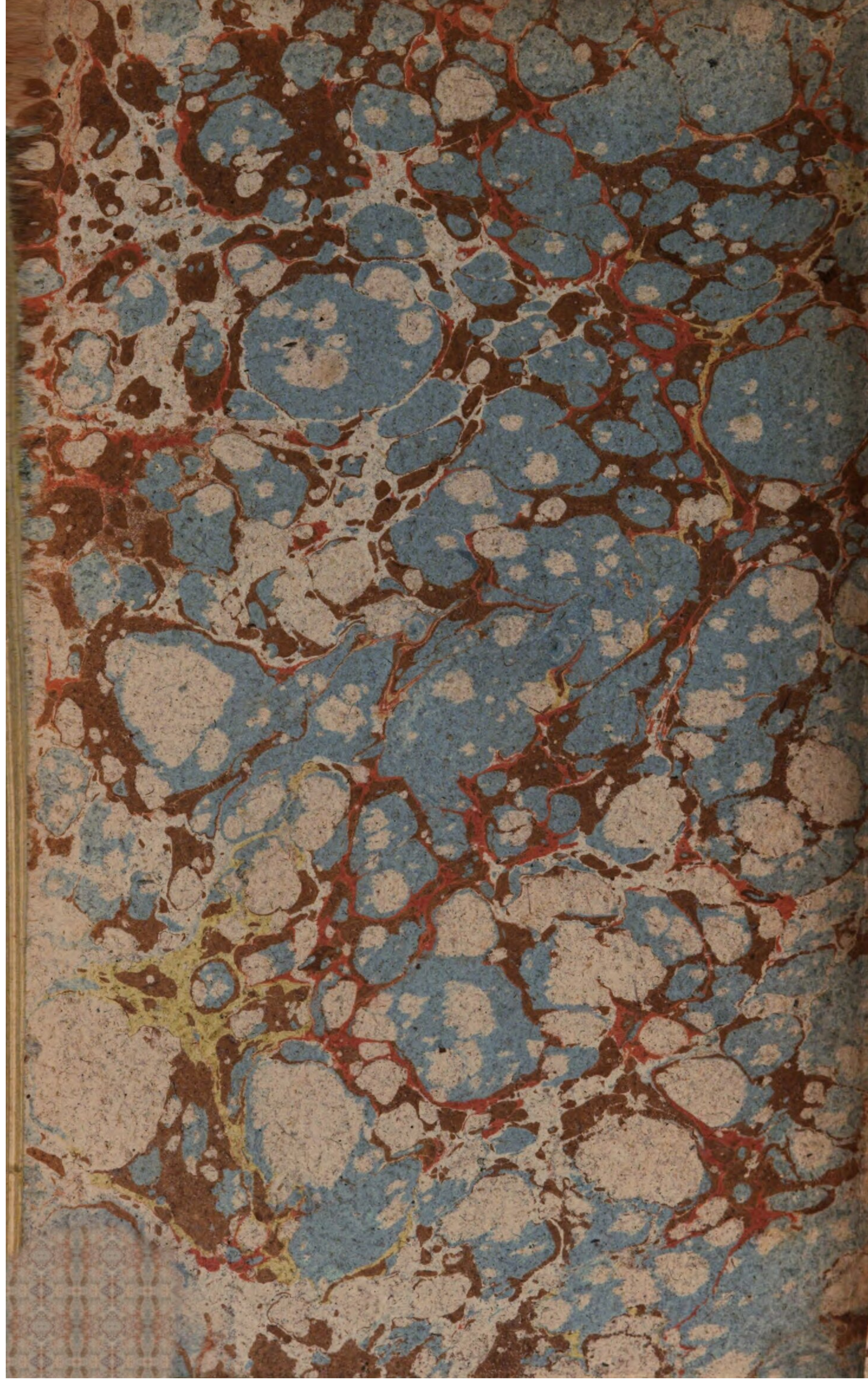
W.

Waaren, von Darlehenen, wo solche statt baaren Geldes gegeben worden 111.
Wahnsinnige sind den Kindern gleich zu achten, 4. von dem von ihnen verursachten Schaden, 21. sie können nicht letztwillig verfügen, 146.
Wappen, als Zeichen des Eigenthümers können die Vermuthung eines unredlichen Besitzes erregen, 31.
Wechsel, von den Personen, welche wechselfähig sind. 269. wann und wie Personen, die sonst nicht wechselfähig sind, die Wechselfähigkeit erhalten, 271.
Werk, verdungenes, 124.
Werth der Sache, dazu werden Conventionalstrafen nicht gerechnet 12.

wie er bey Beschädigungen bestimmt wird, 24. Werth der besondern Vorliebe, wenn solcher zu vermuthen sey, 25.
Wetten, was dabey Rechtens ist, 102.
Widerruf der Erbeseinsetzung, wenn er statt finde, 66. der Schenkungen 135. der Testamente, 187. der Vermächtnisse, 187. der Erbverträge, 190.
Wiedereinsetzung in den vorigen Stand, 42.
Wiederkauf, 94.
Wild, in wie fern es von dem, welcher nicht zur Jagd berechtigt ist, gefangen und getödtet werden könne, 51.
Willenserklärung, wenn sie gültig ist 3.
Wittwencaffen von ihrer Errichtung, 106.
Wittwenstand, an die Willenserklärung denselben nicht zu ändern, ist Niemand gebunden. 4.
Wucher, wenn er vermuthet wird, 112.

Z.

Zahlung, wem gültig gezahlt werden könne, 248. von der Münzsorte bey Zahlungen, 250.
Zeit bey Willenserklärungen, 8. Zeitbestimmung bey Verträgen, 20.
Zeitungen, wie die verlohrnen Sachen in solchen bekannt gemacht werden müssen, 40.
Zinsen, 16. 30. 121. 123.
Zurückbehaltungsrecht beym Verwahrungscontracte, 216.
Zuschlag der gefundenen Sache, 41.
Zuwachs, von der Erwerbung desselben, 52. bey dem Kauf, 89.
Zweck bey letzten Willensverordnungen, 185.
Zwitter, was in Ansehung der Bestimmung des Geschlechts derselben Rechtens sey, 1.







Erhard, Christian Daniel,

Handbuch des Preussisch brandenburgischen Civilrechts

Leipzig 1793

J.germ. 50

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10551051-4

VD18 14453118-001